# Aus der Berliner Gesellschaft

. . .

Inhalt.



**Berlin 1886.**

Verlag von Walther & Apolant

W., Markgrafenstraße 60.

J. S. Preuß, Berlin W., Kronen-Str. 22.

# Aus der Berliner Gesellschaft

Berlin 1886.
Verlag von Walther & Apolant
W., Markgrafenstraße 60.

# Inhaltsverzeichnis.

# Der Kronprinz.

„. . . . . . . und mit im Zuge
Schritt der Erbe der deutschen Kaiserkrone,
Dessen ragendes Haupt noch lange die Sonne
Thatenfreudiger Kraft umleuchten möge."
(Heyse.)

Als die Akademie der Rechtswissenschaften in Madrid einen neuen Jahrgang durch feierliche Sitzung eröffnete, lud sie den zur Zeit in Spanien weilenden Kronprinzen des deutschen Reiches Friedrich Wilhelm zur Eröffnungsfeier ein. Zu Ehren des Kronprinzen sollte die Eröffnung höchst ceremoniell begangen werden, der junge König von Spanien selbst, der jetzt schon in der Königsgruft des Escurial ruht, leitete die Feier. Er hielt eine Ansprache, in der er die Wichtigkeit der gelehrten Anstalt, welcher die Feier galt, betonte und dann von dem hohen Gaste erzählte, der heut in der Gesellschaft stiller Gelehrten erschien. Der deutsche Kronprinz, führte der König aus, fühle sich nicht als Fremdling in solcher Gesellschaft, da er ehemaliger Bonner Student und Ehrendoktor der Rechte sei. Das klang manchem der

spanischen Gelehrten befremdlich, wir Deutsche aber wissen, daß unser Kronprinz, von seinem bisherigen Erzieher Curtius begleitet, in Bonn bis Ostern 1852 studierte; er war als Hörer der Rechte in die Matrikel eingetragen.

Im Jahre 1854, eben zum Oberst avanciert, erhielt er zum Adjutanten den Chef des Generalstabes des IV. Armeekorps, Oberst von Moltke, welcher bestimmt war, ihm mehr als ein Adjutant und militärischer Erzieher zu sein. Der Vater des Prinzen hatte zu einer Zeit, wo Helmut von Moltke erst in engeren militärischen Kreisen genannt wurde, bereits den richtigen Mann in ihm erkannt, um ihn an die Seite seines Sohnes zu stellen. Moltke war aber auch schon als Verfasser der Briefe über die Türkei und als ein Mann von Geist und Empfindung der Prinzessin Augusta bekannt geworden.

Moltke stand damals im 54., der Prinz im 23. Lebensjahre. Der Unterschied im Alter verhinderte jedoch nicht die Innigkeit des Verkehrs. Es gab eine Neigung, die sie ganz besonders eng verknüpfte, die Reiselust. Noch heute vertauschen beide gern das Schwert mit dem Wanderstab. Den Prinzen Friedrich Wilhelm hat dieser Drang, in die Ferne zu schweifen und die Welt zu sehen, nicht nur von Petersburg bis an die Katarakte des Nils, von den Ruinen Karthagos bis jenseit der Pyrenäen, von den schottischen Hochlanden bis in die Fjorde Norwegens geführt, er hat auch in Italien, in der Schweiz, in England sich eine zweite Heimat gegründet, die er jährlich aufsucht. In Berlin ist es etwa die Carnevalssaison, in Potsdam die erste Frühlingszeit, die ihn zurückhält, sonst gehört das Jahr einem der anderen Heimatsländer oder den Ausflügen innerhalb Deutschlands.

Kronprinz Friedrich Wilhelm ist mehr beweglich als seßhaft. Das Eisenbahn-Koupee ist sein zweites home. Weder sein erlauchter Vater hat je diesen Zug in gleichem Grade manifestiert — man muß nur nicht an offizielle Besuche oder notwendige Badereisen denken — noch scheint seine starke Passion für das Reisen auf den Sohn, den Prinzen Wilhelm, übergegangen zu sein, der, seitdem er selbständig geworden, höchstens einen Hohenzollern-Besuch in Petersburg oder einen Freundschafts-Besuch in Wien oder London macht. Der Kontrast ist sogar auffallend. Man durchblättere einmal eine Biographie des Kaiser Wilhelm von ihrem Anfang an. Kriege haben ihn frühzeitig schon weit geführt, er hat als junger Prinz an fremden Höfen Repräsentationspflichten geübt, fürstliche Begegnungen gehabt, die Provinzen besucht, Manövern, Denkmal-Enthüllungen, Ausstellungs-Eröffnungen, Einweihungen, Festen aller Art mehr beigewohnt als gewöhnliche Sterbliche, aber es sind das doch immer oder meist nur Anlässe zu Reisen gewesen, bei denen das faisons notre métier (wie er selber einmal bei einer Gelegenheit gesagt hat) die oberste Richtschnur war, und die nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Jahres in Anspruch nahmen.

Zum Vergnügen, oder um die Welt zu sehen, reist desto mehr unser Kronprinz, und wenn er offiziell geschickt wird, etwa nach Spanien, dann sieht das nicht wie ein métier aus, sondern die Herzenslust blickt aus den Augen des vergnügten Reisenden, den Tage, ja Wochen hintereinander, Nächte hindurch, ohne alle Ermüdung abwechselnd Waggon und Dampfschiff, Pferd und Hofkalesche tragen. Besonders gern aber, wie es scheint, entrinnt

er, allein oder mit Weib und Kind, dem Zwange der Etikette daheim, selbst das idyllische Leben in Bornstedt genügt ihm auf die Dauer nicht, er eilt nach Pegli, Andernach, der Insel Wight. Auf Monate schlägt er dort das leichte Zelt auf. Er scheint eine Weile zur Ruhe gelangt zu sein — doch bald wird wieder ein Abstecher gemacht, nach Baden-Baden zum Besuche der erlauchten Mutter, oder auch nach Berlin, wo es direkt aus dem Waggon auf das Tempelhofer Feld geht und des Abends zurück nach Pegli.

Als Moltke zum Kronprinzen kam, hatte dieser bereits mehr als halb Europa gesehen und er selbst, nachdem ein unfreundliches Schicksal ihn in der Kindheit vielfach umhergeworfen, schon vier Jahre in der Türkei zugebracht, Vorderasien bis zum Euphrat und Tigris durchstreift und den türkischen Feldzug von 1839 gegen Mohamed Ali mitgemacht. Er konnte der Wanderlust erst wieder fröhnen, als er der Mentor eines gleich reiselustigen Telemach wurde. Es war fast nur eine lange, ununterbrochene Reise, welche die Jahre ihres Beisammenseins ausfüllte. Von Breslau aus, wo der Kronprinz residierte, suchten sie West- und Ostpreußen auf, England, Rußland, Frankreich. Von da nach Schlesien zurückgekehrt, boten verschiedene Ausflüge die Gelegenheit, diese Provinz kennen zu lernen. In Oberschlesien wurden alle Hauptstätten der montanen Industrie besichtigt, auf der Luisengrube bei Zabrze fuhren der Prinz und Moltke mit einem Bergmannskittel bekleidet in die Tiefe der Erde. Das nahe Riesengebirge lockte sie wiederholt an und die gewerblichen Bezirke von Waldenburg und Freiburg boten ihnen ein lehrreiches Bild vaterländischen Fleißes. Auch die Schlachtfelder aus dem siebenjährigen und den Freiheitskriegen

wurden aufgesucht — und Moltke hielt an Ort und Stelle Vorträge über praktische Strategie.

Bald schlug die Trennungsstunde für Lehrer und Schüler. Am 29. Oktober 1857 wurde der erstere als Generalmajor mit der provisorischen Führung der Geschäfte des Generalstabes der Armee betraut. Beide machten später noch zwei Mal die Reise nach London zusammen, bei der Vermählung des Kronprinzen und bei der Beisetzung des Prinzen Albert. Dann trafen sie sich spät am Abend des 3. Juli 1866 in einer großen Stunde wieder. Dem Kronprinzen mochte es vorschweben, daß sie an einem Julitage vor neun Jahren beide auf dem Schlachtfelde von Leuthen gestanden hatten. Vier Jahre später begegneten sie sich wieder auf der Wahlstatt von Sedan. An einem Septembertage hatten sie auch an der Katzbach ein französisches Schlachtfeld besucht.

Kronprinz Friedrich Wilhelm, der „große und glückliche Feldherr", wie ihn der erlauchte Vater in dem Schreiben vom 28. Oktober 1870 nennt, ist gleichwohl den Aufgaben des Friedens mit Vorliebe zugewendet. Von einer lebhafteren Beteiligung an der politischen Entwickelung des Staates durch seine Stellung unmittelbar neben dem Throne ausgeschlossen, hat er auf anderen Gebieten seinen Drang nach gemeinnützlicher Thätigkeit zu befriedigen gewußt. Gerade die hohe Meinung, die der Prinz von der Aufgabe des Königtums in der Gegenwart hat, gestattet ihm keine unthätige Muße. Wir sehen ihn voll Eifer wohlthätige Einrichtungen in Stadt und Land unterstützen, immer bemüht, sich mit allen Volkskreisen in Verbindung zu setzen, ebenso geistig beweglich und verständnisvoll als leutselig und freundlich; so behauptet er seine hohe Stellung

mit nicht weniger Bescheidenheit als Würde. Die universelle, alle Richtungen des Geisteslebens mit gleicher Sorgfalt erfassende Erziehung, welche dem Prinzen von den ersten Kinderjahren an zu teil wurde, hat ihm ihr bleibendes Gepräge gegeben.

Dem Kronprinzen liegt der kriegerische Ehrgeiz fern. Er hatte, während die Luxemburger Frage spielte, und eine Partei in Berlin zum Kriege drängte, über eine wegen dieser Frage im Deutschen Reichstage an den Bundeskanzler gestellte Anfrage eines hervorragenden Abgeordneten (Interpellation des Herrn von Bennigsen) eine Unterredung mit dem ersten Präsidenten des Reichstages Simson. Letzterer bemerkte: „Wenn Frankreich und Holland bereits abgeschlossen haben, so bedeutet das den Krieg.“ Ganz erregt erwiderte der Kronprinz: „Sie haben den Krieg nicht gesehen, hätten Sie ihn gesehen, so würden Sie das Wort nicht so ruhig aussprechen. Ich habe den Krieg erfahren und ich muß Ihnen sagen, es ist die größte Pflicht, wenn es irgend möglich ist, den Krieg zu vermeiden. In der That, Krieg zu machen, ist eine furchtbare Verschuldung. Sogar wenn ein Staatsmann die Notwendigkeit des Krieges voraussieht, darf er ihn nicht künstlich herbeiziehen, außer wenn er ein Genie und des Schicksals sicher ist. Sonst heißt das Gott versuchen. Aber den Krieg, wenn er kommt, erwarten und bestehen, das ist Mannespflicht. In jenem Falle ist die öffentliche Meinung und der Himmel mit uns.“

Der Kronprinz hat vor allem dadurch einen unermeßlichen Schatz von Popularität erworben, daß er niemals in einem Berufe einseitig aufgegangen ist, sondern

stets aus Pflichtgefühl und Neigung Zeit gefunden hat, allen Richtungen und Bestrebungen des Volksgeistes und Volksgemütes gerecht zu werden. —

Prinz Friedrich Karl, der Vetter und kriegerische Rival unseres Kronprinzen, führte nach dem letzten Kriege im Gegensatz zu diesem ein zurückgezogenes Leben. Obwohl Befehlshaber der 3. Armeeinspektion und Inspekteur der Kavallerie, gewährte diese Thätigkeit seinem rührigen Temperament nicht die nötige Befriedigung. Der Prinz, welcher in drei Kriegen das Geschick des Staates an seiner Degenspitze gesehen, fühlte sich nicht an einem Platze, den er sich wünschte. Er war nicht der Mann für „schlaffe Friedenszeit"; er verlor die Freude am Reiten und Jagen; er wurde ein Einsiedler und schrieb ganze Tage. Da wandelte den Prinzen die Lust an, den Orient kennen zu lernen; er begab sich auf die Reise dahin, — doch seitdem war er noch mehr verwandelt. Die Todesahnungen verließen ihn nicht mehr. Er bereitete sich auf den letzten Schritt vor, ordnete Alles und so schied er aus dem Leben. — Kronprinz Friedrich Wilhelm hat dem auf einer Seite gehemmten Drang nach Thaten Entfaltung in anderer Richtung zu geben gewußt, und Beruhigung in der Verfolgung friedlicher Ziele, in dem Durchstreifen der Länder und in dem Genusse alles dessen, was Natur und Kunst einem ästhetisch gebildeten Geiste bieten, gefunden. —

Der Kronprinz gilt in der Vorstellung weiterer Volkskreise als ein Bekenner liberaler Ideen, den man gern in Gegensatz zu der heutigen „Reaktion" bringt. Als die Symptome dieser letzteren betrachtet man die „Interessenwirtschaft", insbesondere die Nachgiebigkeit gegen die „Be-

gehrlichkeit" der Großgrundbesitzer und gegen die „Zünftlerei", die „aufreizenden Demonstrationen" gegen das Parlament, „gehässige Maßregeln" gegen einzelne Mitglieder desselben, in Preußen die „Einengung" der Selbstverwaltung, die „amtlichen Wahlbeeinflussungen" u. s. w.

In den liberalen Kreisen Preußens erblickte man schon in der Verbindung des Kronprinzen mit einer englischen Prinzessin die Gewähr dafür, daß der Prinz, wenn auf den Thron berufen, die Regierung nach den konstitutionellen Grundsätzen führen werde, über deren Bewährung er in England, dem Mutterlande verfassungsmäßiger Freiheit sich genügend hatte unterrichten können. Er hatte während seines wiederholten Besuches der englischen Königsfamilie nicht versäumt, ernste politische Studien zu machen, wodurch er sich sowohl bei den englischen Staatsmännern, wie auch im Volke eine immer zunehmende Beliebtheit erwarb. So erhielt er am 13. Juli 1857 von der City von London das Ehrenbürgerrecht, wobei er eine mit Beifall aufgenommene Ansprache hielt und einen ausgezeichneten Empfang genoß. Aus einigen in dem „Leben des Prinzen Albert" mitgeteilten Briefen und Aufzeichnungen ersieht man, mit wie großer Entschiedenheit Prinz Friedrich Wilhelm die damaligen Zustände Preußens verurteilte und darüber an seinen zukünftigen Schwiegervater berichtete. Derselbe schrieb ihm unterm 6. November 1855: „Ich sage Dir meinen herzlichsten Dank für Deine freundlichen Zeilen vom 22. ultimo. Die Zustände Preußens, die Du darin beschreibst, sind höchst bedenklicher Natur und solche Pläne, wie sie die reaktionäre Partei im Sinne hat, mit solchen Mitteln verfolgt, wie jetzt bei den Wahlen angewandt worden sind, können die

größte Gefahr für die Monarchie bewirken. . . . Ich frage mich dabei, was die Pflichten der folgenden Generationen der Aussaat solcher Drachenzähne gegenüber seien, und muß mir antworten, daß Moral, Gewissen und Patriotismus ihnen auferlegt, nicht als unthätige Zuschauer bei dem Morde einer beschworenen Staatsverfassung zu stehen. Und wenn ich überlege, was ich unter gegebenen Umständen thun würde, so wird es mir ganz klar, daß ich einen feierlichen Protest gegen solche Folgen einlegen würde, nicht im Sinne einer Opposition gegen die Regierung sondern im Sinne einer Rechtsverwahrung derer, deren Rechte ich für unzertrennlich von den meinigen ansehen würde — „die meiner Nation und meines Volkes" — und im Sinne einer Gewissensreinigung, daß ich keinen Teil an dem sündlichen Werke habe. Um den Schritt aber alles Aussehens zu berauben, als sei er durch Oppositionsgefühl oder durch Sucht nach Popularität diktiert, und um vielleicht den Schritt gar unnötig zu machen — würde ich jetzt schon bei denen, die das Unrecht begehen werden, ganz vertraulich die Anzeige machen, daß ich in gegebenem Falle zu einem solchen Schritte mich genöthigt sehen würde, und davon gegen meine Freunde gar kein Hehl haben — würde außerdem aber in vollem Frieden mit den Regierungen fortleben. Ich bin überzeugt, daß eine solche Haltung den Böswilligen einige Furcht einflößen und bei der Nation dazu beitragen würde, nicht alle Hoffnung zu verlieren, und die Hoffnung ist die wichtigste Basis der Geduld."

Unser Kronprinz brachte von England eine Gattin heim, die durch natürliche Begabung, wie durch ihre Erziehung, namentlich durch das innige Verhältnis zu ihrem Vater,

in hohem Grade befähigt war, die geistigen Interessen ihres Gemahls zu teilen. Daß mit dieser Prinzessin aus dem meerumgürteten Inselreiche mit seiner eigenartigen und so stark ausgeprägten Entwickelung seit undenklichen Zeiten zum erstenmale ein fremdes Element in die preußische Herrscherfamilie eingetreten sei, konnte niemand verkennen. Je nachdem man nun für das ebenso eigenartige, womöglich noch stärker ausgeprägte preußische Wesen eine Beimischung englischer Denk- und Empfindungsweise wünschte oder fürchtete, waren die Reflexionen freudige oder bedenkliche.

Fünfundzwanzig Jahre später, bei der Feier der Silberhochzeit des kronprinzlichen Paares, wurde noch hervorgehoben, daß die Verbindung des Hohenzollern mit der englischen Fürstentochter „gerade in der Masse des Bürgerstandes" Sympathie erweckt habe, und hinzugefügt: „Heute noch muß ein Wiederhall des lauten und herzlichen Jubels der ganzen Bevölkerung, der sie vor fünfundzwanzig Jahren bei ihrem Einzuge in Berlin empfing, leise in der Seele der Kronprinzessin nachklingen. Wenn in einer Schrift, der doch wohl ein gewisser autoritativer Charakter innewohnt,*) von dem Gegensatze der jungen englischen Prinzessin und der preußischen Gesellschaft gesprochen wurde, so können solche Gegensätze nur innerhalb der Schloßmauern aufgetreten sein; zwischen den Anschauungen des Volkes und denen des kronprinzlichen Paares hat eine Disharmonie niemals Platz gegriffen. Im Gegenteil, heute wie 1858 sind die „englischen" Anschauungen und Ideale der Kronprinzessin auch die des gebildeten Mittelstandes. Ohne daß

---

*) Hinzpeter. Zum 25. Januar 1883.

diese Thatsache, wie dies in der Natur der Sache liegt, jemals in bestimmte Worte gefaßt werden konnte, sind wir überzeugt von der Uebereinstimmung der Denkweise des kronprinzlichen Paares mit den Zukunftshoffnungen unseres Volkes."

Die Prinzessin Victoria blieb in Berlin die Vertraute ihres Vaters in allen Fragen der Politik, Kunst und Wissenschaft. Das von ihr — sie zählte damals kaum 20 Jahre — ausgearbeitete Memorandum über Minister-Verantwortlichkeit hielt Prinz Albert für so bedeutend, wie die Arbeit eines gewiegten Staatsmannes. Er erkannte darin die Frucht seiner Bemühungen, die zukünftige Königin von Preußen in liberalen politischen Ansichten zu erziehen. „Es würde Ihr Herz erfreut haben" — schreibt er an Baron Stockmar. Der Prinzessin Victoria gab er folgende Antwort:

„Schloß Windsor, 18. Dezember 1860.

Dein Brief mit dem Memorandum, das Ministerverantwortlichkeitsgesetz betreffend, hat mir große Freude bereitet. Ich sende das Memorandum zurück, aber habe eine Abschrift davon für mich behalten. Es ist auffallend klar und vollendet und gereicht Dir zur größten Ehre. Ich stimme jedem Wort darin bei, und ich bin sicher, daß es jedermann überzeugen muß, welcher der Ueberzeugung durch gesunde Logik zugänglich und dazu bereit ist, der Forderung gesunder Logik zu folgen.

Die Idee, daß die Verantwortlichkeit seiner Ratgeber des Monarchen Ansehen und Würde schädige, ist ein vollkommener Irrtum. Wir haben hier kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz aus dem einfachen Grunde, weil wir keine geschriebene Verfassung haben, aber diese Verantwortlichkeit

geht als eine logische Notwendigkeit von der Würde der Krone und des Souveräns aus. „Der König kann nicht Unrecht thun," lautet das gesetzliche Axiom und daraus folgt, daß irgendwer verantwortlich sein muß für des Königs Maßregeln, wenn diese dem Gesetze zuwider und der Wohlfahrt des Landes nachteilig sind." —

Nach Empfang der ausführlichen Antwort ihres Vaters auf ihr Memorandum, schickte ihm die Prinzessin Victoria einen Artikel der „Kreuzzeitung" über die Monarchie, in welchem Freiheit und Ordnung in politischen Gegensatz gestellt wurden. Der Prinz bemerkt dazu, daß man die Idee von der „Majestät des Gesetzes" auf dem Kontinent nicht verstehe, vermutlich weil das Volk für sich selbst eine tote Sache, wie die höchste Gewalt, nicht verwirklichen könne und nach der persönlichen Gewalt in der Regierung oder im Volke suche. Und doch seien Tugend und Moralität auch tote Dinge, welche dennoch ein Vorrecht und einen Beruf haben, die Menschen zu regieren — „göttliche Gesetze, nach denen unsere menschlichen Gesetze gebildet werden sollten". —

Im Januar 1860 hatte die Prinzessin ihren Vater aus Anlaß der um diese Zeit von Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossenen Konkordate mit Rom um seine Ansicht über ein solches Abkommen gebeten und er darauf mit gewohnter Entschiedenheit geantwortet:

„Auf Deine Frage — schreibt er — ob es für einen Staat richtig und nützlich ist, mit dem Papst ein Konkordat abzuschließen — antworte ich mit einem sehr nachdrücklichen „Nein!"

„Die katholische Kirche behauptete und behauptet noch ein Recht von unbeschränkter Suprematie über den Staat, und will sich weder einer Beschränkung durch den Staat unterwerfen, noch eine Abhängigkeit von ihm anerkennen. Der Staat behauptet seine eigene Oberherrlichkeit über seine eigenen Unterthanen. Gut! Aber in katholischen Staaten ist die Kirche Staatskirche: daher der Zwiespalt, der zu einem Princip eingewurzelt, unversöhnlich ist. In der Praxis hat es sich ergeben, daß die Kirche bei ihren Versuchen der Usurpation dem Volkswiderstand nicht gewachsen war. Ihre Zwangsmittel waren nicht stark genug, das Volk zur Unterwerfung zu bringen und es darin zu erhalten und daher bedurfte sie des Armes des Staates, um ihre Dekrete anerkannt und in Kraft gesetzt zu haben. Für diese weltliche Hilfe, zu welcher sie den Staat aufrief, erlaubte sie dem Staat, ihr einige Schranken zu ziehen und einigen Anteil an ihrer Verwaltung zu nehmen, z. B. bei der Ernennung der Bischöfe, bei Erlaß von Verordnungen und der Gestaltung der kirchlichen Politik. So war es vor Alters, so ist es seit einigen Jahren wieder in den katholischen Ländern. Jetzt muß jedoch jedermann erkennen, daß die Art ihres Vorgehens sich ganz und gar geändert hat. Die Suprematie, auf welche die Kirche einen Anspruch erhebt, den sie jedoch nicht erzwingen kann, bewirkt und erhält sie jetzt durch den Staat, dessen Obergewalt sie verwirft, indem sie ihm nur nominelle Vorrechte bewilligt, die ihm keine thatsächliche Kontrolle über die Kirche sichern. Auf diese Weise wird der Staat Diener der Kirche, und die Kirche bewahrt sich einen Groll gegen den Staat, weil er sich in ihre Verwaltung einmischt; eine Einmischung, die sie aus

Princip verwirft und praktisch nur erträgt, weil sie friedliebend (?) und sanftmütig (?) ist und nicht nach Macht strebt (!) *)

„Aber wie steht es denn in einem protestantischen Lande? Hier befindet sich die katholische Kirche nicht blos in der Stellung, einen bestrittenen Anspruch auf Suprematie zu erheben, sondern ist überdies mit der göttlichen Mission betraut, die jetzt bestehende ketzerische Kirche zu zerstören und das Volk zu dem wahren Glauben zu bekehren. Die Macht, welche sie in diesem Falle von dem weltlichen Arm mittelst eines Konkordats borgt und empfängt, ist daher nicht nur ein Werkzeug, das Volk zu beherrschen, sondern auch die protestantische Bevölkerung zu bekehren und die protestantische Kirche zu vernichten als eine Kirche, welche falsch und usurpatorisch ist. Sie kann der Einmischung des protestantischen Souveräns in die Regierung der katholischen Kirche auf Grund von Gegenkonzessionen nicht zustimmen; daher bleibt selbst das Aequivalent, so nichtig es ist, welches sie einem katholischen Staate bewilligt, ganz und gar bedeutungslos. Welche Thorheit ist es deshalb von einer protestantischen Regierung, sich selbst Fesseln anzulegen und die eigenen Waffen der katholischen Kirche auszuliefern!"

„Das Einzige, was ein protestantischer Staat thun kann, ist, seinen Stand auf seinem eigenen Grundprincip, nämlich auf der Gewissensfreiheit, zu nehmen. Möge er dann die katholische Kirche von jeder Kontrole und jeder Einwirkung der gemischten bürgerlichen und kirchlichen Autorität, welche katholische Staaten heucheln, freilassen,

---

*) Diese Zeichen rühren von dem Prinzgemahl her.

aber ihr zu gleicher Zeit kein Jota seiner eigenen Macht zur Verfügung stellen. Sollte die katholische Kirche ihre Gemeinde bedrücken, so ist das für beide Teile Sache eines Konkordats. Aber der Staat sollte sich nicht an einem kleineren Akt der Unterdrückung beteiligen, um seine Unterthanen gegen einen größeren zu schützen, und sich so der Ungerechtigkeit schuldig machen. Die Unterdrückten werden sich schon selbst helfen, und die Kirche, auf ihre eigenen Hilfsquellen angewiesen, wird schon wissen, was sie thut. Schreitet sie zu äußersten Maßregeln, werden ihre Unterthanen vermutlich Protestanten werden. Ist andererseits Bedrückung nach ihrem Geschmack, so möge man sie sich derselben erfreuen lassen. Bei solcher Lage der Dinge ist die Verfolgung der Protestanten durch die katholische Kirche einfach unmöglich, denn sie hat sich zu diesem Zwecke stets des Staates bedient, und da dieser protestantisch ist, wird er sich niemals dazu hergeben, was selbstmörderisch sein würde".

Dieser Brief kennzeichnet zur Genüge den Standpunkt, von welchem aus der Prinzgemahl kirchliche Dinge betrachtete; Cavours „freie Kirche im freien Staat" war damals das Loosungswort der liberalen Politiker. —

Bei der Krönungsfeier des König Wilhelm in Königsberg am 18. Oktober 1861 war das Interesse der Kronprinzessin für die Politik, „die Klarheit und der Scharfsinn" derselben einer der Hauptgegenstände, worüber die englischen Berichterstatter nach ihrer Heimat zu berichten wußten. Lord Clarendon war erstaunt über „die staatsmännischen und umfassenden Ansichten, die Ihre Königliche Hoheit über die äußere und innere Politik Preußens, sowie

über die Pflichten eines konstitutionellen Königs sich gebildet hatte.“ Er drückte seine Freude über die Beliebtheit aus, deren sich die Prinzessin bei allen Klassen erfreute. Jedes Mitglied der königlichen Familie habe von Ihr in Ausdrücken der Bewunderung gesprochen und er habe zu erfahren Gelegenheit gehabt, wie stark die Zuneigung „gebildeter und aufgeklärter Leute“ für Ihre k. Hoheit sei. —

Die konstitutionellen Grundsätze des Kronprinzen und der Kronprinzessin wurden durch den darauf folgenden Verfassungsconflikt auf eine schwere Probe gestellt. Der Kronprinz selber hatte am 18. Januar 1861 das Kommando und die Ausführung der Fahnenweihe, womit die Armee-Reorganisation vollendet war, übernommen. Er hatte auch der Kommission angehört, die seit 1859 unter dem Vorsitz des Feldmarschalls Graf von Wrangel jene Reorganisation beraten hatte. Als König Wilhelm im Kampfe mit dem Abgeordnetenhause erklärte, daß er lieber abdanke, als sein eigenstens Werk, die Armee-Reorganisation, wieder auflöse, und daß er es seinem Nachfolger, der nach keiner Seite hin durch sein Wort gebunden sei, überließe, Koncessionen zu machen, holte der Kronprinz den Rat erfahrener Männer ein. Diese erklärten: Ein preußischer König, der als solcher damit debütire, daß er die Organisation der Armee störe und die Stärke derselben herabdrücke, werde seine ganze Regierungszeit hindurch der Armee gegenüber eine wenig ehrenvolle Stellung einnehmen. Auf dies hin lehnte der Kronprinz das Anerbieten ab. Dem kronprinzlichen Paare wurden damals gleichwohl Aeußerungen zugeschrieben, die eine Lösung des Konflikts nach konstitutionellem Brauche empfahlen. Sie fanden begreiflicher Weise bei der Opposition leicht Glauben.

Großen Eindruck machte auch die Verwahrung, welche der Kronprinz gegen eine Verordnung einlegte, die unter Zustimmung seines königlichen Vaters vom Ministerium erlassen wurde. Es war die bekannte Preßordonnanz vom 1. Juni 1863, die einen wahren Sturm des Unwillens in Deutschland und Europa hervorrief. Der Kronprinz befand sich damals mit der Kronprinzessin auf einer Inspektionsreise in Ostpreußen und benutzte am 5. Juni die Gelegenheit in Danzig, bei der Begrüßung durch den Oberbürgermeister von Winter, seiner Verwahrung gegen jene Ordonnanz Ausdruck zu geben.

Nach den Tagesblättern äußerte der Kronprinz etwa: „. . . Auch ich beklage, daß ich zu einer Zeit hergekommen bin, in welcher zwischen Regierung und Volk ein Zerwürfnis eingetreten ist, welches zu erfahren mich in hohem Grade überrascht hat. Ich habe von den Verordnungen, die dazu geführt haben, nichts gewußt. Ich war abwesend. Ich habe keinen Anteil an den Ratschlägen gehabt, die dazu geführt haben. Aber wir Alle und ich am meisten, der ich die edlen landesväterlichen Intentionen und die hochherzigen Gesinnungen Sr. Maj. d. Königs am besten kenne, wir Alle haben die Zuversicht, daß Preußen unter dem Scepter Sr. Majestät der Größe sicher entgegengeht, die ihm die Vorsehung bestimmt hat."

Ueber die Haltung und die Schritte des Kronprinzen bei diesem Anlaß brachten damals die „Grenzboten" eine Berliner Korrespondenz, nach welcher der Kronprinz bereits vor Antritt seiner Inspektionsreise die Ueberzeugung ausgesprochen hatte, daß die projektirten Ordonnanzen ungesetzlich und gefährlich sein würden. Die betreffende Kor-

respondenz besagt weiter, daß der Kronprinz, sobald ihm auf der Reise die Preßverordnung vom 1. Juni zukam, noch vor der Danziger Rede, in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten gegen diese Maßregel als eine verfassungswidrige und verderbliche protestirt und jede Mitverantwortlichkeit für dieselbe ausdrücklich abgelehnt habe.

Diese Verwahrung und die darauf folgende Rede zu Danzig veranlaßten in Berlin Beratungen darüber, was gegen solchen Widerstand zu thun sei. Man beriet zunächst vom Standpunkte militärischer Disciplin strenge Maßregeln, begnügte sich aber allmählich mit einer Verwarnung. Darauf gab der Prinz die Erklärung ab, daß er bei seiner Auffassung verharren müsse, bereit sei, dafür einzustehen und seine Aemter niederzulegen, und daß er in diesem Falle den König um Anweisung seines Aufenthaltes bitte, oder um das Recht, einen solchen zu wählen. —

Im Herbst 1863 entbrannte die schleswig-holsteinische Frage, welche zum Kriege von 1864 führte. Fast die gesamte deutsche Nation und die Mehrzahl der Regierungen traten, dem leitenden Staatsmanne Preußens entgegen, auf die Seite des Herzogs Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der seine Rechte auf die Elbherzogthümer als Herzog Friedrich VIII. geltend machte.

Vom Kronprinz Friedrich Wilhelm läßt sich in diesem Widerstreit politischer Interessen als thatsächlich nur berichten, daß er in dem dänischen Kriege kein selbständiges Kommando erhielt, während sein Vetter Friedrich Karl die preußischen Truppen führte. Er wurde dem Stabe des Generalfeldmarschalls von Wrangel, des Oberbefehlshabers der preußischen und österreichischen Streitkräfte, überwiesen.

Seine Anwesenheit diente weniger militärischen Zwecken, sie war vielmehr diplomatischer Natur. Es galt Reibungen zu überwinden, welche an maßgebender Stelle stattgefunden hatten, Zwistigkeiten auszugleichen, die eine zornige Aufwallung verursachte.

Dieser überaus schwierigen Aufgabe eines Vermittlers ward der Kronprinz in dem Grade gerecht, daß er nicht in die Lage kam, von weitgehendsten Vollmachten Gebrauch zu machen, die ihm gestattet hätten, im Nothfalle eine entscheidende Führung zu übernehmen. Es fiel aber auf, daß er bald nach dem Tage von Düppel, während der Londoner Konferenz, sich mit seiner Familie nach der Schweiz zurückzog und dort bis mitten in den Winter hinein weilte, ein passiver Zuschauer des militärischen und des politischen Dramas, welches die ganze Zeit seiner Abwesenheit ausfüllte.

Das Jahr 1865 war von den Friktionen zwischen den gemeinsamen Besitzern Schleswig-Holsteins, Preußen und Oesterreich, von dem heißen Streite Deutschlands um die Zukunft des eroberten Landes ausgefüllt. Sollte es dem Augustenburger als neuer Kleinstaat oder Preußen als Provinz zufallen? Aus der Ferne kündigte sich das Kriegsgewitter an, das bestimmt war, die brennende Frage zu entscheiden. In der Königlichen Familie in Berlin selber fehlte es nicht an Zwiespalt wegen der einzuschlagenden Kriegs- oder Friedensbahn. Das eine ist authentisch, daß für das kronprinzliche Paar der wunderbar kurzen Angstzeit des preußischen Volkes im Juli 1866 schon ein Winter voll Sorgen vorausgegangen war, und zwar voll Sorgen der schwersten Art, denn der Einsatz für Beide war der höchste. Sie sahen mit voller Kenntnis der Sach-

lage den Sturm herannahen, ohne daß zugleich die Aufregung eigener Mitwirkung die Qual vermindert hätte. Sie hatten mehr zu verlieren, als jeder Einzelne im Volke und was sie hatten, war gefährdeter, als unser kleiner Besitz. Aber als der Kampf um die Krone, ihre Erhöhung oder Vernichtung begann, hatte der Erbe derselben nach der stolzen Tradition seines Hauses nur wie jeder von uns seine Kraft und sein Leben einzusetzen.

Das Jahr 1866 sah deutsche Throne zusammenbrechen und Preußen den Weg weiter beschreiten, den es mit der Eroberung Schlesiens und Polens zuerst eingeschlagen hatte. Das Haus Hohenzollern verdankt sein Emporkommen der Staatskunst seiner Regenten und dem Glück der Schlachten. Die Mitgift von, an Land und Gütern reichen Erbtöchtern hat dem preußischen Staat nicht als Fundament seiner Erweiterung gedient. Daß 1866 abermals das Blut gewaltthätiger „Angliederung" an seinen Händen klebte, haben nicht bloß die Annektirten, die, wie z. B. die Hannoveraner sich rühmten, ohne irgend ein historisches „Unrecht", vielmehr nur auf dem Wege friedlicher Verträge, durch Erbschaft, Kauf, freiwillige Cession, ihr Land zusammengebracht haben, zu einer schweren Anklage erhoben. In Preußen selber gab es bis in hohe Kreise hinein Gegner der Annexionen, und zumal der hannöverschen, wiewohl König Georg sich in solche Begriffe von der Würde seiner Krone eingelebt hatte, daß eine Einfügung seines Staates unter ein deutsches Bundesoberhaupt unmöglich war.

Als König Georg, trotz der Mahnungen des österreichischen Hofes zur Abreise, sich in Hietzing dauernd niederließ, war sein Arbeitskabinet, das sogenannte schottische Zimmer,

wie Herr von Meding berichtet, mit Gemälden nach Walter Scotts Schilderung des stuartischen Aufstandes in den Hochlanden vom Jahre 1742 geschmückt. Ob der blinde König Georg von dieser merkwürdigen Umgebung, in der er seine Restaurationspläne schmiedete, eine Vorstellung hatte? Das Schicksal der Stuarts hatte schließlich auch ihre Vertreiber, die hannöverschen Welfen, in ihrem Stammlande ereilt. In den Ursachen ihres Falles, wie in der leitenden Stimmung der Helden jener Katastrophen liegen unverkennbare Analogien. —

Die neuen Provinzen auch innerlich für Preußen zu gewinnen, war gleich nach dem Kriege von 1866 ein eifriges Bestreben des Kronprinzen. Er faßte zu diesem Zwecke besonders den Militärdienst ins Auge und war dem Könige, der auf seinen Reisen durch die eben erworbenen Landesteile durch den Eindruck seiner Persönlichkeit so mächtig auf die Bevölkerung wirkte, eine äußerst kräftige Stütze. Die Reisen des Königs und später des Kaisers gestalteten sich zu moralischen Eroberungszügen und erwiesen sich als ein außerordentlich wirksames Mittel zur Gewinnung der Herzen derer, die das Schwert zu Unterthanen gemacht hatte.

Wie der Kronprinz bei der Versöhnung der annektirten Provinzen mitgeholfen, hat er es auch verstanden, die Süddeutschen für den Preußisch-Deutschen Einheitsgedanken zu erwärmen. Seine Truppenbesichtigungen haben das, was namentlich Fürst Bismarck dem Militärdienst an Bindekraft zuschreibt, zur vollen Wirkung gebracht. In dem siegreichen Feldherrn verkörperte sich auch für die anfangs widerstrebenden Elemente die neue Zeit, das Erwachen deutscher Macht und Einheit aus langem Schlum-

mer. Es ist daher eine wichtige politische Mission, die der Thronerbe erfüllt, indem er durch sein alljährliches Erscheinen in den verschiedenen Teilen Deutschlands die Erinnerung an die gemeinsamen Kriegsthaten wach erhält.

Schon 1867 entflammte sein fürstliches Erscheinen von heroischem Gepräge in den neuen Provinzen zunächst den Enthusiasmus des Heeres. Nach dem Kriege von 1870, in welchem Alt- und Neupreußen bereits vollständig verschmolzen waren, suchte er wiederum zuerst die neuen Provinzen auf. Er eilte gleich nach dem Siegeseinzuge in Berlin nach Hannover, wo er eine Anrede des Stadt-Syndikus mit den Worten erwiderte: „Mit herzinniger Freude nehme ich jedes Wort auf, welches soeben erklungen! Ein großer Bau ist mit Hülfe des Lenkers der Schlachten vollendet, ein großes Werk errichtet. Dieser Bau wird allen Wettern trotzen. Unvergessen werden die Thaten des X. Armee-Corps sein, das heute mit seinen heldenmütigen Führern vereint, hier einzieht. Ehre denen, die nicht mehr unter uns sind, — ihre Namen sind unvergeßlich in das Herz des Volkes, in das Buch der Geschichte eingetragen. Möge nach den blutigen, denkwürdigen Zeiten ein Friede folgen, der ungestört sei, zum Wohle des Vaterlandes, zu dessen Segen wir Alle, die wir nun das Schwert aus der Hand legen, jeder in seiner Weise, thatkräftig beizutragen entschlossen sind. Das walte Gott."

Aber auch jenseits der Grenzen Deutschlands hat das persönliche Erscheinen des Kronprinzen hervorragende politische Bedeutung gehabt.

Die auf dem Grunde der gleichen nationalen Wiedergeburt beruhenden Beziehungen Deutschlands und Italiens zu

einander haben in der intimen Freundschaft des Kronprinzen des deutschen Reiches mit dem Hause Savoyen eine erhöhte Festigkeit erhalten. Von König Victor Emanuel weiß man, daß er sein Leben lang eine ausgesprochene Vorliebe für Frankreich und für das ihm kongenialere französische Wesen hatte. Seine nicht beträchtliche Bildung war französisch; das Deutschtum hatte er nur in Gestalt österreichischer Politik, Verwaltung und Armee kennen gelernt, und als Gegensatz alles dessen, was ihm als Italiener theuer war, erkannt. Daß Deutschtum mit Oesterreichertum nicht identisch sei, wurde ihm, wie es scheint, erst dann klar, als der tiefliegende, fortwährende, obgleich stets vertuschte Konflikt zwischen Preußen und Oesterreich in offenen Kampf überging. Glücklicherweise kam diese Erkenntnis nicht zu spät. Als Preußens und Italiens Ziel erreicht war, fand Victor Emanuel sich politisch und persönlich mit Oesterreich gern ab. Die enge Verbindung mit Deutschland, erst nur auf politischen Kalkul begründet, wurde ihm seit seiner Berliner Reise (1873) auch ein Herzensbedürfnis.

König Humbert hatte keine derartigen Wandlungen nötig. Sein politisches und militärisches Denken begann eigentlich mit 1866 und seine seitherigen Erfahrungen müssen ihn naturgemäß mehr an Deutschland als an Frankreich weisen. Seine Reisen nach Berlin und die Gegenbesuche des Kronprinzen von Deutschland haben ihn in persönliche Beziehungen zu diesem gebracht und die Freundschaft begründet, die heute so feste Wurzeln geschlagen hat.

Wenn auch in der hohen Politik persönliche Beziehungen notwendigerweise politischen Situationen untergeordnet bleiben müssen, trifft es sich doch sehr glücklich,

daß ein Antagonismus von persönlicher und politischer Freundschaft gerade zwischen den beiden Fürsten und den beiden Staaten, von denen hier die Rede ist, nicht leicht denkbar ist. Der Kronprinz des deutschen Reiches erscheint gleichsam als das Symbol der Zusammengehörigkeit und Allianz mit Italien, seitdem das Jahr 1866 beide Länder zusammengeführt hat und nur kurze Schwankungen das enge Verhältnis gefährdeten.

Kein anderes Land besucht der Kronprinz so häufig als Italien, dessen Kunstschätze, dessen Naturreize ihn seit der frühesten Jugend schon angezogen haben. Dort hat auch der gereifte Mann in dem jugendlichen Könige und seiner Familie Befriedigung für sein der Freundschaft bedürftiges Herz gefunden. Dieser Freundschaftsbund datirt aus einer Zeit, in der der Altersunterschied, der zwischen beiden besteht, noch frappanter erscheinen mußte. Am ersten Jahrestage von Königgrätz, als in Potsdam die Fahnen für die neuen Regimenter eingeweiht wurden, erschien dort der Kronprinz Humbert aus Florenz. Im nächsten Jahre erwiderte der Kronprinz den Besuch. Er war damals (1868) 37 Jahre, Kronprinz Humbert 24 alt.

Als der Kronprinz des deutschen Reiches in Madrid (1883) weilte, wurde von ihm bei Gelegenheit seiner Anwesenheit auf einem Hofball gesagt: Er sah aus, wie nur er auszusehen vermag; über die andere Gesellschaft ragte er hoch hinaus, er durfte wohl den Göthe'schen Vers auf sich anwenden: „Wohl, dem Mutter Natur doch gleich die rechte Gestalt gab — überall ist er zu Hause und nirgends ist er ein Fremdling.“ Was solche Erscheinung gegenüber den so ungemein auf das Aeußere gestellten Südländern

ausmache, sagte der Berichterstatter, könne man auf Schritt und Tritt sich überzeugen. In Rom war es nicht anders, nur haben hier politische Vorstellungen, die Sympathien der beiden Völker zu einander, dem persönlichen Eindruck festeren Halt gegeben. Als im Jahre 1878, nach dem Leichenbegängnis König Victor Emanuels, eine enthusiastische Menge den Platz vor dem Quirinal anfüllte und das neue Königspaar mit dem Kronprinzen des deutschen Reiches, der den achtjährigen Prinzen von Neapel auf dem Arme hielt und sich auf ihn zum Kuß herabneigte, auf dem Balkon erschien, da war dies eine bedeutungsvolle Scene, ein „lebendes Bild" der sprechendsten Art, das für den Historiker und Politiker keines Kommentars bedurfte. —

Prinz Alfonso von Bourbon, der spätere König von Spanien, schloß sich in noch viel jüngerem Alter als Kronprinz Humbert an den deutschen Kronprinzen an. Als König war er niemals ein Gast der Stadt Berlin, wohl aber einmal als Prinz von Asturien, und zwar im September 1874. Die Zeitungen und das Publikum nahmen von diesem Besuche keine Notiz. Spanien war damals eine Republik und das Interesse für dieses Land drehte sich in Deutschland und in Berlin um die Stellung der deutschen Reichsregierung zur Republik, welche mit den Karlisten schwere Kämpfe hatte und der die deutsche Politik ihre kräftige Unterstützung lieh, von dem Gedanken geleitet, der Kriegsführung der Ultramontanen in Deutschland die täuschende Zuversicht auf fremde Hülfe in Europa gründlich zu benehmen.

Als Prinz Alfonso, damals noch Schüler des Theresianums in Wien, nach Berlin kam und zwar unter dem

Namen eines Marquis Covadonga, brachten gerade die Berliner Zeitungen am nämlichen Tage (am 14. Sept.) die Nachricht, daß die Gesandten des deutschen Reiches und Oesterreichs-Ungarns in Madrid von dem Chef der spanischen Regierung, Marschall Serrano, feierlich empfangen worden waren. In den unterrichteten Kreisen Berlins wußte man bereits, was Prinz Alfonso im Schilde führte, und daß die Anerkennung, welche die Republik zuerst von Deutschland erhielt, keine andere Aufgabe hatte, als „den Rest von Grundlagen staatlichen Wesens für eine künftige staatliche Ordnung, die sich das spanische Volk seiner Zeit würde geben wollen", zu erhalten.

Die Provinzial-Korrespondenz erwähnte den Besuch des Prinzen Alfons in Berlin nicht, brachte aber während seiner Anwesenheit einen Artikel über Spanien, der mit den Worten schloß: „Inzwischen treten in den spanischen Zuständen bereits Anzeichen hervor, welche die Hoffnung erhöhen, daß, Dank der moralischen Stärkung, welche die jetzige Regierung auch durch die Anerkennung der Mächte gewonnen hat, das Streben derselben für die Herstellung einer auf festen Grundlagen ruhenden Staatsordnung in Spanien selbst immer kräftigere Unterstützung finden werde."

Zwei Monate später, nachdem Prinz Alfonso noch in London gewesen war, richtete er von Paris aus an seinem Geburtstage, am 28. November, ein Manifest an die spanische Nation, in welchem er die Ueberzeugung aussprach, daß nur die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Monarchie der traurigen Zerrüttung des Landes ein Ende machen könne. Er gab zugleich dem Wunsch Ausdruck, daß alle

redlichen Männer sich einem Königtum anschließen möchten, das nur die Eintracht und den Frieden vertreten wolle.

In Berlin wohnte Prinz Alfons im Hotel Royal. In seiner Begleitung befanden sich der Herzog von Sesto, der Oberst J. von Valasco und der Oberstlieutenant Graf von Mirasol. Der Kaiser war damals in seiner Residenzstadt nicht anwesend. Er nahm eine Reihe militärischer Besichtigungen vor, in Hessen, Hannover, Holstein. In den ersten Tagen des Aufenthaltes des Prinzen Alfons in Berlin war auch das kronprinzliche Paar fern von Potsdam. Der Kronprinz wohnte den Manövern in Hannover bei und die Kronprinzessin erschien am 14. zu Pferde in der Uniform ihres Husaren-Regiments bei der Parade des hannoverschen Korps. Kaum war das kronprinzliche Paar nach Potsdam zurückgekehrt, so machte ihm der Prinz von Asturien seinen Besuch, der erwidert und mehrfach erneuert wurde.

Hier knüpfte sich zuerst das Band der innigen Freundschaft an, welches den Prinzen Alfons mit dem zwar viel älteren, aber innig geliebten nnd verehrten Kronprinzen des deutschen Reiches fortan vereinte. Seine Sympathie für Deutschland war zuerst durch dessen Erfolge im französischen Kriege erweckt worden. Sie erhielt eine festere Begründung gerade in jenem Jahre, in dem der Prinz nach Berlin kam. Die Parteinahme Frankreichs für den Karlisten-Aufstand und die entgegengesetzte Haltung Deutschlands war für den Prinzen für immer entscheidend. Vom französischen Kriege her war er enthusiasmirt für die beiden prinzlichen Heldengestalten, Kronprinz Friedrich Wilhelm und Prinz Friedrich Karl; durch den persönlichen Verkehr mit dem ersteren fühlte

er sich auch herzlich angezogen. Zu der aus der Ferne gewonnenen Bewunderung des Heerführers kam jetzt durch den Umgang, der freilich damals auf eine Woche beschränkt blieb, der Eindruck, den die gemütliche Seite des Wesens des Kronprinzen auf ihn machte. Seine Jugend empfand diesen Eindruck um so tiefer. Er hatte ein volles Bewußtsein davon, was ein vielseitig und harmonisch gebildeter Geist vor einer in unstätem Leben und abgerissener Erziehung gewonnenen Bildung voraus hat. Man erinnert sich der Worte, welche neun Jahre später König Alfons in der Madrider Akademie der Rechtswissenschaft sprach, indem er hervorhob, daß es dem Kronprinz des deutschen Reiches vergönnt gewesen sei, sich dem Studium hingeben und den Doktorgrad erlangen zu dürfen. „Mir, so sagte der König, ist es nicht so gut geworden; unvorhergesehene Schicksale haben mich in früher Jugend aus meinen ruhigen Studien gerissen und mir die Mission gegeben, das durch Anarchie und Bürgerkrieg verwüstete Spanien wieder herzustellen; in ruhigeren Zeitläuften wäre es ein glückliches Geschick für mich gewesen, in Ihren Hörsälen gleich meinem berühmten Freunde meine Rechtsstudien zu machen."

Nach seiner Vermählung mit der Tochter des Herzogs von Montpensier im Januar 1878 schickte der König Alfons einen außerordentlichen Gesandten General Don Juan de Ibaretta nach Berlin. Derselbe wurde von dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, wie auch von dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl empfangen. Er überbrachte der Prinzessin Friedrich Karl den von seinem Souverän verliehenen, am 19. März 1792 von Marie Louise, Gemahlin Karl IV., gestifteten spanischen Marie-Louisen-Orden. Der

außerordentliche Gesandte brachte bei dieser Gelegenheit auch die Versicherung des Königs mit, welch theuere Erinnerung an den schönen Aufenthalt in Berlin er stets bewahre, vor allem an das unvergleichliche Potsdam, für welches er gern sein Aranjuez vertausche.

Man muß wissen, daß es sehr schöne Septembertage waren, in denen Prinz Alfons Sans-souci zuerst gesehen hatte. Wenn er es ein zweites Aranjuez nannte, so mochte wohl bei dieser Hyperbel der Gedanke an das gastfreundschaftliche Heim des kronprinzlichen Paares vorherrschen. In Galanterie ist König Alfons auch dem nordischen Klima gegenüber unübertroffen geblieben.

An Aranjuez knüpfte sich grade damals für den jungen König die Vorstellung höchsten Glückes. Dort hatte die Infantin Mercedes bis zu ihrer Vermählung, mit ihren Eltern gewohnt und die Besuche ihres Verlobten empfangen. Dort hatte er, um nicht von der profanen Umgebung verstanden zu werden, die intimsten und tiefsten Gedanken seiner Seele mit der Braut in deutscher Sprache ausgetauscht, in derselben Sprache, in der er ihr das erste Liebesgeständnis gemacht hatte. In der That verstand die Tochter des Herzogs von Montpensier das Deutsche so gut wie der in Wien erzogene König, der noch 1883, als der deutsche Besuch nach Madrid kam, seine Citate aus Schiller vortrefflich anzubringen wußte, wie er das 1874 im Park von Sans-souci gethan hatte.

Es schien im Herbst 1883, als ob sich aus dem Besuche des deutschen Kronprinzen in Spanien ein besonders inniges Verhältnis zwischen beiden Ländern gestalten sollte. Fürstliche Reisen, die gegenseitigen Besuche von Königen

und Kaisern haben zwar in einer Zeit, wo jedermann reist, viel von dem Glanz und dem Geheimnisvollen verloren, die sie früher umgaben. Noch die Zusammenkunft Friedrichs II. mit Joseph II. in Neiße, die Reise Josephs II. zu der Kaiserin Katharina II. nach der Krim wurden in dem phantastischen Licht großer Weltereignisse betrachtet, deren wahre Gründe und letzte Ursachen nur wenigen Eingeweihten offenbart werden durften. Immer mehr gewöhnt man sich dagegen in unsern Tagen daran, in diesen fürstlichen Begegnungen nichts weiter als Höflichkeiten, Freundschaften, die leicht erklärliche Neugier, das Verlangen, sich gegenseitig kennen zu lernen und, wenn es hoch kommt, die Veranlassung zu einem gelegentlichen Meinungsaustausch zu sehen. Bei dem Friedensbedürfniß Europas, in der, gleichsam von jedem fallenden Blatte gereizten Empfindlichkeit der Völker, die bald im Osten, bald im Westen einen Kriegssturm wittern, glaubt man gern und willig in solchen fürstlichen Besuchen ein neues, wenigstens für einen Winter bürgendes Friedenszeichen zu haben.

Die Reise, die der deutsche Kronprinz 1883 nach Spanien machte, wäre Allen in diesem Lichte erschienen, wenn es nicht den Franzosen eingefallen wäre, eine Staatsaktion daraus zu machen. Daß der Kronprinz den Besuch des Königs von Spanien an dem Hofe des deutschen Kaisers erwiderte, war eine Pflicht der Höflichkeit, über die das „ritterlichste Volk der Welt" doch nicht hätte erstaunen sollen. Daß diese Pflicht sobald erfüllt wurde, mochte ja in den Augen der Politiker mit durch das unwürdige Benehmen der Pariser gegen den König Alfons veranlaßt werden. —

Eine andere Bedeutung, als dieser gelegentliche Höflichkeitsbesuch, der die Spanier nicht gehindert hat, zwei Jahre später den tollen Lärm wegen der Karolinen-Inseln zu erheben, haben und behalten die Besuche unseres Kronprinzen in Italien. Sie werden eben von einer politischen Idee getragen, die in den Nachbarsvölkern auf beiden Seiten der Alpen gleich mächtig wirkt. —

Wenn dasselbe nationale Streben und derselbe Kampf wider das antinationale Papsttum Deutschland und Italien auf einander weisen, so hat an der Festigkeit der Neigung des deutschen Kronprinzen für Italien, für das Land und die Dynastie, auch die Hochschätzung des konstitutionellen Regiments daselbst ihren Anteil.

Als unmittelbar nach dem Tode Victor Emanuels das Gesamtministerium seine Demission in die Hände des Königs Humbert legte und dieser die Demission der Minister ablehnte und sie aufforderte, auf ihren Posten zu bleiben, sagte Crispi dem Könige: „Mit Ihrem Vater sinkt eine historische Epoche, jene der Unifikation Italiens ins Grab. Die Monarchie, welche ihr nun folgt, hat die Aufgabe, die Freiheit zu befestigen und zu erweitern und die Wohlfahrt der Nation sicherzustellen, da anders die Monarchie heute keinen Existenzgrund hätte.“ Der König erwiderte: „Dies heißt klar und deutlich sprechen. Ich danke Ihnen dafür und versichere Sie, daß meine Wünsche die Ihrigen sind. Ich hoffe es Ihnen bald durch Thatsachen zu beweisen.“ Crispi wies dann auf sein im November 1876 veröffentlichtes Reformprogramm hin und hob einige wichtigere Punkte desselben hervor, worauf der König ihm antwortete, daß er fest entschlossen sei, nach dem

Wunsche der Nation zu regieren und keine verständige Reform zurückweisen werde, deren Bedürfnis und Heilsamkeit von der Nation anerkannt und zur Durchführung empfohlen würde.

In Preußen wird der Freund König Humberts gern nach derselben Richtung gefeiert, wenn auch mit begreiflicher Reserve. „Von dem Hauche der modernen Zeit umweht, sucht er seine Ideale nicht in der Vergangenheit." —

„In jenem traurigen Sommer des Jahres 1878, wo die ruchlose Hand eines Frevlers das Leben des Kaisers in Gefahr gebracht hatte, schauten wir im Hinblick auf unseren Kronprinzen und die ernste Gefaßtheit seines Wesens ruhiger in die Zukunft, wie trüb sie auch vor uns lag. Mit jener vollkommenen Pflichterfüllung, die alle Hohenzollern auszeichnet, verbindet Kronprinz Friedrich Wilhelm in seinem öffentlichen Auftreten die Zurückhaltung und Selbstbeherrschung, die seiner Stellung ziemt; wo er aber das ein- oder das andere Mal, von der Großherzigkeit und dem Edelsinn seines Charakters fortgerissen, aus dieser Zurückhaltung herausgetreten ist, da haben seine Worte, seine Verurteilung gewisser Tendenzen und Parteien den lautesten und begeistertsten Wiederhall gefunden. Bei der Zerklüftung und Zerrissenheit in unserm noch so jungen Reiche, das einen seiner wichtigsten und stärksten Einigungspunkte gerade in der Persönlichkeit unseres Kaisers findet, ist es eine Lebensfrage für unsere Einheit nach Innen und unsere Macht nach Außen, daß sein Nachfolger dereinst von gleicher Liebe und Verehrung aller deutschen Stämme getragen sei. Wie überwältigend auch das Genie eines Staatsmannes sei, es kann die Zukunft eines Vol-

kes nicht sichern. Noch auf Menschenalter hinaus wird darum die Persönlichkeit unserer Herrscher ein gewichtiger Faktor für die Gestaltung Deutschlands sein.

Solche Gedanken drängen sich in diesen von so heftigen Leidenschaften und so bitteren Anklagen erfüllten Tagen unabweislich auch denen auf, die sich sonst von dem politischen Treiben ferner zu halten pflegen; ihre Hoffnung auf die Zukunft, ihre Freude am Vaterlande beruht auf der Gewißheit, daß gegenüber der Reaktion in dem Kaiser und seinem Sohne uns ein fester Halt der Einheit und der Freiheit, der Ordnung und des Rechts, eine Stetigkeit und Dauer verheißende Schutzmacht gegeben sei."

Der Kronprinz hat schon einmal als Stellvertreter des Kaisers, als dieser, nach den Attentaten, auf dem Krankenbette lag, die Zügel der Regierung geführt. Es hat während dieser Zeit an politischen Ereignissen nicht gefehlt, welche seine Stellvertretung zu einem denkwürdigen Zeitabschnitt für das deutsche Reich gestalteten, wenn auch noch manches dieser Ereignisse der Oeffentlichkeit vorenthalten werden muß. Dieser Epoche gehörte der „Berliner Kongreß" an. Dem Kronprinzen war es vergönnt, im Namen des Kaisers die Vertreter der europäischen Mächte um sich zu versammeln und sie zum „Gelingen ihres Werkes" zu beglückwünschen.

Von einem in seinen äußeren Wirkungen freilich noch nicht so bald erkennbaren Einfluß auf eine friedliche Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche war jenes Schreiben, welches in dieser Zeit der Kronprinz an den Papst Leo XIII. richtete, um demselben darin im Namen des Kaisers für die zu dessen Lebensrettung aus-

gesprochenen Glückwünsche zu danken, durch welches Schreiben die Kissinger Verhandlungen eingeleitet wurden.

Die alsbald nach Uebernahme der stellvertretenden Regierung angeordnete Auflösung des Reichstages gab den Anstoß zu einer das deutsche Volk bis in seine tiefsten Schichten aufregenden Bewegung, die noch heute nicht zu ihrem Abschlusse gelangt ist. Der neugewählte Reichstag erteilte der Regierung auf ihr Verlangen durch ein Gesetz außerordentliche Befugnisse, um die von den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie bedrohten Grundlagen der Staats- und gesellschaftlichen Ordnung kräftiger, als es ohne solche Befugnisse möglich erschien, vor Umsturz zu bewahren.

Es war ein düsterer Hintergrund, aus welchem die Notwendigkeit einer stellvertretenden Regierung des Kronprinzen ihren schmerzvollen Ursprung herleitete, und von welchem her sie fortgesetzt ihre Impulse empfing. Die Lage wäre auch dann schwierig gewesen, wenn der Souverän selber in Person die Regierungsgeschäfte in der Hand gehabt hätte. Dazu kam als ein die Regierung technisch erschwerender Umstand, daß der Souverän zu vertreten war und daß demgemäß jene feste Grundlage fehlte, welche eine monarchische Regierung in dem eigenen Willen und den eigenen Anschauungen des Machthabers besitzt. Nicht diese konnten für den Stellvertreter in der Regierung überall und unbedingt entscheidend sein, sondern es waren die Grundlagen zu suchen in dem vermutlichen Willen des zu vertretenden Souveräns und in dem vorgefundenen Regierungssystem. Man darf wohl behaupten, daß allgemein

die Schwierigkeit dieser Aufgabe in vollem Umfange gewürdigt wurde.

Im ganzen Lande herrschte nur ein Gefühl, daß der Kronprinz der ihm gewordenen schwierigen Aufgabe gerecht geworden ist, daß er den ihm erteilten Auftrag bestens ausgeführt hat. Daß in einem so großen Staatswesen über einzelne Maßnahmen abweichend in Hoffnung und Sorge geurteilt wird, daß nicht Alles, was geschieht, auf allen Seiten Zustimmung findet, versteht sich von selbst und besonders bei uns kann es nicht anders sein, wo auf politischem Gebiete so scharfe Gegensätze obwalten. Fast jeder Staatsakt wird hier einer geteilten Auffassung begegnen. Darin waren Freunde und Gegner einzelner Maßregeln einig, daß während dieser Zeit der Stellvertretung die Zügel der Regierung von einer sichern und starken Hand geführt worden sind, daß das Vertrauen auf eine glückliche Leitung des Staates und Reiches selbst durch die schwersten Ungewitter hindurch unerschüttert gewesen ist.

Es haben die gefahrvollen Zustände der Regierung die Notwendigkeit auferlegt, gerade während dieser Zeit Schritte zu thun, die, unter gewöhnlichen Gesichtspunkten betrachtet, eine Durchbrechung unserer staatlichen Entwicklung bedeuten mußten. Aber dennoch ist in keinem Augenblicke die Zuversicht getrübt worden, daß eben die Verhältnisse es gewesen sind, welche zu solchen Schritten gedrängt haben, nicht persönlicher Wille und Neigung, daß auch da, wo in dieser Rückströmung Opfer an Rechten zu bringen gewesen sind, diese Opfer durch die harte Notwendigkeit der Ver-

3*

hältnisse und von zeitweilig übertragenen Pflichten geboten waren.

Es erschien damals wie ein Mißton, als die „Nordd. Allg. Ztg." in ihrer Betrachtung über die Regierungsstellvertretung einen Ton der Anerkennung anschlug, der den Eindruck machte, als wenn er unbedingter gewesen wäre, wenn der Stellvertreter des Kaisers es auf einen Konflikt mit der Reichsvertretung hätte ankommen lassen. „Auf Thaten mußte durch Thaten Antwort gegeben werden. Gleichwie sein königlicher Vater in einer schweren Zeit seiner Regierung seine Königspflicht und die Zukunft des Landes über die Popularität des Augenblicks stellte, hat der Kronprinz die ihm anheimgefallene Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung nicht von gutherzigen, aber praktisch haltlosen Doktrinen und schönen Reden, sondern nur von der Energie der That erwartet, gleichviel ob dieselbe für den Augenblick populär erschien oder nicht. Dafür dankt ihm heute Preußen und Deutschland und wird ihm in Zukunft, wenn die Geister erst der Fesseln des Doktrinarismus und der Parteiprobleme ledig geworden sind und sich auf dem festen Boden eines starken Königstums — unserer alleinigen Existenzbasis — enger zusammen geschlossen haben, noch viel inniger danken; ganz ebenso wie Preußen seinem Könige nicht genug danken konnte, als es im Augenblicke der schwersten Gefahr eines Existenzkampfes die vaterländischen Grenzen von einer überraschend gewaltigen und tüchtigen Waffenmacht gedeckt sah." Dieser Sprache mit ihrem triumphirenden Hinweise auf die Konfliktszeit von 1862—66, dieser Apologie des Verfassungs-Konflikts wurde auf liberaler Seite das vom Kronprinzen vom ersten bis zum letzten Augen-

blicke seiner zeitweisen Regierungsthätigkeit aufrecht erhaltene konstitutionelle Einvernehmen mit dem Lande gegenüber gestellt. Man erinnerte daran, daß noch am Tage, ehe die Vereinbarung über das Sozialisten-Gesetz zwischen Regierung und Reichstag definitiv zu Stande kam, das Blatt des Fürsten Bismarck eine der wesentlichen Bedingungen, an welche die Liberalen ihre Zustimmung knüpften, unannehmbar bezeichnete. Hätte der Regent diese Haltung zu der seinigen gemacht, so wäre das Scheitern des Gesetzes und mit ihm der Konflikt unvermeidlich gewesen. Es wurde damals gesagt, gerade der Kronprinz sei es gewesen, der die Bahn der Verständigung mit der Volksvertretung als Richtschnur festgehalten wissen wollte und allen auf eine nochmalige Auflösung des Reichstages hinzielenden Einflüsterungen entschieden sein Ohr verschloß.

Ueber das Verhältnis des Kronprinzen zum Reichskanzler auch in den letzten Jahren ist wiederholt Streit in der Presse ausgebrochen. Im Oktober 1881 wurde behauptet: man nehme im Volke mit Schmerz und Unmut die Bemühungen wahr, den Kronprinzen aus der Nähe des Hauptsitzes der Regierung zu entfernen und ihm einen Platz als Statthalter des Kaisers in den fernen Reichslanden anzuweisen; man freue sich, daß der Kronprinz diesem Plane seine Weigerung entgegensetze, wolle aber sich jeder Demonstration enthalten, welche geeignet wäre, dem Gefühle der Genugthuung über die Haltung des Kronprinzen einen öffentlichen Ausdruck zu geben.

Diese Sprache wurde offiziös derb abgefertigt. Für jeden, der mit politischen Verhältnissen und mit den Regeln, welche für die Beziehungen der höhern Kreise maßgebend

sind, nur entfernt bekannt sei, erscheine selbstverständlich, daß der Reichskanzler einen Plan, wie denjenigen der Statthalterschaft Sr. K. und K. Hoheit des Kronprinzen in Elsaß-Lothringen — der sich generell auf den jedesmaligen Thronfolger des deutschen Kaisers erstrecke — nicht ohne das Einverständnis Sr. K. und K. Hoheit auch nur privatim, noch weniger amtlich, vertreten könnte. Es sei daher eine lügenhafte Erfindung, diesen Plan als eine Intrigue bezeichnen zu wollen, um den Thronerben aus der Nähe des Hauptsitzes der Regierung zu entfernen. Kein politischer Kopf würde außerdem auf den Gedanken verfallen sein, daß der Thronerbe in solchem Falle etwa zwölf Monate im Jahre Straßburg bewohnt haben würde, unter Abbrechung aller übrigen Beziehungen und Residenzen. Die Ausführung des Planes sei nicht daran gescheitert, daß der Kronprinz seine Zustimmung versagte, sondern an den Schwierigkeiten, die richtige Form und die Abgrenzung für die beabsichtigten Einrichtungen zu finden, um sie der hohen Stellung eines Thronerben des Reiches in ihrer Machtvollkommenheit würdig zu gestalten, ohne zu tief in die bestehenden Verfassungsverhältnisse einzugreifen. Von seiten des Kanzlers sei, wie natürlich, kein Schritt in der Sache ohne das Einverständnis Seiner Kaiserlichen Hoheit geschehen.

Noch dreister wären die wahrheitswidrigen Insinuationen über die Stellung des Reichskanzlers zur Vermählung des künftigen Thronerben. „Fürst Bismarck ist außerhalb der nächstbeteiligten Kreise der erste gewesen, den die durchlauchtigsten Eltern des Prinzen Wilhelm von der beabsichtigten Vermählung unterrichtet haben, um für

die Verhandlungen über dieselbe seine Dienste auf politischem und juristischem Gebiete in Anspruch zu nehmen. Der Reichskanzler hat diesem höchsten Vertrauen zur vollsten Zufriedenheit Sr. Kaiserlichen Hoheit entsprochen, und es hat in den höchsten Kreisen nur befremden können, wenn die fortschrittliche Presse in dieser Weise das genaue Gegenteil behauptet. Es ist nicht einmal wahr, daß der Reichskanzler durch Krankheit von den betreffenden Feierlichkeiten fern gehalten wurde: derselbe hat, obschon krank, sowohl den Verlobungsfeierlichkeiten in Babelsberg als auch dem Empfang der hohen Braut im Schloß zu Berlin persönlich beigewohnt."

In demselben Jahre 1881 machte die Rede Aufsehen, welche Fürst Bismarck gegen die Verwaltung der Stadt Berlin im Reichstage hielt. Er bemerkte u. A.: „Es ist doch weltbekannt, daß in Berlin der Fortschritt regiert und ein fortschrittlicher Ring die Stadt beherrscht. Wie kommt eine andere Partei auf? Alle Instanzen gehören derselben Partei an, die bei allen ihren ausgezeichneten Eigenschaften doch am meisten politische Empfindlichkeit auf das Privatleben überträgt. Wäre der Stadt vielleicht gedient, wenn, wie ich schon oft gedacht habe, der Reichstag und die Kontrolbehörden in einer anderen, weniger bevölkerten Stadt säßen?"

Viele wollten nicht an den Ernst dieses Ausspruchs glauben, sie erklärten ihn für eine Humoreske, andere behaupteten, daß die Idee der Verlegung des Reichstages und der obersten Behörden von Berlin undurchführbar sei und der Kaiser darein niemals einwilligen werde. Andererseits wurde gewarnt, sich nicht in diese Sicherheit zu wiegen,

denn zu oft hätten wir die Erfahrung gemacht, daß, was anfangs als ganz kleine Wolke am Horizont erschien und von den Gegnern des Reichskanzlers verlacht wurde, mit Riesenschnelle sich vergrößerte und mit elementarer Gewalt zum Ausbruch kam, jeden Widerstand zu Boden werfend. So sei Fürst Bismarck in seiner äußeren Politik, so in seiner inneren bisher stets verfahren.

Es wurde daher sehr beachtet, daß der Kronprinz in seiner Beantwortung der Glückwunsch-Adresse der städtischen Behörden Berlins beim Jahreswechsel sagte: „Ich kann nicht unterlassen, bei diesem Anlasse auszusprechen, wie Ich der Leitung der städtischen Verwaltung volle Anerkennung für die einsichtige und planvolle Fürsorge zolle, welche sie der körperlichen Wohlfahrt, wie der geistigen und sittlichen Bildung der Bevölkerung widmet. Wo immer Ich Gelegenheit fand, städtische Einrichtungen und Anstalten zu besuchen, haben die wahrgenommenen Erfolge Mich mit lebhafter Befriedigung erfüllt."

Und doch war es dasselbe Jahr, wo Fürst Bismarck, der angesichts der Ergebnisse der Reichstagswahlen an Demission dachte, am 15. November den Besuch des Kronprinzen erhielt und mit ihm sein Verbleiben und die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 beriet. Das Gerücht von Differenzen tauchte immer von Neuem auf. Im Jahre 1884 ließ der Reichskanzler in der „Nordd. A. Z." einen Artikel des „Reichsfreund" abdrucken, in welchem ein tiefer Gegensatz zwischen dem Kronprinzen und dem Fürsten Bismarck dargelegt war. Dazu bemerkte das genannte Blatt: „Das Organ der Fortschrittspartei ist bemüht, den Kronprinzen von der Politik, welche Se. Majestät der Kaiser seit 1866

geführt hat, zu trennen, unter der Fiktion, daß der Kronprinz selbst sich von derselben lossage, oder, wie das Richtersche Blatt sagt, es ablehne, vor der Nation für unsere (?!) Politik „auch nur moralisch eine Verantwortlichkeit zu übernehmen." Für uns ist dieser Artikel ein neues Symptom der berechneten und wühlerischen Arbeit unserer Republikaner. Die kaiserliche Politik, welche das fortschrittliche Organ in seiner Abneigung gegen monarchische Einwirkungen als Kanzlerpolitik bezeichnet, hat mit ihren Erfolgen unzweifelhaft die Mehrheit der Nation für sich. Sie hat sicherlich das Ansehen der Monarchie, den Einfluß des Monarchen befestigt und gefördert. Dem jetzigen Kaiser diese Errungenschaft entreißen zu wollen, würde verlorene Mühe sein; auf dergleichen unfruchtbare Arbeit lassen sich die Herren Richter und Parisius nicht ein. Ihr Angriff richtet sich gegen den Thronfolger, um in der Person desselben die monarchische Zukunft zu treffen und den Kronprinzen loszulösen von jedem Zusammenhang mit der glorreichen Politik seines Herrn Vaters. Den Patronen des „Reichsfreund" ist es vollkommen klar, daß ein Thronfolger, dem man seinen Anteil an der kaiserlichen Politik und ihren Erfolgen von 1866 und 1870, an der Herstellung der deutschen Einheit und des Kaisertums bestreiten kann, in den Augen des Volkes einen wesentlichen Verlust an dem monarchischen Nimbus erleidet, mit dem die Politik der letzten zwanzig Jahre die Person des Kaisers unlöslich umgeben hat. Kann man den Nachfolger auf dem Thron um seinen Anteil am Ruhm dieser Politik bringen, so dient man der republikanischen Sache, indem man die Sympathien, welche diese Politik in den Herzen der Deutschen

erworben hat, auf den Erben des Throns überzugehen verhindert. So künstlich auch die republikanische Taktik, die in solchen Bestrebungen liegt, in dem Artikel maskiert wird, für Jeden, der nicht selbst durch fortschrittliche Brillen sieht und die Fortschrittspolitik und ihre Ziele kennt, ist die Maske durchsichtig. Es handelt sich eben nur darum, der Dynastie, in welcher unsere Monarchie erblich ist, in der öffentlichen Meinung nach Möglichkeit Schaden zu thun. Glücklicherweise ist der Anteil des Kronprinzen an der kaiserlichen Politik, die das Richtersche Blatt die „Kanzlerpolitik" nennt, auf dem militärischen wie auf dem politischen Gebiet zu gewichtig und zu unvertilgbar in die Bücher der Geschichte eingetragen, als daß monarchenfeindliche Blätter den Erben der Kaiserkrone um seinen eigenen Ruhm und um seinen Anteil an dem Ruhme seiner Väter betrügen könnten."

Es wurde von anderer Seite erwidert, daß der Artikel des „Reichsfreund" nur ein Vorwand zu dieser Auslassung war; der Artikel der „Nordd. A. Z." erinnere an die Intriguen, welche in den fünfziger Jahren gegen den damaligen Thronfolger, den Prinzen von Preußen, gesponnen wurden.

Als die Fortschrittspartei und die Sezessionisten im Jahre 1884 ihre Fusion eingingen, meldete ein hervorragendes Berliner Blatt, daß Persönlichkeiten in hohen Positionen, welche die Bedeutung eines kräftigen und gut organisierten Parlamentarismus für unser Vaterland zu würdigen wissen, mit ihrer Anerkennung des Geschehenen und Erstrebten nicht zurückhielten. Es konnte nicht feh-

len, daß bei dieser Gelegenheit wieder der Kronprinz genannt wurde.

In kirchlicher Beziehung ist der Verkehr des Kronprinzen und seiner erlauchten Gemahlin mit freisinnigen Geistlichen bekannt. Auch für die Erziehung ihrer Kinder haben solche Geistliche den Vorzug erhalten. Zwei bedeutungsvolle Kundgebungen brachte (1883) das Wittenberger Lutherfest, den Erlaß unseres Kaisers und die Ansprache, mit welcher der Kronprinz die Verlesung des Erlasses begleitete. Der kaiserliche Erlaß gedachte des gewaltigen und gottgesegneten Wirkens Luthers; er schloß mit einer Zusammenfassung dessen, was die Lutherfeste fördern sollen: Die Weckung und Vertiefung evangelischer Frömmigkeit, die Wahrung guter Sitte und die Befestigung des Friedens in unserer Kirche. Die Ansprache des Kronprinzen lautete: „In sinniger Weise sind in diesen Räumen (in der Lutherhalle) aus den Tagen der Reformation Andenken aller Art vereinigt, deren Vermehrung und Vervollständigung Ich glücklichen Fortgang wünsche. Denn unser Volk kann nicht oft und nicht lebhaft genug an die Segnungen erinnert werden, welche es dem Manne verdankt, dessen Namen diese Halle trägt. Wer gedächte nicht hier und heute dessen, was Martin Luthers Geist und Wirken auf dem Gebiete deutsch-nationalen Lebens für uns erworben hat? Möge diese seinem Gedächtnis gewidmete Feier uns eine heilige Mahnung sein, die hohen Güter, welche die Reformation uns gewonnen, mit demselben Mute und in demselben Geiste zu behaupten, mit dem sie einst errungen worden sind! Möge sie insbesondere uns in dem Entschlusse befestigen, alle Zeit einzutreten für unser evangelisches Be-

kenntnis und mit ihm für Gewissensfreiheit und Duldung! Und mögen wir stets dessen eingedenk bleiben, daß die Kraft und das Wesen des Protestantismus nicht im Buchstaben beruht und nicht in starrer Form, sondern in dem zugleich lebendigen und demütigen Streben nach der Erkenntnis christlicher Wahrheit! In diesem Sinne begrüße Ich den heutigen und die nachfolgenden Luthertage mit dem innigsten Wunsche, daß sie beitragen mögen, unser protestantisches Bewußtsein zu stärken, unsere deutsche evangelische Kirche vor Zwietracht zu bewahren und ihren Frieden fest und dauernd zu begründen."

Diese Ansprache wurde in einem Teile der Presse mit lebhafter Genugthuung begrüßt, als eine Kundgebung, die uns in das tiefste Gemüts- und Geistesleben des fürstlichen Sprechers hineinführe. Der Kronprinz betonte mit besonderem Nachdruck, was die That Luthers nicht nur den protestantischen Glaubensgenossen, sondern was sie vielmehr der ganzen Welt gewonnen habe: Die Gewissensfreiheit und die Duldung, zwei Worte, die nicht einmal ihrem Wortsinne nach die Welt gekannt hätte, ehe die große Befreiungsthat von Wittenberg vollzogen wurde. „Der Kronprinz ist dann weiter in den Kreis des protestantischen Bekenntnisses eingetreten und hat in wenigen markigen Zügen den wahren Charakter desselben gezeichnet. Nicht im Buchstaben und in der starren Form ist Kraft und Wesen des Protestantismus zu finden — denn wo weder Entwicklung noch Wachstum ist, da ist kein Leben. Das Streben ist es, das unausgesetzte lebendige und demütige Ringen nach der Erkenntnis christlicher Wahrheit, was den Protestantismus geschaffen hat, was ihn allein kräftig und

lebendig erhalten kann. An dieser durch so große historische Erinnerungen geweihten Stätte, bei einer für die protestantische Welt so feierlichen Veranlassung konnte nichts Größeres sich vollziehen, als das Bekenntnis, welches der Erbe des deutschen Kaiserthrones abgelegt hat. Die Form, welche Luther der äußeren kirchlichen Gestaltung gegeben hat, beruht auf einer höchst erhabenen Auffassung des fürstlichen Amtes und Berufes. Nicht bloß den äußeren Schutz und Schirm der staatlichen Gemeinschaft soll der Fürst führen, mitten hinein stellte ihn Luther in die tiefsten und innersten Angelegenheiten des Menschen; in der gemeinsamen Verfolgung der erhabensten Ziele sollen Fürst und Volk immer fester zusammenwachsen. — Dieser große Gedanke des Reformators hat selten eine schönere Frucht getragen, als es die Botschaft war, welche der Kronprinz nach Wittenberg brachte, und in den denkwürdigen Worten, mit denen er sie der Festversammlung überlieferte. Wir sind auf das festeste überzeugt, daß durch diesen Tag schon ein Großes erreicht ist in den Zielen, die der Kronprinz heute gesteckt hat: Stärkung des protestantischen Bewußtseins, Wahrung der deutschen evangelischen Kirche vor Zwietracht und Begründung festen und dauernden Friedens."

Die Weihe als Freimaurer hat der Kronprinz Friedrich Wilhelm schon im November 1853 erhalten. „Seit der Nacht vom 28. August 1738, in welcher der große König als Kronprinz in Braunschweig in den Orden aufgenommen wurde, seit dem 22. Mai 1840, an dem unter Genehmigung seines Königlichen Vaters der Prinz von Preußen dem Bunde beitrat, war den preußischen Logen — so lautet ein Bericht darüber — kein so hoher Festtag erschienen,

als der 5. November 1853, als mit Zustimmung des Königs der Prinz von Preußen seinen erlauchten Sohn in den Bund und die Bruderkette einführte.“ Die feierliche Handlung ging im Palais in Gegenwart der berufenen Mitglieder der drei preußischen Großlogen vor sich. Der Wichtigkeit des schönen Tages entsprachen die einfachen und edelen Worte, welche die Feier begleiteten. Wiederholt sprach der erlauchte Protektor aus, welchen hohen Wert dieser Abend dem Bunde gegenüber habe. „Meines Sohnes Zukunft,“ sagte er, „wenn sie ihn am Leben erhält, wird dem Orden für lange Zeit eine Bürgschaft für den kräftigsten Schutz sein, aber freilich nur dann, wenn Sie dabei verbleiben, die reine Lehre unverbrüchlich zu bewahren.“ Auf den Protektortoast erwiderte der Prinz von Preußen: „Heute nehme Ich gern Ihren Dank an, denn Ich weiß, daß durch die Zuführung meines Sohnes in unseren heiligen Orden demselben für fernere Zeiten der sicherste Halt gegeben wird. Mögen Sie und alle diejenigen, welche in diesem Augenblicke noch nicht den Gegenstand der heutigen Feier kennen, durchdrungen sein von dem Bewußtsein, daß Mein Sohn der Erbe Meiner Gesinnungen für unsere Verbindung sein werde und daß dem Orden der Segen nimmer fehlen könne, der aus einem solchen Bunde notwendig hervorgehen muß.“ Und diese Gesinnungen, voll sittlich schwerwiegender Bedeutung, sprachen sich klar in den Schlußworten an den Prinzen Friedrich Wilhelm aus, die weit über die Ordenskreise hinaus gehört wurden: „Es giebt nur einen Ausgangs- und einen Endpunkt für das Leben des Menschen, der das Höchste lebhaft und ungetrübt erkannt hat; — zu dem richtigen Verständnis die-

ses Einen, Notwendigen wird der Orden Dich führen, wenn es Dein stetes Bemühen sein und bleiben wird, die heiligen Lehren in Dich aufzunehmen, wenn Du sie zur That und zur Wahrheit wirst werden lassen. Es fehlt nicht an lauten Stimmen, die außerhalb des Ordens stehen und sich bemühen, denselben zu verdunkeln und zu verdächtigen; — wie Ich niemand ein Recht zugestehen kann, über den Orden abzusprechen, der ihn nicht kennt, so werde Ich auf Grund der Mir gewordenen Erkenntnis nie solchen Stimmen ein Gehör schenken. Möge auch Deine Zukunft den Beweis geben, daß Du mit klarem ungetrübtem Blicke zu sichten und den Orden zu verteidigen wissen wirst. Man greift den Orden an, weil er sich in Geheimnisse hüllt und man zu bequem ist, sich davon zu überzeugen, daß das jetzt noch notwendig ist; wie es in der Art derer liegt, welche zertrümmern wollen, daß sie sich mit Oberflächlichem begnügen, so dringen auch in diesem Falle die Gegner nicht tiefer ein, um absichtlich nicht eines Besseren belehrt zu werden. Sei und werde Du also dem Orden ein starker Schutz, dann wird nicht allein Deine eigene Zukunft eine gesicherte sein, sondern Du wirst überhaupt das herrliche Bewußtsein in Dir tragen, dahin gestrebt zu haben, das Wahre und Gute um Dich verbreiten zu wollen."

Während die Freimaurerei in allen romanisch-katholischen Ländern eine eminent politische, und zwar republikanisch-demokratische Partei ist, hat sich dieselbe bekanntlich in Deutschland zum Teil in anderer Richtung entwickelt. Hier sind es (mit einziger Ausnahme der großen Landesloge) im wesentlichen humanistische Grundsätze, die das einigende Band des Bundes bilden, und die politische Richtung ist,

wenn auch sicher keine conservative, doch eine viel gemäßigter liberale, ja stellenweise den Liberalen unerfreuliche. Beispielsweise sind, entgegen dem internationalen und interreligiösen Wesen des Bundes, wie es im Andersonschen Constitutionenbuch gefaßt ist, auch in der Berliner Großloge „Zu den drei Weltkugeln“ noch immer die Juden ausgeschlossen. Von Zeit zu Zeit wird abgestimmt, ob man sie einlassen will oder nicht, aber bisher hat die Ballotage noch stets zu ihren Ungunsten entschieden, ja es hat sich sogar neuerdings in der „Aera Stöcker“ die Stimmenzahl der Philosemiten vermindert, die der Antisemiten vermehrt, wozu der Redakteur Findel in der „Bauhütte“ bemerkt, es sei ein Zeichen, daß die Loge nicht die Zeitströmung leitet, sondern von ihr geleitet werde. „Die gebildete Welt“ — sagt derselbe — „ist uns an Freisinn und Vorurteilsfreiheit über; sie hat für solche Abstimmungen überall nur ein vornehmmitleidiges Lächeln. Wohl uns, daß wenigstens die gebildete Welt nicht hört, daß in den 60 (antisemitischen) Logen der Mstr. v. St. die Loge „erleuchtet“, wie die Sonne den Tag! — Die Abstimmung hat die Bedeutung, daß man den Namen der Freimaurerei beanspruchen darf, auch wenn man das Wesen leugnet. Der Grundsatz, über den die Großloge zu den drei Weltkugeln verhandelt hat, stand schon fest, ehe es eine Großloge zu den drei Weltkugeln gab. Wenn es bei uns mit rechten Dingen zuginge, so würde die Anerkennung und Bejahung dieses Fundamentalsatzes die Bedingung sein, unter welcher allein die Großloge ihre Anerkennung als freimaurerische Körperschaft fordern könnte, die Bedingung für ihre Zugehörigkeit zum Bunde. Aber auch hier gilt die Form alles, das Wesen nichts!“ Hierzu

bemerkte wieder die „Neue Preuß. Zeitung“: „Wir glauben, über „die gebildete Welt“ und ihr Urteil kann Herr Findel sich beruhigen. Die Philosophasterei, mit der Jahr aus, Jahr ein die „Bauhütte“ ihre Spalten füllt, ist eine derart subalterne, daß dieses Blatt in der Oeffentlichkeit gar nicht erscheinen könnte, ohne allgemeines Gelächter hervorzurufen. Und die großen fruchtbaren Reform-Ideen, welche augenblicklich in Deutschland durchgeführt werden, sind glücklicher Weise so wenig an die Zustimmung der Loge gebunden, als sie in irgend einer Weise von diesem eigentümlichen Institute ausgegangen sind.“

Am 5. November 1878 feierte der Kronprinz sein fünfundzwanzigjähriges Freimaurer-Jubiläum, wozu die Großmeister der drei Logen in Berlin eingeladen wurden. Am 20. Januar 1883, bei der Einweihung des neuen Logengebäudes der Loge „Royal York zur Freundschaft“ erwiderte der Kronprinz den auf ihn ausgebrachten Trinkspruch mit den Worten:

„Sie wissen, daß Ich Meine Kräfte bereitwillig den edelen Zwecken der Freimaurerei widme und hierin nicht nachlassen will, so lange der Bund seinen Grundgesetzen treu bleibt. Innerhalb der mehr als fünfundzwanzig Jahre aber, welche verstrichen, seitdem Ich als Nichtwissender in Ihre Reihen trat, bin Ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß, während die Zeit, in der wir leben, Licht und Aufklärung verlangt, die Freimaurerei sich solchem Streben nicht verschließen soll. Wir Maurer dürfen im Forschen und Prüfen nicht rasten. Wir dürfen an dem Herkömmlichen, selbst wenn es uns teuer und wert geworden ist, nicht darum festhalten, weil wir es als Ueberlieferung em-

pfangen haben, weil wir uns in dasselbe, wie in eine Gewohnheit, nun einmal eingelebt haben. Auch bei uns heißt es: nicht Stillstand, sondern Fortschritt. Mit dem Vertrauen, daß solches frisches freimaurerisches Leben unserm Zeitalter beschieden ist, trat Ich heute unter Sie. Schließen wir uns zur Förderung desselben immer fester und fester aneinander, und reichen uns die Hände zum schönen Bunde."

Gegen den Antisemitismus hat sich der Kronprinz bei mehr als einer Gelegenheit ausgesprochen und ist er darin mit dem Reichskanzler in der Hauptsache zusammengetroffen.

Sicherlich hat es Zeiten gegeben, in denen Bismarck und der Kronprinz nicht in allen Punkten harmonierten. Man glaubt jedoch als etwas Thatsächliches constatieren zu dürfen, daß die mancherlei Differenzen, die obgewaltet haben, nicht die Bedeutung hatten, um ein Einverständnis zwischen Beiden zu hindern, wie es gegenwärtig factisch besteht. Es ist begreiflich, daß bei dem hohen Alter des Kaisers der Kronprinz sowohl als Bismarck die Eventualität des Thronwechsels ins Auge zu fassen Anlaß haben. Nun weiß man aber, wie oft Bismarck geäußert hat, er ersehne den Augenblick, wo er sich nach seinem thatenreichen Leben zur ländlichen Ruhe begeben könne, und es ist die Meinung verbreitet, daß in dem Augenblick, wo der Kaiser die Augen schließt, der Kronprinz sich vor die Aufgabe gestellt sieht, eine neue Persönlichkeit zur obersten Leitung der Staats- und Reichsgeschäfte zu berufen. Diese Notwendigkeit dürfte zunächst nicht eintreten. Das in der letzten Zeit hervorgetretene Streben des Reichskanzlers, sich einer konservativ-klerikalen Majorität zu erwehren, um sich statt dessen auf eine Mittelpartei zu stützen, namentlich durch die

Wiederaufrichtung der national-liberalen Fraction, muß als ein Symptom der Verständigung des Reichskanzlers mit dem Kronprinzen aufgefaßt werden. Es handelt sich darum, dem letzteren eine Majorität zu schaffen, die ihm für den Zeitpunkt seines Regierungsantrittes zur Verfügung stände, und aus welcher die Minister der Zukunft an der Seite Bismarcks hervorgehen würden.

# Der Kaiser und die Hofpolitiker.

Es war ein fast vergessenes Stück Weltgeschichte, das die Leichenfeier des Hausministers von Schleinitz,*) welche in dem großen Prunksaal des Hausministeriums stattfand, dem geistigen Auge des Zuschauers heraufbeschwor. Einer der ersten Vertreter der sogenannten „Neuen Aera" ruhte in dem Sarge, den eine erlauchte Gesellschaft umgab, wie sie selten der Blick der gewöhnlichen Sterblichen trifft. Aus der Reihe derer, die aus jener Zeit noch ehrwürdig hervorragten, und die dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen, erkannte ich bald Herrn von Patow heraus, der, kaum jünger als Herr von Schleinitz, noch als der rüstige Mann erschien, den ich vor einem Vierteljahrhundert am Ministertische am Dönhoffsplatze so oft gesehen und gehört hatte,

*) von Schleinitz war 1850 und 1859—61 Minister des Aeußern, später Hausminister; er starb am 19. Februar 1885.

in der Zeit schwerer Kämpfe, die in ihrem Schoße den späteren Konflikt als Embryo trugen. Die Minister-Uniform barg noch dieselbe mehr einfach bürgerliche, als freiherrliche Erscheinung, welche der ehemalige Kollege, dem die Trauerfeierlichkeit galt, um eines Kopfes Länge überragte. Wie oft hatten sie miteinander in Konferenzen und Konseils beraten, um der Strömung gerecht zu werden, die damals durch das Volk ging, und aus der sie selbst als Minister hervorgegangen waren, jener nationalen Strömung, die nach der Einsetzung der Regentschaft und angesichts des drohenden Krieges Frankreichs gegen Oesterreich die lebhaftesten Wallungen überall in Deutschland hervorrief. Es war eine wunderliche Zeit. Olmütz sollte gesühnt, das „Manteuffelsche Regiment“ verwischt werden und man drängte doch mit aller Gewalt Preußen an die Seite Oesterreichs. Noch höre ich Herrn von Schleinitz, wie er im Abgeordnetenhause so gut wie möglich Rechenschaft gab in der schwierigen, verwickelten Lage, in dem Konflikt, den die Kollision zweier Pflichten hervorrief: die Sicherstellung Deutschlands gegen Frankreich einerseits und das Bestreben andererseits, doch keine „Indentifizirung mit Oesterreich“ herbeizuführen (Ausdruck des Herrn von Schleinitz), keine „Lehnfolge“, „keinen Vasallendienst“ diesem Staate zu leisten. Ich höre Herrn von Patow die Reorganisation des preußischen Heeres mit lebhafter Beredsamkeit verteidigen. „Es ist eine große, eine wichtige, eine dringende Aufgabe, welche die Staatsregierung vertrauensvoll in Ihre Hände niederlegt. Große Zwecke lassen sich nicht mit kleinen Mitteln erreichen. Die Zukunft unseres Vaterlandes, des engeren wie des weiteren, steht auf dem Spiele.“

Herr v. Patow war zufrieden, als er die Kosten der Reorganisation als „Extraordinarium" einheimsen konnte.

Wer aber war dort der Herr in der preußischen Generals-Uniform, der gleich hinter den Majestäten Platz genommen? Es war nicht einer unserer bekannteren Generale, welche uns dann und wann, wenn auch nur als Gäste, in Berlin begegnen. Doch hatte ich ihn schon gesehen, er trug fürstliche Insignien – es war der Herzog Ernst von Coburg-Gotha. Er durfte als Freund des Verstorbenen, als politischer Gesinnungsgenosse, gewissermaßen auch ein Vertreter der „Neuen Aera", in dieser Trauerversammlung nicht fehlen. Seine Erscheinung hat sich wenig geändert, er macht immer noch den Eindruck eines kräftigen Mannes. Er gehört, sagte ich, ebenfalls zu den Vertretern der „Neuen Aera". Gewiß, damals entwickelte er eine besonders rührige Thätigkeit, freilich nicht ganz im Sinne des Herrn von Schleinitz. Der „König der Ostfalen" (Friedrich Wilhelm IV. nannte den Coburger so) wollte Preußen und Deutschland über Hals und Kopf in einen Krieg zu Gunsten der österreichischen Oberherrschaft in Italien stürzen. Dagegen wehrte sich denn doch Herr von Schleinitz, der seine Stellungnahme für Oesterreich an Bedingungen knüpfte und noch, als er schließlich mobil machte, zwischen dem, was der „König der Ostfalen" wollte, und was Preußen zukam, zu unterscheiden verstand. Trotzdem war der Herzog Ernst damals eng mit Schleinitz liirt. Sie begegneten sich in vielen ihrer Bestrebungen. Dem Ueberlebenden gebührte wohl ein bevorzugter Platz am Sarge des Toten. Er hat auch dem Herrn von Patow herzlich die Hand geschüttelt. Im Allge-

meinen waren die politischen Vertreter der alten Zeit dünn gesäet in der Trauer-Versammlung.

Herzog Ernst hat einmal, in der Zeit nach 1866, in einer Ansprache an seine versammelten Stände gesagt: „Ich nehme in dieser feierlichen Stunde mein volles Maß (an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands) in Anspruch, denn ich trage in mir die Ueberzeugung, daß, wenn es besser geworden ist in Deutschland, auch mein Wirken, nach welcher Richtung es sei im Dienste des Vaterlandes, dazu beigetragen hat." Das ist ein edles Selbstbewußtsein. Nur die Wege der „Neuen Aera" führten nicht zum Ziele.

Es war im Jahre 1859 noch ein zweiter deutscher Fürst, der der „Neuen Aera" näher stand. Ihn vertrat am Sarge des Herrn von Schleinitz sein Sohn, der Erbprinz von Baden. Der Großherzog Friedrich I. hatte im Alter von 26 Jahren 1852 die Regierung seines Landes übernommen, das noch aus den Wunden, die ihm die Revolution geschlagen, blutete. Er folgte der allgemeinen Strömung der kleinstaatlichen Regierungen, er stand im Lager Oesterreichs — bis zur „Neuen Aera." Er drängte zuerst wie der Herzog von Gotha zum Kriege für Oesterreich, dann aber schlug er um, das österreichische Ministerium wurde entlassen, es trat ein preußisches an seine Stelle. Die Situation, wie sie aus dem Kriege hervorgegangen war, verlangte eine einheitliche Leitung der politischen und militärischen Angelegenheiten Deutschlands. Eine erste Bewegung zu diesem Ziele zeigte sich auf dem Fürstentage von Baden, bei welchem die versammelten deutschen Fürsten zwar beschlossen, keinen Fuß breit deutschen Landes an eine fremde Macht kommen zu lassen, bei welchem aber in Be-

zug auf alle inneren Angelegenheiten sich noch die alte Eifersucht zeigte. Nur Baden machte eine ruhmvolle Ausnahme, und was der Großherzog seitdem gethan, giebt ihm das Recht, sich die oben citirten Worte des Herzogs Ernst anzueignen. Es war die neue Zeit, die Zeit der Erfüllung, welche mit dem Hervortreten des Großherzogs Friedrich anbrach. Derjenige Mann aber, der diese Zeit geschaffen hat, fehlte am Sarge seines Vorgängers. Man weiß, daß unser Reichskanzler kein Freund von Feierlichkeiten solcher oder anderer Art am Hofe ist. Gesundheitsrücksichten und Geschäftslast halten ihn zu Hause zurück. Es fehlte aber dieses Mal auch jeder Vertreter seines Hauses, jedes Symbol der Teilnahme Bismarcks bei dem Traueract. Uebrigens sind ja auch die Wege des Repräsentanten der Gegenwart und diejenigen des verstorbenen Vertreters einer alten Zeit immer auseinandergegangen. Es ist Herrn von Schleinitz darin nicht anders gegangen, als seinem Vorgänger Manteuffel. Als dieser beim Ausbruch des Krimkrieges einen Garantievertrag mit Oesterreich schloß, schrieb ihm Herr von Bismarck aus Frankfurt: „Wie sollte Preußen dazu kommen, Polizeidienste in Oesterreich gratis zu thun? Womit hat Oesterreich das verdient um uns? . . . Mir schwebt nur der Gedanke vor, daß wir die Anstrengungen und Gefahren im Dienste Oesterreichs übernehmen könnten, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, als ich mir von unserm Herrn im Himmel für die Meinigen wünsche." Als Herr von Schleinitz im Jahre 1859 mobil machte, um Oesterreich nach den Niederlagen von Magenta und Solferino beizuspringen, schrieb Herr von Bismarck aus Petersburg: „Wir opfern uns geradenwegs für Oester-

reich — wir machen ihm Luft. Wird es seine Freiheit benutzen, um uns zu einer glänzenden Rolle zu verhelfen? Wird es nicht vielmehr dahin streben, uns das Maß unserer Erfolge so zuzuschneiden, wie es seinem spezifischen Interesse entspricht?" Als aber Herr von Schleinitz im Jahre 1860 den Italienern, speziell dem Grafen Cavour, wegen der revolutionären Politik desselben, wegen der Unterstützung Garibaldis, wegen Annexion päpstlicher Gebietsteile eine Strafpredigt hielt und die preußische Regierung der italienischen als Muster hinstellte, da . . . . hier breche ich ab. Meine Vision am Sarge im großen Saale des Hausministeriums führt mich zu weit. Jedenfalls habe ich den Fürsten Bismarck nur im Geiste gesehen, im Geiste aber noch verschiedene Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wieder gelesen, in denen ehemals ein Name mit einiger Erregtheit genannt wurde, den jetzt der Tod schützt.

Schreiten wir über solche Risse hinweg, welche die alte und die neue Zeit, die Zeit der Verheißung und der Erfüllung trennen. — Da stand der greise Monarch am Sarge, der sie beide verbindet, der ein dankbares Gemüt für jeden hat, der treu und aufrichtig ihm und dem Vaterlande dient. Und Herr von Schleinitz hat mehr als dreißig Jahre in nahen persönlichen Verhältnissen zu ihm gestanden und sich über allen Wandlungen der Politik sich seines aufrichtigen Vertrauens zu freuen gehabt. Die konservativen Blätter würdigten in ihren Nekrologen vollauf diese dem Monarchen persönlich geleisteten Dienste des Verstorbenen. Die liberale Presse schwieg oder blickte nur mit Achselzucken auf die Zeit seiner öffentlichen Wirksamkeit, die als das hervorragendste Ergebnis die Militär-Convention mit Coburg-Gotha aufzu-

weisen hatte. Den wärmsten Nachruf aber brachte unstreitig der Berliner Börsen-Courier, der durch seine Parteinahme für Richard Wagner zum Hause Schleinitz Beziehungen hatte. Hervorgerufen waren diese Beziehungeu durch die Führerrolle, welche die Gräfin unter den Verehrern Wagners in der haute volée übernommen hatte. Anknüpfend an die „goldenen Worte", die der Geistliche von der Dreifaltigkeitskirche, Superintendent Dryander, dem entschlafenen Hausminister nachrief, nämlich an Schiller's Ausspruch: „Gemeine Naturen zahlen mit dem, was sie thun, edle mit dem, was sie sind", führte der Börsen-Courier aus: „Damit war des Entschlafenen eigentlicher Wert, seine Persönlichkeit in das rechte Licht gestellt worden. Es mögen Andere, die gleich ihm berufen waren, für den Staat an hervorragender Stelle zu wirken, ersichtlich mehr geleistet haben und glänzenderer Erfolge nach außen hin sich erfreuen dürfen. -- Schleinitz hat niemals den Ruhm für sich in Anspruch genommen, ein Staatsmann gewesen zu sein, durch dessen Thun Ungewöhnliches sich vollzogen hätte; allein er trat in den Dienst des Staates mit einer Persönlichkeit ein, die er harmonisch auszugestalten unablässig bemüht gewesen war, und damit umgab des hochbegabten Mannes Denken und Empfinden ein Zauber, wie ihn nur das Ringen nach idealen Zielen giebt. Was ist wohl, fragten sich seine Freunde und Verehrer, das ihn uns so lieb und wert macht? Sie wußten sich nicht Rechenschaft zu geben; sie nahmen ihn eben, wie er war und um dieser seiner Eigenart willen liebten sie ihn. Er war eine beschauliche Natur. In das Leben hoher glänzender Kreise eingetreten, wohnte er gern bei sich selber, und dieser Zug seines Wesens ist ihm

bis zum Tode geblieben. Wie Dryander uns erzählt, hatte ihn des Krankenlagers Leid und Trübsal zu philosophischem Denken über theologische Probleme angeregt; die Neigung zu ernsterem Erspähen des Ungewissen, zum Eindringen in den Kern der Dinge war ihm eben geblieben und hatte sich, als das Leben zu Rande gehen wollte, idealistisch erhöht. Seine Seele fand volles Genüge in der Sehnsucht nach dem Tode, und das Verlangen nach Erlösung von Schmerz und Ungemach kam in Formen zum Ausdruck, die auf ein demutvolles Gemüt, auf kindlich reinen Sinn schließen lassen. So endet das Leben eines Mannes, dem die äußere Welt Tand, die Sphäre des Höheren Alles ist.

Und weil in dieser Weise geistig beanlagt, wie verstand der Feinfühlige das Leben zu genießen! In der selten geübten ars vivendi war er ein Meister. Das Geheimnis, wie man dem Leben vollen Genuß abnötige, hatte er Göthe abgelauscht, dessen Dichtungen seine Ratgeber für Moralisches und Aesthetisches waren. Das Fürsichsein blieb ihm Bedürfnis, so sehr auch die äußeren Verhältnisse ihn nötigten, vielen anzugehören und auf viele zu wirken, und doch ließ er die vielen, die ihm Anregung des Geistes wie des Gemüts verdankten, nicht empfinden, wie gern er sich selbst angehörte. Das Nachdenken über Natur und Menschen war ihm ein hoher Genuß, aber er verwertete das Resultat seiner Meditationen nur für sich selbst. Centrifugal und zugleich centripetal — in diesem glücklichen Wechsel der Empfindungen verbrachte er sein Leben, das ihm viel Freude eingebracht hat.

In der freien Luft Hegel-Schleiermacherscher Religionsphilosophie aufgewachsen und zum Mann geworden, blieb er von der nachfolgenden Gegenströmung unberührt, und

was er als positives Resultat bis zu seinem Lebensende sich bewahrt hat, war die Summe selbsteigenen Denkens und Empfindens. Es hinderte ihn nicht, innerhalb der Kirche sich als deren lebendiges Glied zu fühlen, es verlegte ihm auch nicht den Weg zur Sättigung seines Geistes mit Wissenschaft und Kunst. So wurde er, der während des größten Teils seines Lebens der geistig empfangende war, der geistig gebende, als er in Verbindung mit einer hochbegabten Dame nach außen hin zur Ruhe gekommen war.

Sein gastliches Haus wurde der Sammelpunkt aufstrebender Talente wie aller derjenigen, die in dem politischen Wirrwarr eine Erquickung für Geist und Gemüt ersehnten. Wie Vielen werden die Stunden, die sie bei und mit dem Grafen verleben durften, unvergessen für ihr ganzes Leben bleiben!"

Der Börsen-Courier ging dann zur politischen Wirksamkeit des Verstorbenen, die derselbe als ehemaliger Minister des Auswärtigen entfaltet hatte, über, indem er den das Volk beherrschenden Idealismus jener Zeit gegenüber der heutigen „Ernüchterung" hervorhob. „Die neue Aera, historisch bisher noch garnicht gewürdigt, bildete einen Wendepunkt, wie wir ihn später nur 1866 und 1870 wieder erlebt haben. Und wenn wir sagen: Die Freude an der Regentschaft war eine ungetrübtere, als die an den beiden nachfolgenden großen Episoden, so werden uns alle diejenigen beistimmen, die den Uebergang aus der Manteuffel-Periode in das Regime der Auerswald, Schleinitz, Patow und Schwerin miterlebt haben. Es war für Preußen die politische Wendezeit angebrochen; ein Frühling kam, der die Herzen wahrhaft erquickte, und der Frühling hat für das Gemüt einen stärkeren Reiz,

als die Jahreszeit der Ernte. Wir können auch, um jedem Widerspruch zu begegnen, so sagen: ohne den Frühling der „neuen Aera“ wäre nicht der Sommer 1866 und nicht die 1870er Ernte möglich gewesen: den thatsächlichen Eroberungen hatten die moralischen den Weg zu ebnen, und darum hatte dem Schnitter Bismarck der Sämann Schleinitz vorauszugehen, dem siegenden Kaiser in ein und derselben Person der alle Herzen an sich fesselnde Prinz-Regent.

Des Regenten auswärtiger Minister war Jahre lang vorher eine treibende politische Kraft in aller Stille gewesen. Was nach der Olmütz-Periode die Max Dunker und Adolf Schmidt in ihren Flugschriften „Vier Wochen“ und „Vier Monate auswärtiger Politik“ schreiben durften, sie verdankten Material und Direktion hierzu dem obersten Vertrauensmann des Prinzen von Preußen, und seine Treue und Verehrung für die deutsche Sache wurde von dem Prinzen um so höher geschätzt, als er zugleich erkannt hatte, daß ihm in Schleinitz eine geniale diplomatische Kraft zur Seite stand. Ist es zeitweilig Mode gewesen, auf die Regentschaft und deren Minister geringschätzig herabzublicken, so wird die Zeit wiederkehren, wo man ihnen voll gerecht wird, und dann gewinnen wir auch wohl einen klaren Einblick in die Leistungen des auswärtigen Ministers jener bedeutsamen Periode.

Bis dahin gilt Dryanders Wort von den alten Traditionen in Preußen: „Wer dem Staate zu dienen hat, der kommt mit Allem, was er leistet, nur seiner Pflicht nach, und das Bewußtsein, sie erfüllt zu haben, ist ihm höchster Lohn. Aus diesem Gefühl heraus war auch Schleinitz ohne Anspruch auf irgend welche besondere Anerkennung;

er war eben mit Leib und Seele dem Könige wie dem preußischen Staate treu ergeben, und das genügte ihm.“

Die Beziehungen des Herrn von Schleinitz zum Hofe datirten schon aus der Zeit, da König Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg. Der vortragende Rath aus dem auswärtigen Amte von Schleinitz war ein beliebter Gast im Hause des Prinzen Wilhelm und seiner erlauchten Gemahlin Augusta. Im Revolutionsjahre trat er an Stelle Heinrich v. Arnims als Minister des Auswärtigen in das Ministerium Camphausen, gab aber diese Stellung schon nach wenigen Tagen wieder auf und vertrat hierauf Preußen am Hofe zu Hannover. Im Mai 1849 wieder nach Berlin berufen, unterzeichnete er, nachdem er inzwischen wiederum das Portefeuille des Auswärtigen übernommen, am 10. Juli den Waffenstillstand mit Dänemark. In diese seine zweite Amtsführung fällt der Fürstencongreß in Berlin. Freiherr v. Schleinitz war der Vertreter der Unionspolitik, welche die Erbschaft der Paulskirche durch ein freies Einverständnis der Fürsten und freien Städte antreten zu können meinte; er nahm an den Verhandlungen des Verwaltungsrates lebhaften Anteil, wobei ihm insbesondere die Herbeiführung der Anerkennung der Union im Auslande und die Vertretung der Unions-Angehörigen gegenüber den fremden Mächten oblag. Als überzeugter Anhänger eines engen Zusammengehens mit Oesterreich nahm der Minister aber, als die Krisis sich zu einem Kampfe mit Oesterreich zuspitzte, am 26. September 1850 seine Entlassung. Im General v. Radowitz erhielt er seinen Nachfolger. Freiherr v. Schleinitz zog sich gänzlich von den Geschäften zurück und siedelte nach Koblenz über, wo er sieben Jahre in engerem Verkehr

mit dem Hofe des Prinzen von Preußen lebte. Man weiß, daß das Verhältnis des Prinzen Wilhelm zu dem Ministerium Manteuffel seine Abwesenheit von Berlin wünschenswert machte. Seine Stellung als Gouverneur der Rheinprovinz und Westfalen seit 1849 bot das geeignete Mittel hierzu. Da die Wahrnehmung dieser dienstlichen Stellung eine häufige Anwesenheit des Prinzen am Rhein erforderte, seine Familie vorläufig aber in Babelsberg resp. Berlin verblieb, so fand eine mehrfache längere Trennung von dieser statt. Erst am 17. März des folgenden Jahres wurde durch die Uebersiedelung nach Koblenz eine dauernde Wiedervereinigung der Familie herbeigeführt. In Koblenz war der Prinz der sogenannten „russischen Sphäre“, in der die Berliner Politik sich bewegte, mehr entrückt und England näher gekommen. Ein reger schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Prinzen Albert befestigte die Hinneigung zu England.

Der Prinz von Preußen ward von dem jüngeren Freunde früh angezogen, wie auch er alsbald mit besonderer Sympathie am Hofe von St. James betrachtet wurde. Gleich das erste Mal, als er Ende August und Anfang September 1844 in Windsor erschien, schrieb Bunsen von dem Prinzen, er habe England liebgewonnen, bewundere seine Größe und begreife, daß sie die Folge seiner politischen und religiösen Institutionen sei. Es bildete sich damals schon ein herzliches Vertrauensverhältnis der beiden Prinzen, die mit ahnendem Scharfblick schon die nahenden Stürme auf dem Continent voraussahen. Der Prinz von Preußen war sechsmal am englischen Hofe: 1844, 1848, 1851, 1853, 1856, 1858, das letzte Mal schon als Prinz-Regent. Es

ist keine Frage, daß England für den Prinzen eine hohe politische Schule geworden ist, wenn er auch nie daran dachte, den englischen Parlamentarismus, die Frucht einer jahrhundertelangen Entwickelung ohne Gleichen, auf preußische Verhältnisse zu übertragen. Er besaß den historischen Sinn, der wohl die Zeichen, d. h. die Vernunft und Notwendigkeit der Zeit erkennt, aber aller Schablone gründlich abhold ist.

Die gereifte Ueberzeugung, daß Preußen in die Bahn der konstitutionellen Staatsform einlenken müsse, brachte er als die unverrückte Richtschnur seines ferneren Handelns von England nach Preußen zurück, nachdem er im März 1848 als Flüchtling die britische Küste betreten hatte. Als damals Bunsens Tochter Frances dem Prinzen einmal einen Armsessel in die Mitte des Tisches rückte, stellte dieser den Sessel zurück und nahm einen einfachen Stuhl mit den Worten: „Man muß jetzt Demut üben, denn die Throne wackeln.“ Prinz Albert aber schrieb: „Den Prinzen von Preußen dürfen wir nicht umkommen lassen. Er wird angefeindet, weil er gefürchtet wird; doch ist er nobel und ehrlich und ganz der neuen Bewegung für Deutschland ergeben. Er nimmt die Sache mit militärischer Ehre und verteidigt den Posten, der ihm anvertraut ist.“ — Es war nur natürlich, daß der Prinz in jenen Zeiten des Uebergangs, die auch ihm nicht leicht wurden, dem Urteile des weit jüngeren Freundes, der aber schon eine mehrjährige Schule großer Erfahrungen auf dem Boden des englischen Staatslebens durchgemacht hatte, eine Art Autorität beimaß.

Als Regent erbat sich Prinz Wilhelm wiederholt den Rat des Prinz-Gemahls. Letzterer schrieb am 4. Mai 1858

an den Prinzen, dessen Stellvertretung für den kranken König Friedrich Wilhelm IV. eben auf ein halbes Jahr verlängert worden war: „Die Art der Wahlumtriebe, welche das Manteuffelsche Ministerium sich das letzte Mal erlaubt hatte, indem es alle Regierungsbehörden zu Wahlagenten für seine Partei herabwürdigte und mißbrauchte, hat bei allen patriotisch und rechtlich Denkenden einen so tiefen und gerechten Abscheu erregt, daß Du sowohl die Berechtigung als heilige Pflicht besitzest, eine Wiederholung dieser Schmach unter Deinem Namen zu verbieten und zu verhindern. Daß man aus der Popularität Deines Namens bei der Gelegenheit auch politisches Kapital wird schlagen wollen, muß erwartet werden. Die Rettung desselben und Betrauung des Volkes mit der unbehinderten Ausübung des politischen Rechts, welches der König in der Verfassung feierlich verliehen hat, wird aber ein Schatz reichen Segens für Dich und für Preußen werden. Wie weit Du in Deiner leider so isolierten Stellung die Mittel hast, die hierzu nötige Kontrole über die Regierung zu üben, weiß ich von hier aus nicht zu schätzen. Eine Determination des Willens aber wird Dich wahrscheinlich die nötigen Mittel finden lassen."

Der Prinz-Gemahl fuhr fort, Ratschläge nach Berlin gelangen zu lassen, die im hohen Grade Zeugnis ablegten für seinen Freimut und seine Offenheit. Trotz der mancherlei trüben Erfahrungen, die er in England mit der konstitutionellen Regierung gemacht hatte, suchte er für die Verwirklichung des Verfassungsstaates in Preußen seinen Einfluß geltend zu machen. In der Person des Baron Stockmar stellt sich die höchste Autorität und letzte Instanz

für die das Leben des Prinzen Albert durchziehende und es beherrschende liberale Idee dar. Baron Stockmar, anfänglich Leibarzt, dann intimer Freund des Königs Leopold von Belgien, Reisegefährte und politischer Mentor des noch jugendlichen Prinzen Albert, endlich auch intimster Freund, Vertrauter und Berater des Prinzen und der Königin Victoria — war ein Mann von vielem Verstande, großer allgemeiner Bildung, ungewöhnlichem Scharfblick, seltener Selbständigkeit des Urteils und bei der Rechtschaffenheit seines treuen Herzens von eben so seltener Selbstlosigkeit des Wollens — kurz: eine bedeutende Persönlichkeit und ein edler Charakter. Speziell auch die englische Verfassung war ihm gründlich bekannt, und sein Urteil über politische Maßnahmen galt für so treffend, daß selbst die Minister dasselbe oft begehrten und seinen Rat erbaten. Baron Stockmar hatte seinen Wohnsitz in Koburg und stand, wenn er nicht zum Besuche bei der Königlichen Familie in England war, mit dem Prinzen in regelmäßigem Briefwechsel. Schwerlich kann, was Ideales im Liberalismus steckt, idealer und, was in ihm Praktisches, besser dargelegt werden, als es der Briefwechsel dieser edlen, gleichgesinnten Freunde thut. Es ist nicht ohne Interesse, aus demselben zu ersehen, wie sie die Stellung des Königtums im konstitutionellen Staate sich dachten. Was wir darüber erfahren, hat einen fast ketzerischen Beigeschmack. Als zu Ende des Jahres 1853 der Prinz von der englischen Presse wegen seines Einflusses auf die Entschließungen der Königin und dadurch indirekt auch auf die der Minister heftig angefeindet ward, schrieb Stockmar unterm 5. Januar 1854 ausführlich an den Prinzen und setzte auseinander, wie

notwendig es gerade in einem constitutionellen Staate sei, daß der Regent nicht als willenlose Null neben dem Ministerium dem Lande gegenüberstehe. Selbst der zur Eigenmacht so geneigte Lord Palmerston habe ihm kurz vor der Thronbesteigung der Königin als derzeitiger Minister geklagt: „Wir werden ein schwaches Ministerium sein. Die Prinzessin kommt aus der Kinderstube auf den Thron; die Nation weiß daher, daß sie ihrem Kabinet gegenüber die Königliche Autorität nicht gehörig vertreten kann, und das ist eine Sache, die der Nation nicht genehm ist.“ Am besten, meint Palmerston, würde es sein, wenn die Königin bald einen fähigen Prinzen heirate, der, als ihr Quasi-Geheimsekretär, dem Kabinette und der Nation gegenüber der Königin die durchaus nötige Autorität verschaffe. — Stockmar sagt nun weiter: „Da die Rechte der Krone in England mehr durch die Tradition des Herkommens und des Gebrauchs als durch geschriebene Gesetze gewahrt sind, so ist deren vollständiger Bestand unaufhörlich bedroht. Die alten Tories, die vor der Reform über fünfzig Jahre regierten, hatten ein principielles Interesse, die Prärogative der Krone zu verteidigen, und sie thaten es männlich. Diese Tories sind als Rasse ausgestorben. Unsere heutigen Whigs aber sind nichts als teils bewußte, teils unbewußte Republikaner, die sich zur Krone verhalten wie der Wolf zum Lamm. Und diese Whigs müssen eine natürliche Neigung haben, jene zwar herkömmlich konstitutionelle, aber in sich gefahrschwangere Fiction zu übertreiben: die Fiction nämlich, daß es unconstitutionell sei, den Namen und die Person des verantwortlichen Monarchen in den öffentlichen Debatten zu nennen und zu gebrauchen. Wenn

nun die englische Krone den whiggistischen Ministern erlaubt, diese Fiction in praxi als Regel ohne Ausnahme zu befolgen, so soll sie sich nicht wundern, wenn sie selbst nach kurzer Zeit schon die Majorität des Volkes zu dem Glauben herangezogen findet, der König sei dem Rechte nach nichts als eine Pagode, die nach dem Willen ihrer Minister zu nicken oder zu schütteln habe."

Aus einem Briefe des Prinzgemahls vom 9. Mai 1854 an Stockmar ersieht man die schwierige Stellung, die Prinz Wilhelm während der Koblenzer Zeit in Berlin hatte. Als der König seinen Londoner Gesandten von Bunsen, der am 1. März 1854 einen, die vollständige Teilung Rußlands vorschlagenden Plan nach Berlin sandte, zornig fallen ließ und Prinz Wilhelm sich des Gesandten so weit annahm, um wenigstens ihm Gelegenheit zu verschaffen, sich zu rechtfertigen, gab es einen Auftritt zwischen dem Prinzen einerseits und dem Könige und Manteuffel andererseits, von dem Prinz Albert schrieb: „Der Prinz wurde aufs Schmählichste behandelt — ich verbürge die genaue Wahrheit. . . Auch bei Gelegenheit des Sturzes Bonins (des Kriegsministers, der sich während des Krimkrieges in dem Maße mit der westmächtlichen Allianz identificiert hatte, daß er jede Hinwendung zu Rußland als einen Vatermord kennzeichnete) ist er aufs Schändlichste und Beleidigendste behandelt worden. . . . So lange dieser König lebt und regiert, wird an einer besseren Stellung Preußens auch zu England nicht zu denken sein. Wenn zu solcher Schwäche und Wetterwendigkeit, wie sie der preußische Hof nun schon seit 1845 und 1846 zeigt, noch ein bedeutendes Begehrungsvermögen kommt, so wird seine Politik zugleich von Europa

verachtet und gehaßt. Sie bestand in der Anfeindung Louis Philipps, in der zweideutigen Behandlung Belgiens, Begünstigung des Karlismus in Spanien, Unterstützung König Ottos, Hostilität gegen die Schweiz, Zustimmung zur Vernichtung Krakaus, Hingebung an Metternichs Polizeimaßregeln; dazu kamen als Marksteine 1848 und 1849 Holstein, Malmö, Erfurt, Warschau und seitdem Neuschatel: reine Reaktion. Dazu paßt die Prätension auf Ländervergrößerung nicht für einen liberalen, in Civilisation fortschreitenden, zu Englands Alliiertem geborenen Staat!"

Bis zur Uebernahme der Stellvertretung des Königs d. h. bis zum Herbste 1857, währte der Aufenthalt in Koblenz und gestaltete sich während dieser Zeit im Gegensatz zu dem ernsten politischen Hintergrunde, welcher durch die innere Lage Preußens, die Entwickelung der deutschen Verhältnisse, die durch den Krimkrieg zum Ausbruch gekommenen Orientalischen Wirren gebildet wurde, in einer so glücklichen Weise, daß die Prinzliche Familie wohl nur stets mit Freuden auf denselben zurückblicken konnte. Das rege angenehme Leben am Rhein, die nahen Beziehungen zur Stadt Koblenz und der Rheinprovinz, welche sich aus dem dortigen Aufenthalt ergeben sollten, die immer mehr wachsende Popularität des Prinzen, durch welche namentlich die Feier seines Geburtstages fernerhin zu einem allgemeinen Freudenfeste für die Armee und das Volk gemacht wurde, — das waren die Eindrücke, welche dem siebeneinhalbjährigen Aufenthalt in Koblenz ein so überaus freundliches Gepräge gaben. Herr von Schleinitz war im Koblenzer Schlosse ein gern gesehener Gast. Er stand dem Prinzen persönlich wie politisch besonders nahe. Um die-

selbe Zeit war Herr von Bismarck Bundesgesandter in Frankfurt am Main. Auch er verkehrte im Koblenzer Schloß. Der politische Gegensatz des Bundestagsgesandten und des ehemaligen Ministers des Aeußern ging bis zu der Zeit zurück, wo Herr von Bismarck noch einfacher Abgeordneter war (im Landtage von 1847, der zweiten Kammer 1849, in Erfurt 1850), während Herr von Schleinitz, längst im Amte, als vortragender Rat im Ministerium des Auswärtigen arbeitete. Das Departement der auswärtigen Politik war seit 1842 die eigentliche Domäne des Herrn von Schleinitz und je eifersüchtiger er auf diesen Besitz war, destomehr stieß ihn der spätere Nebenbuhler Bismarck ab. Der Gegensatz lag aber noch auf einem andern Gebiete. Herr von Bismarck verfolgte schon 1847 den Geheimrats-Liberalismus mit den Waffen des Spottes. Herr von Bismarck war ein einfacher Landedelmann, aber ein Junker, der die großen Städte als die Herde der Revolution ausrotten wollte, womöglich, die Buchdruckereien abschaffen. Herr von Schleinitz war Freiherr, einer alten rittermäßigen Adelsfamilie angehörend, — aber ein liberaler, der er vom Geheimrat an sein Lebelang blieb. Herr von Bismarck hatte schon auf dem vereinigten Landtage von 1847 den beliebten Hinweis auf den konstitutionellen Musterstaat England mit Spott verfolgt, die Verfassung, die König Friedrich Wilhelm IV. dem Lande gab, die Frankfurter Kaiserkrone, die Erfurter Union bekämpft — immer in entgegengesetzter Richtung von Herrn von Schleinitz. Sein Programm war gewesen: entweder eine glänzendere Rolle Preußens an der Seite von Oesterreich, wie Kaiser Nikolaus sie gespielt, um die Revolution zu vernichten, oder

die Einigung Deutschlands durch Preußens Schwert. Der Weg über Erfurt mußte entweder nach Olmütz oder auf das Schlachtfeld führen. Für letzteres stand Preußen, als Herr von Radowitz mit dem Säbel rasselte, nicht gerüstet genug gegen Oesterreich da. Im Frühjahr 1849, sagte Bismarck später einmal, hätte man zuschlagen sollen, zu der Zeit, wo Herr von Schleinitz einmal wieder nach Berlin berufen wurde. „Damals", äußerte er, „lagen die Sachen eine Zeit lang sehr günstig für eine Einigung Deutschlands unter Preußen; die kleinen Herren waren größtenteils machtlos und ohne Hoffnung. Wenn sie nur recht viel Vermögen für sich hätten retten können, Domänen, Apanagen und dergleichen, so hätten die Meisten sich zu Allem bereit finden lassen. Die Österreicher hatten mit Ungarn und Italien zu thun. Kaiser Nikolaus hätte damals noch keinen Einspruch gethan. Hätte man vor dem Mai 1849 zugegriffen, Entschlossenheit gezeigt, die Kleinen abgefunden, so hätte man wol auch den Süden gehabt, bei der Neigung der württembergischen und der bairischen Armee, sich mit der badischen Revolution zu verbinden, was in diesem Stadium der Sache nicht unmöglich war. So aber verlor man die Zeit mit Zögern und halben Maßregeln und so ging die Gelegenheit in die Brüche."

Als Herr v. Bismarck mit Herrn v. Schleinitz wieder in Koblenz zusammengetroffen war, gab es Gegensätze anderer Art, welche beide trennten. In Frankfurt war ein Gedanke bei Herrn v. Bismarck sehr bald zum herrschenden geworden. Er war der Ausgangspunkt aller seiner Betrachtungen, Pläne und Handlungen: „Los von Oesterreich." In seinen Berichten an die Regierung (Herrn

von Manteuffel), streifte er alle denkbaren politischen Möglichkeiten, aber immer und überall ging er vom Gegensatz zu Oesterreich aus und kehrte zu ihm zurück. Mühsam versuchte er es in Frankfurt den Widerstand gegen die österreichische Politik zu organisieren; glaubte er in dieser Beziehung irgend etwas erreicht zu haben, so war sicher schon von Berlin aus die Nachricht von einer neuen „Verständigung" mit Oesterreich unterwegs. Im Krimkriege auf Seiten Rußlands, war nach demselben der Kalkül des Herrn v. Bismarck auf eine Entfremdung zwischen England und Frankreich und auf den Eintritt Preußens in ein russisch-französisches Bündnis gegründet. Zwei große Principien traten damit im Koblenzer Schloß schroff gegenüber, das französisch-revolutionäre und das englische. Die Verbindung beider im Krimkriege hatte König Friedrich Wilhelm IV. eine Blutschande genannt. Prinz Wilhelm lernte zu dieser Zeit den kühnen Staatsmann mit dem schon fertigen Programm für Deutschlands Zukunft genauer kennen. Schleinitz hielt sich zurück. Wir wissen nicht, ob vielleicht Herrn von Bismarck letzterem gegenüber manches Mal in Koblenz die Worte durch den Kopf gegangen sind: „Es wird mein schönstes Glück zu nichte!" Als Prinz Wilhelm beim Erkranken des Königs die Regentschaft übernahm, nahm er aber noch nicht den Faust mit der „Fülle der Gesichte" zum Ratgeber in auswärtigen Dingen, sondern den Herrn von Schleinitz, und dieser beeilte sich, den Herrn von Bismarck aus Frankfurt fortzunehmen, ihn „kalt zu stellen" (wie Bismarck sich ausdrückte) und nach Petersburg in eine kältere Region zur Abkühlung zu versetzen. Man denke auch nur! Während Herr v. Schleinitz darüber nach-

dachte, wie er Oesterreich helfen könnte seine Oberherrschaft in Italien zu retten, ging Herr von Bismarck auf den Frankfurter Promenaden mit dem sardinischen Gesandten Herrn Barrel spazieren, zum Entsetzen der kleinen Herolde Oesterreichs am Bunde, die nicht laut genug in die Kriegstrompete stoßen konnten. Herr v. Schleinitz erklärte: „Die Politik ist eine sehr positive Kunst" und Herr von Bismarck war ein „Phantast", noch dazu ein solcher, der Preußen partout in eine Allianz mit dem Neffen des ersten Napoleon gegen deutsches Blut, nämlich Oesterreich, treiben wollte.

Im Frühjahr 1859 hatte der Abgeordnete von Unruh im Hotel Royal in Berlin ein Gespräch mit Herrn von Bismarck, der soeben zum Gesandten in Petersburg ernannt war. Dieser sprach sich sehr entschieden gegen Oesterreich aus.

„Wenn es uns nicht gelänge, Oesterreich aus dem eigentlichen Deutschland zu entfernen und hier Oesterreich die Oberhand behielte, so würden unsere Könige wieder Kurfürsten und Vasallen Oesterreichs. Müsse es unser Ziel sein, dasselbe aus Deutschland auszuschließen, so könne es uns nur zu gute kommen, wenn Oesterreich zunächst durch Frankreich geschwächt werde." Bismarck erwähnte ferner, daß er einen nicht unbedeutenden Einfluß auf den König zu besitzen glaube, und daß es ihm auch mehrere Mal anscheinend gelungen sei, den König von der Richtigkeit der obigen Anschauungen zu überzeugen; aber er könne als Gesandter nicht alle Tage zum Könige gehen. Wenn er ihn nach einiger Zeit wieder spreche, so habe der König gegen seine (Bismarcks) Ratschläge neue Bedenken, denen

er deutlich anhöre, ob dieselben von Schleinitz, Auerswald oder Schwerin herrührten. Zur Zeit spielten die Mittel- und Kleinstaaten eine Rolle, die ihnen garnicht gebühre; sie balancierten zwischen Oesterreich und Preußen, suchten in einzelnen Fällen den Ausschlag zu geben und Bedingungen zu stellen, so lange ein definitiver Entschluß nicht unvermeidlich sei. Allerdings wüßten die einzelnen deutschen Regierungen recht gut, daß sie im Falle eines engen, unwiderruflichen Anschlusses an Oesterreich in Zukunft ganz nach dessen Pfeife würden tanzen müssen, aber das fürchteten sie nicht, weil die österreichische Pfeife auch die ihrige sei, aber nicht die preußische. So viel stände fest, Preußen sei vollständig isoliert. Es gäbe nur einen Alliierten für Preußen, wenn es denselben zu erwerben und zu behandeln verstände.

Herr von Unruh fragte begierig, welchen Alliierten Bismarck meine.

Er antwortet: „Das deutsche Volk.“

Herr von Unruh mag wohl ein verblüfftes Gesicht gemacht haben. Bismarck lachte. Darauf sagte Herr von Unruh zu ihm, daß er über den Ausspruch selbst nicht verwundert sei, sondern darüber, denselben aus seinem Munde zu hören.

„Nun, was denken Sie denn,“ erwiderte Bismarck, „ich bin derselbe Junker, wie vor zehn Jahren, als wir uns in der Kammer kennen lernten, aber ich müßte kein Auge und keinen Verstand im Kopfe haben, wenn ich die wirkliche Lage der Verhältnisse nicht klar erkennen könnte.“

„Wenn Sie das im stande sind, auch gegen Ihre persönliche Neigung“, bemerkte Herr von Unruh, „wenn Sie

die gefährliche Situation Preußens so scharf aufzufassen vermögen, und die geeigneten Mittel mit solcher Sicherheit angeben, dann wären Sie mir als preußischer auswärtiger Minister viel lieber als Herr v. Schleinitz, den man für nicht energisch hält."

Damit hatte das Gespräch ein Ende, dessen Mitteilung nicht den Anspruch der wörtlichen Wiedergabe macht, für dessen Richtigkeit dem Sinne nach Herr von Unruh aber einsteht.

Als darauf der König nach Baden-Baden ging und ihn die Minister von Auerswald und von Schleinitz dahin begleiteten, folgte Bismarck nach. Ein Bekannter des Herrn v. Unruh, der damals nach Berlin aus Baden-Baden kam, teilte diesem mit, daß ihn dort der Minister v. Schleinitz gefragt habe, ob er Herrn v. Unruh kenne. Nach Bejahung dieser Frage habe ihn Herr v. Schleinitz ferner gefragt, ob er es wol für möglich oder wahrscheinlich halte, daß Herr von Unruh zu Bismarck geäußert haben könne, er (Bismarck) würde ihm als auswärtiger Minister lieber sein, als Schleinitz. Hierauf hatte der Bekannte geantwortet: dafür könne er nicht stehen. Derselbe fügte noch hinzu, Bismarck solle Unruhs Aeußerung Herrn v. Schleinitz mitgeteilt haben, als dieser sich darauf berief, daß das Ministerium auf die Partei Rücksicht nehmen müsse, die es unterstütze, worauf Bismarck dann erwidert haben soll: „Nun, wenn Sie die liberale Partei meinen, so kann ich Ihnen mitteilen, was Herr von Unruh zu mir gesagt hat."

Im Innern wurde die neue Aera eröffnet, die deutsche Politik schien sich durch den engeren Anschluß der deutschen Fürsten an den Prinzregenten umgestalten zu wollen. Im

Verhältnis zu dem Ausland trat die Verbindung mit England in den Vordergrund. Ueber alle diese Keime ging ein schneller Sturm. Die neue Aera endete im Konflikt, die deutsche Politik trieb in die Bahnen, welche zum Jahre 1866 leiteten; an die Stelle der englischen Beziehungen trat, getragen von einer Persönlichkeit, die eben aus dem Schatten herauszutreten begann, die Annäherung an Rußland und Frankreich. Nach jenen verlassenen, anscheinend folgenlosen Bestrebungen hat sich nur selten der Blick zurückgewendet, da er sehr bald von einer großartigeren Politik gefesselt wurde, einer Politik, die Preußen und Deutschland erst auf die Höhe ihrer gegenwärtigen Machtstellung führte. Herr von Schleinitz behielt die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten nur bis zum Oktober 1861. Der Krieg in Italien und die deutsche Frage, die beiden Hauptereignisse dieser drei Jahre, hatten ihn bald erschöpft. Bei den Schwierigkeiten, welchen das Ministerium Auerswald-Schwerin nach innen und außen begegnete, zog sich der Freiherr v. Schleinitz bereits vor der großen Wendung der Dinge im März 1862 zurück, und als in den letzten Wochen vor der Krönung König Wilhelm sich seinen Hofstaat neu bildete, erwählte dieser den bisherigen Minister des Aeußern zum Minister des Königlichen Hauses, welchem Posten Schleinitz nahezu ein Vierteljahrhundert — nämlich bis zu seinem Tode im Februar 1885 — vorgestanden hat. Ebenso lange hat Freiherr v. Schleinitz sich als ein gewandter Beamter des Hofes erwiesen und die persönlichen Interessen des Kaisers gewissenhaft und würdevoll vertreten.

Politisch hat er sich niemals als der Gegner des Herrn von Bismarck verleugnet. In dem Verfassungs-

Konflikt, in welchen Bismarck als Minister des Auswärtigen durch die Heeresorganisation sofort geriet, hatte er seine Widersacher nicht blos vor der Front, sondern auch hinter sich. Es waren nicht blos Differenzen im Einzelnen, welche sich gegen ihn geltend machten, wie diejenigen, welche die Preß-Ordnung und andere Regierungsmaßregeln betrafen, es gab vielmehr vom Hofe her eine systematische Bewegung, die mit der Opposition der Herren Virchow und Genossen im Abgeordnetenhause parallel lief und auf den Sturz des Herrn v. Bismarck hinaus wollte, der mehr noch persönlich, als politisch ihr mißfiel. Von einer entgegensetzten Seite her arbeitete ihr eine andere Partei in die Hände. Herr v. Unruh bemerkt in seinen „Erinnerungen", nachdem er eine allgemeine Charakteristik des Konfliktes gegeben: „Die geschilderten Vorgänge nötigten meine näheren politischen Freunde und mich zu der Annahme, daß Bismarck seine Pläne in der äußeren Politik aufgegeben habe und einfach Minister der Reaktion sei. Ich erinnere an die Stellvertretungskosten, die den Beamten auferlegt wurden, welche Abgeordnete waren, und an die Angriffe auf die Redefreiheit im Abgeordnetenhause, wie die Verfolgung Twestens wegen einer Rede im Hause. Dennoch war mir Bismarcks provokatorisches Auftreten im Abgeordnetenhause nicht recht erklärlich. Was konnte ihm daran liegen, die Opposition zu reizen und dadurch auch die Wähler gegen sich uud die Regierung aufzuregen? Endlich machte mir der damalige Oberbürgermeister in Berlin, Seidel, eine Mitteilung, von der er sagte, daß dieselbe aus dem Militairkabinet stamme, dessen Chef der General v. Manteuffel war. Darnach sollte dieser oder ein ihm nahe-

stehender Mann sich dahin ausgesprochen haben, Bismarck sei vortrefflich geeignet, das Abgeordnetenhaus niederzutreten; sobald ihm dies gelungen und die Militärorganisation gesichert sei, müsse Bismarck beseitigt werden, weil er sonst jedenfalls Krieg mit Oesterreich führen und die verstärkte Armee hauptsächlich hierzu benutzen werde. Die Nachricht hatte sehr viel innere Wahrscheinlichkeit. Ihre Richtigkeit vorausgesetzt, ließ sich das provokatorische Auftreten Bismarcks im Abgeordnetenhause vollkommen erklären. Wenn Bismarck einen Vergleich mit dem Abgeordnetenhause über die Militärreorganisation zu stande brachte und Frieden mit der Volksvertretung schloß, so hatte er nach der Ansicht der Manteuffelschen Partei seine Dienste geleistet und konnte gehen. Ganz anders war seine Stellung, wenn er trotz des heftigsten Krieges mit dem Abgeordnetenhause die Militärreorganisation durchführte. So lange der Kampf mit der Volksvertretung währte, blieb er unentbehrlich, je heftiger der Kampf war, desto mehr. Diese Auffassung hat Bismarck wenigstens teilweise nach 1866 selbst bestätigt und zwar in einem Gespräch mit Forckenbeck und mir. Er habe, sagte er, bei seiner Ankunft von Paris den König sehr aufgeregt und gleichzeitig deprimiert gefunden, sogar voll Besorgnis vor revolutionären Ereignissen mit tragischem Ausgange. Bismarck habe darauf gegen den König geäußert, er würde es für ein ruhmvolles Ende halten, wenn er seinen Kopf für Se. Majestät auf den Block legen müsse, aber es sei nach seiner Auffassung gar kein Grund zu solchen Befürchtungen vorhanden, es denke niemand an Revolution und wenn der König Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er (Bismarck)

ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten vorgehen müsse. In der That war die Behandlung, die Bismarck dem Abgeordnetenhause zu teil werden ließ, wol das Stärkste, was in dieser Art geleistet werden konnte."

Zum Grafen Seherr-Thoß soll Herr v. Bismarck am 8. Juli 1866 in der vollen Freude des Sieges gesagt haben: „Sie haben mich für einen Junker, einen Reaktionär gehalten, der Schein trügt. Um meine Zwecke zu erreichen, mußte ich diese Rolle spielen. Beim König wurde ich von allen Seiten als verkappter Demokrat verdächtigt." Diese Worte lassen sich sehr wol mit der obigen Darstellung vereinigen, sie beweisen jedenfalls, in welche Enge man von allen Seiten Herrn v. Bismarck zu treiben suchte.

In der deutschen Frage stürmte das partikularistische Trachten des Hofliberalismus, der zu Gunsten des Augustenburgers wirkte, wie das konservative und legitimistische Prinzip, das zumal gegen den Krieg mit Oesterreich und gleichzeitig gegen die Annexions-Politik sich aufwarf, auf Herrn v. Bismarck los. „Gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark," sagte Bismarck später einmal, „dachte ich an die Erwerbung Schleswig-Holsteins. Aber es war schwer zu vollbringen. Alles war gegen mich: Oesterreich, die Kleinstaaten, die Damen unseres Hofes, die Liberalen, die Engländer. Napoleon widersetzte sich nicht; er dachte uns dadurch zu verbinden. Selbst der König wollte lange nichts davon hören." Ein andres Mal erzählte dagegen Herr v. Bismarck in Bezug auf den König: „Se. Majestät hat damals, in der schleswig-holsteinschen Sache, als ich nicht rasch genug im deutschen, im nationalen Sinne vorgehen wollte, mir in einiger Erregung das Wort gesagt:

„Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ Mit welcher Bestimmtheit König Wilhelm frühzeitig entschlossen war, die schleswig-holsteinische Angelegenheit in dem Sinne zu lösen, in dem sie gelöst worden ist, beweist der folgende Vorgang. Geheimrat Mevissen in Köln war während der Jahre 1848 und 1849 Mitarbeiter im preußischen Ministerium und zwar lagen ihm damals speciell die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten zur Bearbeitung ob. Als sich im Jahre 1863 die dänisch-deutsche Frage zur Verwickelung zuzuspitzen begann, berief König Wilhelm, der auch die Regententugend, tüchtige Männer niemals aus dem Auge zu lassen und zu rechter Zeit an die richtige Stelle zu berufen, in hohem Maße besitzt, Herrn Mevissen nach Berlin und unterhielt sich mit demselben in eingehendster Weise über die politischen Eventualitäten, welche auf einen Krieg mit Dänemark folgen würden. Geheimrat Mevissen teilte des Königs Ansicht, nach welcher Preußen nach einem glücklichen Waffenerfolge den größten Teil der Elbherzogtümer annektieren müsse, er warnte jedoch vor der Ausdehnung der Annexion auf Stadt und Hafen von Kiel. „Nehmen Euer Majestät Kiel in Besitz, so wird die Eifersucht des Auslandes rege. Man erkennt, daß Preußen auch eine Stellung zur See erstrebt und ein europäischer Krieg wird die Folge sein.“ Der König führte alsbald Herrn Mevissen zur Königin. „Hier hast Du wieder einen Bundesgenossen für Deine Ansicht,“ sagte der Monarch in seiner gütigen Weise, „aber Ich nehme Kiel doch, Ich habe Preußens Beruf in Deutschland zu erfüllen.“

Inzwischen operierten der Hausminister des Königs und andere Persönlichkeiten des Hofes für den Augusten-

burger. Als der Krieg mit Oesterreich drohte, wuchs der Widerstand am Hofe. Mitglieder des Königlichen Hauses setzten ihren ganzen Einfluß beim Könige ein, um den Krieg zu verhindern. Die Stellung Bismarcks war bedroht. Er hatte viel zu klagen über die Intriguen, von denen der König umlagert sei, sprach in seinen Briefen von Familienbeziehungen, Verwandtschaft, einer Unmenge von feindseligen Einflüssen, gegen die er stündlich kämpfen müsse, und sagte kurz vor dem Kriege zu einem politischen Gegner: „Eines gebe ich Ihnen zu bedenken: Wenn Sie wüßten, welch' furchtbare Kämpfe es mich gekostet hat, Seine Majestät zu der Ueberzeugung zu bringen, daß wir schlagen müssen, würden Sie auch begreifen, daß ich dem eisernen Gesetz der Notwendigkeit gehorche." Auch bei dieser Gelegenheit wurden Damenstimmen genannt. Sie haben sich bis in den französischen Krieg vernehmen lassen. Herr von Bismarck schob weiblichem Einflusse die Verzögerung des Bombardements von Paris zu und spürte denselben auch bei Abschluß der Friedensverhandlungen.

Ueber den Ersatzmann für den in der Konfliktszeit zu stürzenden Minister und Kanzler wurde die Einigung zwischen den unter einander dissentierenden Oppositionslagern schwer. Im Jahre 1865 warf sich Graf Adolf Heinrich von Arnim-Boitzenburg als Nachfolger auf, der schon in den vierziger Jahren als Staatsminister des Innern fungiert hatte. Er geriet damals mit Benjamin Disraeli, dem nachherigen Lord Beaconsfield, in Streit, weil dieser behauptet hatte, die Familie Arnim sei jüdischen Ursprungs. In seinem glänzend geschriebenen Roman „Coningsby or the new generation" (1844), vielleicht dem bedeutendsten seiner Werke,

das auch alsbald die Runde durch die Welt machte, hielt der englische Poet und Staatsmann dem stolzen Albion und dessen Institutionen einen Spiegel vor, der schwere Schäden aufdeckte. Zugleich aber wurde, wie Disraeli, der zum Christentum übergetretene Jude zu thun pflegte, der intellectuelle Triumph der jüdischen Rasse über die übrigen gefeiert. Er läßt seinen Helden auch Berlin besuchen, die Metropole der deutschen Intelligenz. Dieser erkundigt sich nach den bedeutendsten Universitätslehrern und Akademikern. Von Theologen werden ihm Neander und F. Benary, von Juristen Stahl und der bereits verstorbene Eduard Gans, als Mediziner Schönlein (?) und Casper, als Physiker Magnus und Rieß, als Mathematiker Jacobi, es werden ihm als die größten Musiker Meyerbeer und Mendelssohn-Bartholdy genannt und so geht es auf allen Gebieten weiter. Und siehe! er gewahrt, alle sind Juden, wenn auch fast alle getauft. Daß sich der Geldverkehr und der Großhandel Berlins zumeist in jüdischen Händen befindet, versteht sich von selbst. So weit wäre Alles gut, aber da begegnet dem berühmten Romandichter, daß er, die märkische Adelsfamilie Arnim mit der niederländischen Judenfamilie Arnheim verwechselnd, als den größten preußischen Staatsmann der Gegenwart den Staatsminister Graf Arnim-Boitzenburg nennt, der gleichfalls jüdischem Blut entstamme. Der Zorn des edlen Grafen, der damals auf der Höhe staatsmännischen Einflusses stand, war ob solcher Behauptung grenzenlos, er erließ sofort eine geharnischte Erklärung in der damaligen „Staatszeitung“, die den leichtfertigen englischen Schriftsteller auf den christlich-germanischen Charakter des Geschlechts der Arnim verwies, von welchem eine sechs-

hundertjährige Geschichte zeuge. Die Affaire Disraeli-Arnim machte damals ungeheures Aufsehen, heute ist sie vergessen. Graf Arnim und Benjamin Disraeli, ziemlich gleichen Alters (jener 1803, dieser 1805 geboren), hatten sehr verschiedene politische Laufbahnen vor sich. Noch im Jahre 1845 schied in Folge der von ihm dekretierten Ausweisung der badischen Abgeordneten von Itzstein und Hecker aus Preußen Graf Arnim aus dem Ministerium. Die imponierende Stellung, die er dann 1847 im vereinigten Landtag einnahm, hielt nicht lange vor; dem romantischen König erschien er zu sehr von modernen Ideen erfüllt, und der Opposition des Landtags war er zu royalistisch. Als er im Jahre 1848 nach der Katastrophe vom 18. März preußischer Ministerpräsident wurde, vermochte er sich nur einige Tage zu halten. Auch als Abgeordneter der National-Versammlung in Frankfurt a. M. war seines Bleibens nicht lange. Er wurde dann Führer der Conservativen in Preußen, aber er vermochte sie nicht zusammenzuhalten. Der klare, kluge Mann mit dem feinen Ueberblick und dem haarspaltenden Verstand vermochte den Heißspornen der Junkerpartei gegenüber nur wenig. Er selbst erzählte nachmals, wie nach der Abstimmung über die Verfassung vom 31. Januar 1850, als das Resultat, deren Annahme verkündet wurde, der an seiner Seite sitzende Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen erschüttert rief: „Finis Borussiae!“ Graf Arnim dachte anders, aber gewahrte bald, daß sich weder der König noch der Hof, noch der preußische Adel der alten Provinzen in die Verfassung finden konnten. Er offenbarte diese ehrliche Ueberzeugung in einer Rede, die ihm sehr schadete und die Aussicht, er werde Manteuffels

6*

Nachfolger werden und die Parteien nach rechts und links versöhnen, vernichtete. Ein Ministerium im Beginn der „Neuen Aera" schlug er aus, er sah zu scharf, um viel zu erwarten. Daß er nachmals in der Konfliktszeit als der Nachfolger Bismarcks (noch 1865) ins Auge gefaßt wurde, zog ihm dessen volles Mißtrauen zu, der von da den Grafen zu seinen geheimen Feinden zählte und noch 1870/71 in seiner Umgebung recht geringschätzig über ihn urteilte. (vide das Büschlein!) So sah sich der begabte, kenntnisreiche, beredte und in der günstigsten äußeren Lage befindliche Graf in seiner politischen Carrière überall den Weg versperrt und es war ein Glück für ihn, daß er 1868 starb. Nach seinem Tode übertrug sich die Feindschaft wider Bismarck auf seine Söhne, von denen der jüngere sogar auf die Anklagebank kam, der ältere aber, das jetzige Familienhaupt, freiwillig aus dem Staatsdienste schied, um nicht unter Bismarck zu dienen.

Die Schlacht von Königgrätz, die den Widerstand Oesterreichs gegen die preußische Reform der Verfassung Deutschlands brach, schlug eine Welt von Feindseligkeiten nieder, die sich in Berlin aus nächster Nähe dicht um den leitenden Staatsmann Preußens gelagert hatte. Wie nach einem schweren Gewitter gab es auf einmal in der preußischen Hauptstadt eine klare, heitere, von allen Staubwolken und unreinen Dünsten befreite Atmosphäre. Die Volksvertretung reichte offen dem Manne, dem ihre heftigste Befehdung gegolten hatte, die Hand der Versöhnung und außerhalb der parlamentarischen Arena verstummten die alten Mißtöne, die bis dahin aus der Tiefe einer verhüllten Bühne innerhalb der höchsten Sphären der Gesellschaft ruck-

weise dem profanen Publikum zur Kenntnis gekommen waren. Herrn von Bismarck war es dem Anschein nach nun gestattet, unbeeinträchtigt den Weg zu wandeln, auf dem er sich mit einer nationalen und liberalen Partei zusammenfand. Die parlamentarische Indemnität, die er gefunden, schien sich auch auf die Kreise zu erstrecken, wo mehr noch die persönliche Feindschaft als die sachliche ihm einst entgegengewirkt hatte. Alles änderte sich wieder nach dem französischen Kriege. „Aus Krieg in Krieg", sagte Fürst Bismarck, als er im März 1871 aus Frankreich nach Berlin zurückkehrte. Er spielte auf die neue Partei an, auf welche die Wände des ersten Deutschen Reichstags herabschauten, und die unter den Eindrücken von Sedan und der Kaiserproklamation wie aus der Erde gestampft war. Mit dieser Partei schlichen sich bald wieder Einflüsse um den Thron herum, die nur darauf gewartet zu haben schienen, das alte Spiel zu erneuern, das in der Konfliktszeit von 1862—1866 den Hof so bewegt und das außerparlamentarische und außeramtliche politische Treiben so wirksam gemacht hatte. Wunderbar, es war der Liberalismus, der hinter den Coulissen des Hofes die Sache des Ultramontanismus gegen den Fürsten Bismarck in die Hand nahm und sich zum Mittelpunkte der Opposition machte. Jede Allianz war ihm recht, nicht bloß die der eigentlichen katholischen Hofelemente, wie des Grafen von Nesselrode, Oberhofmeisters Ihrer Majestät der Kaiserin, des Fürsten Anton Radziwill, Flügeladjutanten Sr. Majestät des Kaisers und Königs, sondern auch die der Hochtories, die sich um das Banner der Kreuzzeitung schaarten, welche mit der Voßschen Zeitung um den Vorrang als Hofblatt rang. Auch andere Fron=

deurs waren willkommen, wie der deutsche Botschafter Graf Harry Arnim, meist Elemente, die sich später ein rendez-vous in der „Reichsglocke“ gaben. Der Unterstaatssekretär a. D. von Gruner hatte als Mitglied des Herrenhauses die Mission, den Standpunkt seines ehemaligen Chefs, des Herrn von Schleinitz, im Kulturkampf auch oratorisch-parlamentarisch zu vertreten. Herr von Gruner gehörte in den fünfziger Jahren zu den Männern, welche sich durch die Verteidigung der Verfassung verdient machten und auf die sich, weil sie sich des persönlichen Vertrauens des Prinzen erfreuten, der besondere Haß der Kreuzzeitungspartei koncentrierte. Herr von Schleinitz hatte als der Vertrauensmann des Prinzen und der Prinzessin von Preußen schon seit der Thronbesteigung König Friedrich Wilhelms IV. zu den Mitbegründern des „Preußischen Wochenblattes“ gehört, und an diesem arbeitete auch Herr von Gruner (wie Mathis u. A.) fleißig. Derselbe ließ sich, als Graf Bernstorff, der Nachfolger des Herrn v. Schleinitz, Minister des Aeußern war, im Laufe des Sommers 1862 zur Disposition stellen. An seiner Stelle wurde am 26. August des genannten Jahres Herr v. Sydow mit der Führung der Geschäfte als Unterstaatssekretär des Aeußern kommissarisch beauftragt. Herr v. Gruner war mit der Politik Bismarcks, der am 23. September provisorisch, am 9. Oktober 1862 definitiv zum Minister-Präsidenten und Minister des Aeußern ernannt wurde, ganz und gar nicht einverstanden. Die Differenzen wirkten noch lange nach. Es war ein Kuriosum, daß Herr v. Gruner vom liberalen Standpunkte aus die herrschende Kirchenpolitik bekämpfte und vollständig sich mit den Ultramontanen und nicht bloß im Kultur-

kampfe identifizierte. Seit 1862 durch Allerhöchstes Vertrauen in das Herrenhaus berufen, war es die parlamentarische Arena, wo er den Kampf mit Falk, Bismarck und den Liberalen beider Häuser lebhaft aufnahm. Die Gesetzgebung, sagte er im Jahre 1873, welche durch die kirchlichen Gesetze inauguriert werde, sei durch und durch reaktionär in dem Sinne, daß sie die Kirchenverfassung in den starrsten Absolutismus zurückwerfe und an die Stelle der Freiheit die büreaukratische Kontrolle setze. So lange es Parlamente auf dem Kontinente gebe, sei die Trennung von Kirche und Staat, soweit dies irgend möglich, eine Hauptforderung der liberalen Parteien gewesen. Neuerdings habe man zwar gesagt, daß die Aufnahme dieses Prinzips in die Verfassungen von 1848 das Werk von Politikern gewesen sei, die noch in den Kinderschuhen gesteckt. Nie sei im Landtage eine Klage darüber laut geworden; weder unter Ladenberg noch unter Raumer, weder unter Bethmann-Hollweg noch unter Mühler hätten sich Uebelstände herausgestellt. Erst mit der Mitte des Jahres 1871 habe die bis dahin sehr richtige Kirchenpolitik des Ministeriums eine verhängnisvolle Wendung genommen, indem die Regierung ohne Motiv der Centrumspartei im anderen Haus und im gewissen Sinne auch der katholischen Kirche den Krieg erklärte. Was denn der Vorwurf der Regierungsfeindlichkeit, den man dem Centrum mache, sagen wolle? Jede ernste, geschlossene Opposition müsse regierungsfeindlich sein, und wenn die Regierung dies nicht ertragen könne, wenn jede derartige Opposition als Verbrechen verdammt werde, dann solle die Regierung lieber den Totenschein des konstitutionellen Lebens ausstellen;

dann habe man die persönliche Diktatur mit parlamentarischen Formen. Eine liberale Partei, die in diesem Konflikt der Regierung folge, breche mit ihrer ganzen Vergangenheit.

Auf diese Rede antwortete der Fürst Bismarck nur deswegen, damit man nicht aus Gruners früherer Stellung zum auswärtigen Amt falsche Schlüsse ziehe, und um offen darzuthun, mit welcher Naivetät Gruner seine langjährige Beschäftigung im auswärtigen Amt dazu benutzt habe, um nichts einzusehen und nichts zu lernen. Der Kanzler schloß mit den Worten: „Ich mache aufmerksam auf die Thatsache, die Herr von Gruner, ich glaube gegen seinen Willen, zu meiner Freude bezeugte, daß bis zum Jahre 1871, bis zur Bildung der Centrumspartei und bis zur systematischen Herstellung der hetzenden Kaplanpresse in ganz Deutschland, bis zur Bildung einer polnischen Partei in Schlesien, bis zu dem Mißbrauch der Kirchengewalt zu national-polnischen Zwecken unter der Mitwirkung der Geistlichen, daß bis zu dieser Zeit eine wohlwollende, versöhnliche Stimmung geherrscht hat.

Ich verweise darauf, daß die Regierung und Se. Majestät mit ihr die Ueberzeugung haben, daß der Staat in seinen Fundamenten bedroht und gefährdet ist von zwei Parteien, die leider das Gemeinsame haben, daß sie ihre Gegnerschaft gegen die nationale Entwickelung in internationaler Weise bethätigen, daß sie Nation und nationale Staatenbildung bekämpfen. Gegen diese beiden Parteien müssen meines Erachtens alle diejenigen, denen die Kräftigung des staatlichen Elements, die Wehrhaftigkeit des Staats gegen die, die ihn angreifen und bedrohen, am Herzen liegt,

zusammenstehen und deshalb müssen sich alle Elemente zusammenscharen, die ein Interesse haben an der Erhaltung des Staats und an seiner Verteidigung, teils gegen diejenigen, welche offen sagen, was sie an die Stelle des Staates setzen wollen, teils gegen diejenigen, welche einstweilen den Staat untergraben, sich aber noch vorbehalten, was sie an seine Stelle setzen wollen. Gegen diese Gegner müssen sich alle treuen Anhänger des Königs, müssen sich alle treuen Anhänger des preußischen Staates, in dem wir leben, sammeln.

Wenn ich mich nicht täusche, so zeigen schon die kommenden Wahlen die Symptome, daß alle Parteien, welche ohne Nebenzwecke, ohne Zorn und ohne Verstimmung den Staat als solchen wollen, sich um uns scharen und von ihrer Phalanx die Parteien ferne halten, von denen sie mit mir überzeugt sind, daß sie mit Wissen und unwissentlich Feinde dieses Staates sind. Daß sich in diesem Kampfe das Herrenhaus auf Seiten des Staates und der Regierung befinden wird, das bezweifle ich nicht, aber schmerzlich ist es, wahrzunehmen in diesem Kampfe die Träger so mancher Namen, deren Vorfahren in glorreicher Weise zur festen Begründung unseres Staates beigetragen haben, nicht auf der Seite zu finden, auf der ich sie vermutete, nämlich auf der Seite des preußischen Staates, den wir verteidigen gegen Bedrohungen und Untergrabungen."

Bald darauf verlieh der Kaiser dem Herrn v. Gruner den Titel eines Wirklichen Geheimen Rates, wobei Schwierigkeiten wegen der Gegenzeichnung dieser Verfügung entstanden. Fürst Bismarck lehnte sie ab, und sie erfolgte sodann durch den Hausminister v. Schleinitz. Es übernahm also ein Hofbeamter, wie der Minister des könig-

lichen Hauses es ist, eine Gegenzeichnung. Herr v. Gruner war also verfassungsrechtlich nicht Wirklicher Geheimer Rat, da der Verfassung gemäß ein Staatsminister, nicht ein Hofbeamter gegenzeichnen muß. Auch hat der Staatsanzeiger, als im Oktober 1885 Herr v. Gruner starb, diese Ernennung ignoriert und bei Erwähnung des Todesfalls nur von einem Wirklichen Geheimen Legationsrat a. D. gesprochen.

Die ultramontane Hofopposition hatte eine geschlossene Phalanx zuerst gegen das Schulaufsichtsgesetz aufgestellt. Ihre Stellung im Herrenhause verlieh ihr die parlamentarischen Waffen, ihre Stellung in den Hofämtern die außerparlamentarischen. Fürst Bismarck klagte schon damals (1872) über Einflüsse der ultramontanen Partei am Hofe. „Ich habe, sagte er, Seiner Majestät schriftlich gemeldet, daß ein Kammerherr der Kaiserin neben seinen erheblichen Beisteuern zu Agitationen gegen die Regierung in Oberschlesien auch die Geldstrafe aus eigenen Mitteln gedeckt habe, zu welcher ein polnischer Agitator wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden ist. Auf diese Anzeige hat der Kaiser sich in schriftlicher Randbemerkung weitere Ermittelungen und weiteres Verfahren vorbehalten, aber die Agitation dauert fort."

Die Friktionen des Fürsten Bismarck, von denen seitdem oft gesprochen ist und denen er oft zu erliegen schien, haben vielleicht an Heftigkeit nicht den Kämpfen nachgestanden, die der alte Kaiser mit sich selbst und mit seiner Umgebung hatte. Der milde versöhnliche Sinn des Monarchen war es, der immer von neuem die Unebenheiten glättete. Er hatte das Gewicht persönlicher, treuer Dienste abzuwägen gegen die

politischen Gegensätze. Alles, was die zermalmende Gewalt des Staatsmannes Bismarck erfahren hatte, oder ihr auszuweichen suchte, die verkannten Staatsmänner voran, alles, was gegen ihn murrte und grollte, drängte sich an den Monarchen heran, um sich Gehör zu verschaffen. Der Kaiser hatte bald Einmischungen abzuwehren, bald durch sein Wohlwollen und durch Gnadenbezeugungen verletzte Interessen oder auch verletzte Eifersucht und Eigenliebe zu versöhnen.

Ein besonders heftiger Gegner des Fürsten Bismarck war der frühere Finanzminister v. Bodelschwingh. Obwohl Protestant, sagte er über die kirchlichen Gesetze zum Kaiser: „Die wahre Verwirrung wird beginnen, wenn diese Gesetze von Ew. Majestät sanktioniert werden und wenn Ihre Regierung dieselben wird einführen wollen. Dann wird der Augenblick kommen, ich bin dessen gewiß, wo der durch diese Gesetze verursachte Brand so groß sein wird, daß er das Gebäude der falschen Politik Bismarcks in den kirchlichen Angelegenheiten zerstören wird." Der Kaiser antwortete: „Beinahe überall werden mir solche Bemerkungen über diese Gesetze gemacht, aber ich kann die katholischen Priester weder in Deutschland noch in Preußen regieren lassen."

Von anderer Seite her kamen Klagen über die Korruption, die den preußischen Staat unterwühle, Dank der „jüdisch-kapitalistischen Herrschaft", der Bismarck durch seine innere Politik zum Triumphe verholfen habe. Ein pommerscher Edelmann, Herr v. Diest-Daber, hatte ein langes Promemoria dem Kaiser überreicht, in welchem unter dem Motto „periculum in mora" alle die Gefahren auseinandergesetzt waren, denen in Preußen Staat und Gesellschaft unrettbar preisgegeben seien, wenn dem System Lasker-Bis-

marck nicht sofort Einhalt gethan würde. Der Kaiser übersandte die Denkschrift mit einer Fülle von Randglossen dem Kanzler. Die „Reichsglocke" gelangte bis auf den Tisch des Kaisers. Er mochte auch wohl in solcher fortwährenden Belagerung zeitweilig ermüden und selber zu zweifeln beginnen. Er sagte dem Grafen Harry v. Arnim, der sich über die Gewaltthätigkeiten Bismarcks beschwerte: Es sei zu bedauern, bei einem Manne dies konstatieren zu müssen, dem man so viel verdanke; Er habe schon viel treue Diener von ihm entfernt, Goltz, Thile, Savigny, Usedom, Werther u. s. w. „Jetzt sind Sie an der Reihe!"

Im Frühjahr 1877 fühlte sich Fürst Bismarck von den fortwährenden Reibungen erschöpft. Er wollte definitiv und gänzlich zurücktreten. Was man über die Kämpfe nach allen Seiten hin erfuhr, welche den Kanzler zu dem Entschlusse veranlaßten, war allerdings geeignet, die Vorstellung zu erwecken, daß er ein volles Recht habe, einem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen und daß unter solchen moralischen Qualen, wie sie geschildert wurden, die längst erschütterte Gesundheit des riesig angelegten Mannes in Gefahr stand, vollends zusammenzubrechen. Daher mußte auch die Begründung des Entlassungsgesuchs durch Gesundheitsumstände als eine berechtigte erscheinen. Der Reichskanzler vermißte, als er seinen Abschied nachsuchte, namentlich bei dem einen seiner Kollegen die erforderliche Zustimmung und Unterstützung zur Ausführung von Maßregeln auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und des Steuerwesens, die er für unerläßlich hielt und die bisher nicht in Angriff genommen werden konnten.

„Wenn ein Jäger matt und müde geworden ist durch Herumstreifen auf Kartoffelfeldern“, — so äußerte sich der Fürst in Gesellschaft von Freunden — „und nach Hause zu gehen verlangt, so wird man ihn dadurch nicht zurückhalten, daß man ihm etwa sagt, in der Nähe sind Rebhühner zu schießen, wohl aber, wenn man ihm mitteilt, in der nächsten Waldbucht lagerten Säue. Für eine Sauhatz würde ich wieder Mut und Kräfte haben.“

Ueber den Minister (Camphausen), welcher der besondere Gegenstand der Klagen Bismarcks sein sollte, ging den „Grenzboten“ folgende Correspondenz zu: „Er ist ein Mann von eben so viel Selbstgefühl als Vielseitigkeit. Er scheint Macht und Einfluß zu besitzen. Vor zwei Jahren sagte er im Reichstage: „Das Wort unmöglich ist in meinem Wörterbuche sehr klein gedruckt.“ Er unterhält Beziehungen zu dem Schlosse in Koblenz und ist gleichzeitig in einem hohen Berliner Kreise, wo man sehr liberal und sehr lichtfreundlich ist, als Grundpfeiler und Eckstein des Konstitutionalismus und des liberalen Protestantismus hoch angesehen. Warum will er, der so viel ist und so viel vermag, nicht die Initiative zu den Reformen ergreifen, die dem Kanzler am Herzen liegen? Ist es etwa, weil ihn daran eine andere Seite seiner Vielseitigkeit hindert — weil er dabei seine Vergangenheit, seine Grundsätze und seine Verbindungen als Manchestermann zu verleugnen hätte?“ Ein dem Reichskanzler nahe befreundetes Mitglied des Reichstages glaubte in der „Magdebg. Ztg.“ vor dieser Darstellung des Sachverhaltes warnen zu müssen, um den Reichskanzler außerhalb jeder Beziehung zu jener Correspondenz zu setzen. Der Minister des Königlichen Hauses,

Herr v. Schleinitz, erachtete es für seine Pflicht, die Angriffe auf die Kaiserin und das Kronprinzliche Paar zur Kenntnis Sr. Majestät des Kaisers zu bringen, um Ermittelungen darüber zu veranlassen, ob die Beschuldigung begründet sei, daß das Preßbüreau den Artikeln über Camphausen nicht fernstehe, und um geeignete Maßregeln zu ergreifen, welche dieser demagogischen Agitation, die vor der Unterwühlung der Dynastie nicht zurückschrecke, ein für alle Mal ein Ende zu machen geeignet wären.

Die Nachricht von dem Entlassungsgesuche des Fürsten Bismarck erregte in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen und an den meisten Orten schmerzliche Empfindungen. Man war es nachgerade gewohnt, Deutschlands Politik in so guten Händen zu wissen, und fühlte sich, mochte sich auch im Westen ein bedrohlicher Punkt zeigen, oder auf der Balkanhalbinsel der Kampf zweier unversöhnlicher Rassen toben, so sicher in dem Gedanken, daß Deutschland in keinen Kampf, der nicht seine Interessen schädige, hineingezogen, daß aber, wenn dies der Fall sei, der Kampf mit Aufbietung aller nationalen Kraft durchgeführt werde. Wer wollte, wer konnte nach Bismarck uns dieses Sicherheitsgefühl einflößen, die Sicherheit uns geben? Auch war das Deutsche Reich zwar konstituiert, aber zusammengewachsen zu einem einheitlichen, unauflöslichen Bau war es noch nicht. Und nicht bloß in Deutschland, auch in anderen Ländern erregte die Nachricht von Bismarcks Rücktritt schlimme Befürchtungen. Die ministerielle Presse in Wien bezeichnete das Ereignis als eine „bare Unmöglichkeit,“ und das verbreitetste Journal des Kaiserstaates sagte: „Aus dem politischen Mechanismus Europas ist das Haupt hin-

weggenommen, und nun kann sich die Maschine in neuer Gangart versuchen." Die deakistischen Blätter sprachen dem Fürsten geradezu das Recht ab, im jetzigen Augenblicke, wo Rußland die orientalische Frage mit Kanonen lösen wollte, zurückzutreten. Der russische „Golos" schrieb: „Der Kanzler des Deutschen Reiches ist die bedeutendste Persönlichkeit in der Geschichte unserer Zeit: sein Zurücktreten von den Geschäften, selbst nur ein zeitweiliges, muß als ein die Welt interessierendes Faktum angesehen werden." Die „Times", voll Sorge über den bevorstehenden Krieg, sagte: „Nächst der Frage: warum ist Bismarck zurückgetreten? erhebt sich die nicht minder wichtige: wann wird er zurückkehren? Es hängt das von den unberechenbaren Elementen der orientalischen Frage ab. Wenn der Krieg im Südosten ausbrechen sollte, so muß Fürst Bismarck wieder an das Staatsruder zurücktreten. Er weiß, was er will und wie er es auszuführen hat." In Paris sagte man: „Einem Bismarck ist es allenfalls erlaubt, zu sterben, aber nimmermehr, sich bei Lebzeiten von der Regierung zurückzuziehen."

Eigentümlich war die Wahl des Zeitpunktes für die Erneuerung des Entlassungs-, beziehungsweise Urlaubsgesuchs, mitten in einer Reichstagssession, während welcher der Reichskanzler mit ungewöhnlichem Eifer in die Beratung des Etats eingegriffen und dabei vor Allem die Frage der Reichsorganisation zum Gegenstand der eingehendsten Betrachtungen gemacht hatte. Auch konnte es nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen, daß das Entlassungsgesuch unmittelbar nach einem Votum des Reichstags, welches einen Beschluß des Bundesrats, der in einer wichtigen Frage

Preußen majorisiert hatte, bestätigte*) und, so zu sagen, Zug um Zug mit jener Entscheidung des Kaisers erfolgte, der das Entlassungsgesuch des Chefs der Admiralität, Staatsministers v. Stosch, welches seinerseits durch Aeußerungen des Fürsten Bismarck im Reichstage provociert war, ablehnte.

Das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers wurde von dem Kaiser nicht genehmigt. Dieser erachtete in Uebereinstimmung mit den Kundgebungen der öffentlichen Meinung, wie sie auf die Nachricht von dem Gesuch des Fürsten überall lebhaft und dringlich hervorgetreten waren, als den höchsten Gesichtspunkt für seine Entschließungen, dem Kanzler jede zeitweise nötig erscheinende Befreiung von seinen Geschäften eher zuzugestehen, als in seinen wirklichen Rücktritt zu willigen.

Der Kaiser und das deutsche Volk konnten und wollten sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Staatsmann, aus dessen gewaltigem Denken und Schaffen die Gestaltung unseres nationalen Gemeinwesens hervorgegangen ist, und der die Entwickelung desselben seither durch alle Schwierigkeiten von Stufe zu Stufe glücklich hindurchgeführt hatte, seine Hand von der weiteren Leitung desselben zurückziehen sollte, so lange diese Hand nicht wirklich erlahmt und erschlafft war.

Wenn der Reichskanzler, selbst in dem peinlichen Gefühle, den gehäuften und aufreibenden täglichen Anforderungen seines Berufes nicht mehr in einem seinen eigenen Ansprüchen und Wünschen entsprechenden Maße gewachsen

---

*) In Betreff der Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig.

zu sein, in seiner strengen Gewissenhaftigkeit es für seine Pflicht hielt, dem Kaiser seine Entlassung und die Wahl eines Nachfolgers anheimzustellen, — so konnte er sich doch dem Verlangen Sr. Majestät nicht entziehen, zunächst noch einmal den Versuch zu machen, in einem längeren Urlaub seine Kräfte neu zu beleben und zu stärken, einstweilen aber sich und seine unersetzliche Autorität dem Reiche zu erhalten.

Um dem Wunsche des Reichskanzlers auf volle Entbindung von allen amtlichen Geschäften und Sorgen, wenn auch nicht dauernd, doch wenigstens für einen längeren Zeitraum zu entsprechen, mußte zur Erwägung kommen, ob nicht während einer ausgedehnten Beurlaubung eine volle Stellvertretung des Kanzlers in Bezug auf alle seine verfassungsmäßigen Befugnisse anzuordnen wäre: in solchem Falle würde einem für die gesammte innere Verwaltung des Reichs und Preußens einzusetzenden Stellvertreter behufs vollständiger Entlastung des Fürsten auch die nach der Reichsverfassung dem Kanzler zustehende Gegenzeichnung und Verantwortlichkeit für die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu übertragen gewesen sein.

Im Hinblick auf die Meinungskämpfe und Schwierigkeiten aber, welche die Regelung einer so weit ausgedehnten Stellvertretung darbieten konnte, willfahrte der Reichskanzler auch darin den Wünschen des Kaisers, daß er zunächst während eines kürzeren, mehrmonatlichen Urlaubs den Zusammenhang mit der Leitung der Reichsgeschäfte nicht absolut aufgeben, vielmehr dem Kaiser auf Verlangen mit seinem Rat zur Seite stehen uud die verfassungsmäßige

Gegenzeichnung der Kaiserlichen Anordnungen insoweit erforderlich übernehmen werde.

Die Vertretung des Fürsten in allen übrigen Beziehungen wurde für die innern Reichsangelegenheiten dem Präsidenten des Reichskanzleramtes, für die auswärtigen Angelegenheiten dem Staatssekretär im auswärtigen Amte, die Vertretung in der preußischen Verwaltung dem Vice-Präsidenten des Staats-Ministeriums übertragen.

Dem Reichstage wurde am 11. April ein Schreiben des Fürsten v. Bismarck mitgeteilt, durch welches der Kanzler den Präsidenten von diesem Urlaube benachrichtigte. Nach der Verlesung der Schreibens wurde von einem der Führer der Fortschrittspartei beantragt, dasselbe an einem der nächstfolgenden Tage zum Gegenstande der Besprechung im Reichstage zu machen. Zur Begründung dieses Verlangens betonte er „die hohe Bedeutung, die das Schreiben in unserer gesammten politischen Entwickelung offenbar einnehme, die Tragweite, die dasselbe in politischer und staatsrechtlicher Beziehung für sich in Anspruch nehmen dürfe." Der Präsident des Reichstages wies dem gegenüber darauf hin, daß in einem ganz gleichartigen Falle im Jahre 1872 sich an die entsprechende Mitteilung keine Verhandlung geknüpft habe, erklärte aber eine solche als geschäftsordnungsmäßig zulässig und versprach, den Tag für dieselbe demnächst anzusetzen.

Die Thatsache, daß der Antrag aus den Reihen der Fortschrittspartei gestellt war, sowie die Worte, mit welchen derselbe begründet worden, ließen zunächst erwarten, daß es sich in der Absicht der Antragsteller um eine Anfechtung der angekündigten Entschließung des Kaisers und des Kanz-

lers vom staatsrechtlichen Standpunkte handele. Wenn hierzu in der Beurlaubung des Kanzlers an und für sich und in der Art und Weise, in welcher die Vertretung desselben geordnet war, nach den Gesichtspunkten des verfaßungsmäßigen Rechts und des bisherigen Verfahrens des Reichstages ein Anlaß nicht vorlag, so konnte eine veränderte Haltung im gegenwärtigen Falle wohl vorzugsweise an die Mitteilungen über die der Beurlaubung vorhergegangenen Verhandlungen in Betreff der Absicht des Reichskanzlers, sich dauernd oder auf längere Zeit gänzlich von den Geschäften zurückzuziehen und an die dadurch hervorgerufenen lebhaften Besorgnisse und Erörterungen anknüpfen. Durch die schließlich gewählte Form der Beurlaubung schienen jedoch diese Erörterungen gegenstandslos und es konnte im Voraus bedenklich erscheinen, daß dieselben im Reichstage zumal in der Abwesenheit des Reichskanzlers, zur Sprache kämen.

Der Gang der Verhandlung ließ freilich erkennen, daß das Gewicht dieser Bedenken auch innerhalb der weit überwiegenden Mehrheit des Reichstages durchaus gewürdigt wurde. Die Besprechung nahm demzufolge einen Charakter und ein Ergebnis an, welche sowohl für die augenblickliche Lage, wie für die künftige Entwickelung der Reichseinrichtungen von hoher Bedeutung waren.

Der Antragsteller Abg. Hänel selbst entwickelte zunächst die Gründe, weshalb er geglaubt habe, den Gegenstand zur Besprechung bringen zu sollen. Das Abschiedsgesuch des Fürsten von Bismarck sei als ein europäisches Ereignis erkannt worden, um wie viel mehr als ein Ereignis, welches Deutschland aufs Tiefste bewegen mußte. Es wäre nicht in Europa und nicht im Deutschen Volke

verstanden worden, wenn der Reichstag einem solchen Ereignis gegenüber Stillschweigen beobachtet hätte. Ja, ein solches Stillschweigen hätte als ein Mißtrauen, als eine beleidigende Gleichgültigkeit gegen den Reichskanzler gedeutet werden können. Er habe volles Anerkenntnis für die Thatsache, daß der Reichskanzler durch die Gesamthaltung seiner Politik das junge Deutsche Reich zu der Geltung einer voll auf sich beruhenden und in allen europäischen Dingen einflußreichen Macht gebracht habe, und sei überzeugt, daß die ruhige und gesicherte Fortführung dieser Politik ein wesentliches Interesse Deutschlands bilde. Deshalb sei aber auch jeder Eindruck eines Schwankens überaus schädlich. Auch auf dem inneren Gebiete, hauptsächlich in Bezug auf die wirtschaftliche Gesetzgebung zeige sich gerade jetzt eine gefahrdrohende Unsicherheit, welche durch einen Wechsel in der Geschäftsleitung nur noch bedenklicher werden würde. Man müsse es daher als ein Zeichen hoher Regentenweisheit ansehen, daß zu einem Auskunftsmittel gegriffen worden sei, um einen Wechsel in der leitenden Persönlichkeit zu vermeiden. Gegen die jetzt getroffene Auskunft lasse sich vom Standpunkte des Verfaßungsrechts keine Einwendung erheben, falls die Voraussetzungen zuträfen, daß dem Reichskanzler die Gegenzeichnung der Kaiserlichen Erlasse und die Verantwortlichkeit für die oberste Leitung der Geschäfte wie bisher verblieben.

Als Gesammtergebnis der Verhandlung des Reichstags blieb der Eindruck zurück, daß das Verständnis für die Wirksamkeit und die Verdienste des Fürsten Bismarck an Umfang gewonnen hatte. Der Verlauf dieser Krisis war in der That die Häufung einer neuen Fülle von Vertrauensbeweisen auf das Haupt des leitenden Staatsmannes;

denn abgesehen von dem Verhältnis des Reichskanzlers zu seinem Souverän, ein Verhältnis, das der Kaiser selbst als unzerreißbar erklärte, sicherten die Bundesfürsten, wie die heißspornigsten Einheitspolitiker, Liberale und Konservative, ihre Sympathien und ihre Unterstützung dem Fürsten Bismarck zu, bezeichneten selbst die Klerikalen ihn als den Staatsmann, mit dem sie vorzugsweise zu unterhandeln begehren würden. Zu diesen Bezeugungen des Inlandes gesellten sich die des Auslandes. Eine solche einzige Stellung ist nach außen und innen ein schwerwiegendes Machtelement. Daß sie ein nationales Besitztum ist, dieses Gefühl war das vorherrschende im deutschen Volk bei der schweren Krisis. Hierauf vor Allem beruhte auch die Befriedigung, welche von allen Seiten über die glückliche Erledigung der Krisis zum Ausdruck kam.

Die große Huldigung, die fast der gesammte Reichstag am 11. April 1877 darbrachte, war insbesondere auch eine Desavouirung aller feindlichen Strömungen, mit denen der Reichskanzler in den letzten Jahren zu kämpfen hatte. Durfte man auch der Haltung einzelner Fraktionen nicht ein gleiches Gewicht beilegen, und war die Opportunitätspolitik der einen nicht mit dem prinzipiellen Standpunkte der andern zu vermengen, so machte doch die Uebereinstimmung des Reichstages im ganzen Lande einen tiefen Eindruck, den größten aber in den Kreisen, welche sich schon durch die Verweigerung der Entlassung des Reichskanzlers seitens des Kaisers enttäuscht sahen. Es gab so gut Ultramontane, welche geneigt waren, Herrn Windthorst zu verleugnen, als solche Konservative, welche das Auftreten des Herrn v. Kleist sich nicht anders erklären konnten, als dadurch,

daß sie ihm Hintergedanken zuschrieben. Ueber die Fortschrittspartei sagte ein süddeutsches demokratisches Blatt: „Die Fortschrittspartei hat sich durch ihre Haltung in der Kanzlerdebatte das Lob der Offiziösen und der Knoblochsmänner*) zugezogen und zwar verdientermaßen; „Norddeutsche Allgemeine" und „Post" erkennen den „wohlthuenden Gegensatz" der Auslassungen Hänels zu der Sprache der publizistischen Organe der Partei an und man kann hieraus wohl den Schluß ziehen, daß auch der Reichskanzler nicht zürnen und nicht die Flinte ins Korn werfen wird. Die Fortschrittspartei erklärte ihn für unentbehrlich — was kann man mehr verlangen? Wenn sie wieder einmal bessern und nörgeln will, braucht der Kanzler ja nur zu sagen: Aber Kinderchen, soll ich denn wirklich gehen? und er wird sie sofort in der Treiberreihe sehen. Der Kanzler gehen? Ja so etwas zu sagen, kann man sich als Fortschrittsmann allenfalls in Versammlungen erlauben, die auf den Parteifang berechnet sind, aber im Reichstag beileibe nicht, denn „Er" könnte ja einmal thun, was der Fortschritt noch nie gethan hat, nämlich eine Drohung wahr machen!"

Während des Urlaubes des Fürsten Bismarck dauerten die Diskussionen über die Rückkehr desselben fort. Man sprach von den Bedingungen, unter denen er gewillt sei, wiederzukommen. Hochofficiös wurde geschrieben: „Seine Kräfte reichen eben nur aus, um die politischen Kämpfe der Gegenwart von der Front aus und vor der Front

---

*) Nach dem Landrath von Knobloch so genannt, der eine Partei „Bismarck sans phrase" verlangte.

führen zu können. Den ungleich aufreibenderen Kämpfen hinter der Front ist sein Gesundheitszustand nicht mehr gewachsen, und der Kanzler wird deshalb schwerlich früher in die Hauptstadt zurückkehren und sich der Leitung der Geschäfte im vollen Umfange wieder unterziehen können, ehe er nicht die zuverlässigsten Bürgschaften besitzt, daß solche Kämpfe, wie die erwähnten, ihm erspart bleiben . . . . Man wird es nicht unbillig finden können, wenn derjenige Minister, welcher seit fünfzehn Jahren nicht nur Gesundheit und Behagen, sondern wiederholt — und vielleicht ununterbrochen sein Leben für König und Vaterland eingesetzt hat — eine Notlage, in welche ja sonst ein Minister heut zu Tage nicht leicht zu gelangen pflegt — die Forderung stellt, daß seine Wirksamkeit nicht von Personen gekreuzt werde, welche ihn weder ablösen noch für das Gelingen und Scheitern irgend welche Verantwortlichkeit übernehmen können. Die Geleise der deutschen Politik sind so tief und fest, daß jeder Versuch, den Staatswagen von hinten her umkehren zu machen, im besten Falle nur zu einem Umwerfen führen kann."

Die Kreuzzeitung meldete, die Angaben liberaler Blätter bestätigend: „Es scheint gewiß, daß Fürst Bismarck seinen vollen Wiedereintritt von der Beseitigung angeblicher katholischer Einflüsse am Hofe abhängig machen will." Das konservative Blatt billigte keineswegs eine solche Forderung des Kanzlers, die durchaus unkonstitutionell sei. Habe man wohl je gehört, daß ein belgischer Minister sich bei König Leopold I. darüber beschwert hätte, wenn derselbe in allen wichtigen Angelegenheiten den Rat seines vertrauten persönlichen Freundes des Freiherrn von Stockmar ein=

holte? „Ist was England betrifft, unseren Liberalen die vielgenannte bed-chamber question unbekannt? Als Sir Rob. Peel im Mai 1839 berufen wurde, ein neues Ministerium zu bilden, war er der Ansicht, es würde seine Verwaltung gefährden, wenn Damen, die im Haushalte Ihrer Majestät ursprünglich auf Empfehlung des Whig-Ministeriums angestellt, und fast alle mit den Führern der Opposition verwandt waren, in der unmittelbaren Umgebung der Königin blieben; namentlich bezeichnete er als solche die Gemahlin des Lordlieutenant von Irland und die Schwester des Staatssekretärs von Irland, wegen der Politik, die er im Gegensatz von seinem Amtsvorgänger in Beziehung auf Irland verfolgen müsse. Er verlangte deshalb ehrfurchtsvoll, aber nachdrücklich von der Königin einen Wechsel in jenen Hofstellen. Ihre Majestät entgegnete, ein solcher widerstreite ihrem Gefühl, wie dem Herkommen, sie könne sich daher hierzu nicht entschließen. Darauf gab Peel den empfangenen Auftrag zurück und die Königin setzte die früheren Minister wieder ein. In dem am folgenden Tage gehaltenen Kabinetsrat erklärte der bisherige Premier-Minister, Lord Melbourne, er habe seiner Gebieterin diese Antwort geraten, sämtliche Minister stimmten ihm zu und übernahmen die volle Verantwortlichkeit für dieses Verfahren. So verfuhren die Königin Victoria und ihr Whigministerium."

Die „Kreuzzeitung" schien die Weltgeschichte gerade nur bis zum Jahre 1839 gelesen zu haben. Würde sie nur ein wenig weiter bis 1841 geblättert haben, so hätte sie gefunden, daß die Königin Victoria in dem letzten Jahre Peel alles das bewilligte, was sie im Jahre 1839 ver-

weigert hatte und zwar dies Mal eben auf den Rat des auch ihr vertrauten persönlichen Freundes, des Freiherrn v. Stockmar. Man weiß, daß alle konstitutionellen Autoritäten das Verhalten der Whig-Minister von 1839 mißbilligten und der Forderung Peels — nach englischen Voraussetzungen — Recht gaben. In Preußen war selbstverständlich von solchem Verlangen niemals die Rede, es war aber auch, abgesehen von den traurigsten Tagen des Jahres 1848 nicht vorgekommen, daß innerhalb der Hofkreise die Diskretion, auf welcher selbstverständlich die Neutralität ihrer Stellung allein beruhen kann, soweit gegenüber der Politik der verantwortlichen Ratgeber des Monarchen außer Acht gelassen wurde, als dies im Dunstkreise der „Reichsglocke" allerdings geschehen war. Im übrigen wurde von einem Teile der liberalen Presse damals geraten, den Versuchen, untergeordnete Thatsachen zu großen Staatsaffairen aufzubauschen und Hofchargen zu politischen Größen aufzuschrauben, ein entschiedenes Mißtrauen entgegenzusetzen. In den Kampf der kleinen Mittelchen, der vergifteten Insinuationen einzutreten, solle man den Diplomaten der Hintertreppe und deren Seelenverwandten überlassen.

Während der Urlaubszeit des Fürsten Bismarck hatten auch Vorgänge in der evangelischen Kirche zu einer Krise geführt, welche die Stellung des Kultusministers Falk bedrohte. Die Reibungen der Hofprediger mit dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats Herrmann berührten zugleich den Minister und dadurch den Reichskanzler. In der Provinz wollte man zum Teil allen diesen Erscheinungen nicht die Bedeutung beilegen, wie in

Berlin. Man sprach dort von einer berlinisch-kurmärkischen Krise. „Was geht es das Deutsche Volk an, wenn ein Paar Berliner Hofprediger in Streit mit einer Berliner Synode über das apostolische Glaubensbekenntnis liegen? Sie mögen diesen Kampf da ausfechten, wohin er gehört, in der Landessynode der evangelischen Kirche Preußens; aber das Deutsche Volk würde gewaltsam in das Lager des Radikalismus getrieben, wenn um dieses Streites willen Männern wie Falk und Bismarck das Verbleiben in ihren Ämtern unmöglich gemacht würde. Was geht es die Deutsche Nation an, daß einige Kammerherren mit der Bismarckschen Politik unzufrieden sind? Sie mögen so altkonservativ wählen, wie sie wollen, und, falls das mit ihren gewiß sehr wichtigen Amtsgeschäften verträglich ist, in die „Kreuzzeitung" schreiben; aber daß ihre Ansichten die Geschichte Deutschlands beeinflussen sollen, der Anspruch ist doch zum Lachen! Was geht es die Deutsche Nation an, daß die Organisationen der Selbstverwaltung, deren Grundgedanken fast die gesamte, in wiederholten Wahlen bestätigte Volksvertretung zustimmt, von ein Paar Landräten aus jener politischen Schule angefochten werden, deren Ansichten über alles Mitwirken der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten einst König Ludwig I. von Baiern durch die klassischen Worte ausgedrückt hat: „Bin ich an der Cholera nicht gestorben, so werde ich auch die Stände ertragen können!" Sie mögen ihren Abschied nehmen, wenn die Ausführung der Gesetze gegen ihre Ueberzeugung ist. Aber eine Krisis unseres Staatslebens um einiger Hofprediger, Kammerherren und reaktionären Landräte willen, eine solche Krisis bei voller Gesundheit der

politischen Zustände in der Nation und Angesichts schwankender europäischer Verhältnisse — das ist eine Zumutung an die gemäßigte Auffassung der öffentlichen Angelegenheiten, welche nicht allzulange dauern darf, ohne diese Auffassungsweise schwer zu schädigen, ohne die gemäßigten Parteien zum Vorteil des Radikalismus zu lichten."

Dieser Auffassung, daß eine Krisis gar nicht existiere, widersprachen offenliegende Thatsachen. Kirchliche Fragen haben in Deutschland das Privileg, die Gemüter auf das Allertiefste zu erregen. Wenn plötzlich der Präsident des Oberkirchenrats um seinen Abschied einkam, so war die Deutung dafür sehr naheliegend. Herr Herrmann mochte wohl daran zweifeln, daß die von ihm eingehaltene Richtung das Vertrauen des Kaisers noch besitze. Und daß es unmöglich war, ohne dies Vertrauen und seine Bethätigung einen so außerordentlich komplizierten Körper, wie die evangelische Kirche, zu verwalten, lag auf der Hand. In die Lücke, welche die Entlassung des Herrn Herrmann riß, konnte aber nur die Herrschaft einer unionsfeindlichen Partei einrücken, deren geistlicher Terrorismus noch im Andenken der Bevölkerung war.

Darüber, warum der Reichskanzler sein Entlassungsgesuch aufrecht hielt, brauchte man sich gleichfalls nicht den Kopf zu zerbrechen. Auch für ihn hatten die „Kammerherren", die „Hoftheologen" und „Landräte" wohl nur eine untergeordnete Bedeutung. Fürst Bismarck schien der Ansicht zu sein, daß er die Verantwortung der Stellung, die er einnahm, nicht ohne organisatorische und personelle Veränderungen weiter tragen könne, und er hatte hierfür weder die nötige Zustimmung gefunden, noch war ihm die

erbetene Entlassung geworden. So war der Reichskanzler in eine Position gebracht, der man den Namen einer kritischen nicht streitig machen konnte und der auch starke Schultern nicht gewachsen waren.

Fürst Bismarck kehrte nach Berlin zurück, ohne daß personelle Veränderungen eintraten. Er hatte in Bezug auf die katholischen Einflüsse an den Staatsminister v. Bülow unter dem 15. December 1877 geschrieben: „Es ist eine Lüge, daß ich die Entlassung von Hofbeamten Sr. Majestät je zugemutet hätte. Ich habe Feinde am Hofe, aber deshalb werde ich die Ehrerbietung gegen meinen allergnädigsten Herrn nicht verletzen. Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Kollegen finde, welche die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches notwendig sind, energisch und freiwillig fördern."

Als die Nationalliberalen im Reichstage den Minister Camphausen, der bei dem Entlassungsgesuche des Fürsten Bismarck wie während seines Urlaubes ganz besonders als ein Hindernis für die geplanten Finanzreformen genannt war, und dem gewisse Verbindungen mit dem Hofe zur Last gelegt wurden, in einer Weise angriffen, die ihr Bemühen, ihn zu stürzen und einen der ihrigen an seiner Stelle zu sehen, bezeugte, folgte eine seltsame Scene. Der Reichskanzler drückte nach der Erwiderung des Finanzministers auf den Ungestüm der Nationalliberalen diesem vor dem versammelten hohen Hause die Hand, was denselben bis zu Thränen rührte.

Eine Änderung trat nur ein in Bezug auf die Organisation der obersten Reichs- und Staatsbehörden. Als

sich im Frühling des Jahres 1877 Fürst Bismarck von den Geschäften zurückzog, schien der Zusammenhang unserer staatlichen Verwaltung mit derjenigen des Reiches plötzlich gelöst zu sein. Herr Camphausen trat als Vice-Präsident unseres Staatsministeriums an die Spitze der preußischen Verwaltung. Die Reichsgeschäfte, als deren geistiger Leiter Fürst Bismarck freilich im Hintergrunde fortwirkte, teilten sich zwischen den Herren von Bülow und Hofmann. Administrativ war somit Preußen dem Reiche kaum enger verknüpft, als Baiern oder jeder andere Bundesstaat. Das im Frühling 1878 unter einmütiger Zustimmung sämtlicher Bundesregierungen ergangene „Stellvertretungsgesetz“ hat diese Inkonvenienz auf immer beseitigt. Wer fürder in Preußen an Stelle des Ministerpräsidenten das Steuer führt, der wird auch, wenigstens soweit es sich um die inneren Angelegenheiten handelt, des höchsten Amtes im Reiche walten. Nicht nur für die fortschreitende engere Verknüpfung der obersten Verwaltungen von Reich und Staat sind damit neue, belangreiche Garantieen gewonnen, sondern auch für die künftige Ausgestaltung des administrativen Organismus der Reichsbehörden. Mußte doch Fürst Bismarck dem Buchstaben der Verfassung und seiner ausdrücklichen Erklärung im konstituirenden Reichstage gemäß, bisher sogar für alle Angelegenheiten des Heeres und des Seewesens die konstitutionelle Verantwortlichkeit selbst übernehmen. Das eben erwähnte Gesetz dagegen ermöglichte es ihm nunmehr, die betreffenden Ressortchefs als verantwortliche Minister fungieren zu lassen.

Das neue Gesetz, das im Reichstag allgemeine Zustimmung gefunden, fand wieder seine Spötter und Krittler

in den höchsten Kreisen. „Wohin haben denn nun die Beratungen des Reichskanzlers mit den Führern der maßgebenden Partei geführt, deren Zweck war, die konstitutionelle Krankheit des Deutschen Reiches — nämlich die Hypertrophie der reichskanzlerischen Befugnisse — durch allerhand Manipulationen in eine Quelle der Gesundheit zu verwandeln?

Aus diesen Beratungen ist der Entwurf des „Kanzler-Regentschaftsgesetzes“ hervorgegangen. Für denselben giebt es keine Analogie in irgend einer Monarchie. Nirgends hat man die Notwendigkeit empfunden, die Vertretung eines verhinderten Ministerpräsidenten gesetzlich zu ordnen. Wenn eine solche Notwendigkeit im Deutschen Reich nun in der That existiert, so folgt daraus, daß die Institution des Reichskanzleramts Proportionen angenommen hat, welche die herkömmlichen Rechte des Monarchen in bedenklichster Weise beeinträchtigen. — Und in der That, wo hat man je eine Machtfülle gesehen, welche derjenigen gleich kommt, die in die Hände des Kanzlers gelegt ist?

Das Parlament hat dem Reichskanzler thatsächlich den wesentlichsten Teil seiner Rechte geopfert und die Krone verzichtet zu seinen Gunsten auf die Ausübung wesentlicher Attribute der Majestät. So ist die Hypertrophie des Reichskanzlertums entstanden. — Gerade darunter leidet die Nation. —

Wie soll nun einem solchen Übelstande abgeholfen werden können durch ein Gesetz, welches den momentanen Zustand zu einem gesetzlichen erhebt?

Nimmermehr kann das geschehen.

Und selbst wenn der Varziner Entwurf, der das Recht der Minister-Ernennung dem Kaiser und das Recht der Minister-Kontrole dem Reichstag entzieht, „gesetzlich" werden sollte, legitim wird das so geschaffene Verhältnis niemals sein.

Das Vertretungsgesetz ist von offiziöser Seite dem Wohlwollen durch die Bemerkung empfohlen worden, daß es „keimfähig" sei. — Mit diesen Worten soll angedeutet werden, daß aus dem oder den Vertretern des Reichskanzlers sich verantwortliche Minister — ja, ein verantwortliches Reichsministerium entwickeln könne.

Von anderer Seite ist dagegen die Vorlage bekämpft worden, weil die Annahme derselben geeignet sei, unter der harmlosen Form einer den preußischen Ministern aufgetragenen Vertretung des Reichskanzlers allmählich die Lieblingsidee des Fürsten Bismarck zu verwirklichen, nach welcher die preußischen Minister und die Vorsteher der Reichsämter dieselben Personen sein sollen.

Man sieht darin in partikularistischen Kreisen eine weitere „Verpreußung" Deutschlands.

Was die „Keimfähigkeit" der Vorlage betrifft, so ist für denjenigen, welcher die persönlichen Neigungen des Fürsten Bismarck kennt, jede Hoffnung auf das allmähliche Hervorkeimen eines verantwortlichen Reichsministeriums aus dem elastischen Kern der Stellvertretung vollständig illusorisch.

Dagegen ist allerdings anzunehmen, daß die Personen, welche den Kanzler in Behinderungsfällen zu vertreten bestimmt sind, preußische Minister sein sollen.

Aber die Gefahr der „Verpreußung" Deutschlands liegt hierin nicht, vielmehr hat die Praxis des Reichskanzlers dahin geführt, Deutschland mehr und mehr zu „verkanzlern" oder zu „verbismarcken." Der Kanzler hat sich infolge der Lückenhaftigkeit der Reichsverfassung gewöhnt, alle Fäden der deutschen Politik in sich zu vereinigen und sie nach seinen Ideen und Wünschen zu einem Gewebe zu vereinigen, welches in Grundplan, Zeichnung und Zweck natürlich den Stempel seiner Persönlichkeit trägt. Preußen hat darunter mehr gelitten, als irgend ein anderer deutscher Staat. Es ist auch sicher, daß die zu Recht bestehende preußische konstitutionelle Monarchie am meisten von dem Unkraut leiden wird, zu welchem in dem Vertretungsgesetze allerdings die entwickelungsfähigen Keime liegen. Denn wer könnte wohl der Meinung sein, daß der Fürst beabsichtige, die Reichsämter den preußischen Ministern zu übertragen, um mit ihnen im Reich ebenso die Verantwortlichkeit und den Einfluß zu teilen, wie dies in Preußen, wenigstens der Theorie nach, der Fall ist? Es ist vielmehr mit Sicherheit anzunehmen, daß der Reichskanzler die preußischen Minister zu Reichsamtsvorstehern machen will, um sich dieselben fortan auch in Preußen so unterzuordnen, wie ihm als Reichskanzler die Vorsteher der Reichsämter untergeordnet sind. Ein königlich preußischer Minister, welcher zugleich ein ad nutum amovibler Untergebener des Reichskanzlers ist, würde keinen Augenblick in Preußen Kollege des preußischen Minister-Präsidenten bleiben können, sobald ihn einmal ein Stirnrunzeln des Fürsten Bismarck aus dem Reichsdienste entfernt haben wird.

Die Personalunion zwischen Königlichen Ministerien und Kanzlerministerien muß notwendiger Weise eine vollständige Verwirrung aller constitutionellen Begriffe in Preußen herbeiführen. Der Begriffsverwirrung wird eine Verfassungsänderung folgen. Auch ohne eine solche wird das Recht der Ministerernennung in Preußen virtuell auf den Kanzler übergehen. Virtuell werden sie ihm allein verantwortlich; — damit wird die Verantwortlichkeit der preußischen Minister einfach forteskamotiert."

In der hier, im Vorstehenden, mitgeteilten Kritik des „Kanzlerregentschaftgesetzes" machten sich die gepreßten constitutionellen Gewissen Luft, die in hohen Kreisen sich stets regten, wenn es darauf ankam, von oben herab der Person des Reichskanzlers beizukommen.

Damit war aber auch der Höhepunkt der Opposition von dieser Seite erreicht. Die Attentate auf den Kaiser brachten teils eine Beschwichtigung, teils eine Einschüchterung hervor, welche in dem Widerstand gegen einen Staatsmann vorsichtiger machte, der in dem Sturm dieser aufgeregten Zeit allein der Aufgabe gewachsen schien, die entfesselten revolutionären Elemente niederzuwerfen.

Einer der Herrn am Hofe erinnerte an Washingtons Ausspruch, man dürfe beim Durchreiten eines reißenden Flußes nicht mitten in der Flut das Pferd wechseln. —

Nachdem der Kaiser von den Wunden genesen, die ihm Frevlerhand beigebracht hatte, gab ihm die Feier der goldenen Hochzeit, welche auf das nächste Jahr fiel, Gelegenheit die Dankbarkeit zu bewähren, die er, wie kaum ein zweiter Monarch, unerschüttert durch andere Rücksichten, stets für persönliche treue Dienste hegt.

So gedachte er denn auch unseres Herrn v. Schleinitz, dessen Persönlichkeit als Repräsentant gewisser Stömungen hier eingehendere Charakteristik erfahren hat.

Schleinitz wurde mittelst Diplom vom 15. Juni 1879 in den Grafenstand erhoben. Es wird in diesem Diplom bekundet, daß die Verleihung der gräflichen Würde an ihn erfolge „in Würdigung der treuen Dienste, welche derselbe, wie vormals dem Staate, so als Minister Unseres Königlichen Hauses während geraumer Zeit Unserer Krone geleistet hat und noch leistet, zu erneuerter Bezeigung und zu dauerndem Gedächtnis Unserer besonderen Königlichen Huld und Gnade.“

# „Tout Berlin“ bei Hof.

Was sieht denn nun der „gewöhnliche Sterbliche,“ d. h. der nicht hoffähige Berliner und der Provinziale, der sich sein Berlin mal in der Nähe betrachten will, von der „Berliner Gesellschaft,“ welche ihrer Vergnügungen kann er als Zuschauer oder gar als activer Beteiligter mitmachen?

Wir können diese Sehensmöglichkeiten und Vergnügungen, zu denen „tout Berlin“ in des Wortes verwegenster Bedeutung Zutritt hat, in zwei Klassen teilen. Die einen spielen sich unter freiem Himmel ab und enden gewöhnlich mit einem Schnupfen infolge kalter oder nasser Füße; die andern haben das Opernhaus zum Schauplatz und enden mit einem noch viel riesigeren Schnupfen infolge des beispiellosen Zuges an den Garderoben, eines Zug-

windes, der sich zu den kleinlichen Zugwinden in den Ankleidezimmern der Provinzial-Vergnügungslokale, Casinos 2c. etwa verhält wie Berlin selbst zu einer Provinzialstadt. Es ist eben alles großartiger in Berlin.

Noch vor zwanzig Jahren gehörten in Berlin großstädtisch belebte Straßen zu den Seltenheiten. Nur wenn unter den Linden „was los war," wenn eine Auffahrt in Galaequipagen irgend eine Festlichkeit bei Hof ankündigte, wogte es in den Stadtteilen nahe des Schlosses.

„Ferrara ward durch seine Fürsten groß."

Auch Berlin hatte damals fast nur Bedeutung als Haupt- und Residenzstadt des Königs.

Aber heute noch, wo der weltstädtische Verkehr durch Berlins Straßen braust, daß man im stillen Tiergarten schwören möchte nahe dem Ocean zu sein, so tosend und brandend schlägt von ferne her das Wagengerassel und das tausendfach gestaltete Leben und Treiben Berlins an das Ohr des einsamen Spaziergängers — auch heute noch erreicht das Straßenleben seinen Höhepunkt, wenn der Hof seine Feste feiert und der Berliner wie der Provinziale hoffen darf, seinen ehrwürdigen Kaiser, „Unsern Fritz," Bismarck, Moltke von Angesicht zu Angesicht zu sehen.

Viele hatten Tags zuvor in der „Tante" (Berliner Bezeichnung für die Vossische Zeitung) gelesen, daß morgen „bei Kaisers" Diner ist; man verabredet sich, um auch etwas davon zu sehen, und findet sich pünktlichst ein, denn man weiß „Pünktlichsein ist die Höflichkeit der Könige"; und erst gar bei dem militairischen Hofe der Hohenzollern hat alles auf die angesetzte Minute zu erscheinen.

Auf weitaus die Mehrzahl der Zuschauer bei solchen Gelegenheiten aber paßt das Goethesche Wort:

„Zufällig naht man sich, man fühlt, man bleibt,
Und nach und nach wird man verflochten.“

Den nur möchte man noch gar zu gerne sehn! Ob er wohl schon vorbei ist? Laßt uns doch noch einen Augenblick bleiben! So denkt der eine und der andere, so denken hunderte, tausende, mitunter hunderttausende. „Meine Herrschaften nicht stehen bleiben“ ruft der gewaltsam höfliche Schutzmann dazwischen und hat seine liebe Not den Verkehr aufrecht zu erhalten.

„Was ist denn hier los“, fragt ein die Linden zufällig passierender Herr in bescheidenem Ton einen patroullierenden Schutzmann. Als Antwort erhält er fürs erste einen scharf fixierenden Blick und dann, nachdem die Unschädlichkeit des Fragenden im Gehirn des Polizisten als Thatsache anerkannt worden ist, die Worte: „die landsässigen Fürstlichkeiten fahren eben auf.“

Die Majestäten nehmen heute nämlich, als am Neujahrstage die Glückwünsche ihrer Familie, ihres Hofstaates, ihrer Minister und Generale, der Gesandten und Botschafter der civilisierten Völker der Erde, der hohen Aristokratie entgegen.

Als Napoleon III. auf der Höhe seiner Macht stand, lauschte die Welt gespanntest auf die Worte, die er bei der feierlichen Neujahrscour zu den versammelten Botschaftern sprach. Heute ist der Schwerpunkt der europäischen Politik von Paris nach Berlin verlegt und eine gewisse feierliche Stimmung überkommt den Zuschauer, der die Vertreter

Frankreichs, Englands, Spaniens, der Türkei, Japans und Chinas in ihren Staatskarossen zum schlichten alten Kaiser fahren sieht und er denkt, „'s ist doch besser so wie's heute ist, nicht nur für den Deutschen, sondern für die Menschheit; unter dieser pomphaften Schale verbirgt sich ausnahmsweise mal ein echter reeller Kern, dies ist wirklich einmal Gold, was glänzt, es ist nicht nur hohler Schein, der uns blendet, es steckt was Grundtüchtiges, Ehrenfestes dahinter — es ist hier doch grundanders als dazumal in Paris!" —

„Da kommt wieder einer!" Um die Ecke der Wilhelmstraße biegt eben ein Galawagen, die kostbar geschirrten Hengste, die Lakaien mit den Dreimastern hinten auf dem Trittbrett, der Kutscher mit Perrücke, Kniehosen und weißseidenen Strümpfen, alles in Gold und Schwarz, den Farben der Stolberg, denn der Wagen trägt den gefürsteten Grafen von Stolberg-Wernigerode, den „Harzfürsten", und seine Gemahlin, in Hermelin gehüllt, zum Kaiser.

Es folgen die Fürsten Radziwill, Putbus, die Hatzfeldt in ihren goldstrotzenden Equipagen, deren Auffahrt das Publikum „unjerührt", höchstens mit einem Ah! seinem Staunen Luft machend, zusieht.

Da lenkt abermals ein Wagen um die Wilhelmstraßen-Ecke, der den Vergleich mit den eben erwähnten Prachtkaleschen in keiner Weise aushalten kann. Der Kutscher und der neben ihm auf dem Bock sitzende Diener tragen einfache Livree, blau mit weiß, der Wagen selbst ist ohne jede Verzierung. Die kräftigen Pferde sind schmucklos geschirrt und tragen eine Grafenkrone mit Monogramm an den Scheuledern.

Aber kaum ist dieser Wagen unter den Linden sichtbar geworden, so entsteht eine Bewegung unter der Masse, als ob plötzlich ein Komet am Himmel entdeckt worden sei, der seine Bahn längs der Linden lenke. Jetzt werden die Hüte geschwenkt, die Taschentücher wehen, „Hurrah" donnert es, Alles strömt dem Wagen nach, der denn thatsächlich auch einen mächtigen Lichtstreifen hinterläßt: auf den Gesichtern derer nämlich, die soeben Bismarck gesehen haben, der mit freundlichem Gruß der aufgeregt begeisterten Menge dankend, in jenem einfachen Wagen zu seinem Kaiser und Herrn fährt. —

So amüsiert sich der Berliner in seiner Weise bei den Freudenfesten des Hofes, aber auch bei pomphaften Trauerfestlichkeiten findet die Schaulust des Publikums ihre Rechnung. — „Det jibt 'ne jroße Leiche", sagt ernsthaft ein „richtiger Berliner". Wer ist denn gestorben? fragt man neugierig. „Ick meene nur so, wenn der olle Wrangel stirbt." Diese scherzhafte Wendung konnte man hundert Mal aus dem Munde des Volkes vor Jahren hören, als nämlich der alte Wrangel noch lebte. Heute ist auch er schon längst zu seinen Vätern versammelt worden; der Berliner aber hat recht behalten: Es gab in der That einen großartigen feierlichen Leichenkondukt; der Kaiser in eigener Person schritt hinter dem Sarge her und alle Spitzen des Militair und Civil folgten in unabsehbarem Zuge. —

Ein höchst reizvolles Bild bietet „Berlin im Schnee". Die alten Kastanien- und Lindenbäume, welche den natürlichen Schmuck der königlichen Straße „Unter den Linden" abgeben, leuchten, wie verzuckert, in glänzendem Weiß, und hinter dem ernsten Brandenburger Thor dehnt sich der

Tiergarten wie ein verzauberter Park des Eiskönigs aus. — Sobald ein wenig Schnee auf der Straße liegen bleibt, wagt sich auch schon verstohlen ein Droschkenschlitten „zweiter Jüte" hervor, und darf man gar darauf rechnen, daß „er liegen bleibt", — der Schnee nämlich! — so werden in aller Eile Schlittenpartieen in den Tiergarten oder selbst in den nahen Grunewald arrangiert.

Es war im Januar 1886. Der Schlittenkorso in der Siegesallee begann unter ungünstigen Vorzeichen: die Schlitten waren anfangs so selten, daß man meinte, es werde damit dasselbe Ende nehmen, wie alle Versuche in den letzten Jahren hier einen Corso einzubürgern. Nach einiger Zeit kam doch noch eine regelrechte Umfahrt zwischen der Siegessäule und dem Wrangelbrunnen zu Stande. Kurz vor 3 Uhr durchfuhr Prinz Wilhelm, allerdings in geschlossenem Wagen, die Corsostraße. Das Hauptaugenmerk der Zuschauer war auf den Schlitten des Kommissionsrats Engel gerichtet, der mit zwei der bei ihm auftretenden Bella-Coola-Indianer mehrmals auf- und abfuhr. Die Wilden, fest in ihre Felle eingehüllt, blickten von dem Bedientensitz des Ponygespanns aufmerksam dem Treiben zu. Graf Lehndorff lenkte selbst sein schnelles Zweigespann. General von Rauch, inmitten einer Gesellschaft junger Mädchen, Baron von Bleichröder und Geh. Commerzienrat Gerson, dessen leichter Schlitten von zwei prächtigen Braunen gezogen wurde, fielen als bekannte Persönlichkeiten auf. Mancher Schlitten erregte wegen seines Prunks Aufsehen. Aber auch manches sonderbare Gespann erschien auf der Bahn; dazu rechnen wir jenen Zweispänner, dessen Bedienter einen alten Dreimaster mit weißem Federbusch trug;

der Hut schien aus einem Masken- oder Schützenfest auf die Corsofahrt gekommen zu sein. Einige Naive glaubten in dem Insassen einen Vertreter der Aristokratie zu sehen, in Wirklichkeit war es ein bekannter Berliner Holzhändler. Bald nach 4 Uhr kehrten die Schlitten zur Stadt zurück, wo das Vorwärtskommen ziemliche Schwierigkeiten machte.

Auch der Hof, besonders die Kronprinzliche Familie, hat seine Freude an Schlittenfahrten. Die Beschreibung einer solchen Wintervergnügung aus demselben Jahre lassen wir hier folgen: „Die Schlittenpartie, die der Hof des Kronprinzen nach Charlottenburg gemacht hat, galt einem Eisfeste, welches von den kronprinzlichen Herrschaften zur Feier der Wiederkehr des Vermählungstages auf dem See des Charlottenburger Schloßparkes veranstaltet worden war. Gegen 7 Uhr hatten sich, von Potsdam kommend, Prinz Wilhelm, sowie die erbprinzlichen Herrschaften von Sachsen-Meiningen im kronprinzlichen Palais eingefunden, woselbst bereits auf dem Hofraum die Schlitten und die berittenen Fackelträger bereit standen. Bald darauf erfolgte der Aufbruch der gesammten kronprinzlichen Familie, der sich der Herzog von Edinburg ebenfalls angeschlossen hatte, in etwa sieben prachtvoll bespannten Schlitten vom kronprinzlichen Palais aus, die Linden entlang, durch das Brandenburger Thor und die Chaussee entlang nach Charlottenburg. Den Zug, der von Spitzreitern und Fackelträgern geleitet wurde, führte der Schlitten des Kronprinzen an. Ihm folgte der Schlitten des Prinzen Wilhelm, sowie die verschiedener Mitglieder des königlichen Hauses, denen sich die einer Anzahl Offiziere und Hofbeamten anschlossen. Unterwegs, etwa in der Nähe des nach Schloß Bellevue führenden

Weges, stießen die von den Kronprinzlichen Herrschaften geladenen Gäste in ihren Schlitten zu dem Zuge, worauf dann gemeinsam die Fahrt fortgesetzt wurde. Nach kurzer Fahrt langte der imposante Schlittenzug, dessen Anblick durch die zahlreichen berittenen Fackelträger noch erhöht wurde, vor dem Charlottenburger Schloßparke an, dessen Thore hinter ihm geschlossen wurden. Auf dem See des Schloßparkes, dessen Eisdecke eine weithin sichtbare, glänzend weiße Fläche darbot, vergnügten sich dann die Höchsten Herrschaften mit ihren Gästen, unter welchen sich auch der Fürst und die Fürstin Hatzfeldt, der Erbprinz von Fürstenberg und Gemahlin, Prinz Heinrich XIX. Reuß, Prinz Friedrich von Sachsen-Meiningen, der Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg befanden, längere Zeit durch Schlittschuhlaufen. Während desselben wurden von einer Musikkapelle verschiedene Konzertstücke vorgetragen. Die Heimfahrt erfolgte dann später in derselben Ordnung und auf demselben Wege, die Charlottenburger Chaussee entlang, zur Stadt zurück."

Das Schauspiel hatte natürlicherweise sowohl im Tiergarten, wie später in Charlottenburg tausende von Neugierigen herbeigelockt. —

Wenn das große Publikum bei solchen Gelegenheiten nun zwar auch den Hof zu Gesicht bekommt, und als Zuschauer sich mit ihm und über ihn freut, so kann doch von „tout Berlin bei Hofe" nur die Rede sein in anbetracht jenes, in seiner Art einzig dastehenden Ballfestes, das unter dem Namen des Subscriptionsballes berühmt geworden ist. Nur bei diesem Feste steigt der König in des Wortes eigentlicher Bedeutung zu seinem Volke in Person herab,

um sich im Kreise seiner Unterthanen mit ihnen zu vergnügen. Ja, der alte ehrwürdige Herr vergnügt sich wirklich von Herzen bei diesem Feste; die Freude spricht aus jeder Linie seines Gesichtes beim Betrachten des Tanzbeginnes. Herkulische Menschenkraft siegreich mit den Elementen ringen zu sehen, ist ja allerdings auch „des Schweißes der Edelen" wert, und eine Herkulesarbeit ist es, die der Sohn des Generalintendanten, Lieutenant von Hülsen, vollbringt, indem er sich mit seiner Dame in der Kopf an Kopf stehenden Menge Platz macht und das Unmöglichscheinende, freie Bahn zum Tanz zu schaffen, ausführt. — Der Subscriptionsball des Jahres 1885 war schon zweimal von Sr. Majestät, Gesundheitsrücksichten halber, verschoben worden und nun zum dritten Mal festgesetzt.

Der Zuschauerraum im Königlichen Opernhause zu ebener Erde, das Parquet also, wird zur Abhaltung des Subscriptionsballes in der Weise überdeckt, daß es mit dem Bühnenraum einen ungeheuren Saal bildet; nur die im Zuschauerraum aufsteigenden Ränge markieren die Stelle, wo für gewöhnlich die Bühne beginnt. Der Bühnenraum ist mit Lauben und Grotten geschmückt, in denen Fontainen ihre erfrischenden Strahlen werfen und Bäche über Felsgestein zur Tiefe schäumen.

Der dritte Rang und die Gallerie sind für Zuschauer reserviert, die aber auch in heller Gesellschaftstoilette zu erscheinen haben, damit bis in die Wolken hinein der lichte Charakter des Festes gewahrt bleibe. Im ganzen übrigen Raum, im ersten und zweiten Rang, im Saal, auf den Gallerieen, in den Nebensälen und Gemächern bewegt sich frei das Publikum, das so glücklich war, ein Billet zu

erringen. Um sich Einlaßkarten zu erobern, muß man viele Wochen vorher bei der General-Intendanz der Königlichen Schauspiele, unter genauer Angabe seines Standes, seiner Wohnung 2c. einkommen, und kann sich dann noch für einen sehr Bevorzugten halten, wenn eines Tages ein Kammerdiener mit geheimnisvoll freundlich lächelnder Miene in unserer Wohnung erscheint und die ersehnten Karten bringt. —

Um 8 Uhr Abends sind bereits die Logen überfüllt, im Saal beginnt der Verkehr zu stocken. Wer um diese Zeit von den Korridoren des ersten Ranges aus in den Raum tritt, den für gewöhnlich die große Hofloge der Bühne gegenüber einnimmt, der aber heute die obere Estrade einer mächtigen Freitreppe bildet, die in den Saal führt, — der dürfte wohl, und wäre er der blasiertesten Sterblichen einer, ein tiefempfundenes Ah! schwerlich unterdrücken! Denn die Pracht, die sich hier vor unseren erstaunten Augen aufthut, ist thatsächlich sinnverwirrender Art. Tausende von Lichtern, tausende mit Orden, Brillanten, Perlen besäete Gestalten soll das kleine Menschenauge in einem Augenblicke aufnehmen! —

Auf 9 Uhr hat der Hof sein Erscheinen zugesagt. Aber die Uhr zeigt bereits ein Viertel auf zehn! Bei der gewohnten Präzision des Kaisers kann man die unheimlich schwüle Stimmung im Saal verstehen; auf all den erwartungsvollen Gesichtern, die zur Hofprosceniumsloge gewandt sind, ist die Frage zu lesen: Wird der Kaiser kommen? Er wird doch nicht noch im letzten Momente unwohl geworden sein? Das wäre doch gar zu schade! Jetzt ist es schon fast halb zehn Uhr! — Da, allgemeine Bewe-

gung: der Kaiser schreitet eben durch die Korridore des ersten Ranges, an der Hand die Frau Kronprinzessin, gefolgt vom Kronprinzen mit der Frau Prinzessin Friedrich Karl, dem Prinzen Friedrich Karl in rother Galahusaren-Uniform, der Prinzeß Wilhelm, der Fürstin von Hohenzollern, der Prinzeß Victoria und dem ganzen Hofstaate.

Bei seinem Eintritt in die Hofloge intonieren die Kapellen und der mächtige Chor die Kaiserpolonaise. Die Majestät sieht einige Zeit auf das bunte Gewimmel im Saal hinab und reicht dann der Frau Kronprinzeß die Rechte, um abermals, gefolgt vom ganzen Hofe, unter Vorantritt des General-Intendanten von Hülsen, der den Intendantenstab in der Hand hält, den feierlichen Rundgang durch den Saal zu beginnen. Der Moment, in dem der Kaiser auf der Höhe der Freitreppe erscheint, und die versammelte Menge eine Gasse für den Zug zu bilden bemüht ist, bildet wohl denn auch den Höhepunkt des Festes, der gehobenen Stimmung. Wo der Kaiser vorüberschreitet, neigen sich die Diamantenfelder zu beiden Seiten, daß es blinkt und funkelt und strahlt, wie der Morgentau beim Herannahen der Sonne.

Zu seiner Loge zurückgekehrt, macht der Kaiser dann noch einige Abstecher in die Nachbarlogen, unterhält sich gnädig mit den Botschafterinnen, wirft der anmutigen Schauspielerin Klara Meyer ein freundliches Wort zu und verläßt dann gegen elf Uhr das Fest.

So war es im Jahre 1885.

Ein Teil des Publikums begab sich nun in den Konzertsaal des Opernhauses, der zum Speisesaal umgewandelt

war, um Erfrischungen einzunehmen, ein anderer Teil der Gäste aber nahm die Gelegenheit wahr, dem Tanzvergnügen sich recht mit Behagen in dem jetzt etwas weniger überfüllten Raume hinzugeben.

Als elegante Tänzer fielen besonders einige Chinesen in ihrer Nationaltracht auf, die von den Zeitungen in den Tagen darauf zu Mitgliedern der chinesischen Gesandtschaft gestempelt wurden, während es doch schlichte, rührige Kaufleute waren, die in der Leipziger Straße ihren Bazar voll schöner Produkte ihrer Heimat eröffnet haben. —

Wer ist wohl dort jener scharfblickende Herr in Civil, vor dem sich an den Eingängen die strammen militärischen Gestalten — ebenfalls in Civil — neigen?

Es ist der Chef der Berliner politischen Polizei, der von „seinen Leuten" erkannt und gegrüßt wird. Diese Herren ruft die Pflicht, nicht das Vergnügen in den Saal.

Dieser Herr aber, der eben an uns vorbeigeht, mit dem schmunzelnden Lächeln des Wohlbehagens im Antlitz, ist sicher zu seinem Plaisir zugegen. Es ist ein gestrenger Herr Amtsgerichtsrat, dessen ernste Pflichten als Strafrichter in Moabit ihn nicht verhindern, seit langen Jahren ein ständiger Gast der Subscriptionsbälle zu sein.

Um in die Beschreibung der einzelnen kostbaren Damentoiletten hier näher einzugehen, fehlt uns sowohl der Raum wie der Mut, dabei in Konkurrenz mit dem unvergleichlichen „Biographen" der Bälle und Toiletten, mit Ludwig Pietsch („L. P.") von der „Vossischen Zeitung" zu treten, auf dessen klassische Berichte wir diesbezüglich unsere geneigten Leser verweisen.

Es sei zum guten Ende nur noch bemerkt, daß in jener Januarnacht 1885 um zwei Uhr, wie stets nach den Subscriptionsbällen, eine Schar Arbeiter in ihren Arbeitskitteln den Saal betrat und unbarmherzig begann, den schönen Zauber zu zerstören und alle diejenigen, auf welche das Wort der „Fliegenden Blätter" anwendbar war:

„Wenn Damen auseinandergeh'n,
Dann bleiben sie noch lange stehn"

ernstlich zum Aufbruch zu mahnen.

# Eine
# Adelsverschwörung gegen Bismarck.

„Eine Adelsverschwörung gegen Bismarck," so nannten englische Correspondenten in Berlin den Conflikt zwischen der konservativen Partei und dem Fürsten Bismarck, den nach vielen Plänkeleien die in den sogenannten „Aera-Artikeln" der Kreuzzeitung im Juni 1875 enthaltene erste ostensible und nachdrückliche Kriegserklärung eröffnete. Eine Adelsverschwörung nannte ihn aber auch die „Vossische." Sie sprach bei dieser Gelegenheit von dem socialen Elemente, das in dem Kampfe gegen Bismarck obenan stand, und bei dessen Zergliederung die „Vossische" fand, daß es nur den Kleinadel umfasse. Das gab Anlaß zu Erörterungen über den Adel in Deutschland. Der hohe Adel, sagte man, sei zwar bei jener Verschwörung nicht vertreten, was ja seinem guten Geschmack zur Ehre angerechnet werden könnte, aber

er denke doch nicht daran, eine politische Rolle zu spielen, die seiner würdig wäre. In einem Lande, welches mit fürstlichen Hofhaltungen so reich gesegnet wie Deutschland, und wo eine hervorragende Stellung in der socialen Rangordnung fast conditio sine qua non für ein wirklich bestimmendes Einwirken auf politische Verhältnisse wäre, scheine die höhere Adelswelt förmlich durch ihre Existenzverhältnisse dazu aufgefordert, eine bedeutsame Rolle im öffentlichen Leben zu spielen, weil ihr nicht bloß zu der öffentlichen Bühne der Politik Zutritt gestattet ist, sondern auch zu den Koulissen dieser Bühne, und weil eine finanziell unabhängige Stellung ebenso wie das Ansehen ihres Ranges ihren Worten doppeltes Gewicht gerade in den entscheidenden Kreisen gewähre.

„Dennoch vermißt man nirgend mehr als in Deutschland den hohen Adel unter den Vertretern großer politisch-ökonomischer oder auch neuer künstlerischer und philosophischer Ideen und Systeme. Mehr noch als der mittlere und kleine Adel findet die deutsche Standesherrschaft ihr Genügen darin, dem Staate, Heere oder Hofe als Subordinierte zu „dienen,“ anstatt im Reichstage oder in den Landtagen der deutschen Einzelstaaten eine maßgebende Rolle als selbständig denkende Champions wichtiger Prinzipien zu spielen. Staatsmänner ohne den goldschimmernden bureaukratischen Dienstfrack sind in den Reihen unserer Aristokratie kaum zu finden, bedeutende Schriftsteller, Beschützer der Künste, Förderer eines ethischen Geschmackes nur selten. Was in den sozialen Höhenregionen hauptsächlich Anklang findet, das ist der Sport und das Waidwerk, außerdem die Bigotterie und die Galvanisirung des Kreuzrittertums,

nebenbei etwa noch ein wenig Gründerspekulation, Branntweinbrennerei und Spiritusausfuhr-Politik, das sind die noblen Passionen unserer großen Herren. Zeigt sich hier und da einmal eine Ausnahme und wird ein Hochadliger von dem Drange erfaßt, durch seine eigne Persönlichkeit etwas zu leisten, — seinen Mitbürgern sich nützlich zu machen, so pflegt die Verwirklichung dieses an sich rühmlichen Strebens den Charakter der Kaprice und Sonderlichkeit zu tragen. Nicht als großer Herr widmet man sich dann dem öffentlichen Wohl, sondern trotzdem man großer Herr ist. So hat sich im Laufe der jüngsten Jahre eine Königliche Hoheit als Augenoperateur versucht, eine Durchlaucht ist Lehrer der Botanik an einer deutschen Hochschule, ein millionenreicher Prinz aus fürstlichem Hause plaidiert als Rechtsanwalt u. s. w. Kurz der gemeinnützige Thatendrang äußert sich als ganz individuelles Belieben, da wo er nicht die Bahnen des Hof-, Militär- oder Civilstandes sucht. Als Staatsmänner ohne gallonierten Frack, als stimmführende Parlamentarier, als befähigte Ministerkandidaten, die jeden Augenblick den verlassenen Sattel des Premier besteigen und aus gleichgesinnten, gleich unabhängigen Freunden eine Regierung bilden könnten, als solche politisch- potente Lords und rechtsbegeisterte Hüter der höchsten Volksgüter hat sich unser Hochadel noch durchaus nicht bewährt. Wer aber in einer langen, geschichtlichen Periode den ihm zugänglichen Platz nicht auszufüllen vermag, der muß sich darauf gefaßt machen, ihn durch Verjährung zu verlieren. Die Nationen, welche in ihrer höchsten Aristokratie nur Fuchsjäger, Schafzüchter, Wettrenner, Hofkavaliere und dienstthuende Diplomaten erblicken, können unmöglich mehr von solchen Kreisen

die Führung des geistigen Entwicklungsprozesses, die Repräsentation der feinsten Kultur und die Pflege des edelsten Geschmackes erwarten. Es tritt also an die Stelle der ausschließlich hocharistokratischen Elite eine neue gemischte adelig-bürgerliche Elite, welche die nun einmal unentbehrliche Leitung des internationalen Gedankenaustausches und Bildungsfortschrittes übernimmt, und da sie wesentlich auf geistigen, durch Zoll und Herrschaftsschranken nicht begrenzten Gebieten wirkt, auch wesentlich internationalen Charakters ist.

„England, das Land, wo noch am meisten der hohe Adel seine natürliche Aufgabe begreift, dem Volke als Schutzwehr gegen Uebergriffe der Krone und der Verfassung als Schild gegen diktatorische Gelüste eines Ministers zu dienen, England ist auch die Geburtsstätte und der Centralsitz einer neuen internationalen Aristokratie geistiger Natur. Im Schoße seiner weltüberblickenden, politisch-kommerziellen Kreise ist eine Vereinsorganisation erstanden, welche durch Ernennung von Ehrenmitgliedern aus den verschiedenen civilisierten und vorwärtsstrebenden Nationen jene Elite gebildet hat und zu ergänzen fortfährt. Diese Vereinsorganisation ist der Cobden-Klub, dieser Hort und Mittelpunkt des freiheitlich civilisatorischen Fortschritts der gesamten Welt. Man überblicke die Mitgliederliste und man wird die These, daß der neue Hochadel des geistig und menschlich-politisch-ökonomisch thätigen Europas hier zusammengefaßt ist, billigen. Wohl giebt es außerhalb der Sphäre der politischen Oekonomie geistigen Adel in Fülle, der ein Recht hat, zur Elite gezählt zu werden, und es werden sich noch viele Gleichberechtigte anschließen, aber von

jeher hat dem Adel die Eigenschaft des Mitwirkens an der Gestaltung und Verwaltung politischer Institutionen die eigentliche Bedeutung und Lebensberechtigung gegeben. Es gibt auf Erden keinen vornehmeren Beruf, als durch Regelung des Völkerverkehrs und des bürgerlichen Zusammenlebens ein armes Volk wohlhabender und glücklicher, ein unfreies Volk selbständiger und namhafter, ein zersplittertes Volk einiger und patriotischer zu machen. Was war Cobden mit seinen nägelbeschlagenen plumpen Schuhen für das glatte Parquet eines Hofkavaliers? — Eine ungelenke Figur zur Belustigung schnippischer Hoffräulein. Aber was war er für Englands und Frankreichs Wohlstand? Er beriet mit dem Franzosenkaiser Tage und Nächte hindurch den britisch-französischen Handelsvertrag, dessen Segen seitdem in ungeheueren Goldhaufen die Bankkeller von Paris und London füllt, und die Wohlhabenheit und Bildung zweier großen Nationen um eine merkliche Stufe gehoben hat. Was ist unser bescheidener Delbrück als äußere Erscheinung neben einem in goldstrotzender Uniform mit Helmbusch und dicken Epauletten prangenden Armeeführer? Und doch hat er mit Worten und Ziffern ebenso große und vielleicht größere Siege gewonnen, als mancher europäische Feldherr glänzenden Namens mit Soldaten."

Es traf sich, daß zur selben Zeit, in welcher der deutsche Hochadel dergestalt charakterisiert wurde, im Auslande Stimmen sich erhoben, welche auf unseren in den Staats- und Heeresdienst eintretenden Adel als auf ein Muster hinwiesen. Man rühmte das gediegene geistige Streben desselben, was sich namentlich darin ausdrücke, daß die erhöhten Anforderungen an die wissenschaftliche Vorbildung

unseres Offizierkorps dem alten traditionellen Berufe unseres Adels für die Armee in nichts Abbruch gethan habe. Eine Wiener liberale Zeitung, die von der Stellung des österreichischen Adels im öffentlichen Leben ein Bild entwarf, klagte besonders über die zunehmende Vernachlässigung des Militärdienstes seitens desselben, erklärte das für ein schlimmes Zeichen und bemerkte:

„Eine Aristokratie, die nicht mehr Lust zeigt, das Schwert zu führen, ist verloren. So wie jeder Staat nach Macchiavelli durch dieselben Faktoren erhalten werden muß, denen er seinen Ursprung verdankt, so auch jeder Stand. Eine Aristokratie, die sich nicht mehr schlägt, wird ihre Rolle nicht mehr lange behaupten. Thackeray erzählt in seinem unvergleichlichen Lebensbild „Vanity-Fair“, nachdem er das schlechte Verhalten der belgisch-niederländischen Kavallerie bei Waterloo geschildert, daß er in einem Örtchen in der Nähe des Schlachtfeldes einen Grafen gefunden habe, der Friseur, und einen Marquis, der Gastwirt war . . . .“ So weit ist es bei uns noch nicht gekommen, das ist wohl sicher, aber unzweifelhaft ist, daß, seit man auch bei uns zur Erkenntnis kam, daß von einem Offizier noch mehr verlangt werden muß als Reiten und Fechten, unsere Aristokratie dem Heere den Rücken zuwendet. Man dient sein Freiwilligen-Jahr „herunter“ und damit Holla! Eine ernste wissenschaftliche Militär-Karriere zu machen, fällt unter hundert unserer jungen Aristokratie kaum einem ein. Im Gegenteil, man moquiert sich gern über die norddeutschen „Krippenreiter“, die ihre jüngeren Söhne in des Königs Rock schlüpfen lassen. „Sie brauchen's halt, die Armen“, heißt's da, „wir haben's nicht nötig, unsere Söhne können

leben auch ohne das.“ Ja freilich können sie das, aber beschleicht manchen der jungen Herren, der daheim auf der faulen Haut lag, als die Preußen vor Floridsdorf standen, nicht ein wenig das Gefühl des Unbehagens, wenn er die Verlustlisten des preußischen Heeres bei Vionville und Gravelotte überfliegt? Kalkreuth, Waldersee, Itzenplitz, Bülow, Bredow, Seydewitz, Dankelmann, Carolath, Alten, Dohna, Döhnhoff, Kayserlingk unter den Gefallenen, Verwundeten, Streitenden! Welch reicher Himmel, Stern bei Stern!“

„Im österreichischen Civildienst ist es nicht besser, eher schlechter bestellt“, wird uns in demselben Blatte gesagt. Höchstens zur Karriere ins diplomatische Corps dränge sich noch die Aristokratie heran. Aber seit der Nachwuchs aus Deutschland fehle, seit die „Emigranten“ aus Deutschland nicht mehr im auswärtigen Amte dominierten, habe in der Auffassung und Behandlung der Geschäfte ein Geist Platz gegriffen, der für die österreichische Aristokratie nur beschämend genannt werden könne. Für den Civildienst überhaupt fehle die ernste, wissenschaftliche Vorbereitung. Selten werde der öffentliche Schulbesuch konsequent durchgeführt; er kollidiere mit den Gewohnheiten der Eltern, die durch ihn geniert sind; die jungen Herren erhalten eine private Ausbildung statt der gymnasialen, und die Universität verlasse man vor der ersten ernsten Prüfung.

Das Schlußwort des Artikels lautete: „Wohin soll das führen? Eine Aristokratie, die zum Teil sich nicht mehr schlagen will, die dem Staate nicht mehr dient, die nicht führend ist auf dem Gebiete des Mäcenatenwesens, der Politik, die an Bildung nicht über, eher unter den besseren Klassen des Volkes steht, welche Zukunft kann sie

haben? Denken wir an den englischen Aristokraten, so schwebt uns die Figur des „country gentleman“ vor, beim Norddeutschen denken wir an des Königs Rock, soll wirklich das Zukunftsbild des österreichischen das Mittelding zwischen Schranzen und Fiaker sein?“

Das österreichische Blatt stellte in seinem Bilde des österreichischen Adels ziemlich das gerade Gegenteil von unserer Aristokratie dar, die auf Grund strenger Erziehung und ernster Studien sich in Armee und Civildienst zu hohen Stellungen aufschwingt. Es wurde auch bemerkt, man hätte sich nicht weit umzusehen, wenn man in Preußen auch unter dem hohen Adel nach den vermißten stimmführenden oder doch hervorragenden Parlamentariern suchen wollte. Sie gehörten sogar meist, wenn nicht der liberalen, doch der freikonservativen Partei an und könnten sich als „politisch-potente Lords“ und „rechtsbegeisterte Hüter der höchsten Volksgüter“ ausweisen, wenn auch über den Begriff Volksgüter zu streiten sei.

Nicht in diesen Kreisen, sondern in denjenigen des mit Rittergütern angesessenen Kleinadels zettelte sich die Verschwörung an, von der wir hier sprechen wollen, und die, indem sie auf den Sturz des „bescheidenen“ Delbrück, genauer: der „Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen“ hinarbeitete, nicht zuletzt auch den Fürsten Bismarck treffen sollte. Es stand sich nicht gerade Adel und Bürgertum gegenüber. Denn Herr von Bleichröder befand sich ja an der Seite Delbrücks und Camphausens, ganz zu schweigen vom Reichskanzler. Der angegriffene Teil war der von der Vossischen Zeitung gefeierte „neue internationale, geistige Hochadel des politisch-ökonomisch thätigen Europas, der in

dem Cobdenklub sich zusammenfaßt, diesem Hort und Mittelpunkt des freiheitlich-civilisatorischen Fortschritts der gesammten Welt", vertreten in Preußen durch Bleichröder, Delbrück, Camphausen und patronisiert von Fürst Bismarck.

Letzterer hatte den Herrn von Bleichröder bei finanziellen Privat- und Staatsgeschäften als Ratgeber benutzt. Als Thiers bei den Friedensverhandlungen gegen die Möglichkeit der Abzahlung der Milliarden remonstrierte, rief er u. A. mit Emphase aus: „Wenn Jemand von Christi Geburt bis heute zählte, so wäre er mit der Zählung so vielen Geldes nicht fertig geworden." Da rief Bismarck seinen Ratgeber herbei und stellte ihn dem französischen Staatsmann mit den Worten vor: „Hier habe ich Einen, der zählt von Erschaffung der Welt, der wird wohl damit fertig werden."

Nun wurde behauptet, daß Herr von Bleichröder der eigentlich wirksame Leiter der Reichspolitik sei. Es gab Leute, welche den Fürsten Bismarck sogar als Bleichröders ersten Commis darstellten. Man behauptete noch mehr; die intimen Beziehungen des Herrn v. Bleichröder zum Fürsten wurden auf die vorministerielle Zeit des Letzteren zurückgeführt.

Der Sturm auf Bismarck war durch Lasker angefacht. Dieser hatte (Februar 1873) die zwei oder drei Mitglieder der Aristokratie, welche sich das von den Liberalen herrührende neue Aktiengesetz ebenfalls zu Nutze gemacht und in das allgemeine Gründertum gepfuscht hatten, herausgegriffen, um an ihnen die abscheuliche Gründerpraxis und die herrschende Korruption zu illustrieren. Das Manöver schlug durch, Lasker wurde als der Retter der Moral im

Vaterlande laut gepriesen. „Das öffentliche Gewissen war durch ihn wieder geweckt.“ Fürst Bismarck opferte der mächtigen Bewegung den Handelsminister Grafen Itzenplitz und den Geheimen Regierungs-Rat Wagener, mit dem ihn eine lange intime Bekanntschaft und ein enger amtlicher Verkehr verband.

Ein heftiger Rückschlag auf diese Bewegung, die so plötzlich und dazu noch aus dem Kopfe eines Einzelnen, und zwar eines den Konservativen ganz besonders unsympathischen Mannes und Führers der seit 1867 herrschenden Partei entsprungen war und alle Welt ergriffen hatte, konnte nicht ausbleiben. Dem taktischen Vorgehen Laskers schloß sich die Methode des von den Gegnern mit aller Energie aufgenommenen Kampfes genau an. Gleich an der Stelle, wo Lasker den Fehdehandschuh hingeworfen, erhielt er den Gegenstreich, indem er auf die Gesetzgebung, die er selber gemacht hatte, hingewiesen wurde; zunächst schüchtern, wie es der Abgeordnete v. Wedell-Behlingsdorf that. Der Abgeordnete Reichensperger-Koblenz ging schon einen Schritt weiter, er zog die Regierung ins Spiel, indem er bemerkte: Es sei bekannt, daß gewisse Zeitungen offiziöser Natur, welche vorzugsweise für die Börse arbeiteten, die brillantesten Geschäfte machten. Sie prosperierten durch diejenigen, welche durch ihre Beihilfe etwas montieren wollten, was schließlich auf eine Exploitation des Publikums hinauslaufe.

Den Hinweis auf den von seinen eigenen Parteigenossen betriebenen Gründerschwindel beantwortete Lasker mit der Erklärung: Sollten in die Reihe seiner politischen Freunde, in die Reihe der anständigen Männer, sich solche

eingeschlichen haben, die nicht in diesem Kreise sich zu bewegen verdienen, dann hinaus mit ihnen!

Es meldete sich Niemand.

Außerhalb des Abgeordnetenhauses bemächtigte sich in umfangreicher Weise die Zeitungspresse und eine starke Brochüren-Literatur des Gegenstandes. Willmanns in seiner Schrift: Die „goldene Internationale“ that dar, „daß unsere Gesetzgebung zu Gunsten des Großkapitals die Interessen des Grundbesitzers und der redlich Erwerbenden schädigt, daß deshalb durch ein Fortschreiten auf dieser Bahn die Existenz des Staates auf das Ernsteste gefährdet wird, und wir demselben Schicksal entgegengehen, welches Frankreich aus gleichem Grunde bereits ereilt hat.“

Herr Willmanns that ferner dar, daß in deutschen Parlamenten 30 Prozent, und darunter mit wenigen Ausnahmen alle hervorragenden Mitglieder der gegenwärtig maßgebenden Parteien zu den herrschenden Geldmächten in nahen Beziehungen seien; er nannte die Namen der Parlamentsmitglieder, welche als Gründer, Verwaltungsräte und Vorstände von Aktien-Gesellschaften fungierten, er gab eine Beschreibung von der Organisation der Diskonto-Gesellschaft, welche nach allen Richtungen hin, „bei Hofe, bei den Ministerien, im Parlamente u. s. w.“ vorzügliche Verbindungen sichere. Die Presse werde von der Börse und haute finance beherrscht, Herr v. Bleichröder kommandiere allein über fünfzig Journale.

Von den „maßgebenden Parteien“ war der Übergang zum Angriff auf den leitenden Staatsmann kein großer. Fünf Artikel der Kreuzzeitung unter der Ueberschrift: „Die Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen“ faßten alles zu-

sammen, worauf es der Bewegung gegen Lasker und seine Partei, sowie gegen die Person oder das System Bismarck ankam. Aus jenen Artikeln sind hier die folgenden Stellen als die charakteristischsten zu citieren: „Wenn in einem Lande so bedeutende Wandlungen vor sich gehen, wie 1866 und 1871 in Deutschland, so pflegen die Kreise der hohen Finanz, welche, wie wir sahen, zu mehr als fünf Sechsteln aus Juden bestehen, solchen Wandlungen nicht nur passiv mit dem gespanntesten Interesse zu folgen, sondern sie suchen auch aktiv ihren Einfluß so weit als möglich geltend zu machen, um in die entscheidenden Stellen solche Männer hinein zu bringen, welche eine dem jüdischen Bankgeschäfte und Börsenbetriebe möglichst günstige Haltung einzunehmen versprechen. Es ist den regierenden Bankgeschäften nicht gleichgültig, wer Präsident des Reichskanzleramtes und wer preußisch-deutscher Finanzminister ist. Ja, die Klugheit und Voraussicht der regierenden jüdischen Bankgeschäfte geht so weit, daß sie nicht nur die Staaten als solche durch Darlehen möglichst von sich abhängig zu machen suchen, sondern sie suchen auch grundsätzlich, das heißt aus Gründen der bezeichneten Geld-Herrschafts-Politik, mit den leitenden Staatsmännern möglichst viele persönlich-finanzielle Berührungspunkte zu gewinnen.

So weiß man, daß die Schulden des Herrn v. Beust seiner Zeit denselben stets in nächster Verbindung mit den hohen Finanzkreisen erhalten haben, und es ist fast selbstverständlich, daß Herr v. Beust seine Informationen über die in der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Oesterreich innezuhaltende Richtung ganz vorzugsweise bei den ihm so nahe stehenden hochfinanziellen Kreisen geschöpft hat. Es

sind sogar Mitteilungen vorhanden, welche die seiner Zeit überraschende Thatsache, daß Herr v. Beust nach dem Kriege 1866 Lenker der österreichischen Staatsgeschicke wurde, mit den Schulden des Herrn v. Beust und dem Einflusse der hochfinanziellen Kreise in Wien in Verbindung bringen wollen. Aller Welt bekannte Thatsache ist, daß mit der Aera Beust in Oesterreich gleichzeitig die großartige Aktien- und Börsenschwindel-Aera in Scene ging, welche vergeblich einen „Aufschwung der Volkswirtschaft" herbeiführen sollte, dagegen in Wirklichkeit Oesterreich dem Rande des wirtschaftlichen Verderbens nahe gebracht hat, während allerdings die hochfinanziellen Gönner des Herrn v. Beust reiche Ernten gehabt haben.

Auch mit dem Fürsten Bismarck sollen, schon ehe er Minister in Preußen wurde, hochfinanzielle Kreise in nähere Berührung getreten sein. Die intimen Beziehungen des Herrn v. Bleichröder zum Fürsten dürften, mindestens indirekt, schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen; als derselbe, um mit spärlichem, preußischen Gesandtengehalte und ohne erhebliches Vermögen seinen Souverän in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentieren zu können, allerdings guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte.

Es ist nun eine sehr nahe liegende Conjektur, daß damals, als es sich darum handelte, die so bedeutsame Stellung eines Präsidenten des Bundes-Kanzler-Amtes zu besetzen, der schon früher bewährt gefundene Rat gewiegter Freunde aus den Finanzkreisen sich unschwer zu insinuiren wußte, um die Wahl auf einen Mann zu lenken, welcher nicht nur die hervorragende Befähigung des Herrn Delbrück

besitzt, sondern auch als Vetter des Bankhauses Delbrück, Leo und Co. mit voraussichtlich größerem Verständnis für die Interessen der Bank- und Börsenkreise ausgerüstet war, worüber an den gedachten Stellen jedenfalls die erforderliche Information nicht fehlte.

Die von Herrn Delbrück inaugurierte Wirtschafts-Politik unterstützt diese Conjektur mehr als genügend. Ein Minister und Reichskanzleramts-Präsident, welcher im stande ist, von der Tribüne des Reichstages herunter zu proklamieren, das Geheimnis unserer Zeit bestehe darin, „keine Zinsen zu verlieren", dürfte, schon allein hiernach zu schließen, sich in Auffassungen bewegen, welche unseren Finanzkreisen nicht erwünschter sein können. Auch der Verkehr Sr. Excellenz mit diesen Kreisen im sogenannten „Millionär-Klub" in der Behrenstraße in Berlin deutet wohl nicht auf große Differenz der Anschauungen. Bekanntlich ist Herr Delbrück schon seit länger mit Herrn Camphausen nahe befreundet und diese Freundschaft der beiden Junggesellen, so wie die Gleichartigkeit der finanziellen und wirtschaftlichen Anschauungen dürfte seiner Zeit nicht unwirksam gewesen sein, um Herrn Camphausen für die Stellung als Finanzminister in Preußen und so, gewissermaßen, auch für Deutschland zu empfehlen . . .

Zugleich jedoch und fast selbstredend sind die Camphausenschen Auffassungen der Finanz- und Wirtschaftsfragen den leitenden Finanzkreisen bekannt und angenehm gewesen. Daher geschah es denn auch, daß Herr Camphausen, welcher vorher Präsident der preußischen Seehandlung gewesen war, sofort von der gesamten sogenannten „national-liberalen," hauptsächlich von unseren Mitbürgern mosaischen Glaubens dirigierten und inspirierten, von den Finanzkreisen in unglaub-

lichem Grade abhängigen Presse in allen Tonarten gefeiert und in den Himmel erhoben wurde. Nur die damals Herrn Strousberg gehörige „Post" machte lebhafte Opposition. Man sagt, daß Herr Dr. Strousberg sich selbst zum Finanzminister berufen gefühlt habe. Vielleicht gönnte er auch seinen mächtigen Stammesgenossen den künftigen Minister nicht.

In eingeweihten Finanzkreisen war freilich Herr Camphausen schon als Chef der Seehandlung als ein ausnehmender Freund der Börse bekannt, und kurz nach dem Eintritt des Herrn Camphausen in das Finanzministerium waren wir in der Lage, aus bestinformiertem Munde den Ausspruch zu hören: „Erwarten Sie von Herrn Camphausen nichts; er ist einer unserer größten — sagen wir, Börsenfreunde." Das konnte natürlich in unseren Hochfinanzkreisen Herrn Camphausen nur zur äußersten Empfehlung gereichen. Ein solcher Minister mußte höchst befähigt sein, die Deutschen Finanzen in ihrer größten Epoche völlig im Sinne jener Kreise zu dirigieren.

Die beiden Dioskuren Delbrück-Camphausen arbeiteten seitdem vereint an der finanziell-wirtschaftlichen Wiedergeburt erst des norddeutschen Bundes und dann des neuen Deutschen Reiches. Wie weit aber beide Herren die „intellectuelle Urheberschaft" dieser Wiedergeburt zu verantworten haben, das bedarf noch einer näheren Beleuchtung. Wir haben bereits bemerkt, daß Herr Camphausen diese Urheberschaft rundweg von sich abgelehnt hat. Von Herrn Delbrück deuteten wir ebenfalls an, daß er wohl kaum die „intellectuelle Urheberschaft" der neudeutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik für sich in Anspruch zu nehmen geneigt und in der

Lage sein werde, wenn man von den mehr unschuldigen und minder bedeutenden Maßnahmen abstrahiert. Und so war unsere Aufmerksamkeit auf den den höchsten Regierungskreisen so nahestehenden Herrn v. Bleichröder gelenkt worden.

Wie schon angedeutet, folgen, wie allenthalben, so auch im norddeutschen Bunde und Deutschen Reiche, die meist aus Juden bestehenden Hochfinanzkreise mit wachsamem Auge dem Gange der Staatsfinanz- und Wirtschaftspolitik, und unterlassen nichts, was auf den Gang dieser Politik irgend in ihrem Sinne vorteilhaft einwirken kann. So hat denn vor Allem der höchstregierende Banquier in jedem Lande, der natürlich erst recht stets ein Jude ist, ein außergewöhnliches Interesse daran, mit den leitenden Staatsmännern und denen, die es werden könnten, in intimsten Beziehungen zu stehen und sich ihnen gegenüber so zu situieren, daß sein Rat, bezüglich der in Finanz- und Wirtschaftssachen zu befolgenden Politik, stets gehört und möglichst befolgt werde. Daß auch Herr v. Bleichröder, welcher in Berlin zugleich Vertreter der ebenfalls regierenden Familie Rothschild ist, sich so zu situieren sucht, und dabei des Erfolges nicht entbehrt, versteht sich im Grunde von selbst und liegt in der Natur der Verhältnisse. Es ist bekannt, daß Herr v. Bleichröder mit dem Fürsten Reichskanzler vielfach verkehrt. Und mit wie vorsichtig kluger Berechnung Herr v. Bleichröder jedes nicht durchaus unumgängliche, persönliche Hervortreten in der Öffentlichkeit auch vermeidet, so sind wir doch genügend darüber informiert, daß derselbe nicht nur in den persönlichen Finanzangelegenheiten des Fürsten-Reichskanzler, sondern auch bezüglich der Reichs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik mit Erfolg seinen Rat ver-

nehmen läßt. Daß dabei mitunter auch Umwege benutzt, absichtlich zuweilen mit der erforderlichen Auswahl dritte Personen vorgeschoben werden, thut dabei nichts zur Sache. Herr v. Bleichröder verhält sich überhaupt so vorsichtig, daß er eigentlich niemals öffentlich gesehen wird, daß nicht einmal seine Photographie in den Schaufenstern, noch sein Portrait nebst Biographie in den Blättern erscheint. Er wünscht durchaus nur hinter der Scene als großer Regisseur der Komödie zu agieren. Denn aus guten Quellen wissen wir, daß die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Gesetze des neuen Deutschen Reiches der „intellectuellen Urheberschaft" des Herrn v. Bleichröder zu verdanken sind."

Auf die Aera-Artikel antwortete die offiziöse Provinzial-Korrespondenz umgehend, indem sie am Schlusse eines Artikels über die Durchführung der Münzreform bemerkte: „Im Zusammenhange mit der Münzfrage ist die gesamte wirtschaftliche Politik der Regierung soeben in einer hiesigen Zeitung Gegenstand der schärfsten Verurteilung oder vielmehr der gröbsten Schmähungen gegen den Deutschen Reichskanzler und dessen ersten Vertreter im Reiche und in der Preußischen Regierung geworden. Die betreffenden Darlegungen bieten in ihrem ganzen Inhalte nicht den mindesten Anhalt für eine sachliche Erörterung, sie bekunden durchweg eine sehr große Unkenntnis der Personen und Zustände, eine so absolute Unfähigkeit zur Beurteilung politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse, eine so schwere Geistesverirrung und Verwirrung, vor allem aber eine so niedrig sittliche Auffassung, daß es der Achtung vor der Deutschen und Preußischen Regierung zuwider wäre, gegen solche gewissenlose Schmähungen ein Wort der Rechtfertigung zu verlieren."

Die liberale Presse fiel teils in ähnlichem Tone, teils höhnisch oder spöttisch über die Aera-Artikel her. Der Einfall, wurde gesagt, die Regierung des Deutschen Reiches als eine Art von Judenkomitee zu schildern und Herrn Bleichröder als den wirklichen Kanzler dieses Reiches darzustellen, hätte das Glück eines Possendichters begründen können. Fürst Bismarck ein bloßer Figurant, Staatsminister Delbrück und Camphausen Marionetten, hinter ihnen als geheimer Dirigent ein geadelter Zwickauer, die ganze Politik der Deutschen Nation ein einziges großes Börsenmanöver, in der That, das sind Motive, welche einen modernen Aristophanes wohl begeistern könnten. Der Gedanke wäre sogar weiterer Ausbildung fähig. Man könnte auch das Kriegsministerium in den Bereich der großen mosaischen Verschwörung hineinziehen. „Die Statistiker der „Kreuzzeitung" haben berechnet, daß die Mehrzahl der Bankiers der Taufe entbehrt; dasselbe, glauben wir, läßt sich von dem Stande der Roßhändler behaupten. Wie nahe liegt es also, Kavallerie, Artillerie und Train als Institutionen aufzufassen, welche die Bereicherung der Kinder Israels bezwecken. Schwieriger würde es sein, General v. Stosch mit Herrn v. Bleichröder in Beziehung zu setzen; Vorliebe für die Seefahrt hat noch nie jemand den Juden zugeschrieben; aber um so wirksamer möchte es ausfallen, wenn am Schlusse der Komödie die Marine sich als Mittel der Eroberung Palästinas entpuppte."

Die Sache habe aber nicht bloß eine komische Seite. In Kundgebungen dieser Art verriete sich dreierlei, was für die von der „Kreuzzeitung" vertretene Partei bezeichnend sei: Rohheit, Wut, Verzweiflung. „Wir erkennen,

welches Geistes Kinder diejenigen sind, die das Regiment über uns führen möchten, und wir sehen zugleich, daß diesen Herrschsüchtigen zwar nicht die Sucht, wohl aber die Hoffnung abhanden gekommen ist. Eine Partei läßt ihre enfants terribles gewöhnlich erst zu Worte, wenn sie sich selbst als ein enfant perdu ansieht. Die Herren von der „Kreuzzeitung", Schreiber wie Leser, haben niemals Sympathien mit den leitenden Personen des Reichskanzleramtes und Preußischen Ministeriums gehegt; ihnen ist im Grunde alles, was seit 1866, ja was seit 1864, von dem dänischen Kriege an geschehen ist, ein Greuel gewesen. Aber sie haben bis in die neueste Zeit gewisse Rücksichten auf die Regierung des Königs genommen und Wert darauf gelegt, nicht alle Fäden zu verlieren, die einst zwischen ihnen und den Ministern hin und her liefen. Man haßte, aber man betrug sich höflich; man behandelte, nach dem arabischen Sprichworte, den Feind, als ob er morgen Freund werden könne. Seitdem man sich diesen Gedanken aus dem Sinne geschlagen, seitdem man eingesehen hat, daß die Reichsregierung unwiderruflich den alten Träumen feudaler Herrlichkeit den Rücken gekehrt hat, geniert man sich nicht länger, sondern erlaubt sich Ungezogenheiten, die mit den auserlesensten Flegeleien der Kaplanspresse und der Demagogenblätter wetteifern. Erst jetzt sieht man, welcher Ingrimm in den Herzen der Kreuzritter gekocht hat, während Preußen und Deutschland den erstaunlichen Weg des letzten Jahrzehnts zurücklegten."

„Daß der leidenschaftliche Grimm gegen die während dieses Jahrzehnts errungenen Triumphe der bürgerlichen Kultur sich gerade in der Form des Judenhasses Luft

mache, sei nicht bloß Zufall. Gerade in dieser rohesten Form, verquickt mit stupiden dogmatischen Vorurteilen und mit bewußtlosem Rasseninstinkt, sei der Haß wider die moderne Geldwirtschaft dem Junker wirtschaftlich zurückgebliebener Landschaften am natürlichsten, gerade wie auch der unwissende Pöbel am leichtesten und bereitwilligsten, sobald er gegen die Reichen wild werde, in den Hep=hep=Ruf einstimme. In den Provinzen, in welchen der Adel am längsten den rationellen Betrieb der Landwirtschaft vernachlässige, am längsten seinen Lebenszweck im Genießen und Glänzen gefunden habe, also gerade in den gepriesenen Gegenden des feudalen Grundbesitzes, sei das Judentum zu einer unnatürlichen wirtschaftlichen Übermacht gelangt, während überall da, wo Landwirtschaft und bürgerliches Gewerbe unter dem Schutze der modernen Freiheit sich entwickelten, die jüdische Bevölkerung in ganz normalen Verhältnissen sich zu befinden pflege. In Rußland, in Polen, in den Donaufürstentümern, im östlichen Deutschland spielen die Israeliten eine ganz andere Rolle, als in England, in Frankreich, im mittleren und westlichen Deutschland, und die Feindseligkeit des ostdeutschen Junkertums gegen das semitische Element sei daher zwar sehr begreiflich, aber sie sei sehr inkonsequent, wenn sie sich an der modernen Gesetzgebung reiben wolle, welche ja eben, wie überall die Erfahrung lehre, das unter feudalen Zuständen groß gewordene Monopol des Judentums breche. Man denke nur an die Anfänge des Hauses Rothschild, welches dies Monopol lange Zeit hindurch verkörperte. Sei dieses Bankhaus etwa unter der Herrschaft liberaler wirtschaftlicher Gesetze zu seiner Weltstellung emporgewachsen? Sei nicht vielmehr

notorisch, daß seine ersten Millionen verdient wurden durch Geldgeschäfte, welche Amschel der Erste mit dem hohen Adel Deutschlands, mit hessischen Landgrafen und österreichischen Excellenzen, in Zeiten solidester Unfreiheit zu machen verstand. Der Adel habe sich mit den Juden ganz leidlich vertragen, so lange er noch Herr im Lande war, so lange der Jude zwar die Geldgeschäfte monopolisierte, der Edelmann aber die Gesetze machte und die Polizei ausübte. Damals hätte der hochgeborne Schuldner, wenn er in Finanzverlegenheiten war, Hilfsmittel gehabt, welche ihm das Joch des ungetauften Gläubigers sehr erleichterten. Er hatte seine Bauern, die er für den Juden arbeiten lassen konnte, und für den schlimmsten Fall stand ihm immer noch der Appell an die Hofhunde offen, welche den Mahner vom Gute forthetzten. Bei Lichte besehen sei es nicht das Judentum, was den Edlen diese Schmerzen verursache, sondern es sei die bürgerliche Freiheit und das bürgerliche Recht, unter deren Schutz der dritte Stand zu einem Wohlstande und einem Einflusse herangewachsen sei, womit verglichen alles jüdische Kapital und alle Macht desselben, so groß sie sind, nicht viel bedeuteten.

„Es ist ganz richtig, wurde ferner gesagt, daß die Juden in Deutschland weit mehr Geld und vielleicht auch mehr Einfluß in öffentlichen Dingen besitzen, als ihnen nach der Kopfzahl und der Durchschnittsberechnung zukommen. In Warschau und in Bukarest wird dies aber eben so sein; in Posen wird das Verhältnis für sie günstiger sein, als in Bremen und selbst in Amsterdam. Die Ursache liegt also nicht in den Gesetzen, sondern in anderen Umständen. Und diese sind nicht schwer zu entdecken. Die Juden sind ohne

Frage ein ausnahmsweise hoch begabtes Volk und sie besitzen namentlich solche Talente, welche für gewisse wirtschaftliche Arbeiten und für gewisse politische Verrichtungen besonders vorteilhaft sind, in einem hohen Grade. Ihr Nationalcharakter, ihr Temperament ist dem Fortkommen in der Welt sehr günstig. Selbstbeherrschung, Ausdauer, Genügsamkeit, Vorsicht sind ihnen entweder angeboren oder durch eine achtzehnhundertjährige Schule des Unglücks anerzogen worden. Die natürliche Folge dieser Vorzüge ist die bevorzugte Stellung, welche die Juden unter uns einnehmen und die Wirkung wird noch verstärkt durch einige unnatürliche Umstände, durch die Überreste jenes brutalen christlichen Fanatismus, welcher unseren jüdischen Mitbürgern immer noch das Gefühl, daß sie als Fremdlinge behandelt werden, einflößt, und welcher sie thatsächlich, wenn nicht gesetzlich, von manchen Wirkungskreisen ausschließt und dadurch sie nötigt, ihrerseits sich zusammenzuschließen, sich einander in die Hände zu arbeiten und ihre intellektuellen Kräfte in Erwerbszweigen zu versuchen, die nicht eben zu den angesehensten gehören. Wie alle menschliche Natur, hat auch die semitische ihre Fehler und Schwächen, aber wenn man die Bilanz zieht, wird sich ein Überschuß ergeben, der gerade einer von Haus aus schwerfälligen Nation wie der deutschen als sehr wertvoll im nationalen Haushalte, dem geistigen wie dem materiellen erscheinen muß, ein Gewinn, demjenigen zu vergleichen, welchen wir vor zweihundert Jahren durch die Aufnahme französischer Hugenotten machten. Die französische Kolonie in Berlin war auch wohl erheblich reicher als im Durchschnitt die deutsch redende Bevölkerung der Stadt, aber sie hat auch

mehr als ihren Durchschnitt beigetragen zum Aufschwunge Berlins. Hinsichtlich der Juden wird die Rechnung sich ähnlich stellen."

Das war die Antwort der liberalen Blätter auf die Aera-Artikel der Kreuzzeitung.

Fürst Bismarck war in Varzin, als diese Artikel erschienen. Er hatte erst kurz zuvor jene aufregenden Tage verlebt, die ihm das Erscheinen des Kaisers Alexander II. und seines Kanzlers in Berlin bereitete. Sie hatten sich als Friedensretter gegenüber dem deutschen Reichskanzler aufgeworfen, als der „l'emporté de Berlin" (Berliner Hitzkopf) des beabsichtigten Friedensbruches angeklagt wurde. Es war ein Akt von gegenseitiger Annäherung zwischen Rußland und Frankreich, als man im Frühjahr 1875 in Paris und in Petersburg sich die Miene gab, an deutsche Kriegsabsichten zu glauben. Die in Frankreich zu jener Zeit regierenden Monarchisten verklagten Deutschland überall, wo sie offenes Ohr fanden, und sie fanden es auch nirgends mehr, als an der Newa. Kaiser Alexander und der Reichskanzler Gortschakow kamen nach Berlin und sprachen vor ihrer Abreise von dort, als wenn es nötig gewesen wäre, sich um die Erhaltung des Friedens zu bemühen. Drei Jahre später, während des Kongresses von 1878 sprach sich Fürst Bismarck über dieses Verhalten in der folgenden Weise aus: „Ich würde jetzt (in Bezug auf den damals tagenden Berliner Kongreß) nicht den Frieden erstrebt haben, wäre ich der Bösewicht gewesen, den Gortschakow aus mir im Jahre 1875 machen wollte. Die ganze Geschichte, die damals Europa aufschreckte und der ein Brief in der „Times" einen so großen Wiederhall verlieh, war nichts als ein von Gort-

schakow und Gontaut Biron geschmiedeter Plan. Deutschland sollte als der Störenfried erscheinen, so begierig war Fürst Gortschakow das Lob der französischen Zeitungen einzuheimsen und der „Retter Frankreichs" genannt zu werden. Sie hatten das so abgekartet, daß das Ding gerade am Tage der Ankunft des Zaren platzen sollte, welcher als ein Quos ego erscheinen und durch sein einfaches Dazwischentreten Frankreich Sicherheit, Europa Frieden und Rußland Ehre verleihen sollte. Ich sah niemals einen Staatsmann unbedachtsamer handeln — aus einem Gefühle der Eitelkeit eine Freundschaft zwischen zwei Regierungen in Frage stellen, sich selbst den ernstesten Folgen aussetzen, um sich die Rolle des Retters anzumaßen, wenn nichts in Gefahr war."

In England glaubte man, gegen die Absichten des deutschen Reichskanzlers eine Friedensliga gründen zu müssen. Schlossen sich Rußland, Oesterreich, Italien, England zu einer Friedensmediation zusammen, dann durfte Bismarck sein Dreikaiserbündnis in die Rumpelkammer werfen, Deutschland war isoliert und es begann wieder eine Zeit, wo ganz Europa nach der Pfeife der Westmächte, das heißt Englands und Frankreichs, tanzen durfte, beziehungsweise mußte.

So war der politische Hintergrund einer Zeit, in der zugleich ein Sturm von innen im Lande tobte, dessen Heftigkeit der leitende Staatsmann nicht minder empfand, als den äußern. Kaiser Wilhelm war nach Gastein gegangen. Hier erreichte ihn ein Schreiben, das die Tendenz jener Aera-Artikel teilte', und unmittelbar nach diesen abgefaßt war. Der Kaiser schickte es nach Varzin. Der Verfasser war Herr v. Diest-Daber, ein pommerscher Guts-

besitzer, früher Landrat, der im Jahre 1858 mit dem Ministerium Auerswald — von der Heydt in Konflikt geraten war und darauf seinen Abschied genommen hatte. Er stand lange im freundschaftlichen Verkehr mit Herrn von Bismarck, der sich noch schriftlich fortsetzte, als der Reichskanzler wegen Überhäufung mit Geschäften sich genötigt sah, seine Thür mehr zu verschließen. Auch den schriftlichen Verkehr durchzog bald ein verstimmter Ton. Unter dem 12. Juli 1869 schrieb Herr v. Bismarck: „Ich glaube, nicht einmal ehrlichen politischen Gegnern sachliche Meinungsverschiedenheiten im persönlichem Verkehr nachzutragen, und zu den Gegnern habe ich Sie niemals gezählt. Ich halte jede Anregung und jeden Beitrag zur Förderung unserer inneren Reorganisation für ein gutes Werk, wenn ich auch ungewiß bin, ob es Gott jemals gefallen wird, auch nur ein Dutzend deutscher Köpfe soweit unter einen Hut zu zwingen, daß wenigstens ein legaler Entwurf zu Tage tritt. Im Wege freiwilliger Erwägung habe ich meines Wissens noch nicht erlebt, daß drei unserer Landsleute sich über eine politische Frage geeinigt hätten. Dennoch wird es mir von großem Interesse sein, Ihre Ansichten zu kennen und sehe ich der beabsichtigten Zusendung gern entgegen, vorausgesetzt, daß Sie keine eingehende Diskussion der Fragen von mir erwarten; dazu bin ich bisher leider nicht im stande. Was B. für Gesundheit nimmt, ist gerade mein Leiden; er hält Aufregung für Frische. Letztere hoffe ich wieder zu finden, wenn ich erst wieder gelernt habe, bei Nacht zu schlafen." — Ein andermal schrieb er, ohne Zweifel überdrüssig der Korrespondenz: „Ich schreibe diese Zeilen in Ungehorsam gegen ärztliche Anordnung und in der That nicht ohne Nachteil für die

nächste Nacht.“ Es handelte sich damals um die Verwaltungs-Reform, welcher Herr v. Diest-Daber vom konservativen Standpunkte aus Schwierigkeiten machte. Nach dem Kriege kam der Kulturkampf. Herr v. Diest empörte sich insbesondere gegen die obligatorische Civil-Ehe. Fürst Bismarck antwortete unter dem 11. Februar 1874: „Auf einzelne Ihrem Standpunkt entsprechende Modalitäten des Gesetzes einzugehen wäre seiner Zeit gewiß thunlich, aber mit Erfolg doch nur für einen Minister möglich gewesen, der sich auf die Unterstützung einer starken konservativen Partei hätte berufen können. Ich glaubte bis zur Beratung des Schulaufsichtsgesetzes in diesem Falle zu sein, habe mich aber von meinem Irrtum überzeugt und meinen praktischen Wirkungskreis dieser Erfahrung entsprechend eingeschränkt.“

Als Herr v. Diest in demselben Jahre mit seiner von ihm selbst fast noch mehr als von den einzelnen Zeitungen und Zeitschriften vielbesprochenen Brochüre: „Geldmacht und Socialismus“ an die Öffentlichkeit trat, wurde ihm auf den Kopf zugesagt, daß man es hier mit einem weit angelegten und fein ausgesponnenen Plane zu thun habe, dessen Gelingen zu einer vollständigen Revision der gesamten wirtschaftlichen Gesetzgebung führen solle. Man wies zugleich auf die Bewegung der Agrarpartei in dem Ausschusse des landwirtschaftlichen Kongresses hin, auf verschiedene andere eben erschienene Schriften, welche derselben Tendenz folgten, und schloß aus allen diesen Symptomen auf eine weitverzweigte Verschwörung des Junkertums wider die Reichsregierung und die von ihr inaugurierte Gesetzgebung. Daß jene Vermutungen über den zwischen allen diesen

Symptomen obwaltenden Zusammenhang nicht aus der Luft gegriffen waren, darüber konnten die Aera-Artikel der Kreuzzeitung keinen Zweifel lassen. Herr v. Diest-Daber proklamierte in seiner citierten Schrift Folgendes: „In andauernden Herausforderungen sind die unabhängigen, von Geldschwindel und Strebertum unberührten Elemente des Landes, aus denen vorzugsweise der Grundbesitz besteht, verleumdet, ja sogar in der Treue gegen Se. Majestät den Kaiser und König verdächtigt worden. Diese unabhängige Partei, obwohl sie durch ihre Stabilität vorzugsweise berufen ist, die wahrhaften Interessen des Landes und Thrones zu schützen und sicher zu stellen, hat bisher trotzdem geschwiegen. Sie erklärt aber, auf der äußersten Grenze angelangt zu sein. Mit Recht existiert in jenen unabhängigen Kreisen im Hinblick auf die Vergangenheit noch eine gewisse loyale Zurückhaltung und Scheu, offen gegen den leitenden Staatsmann Front zu machen, und wir selbst gehören zu denen, die das letztere zu verhindern bemüht waren. Auch jetzt soll dieser Standpunkt festgehalten werden, obwohl nach jenen andauernden Provokationen der Regierungspresse fast das Bestreben hervortritt, den Kampf bis aufs Messer fortzuführen. Ändert sich diese Erscheinung nicht und tritt später die Notwendigkeit hervor, rücksichtslos Thatsachen klar zu legen, so soll diesseits jedenfalls offen und ehrlich „mit Gott und ritterlichen Waffen“ — nach dem Ausspruche Gustav Adolfs — gekämpft werden. — Zur Erreichung großer Ziele ist rücksichtsloses Eingreifen mitunter geboten. Falsche Rücksichten schädigen nicht selten die Interessen des Landes. — Der Geldhydra muß rücksichtslos auf den Kopf getreten werden, und alle unsoliden Gründer — wo sie auch sitzen —

mögen stürzen, daß sie die Beine in die Luft strecken! Das Vaterland kann von diesem Sturze nur Vorteil ziehen!" —

Ein reiches Material, um die Korruption an der Wurzel anzufassen, hatte der verstorbene Herr v. Wedemeyer, ein alter Freund des Herrn v. Bismarck, gesammelt. Seine Brochüre: „Die ländliche Arbeiterfrage und die unser ganzes Staatsleben korrumpierende Macht des Großkapitals" sollte an fünfzehntausend deutsche Grundbesitzer verteilt werden, um ihnen „über unsere Zustände die Augen zu öffnen." Herr v. Wedemeyer hatte sie bereits im Juli 1875 dem Herrn v. Diest-Daber zur Durchsicht übergeben und sie wäre, wenn nicht seine Krankheit und sein Tod dazwischen getreten, bereits damals im Druck erschienen, samt den beiden Nachträgen: „Beispiele der modernen Wegelagerei" und „Die Spuren der bei uns bereits eingerissenen Korruption."

Herr von Diest schrieb über den Verstorbenen die folgenden Worte: „Herr von Wedemeyer hat sich am 25. November (1875) in einem Anfalle von Schwermut erschossen. Er hatte seinen ältesten Sohn im Feldzuge 1870 vor Orléans durch eine feindliche Kugel verloren und der einzige erwachsene Sohn, welcher in Heidelberg einen Studenten im Duell erschoß, sitzt auf der Festung Rastatt. Der Verstorbene grämte sich sehr darüber, — dennoch bin ich der Meinung, daß nicht dieser Gram ihn zu dem Schritte trieb, sondern daß in der durch rastlose aufreibende Thätigkeit eingetretenen nervösen Affektion das Gefühl seiner Ohnmacht gegenüber der Größe der Aufgabe, welche er sich gestellt hatte, der Umstand, daß der Fürst Bismarck den Brief, welchen er an ihn gerichtet, unbeantwortet gelassen hatte,

der Schmerz über die Lage seines Vaterlandes — einen großen Anteil daran gehabt haben."

Von diesem Briefe sagte Herr v. Diest, er habe an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. „Der Fürst wird gebeten, jede Berührung mit einem Manne, von welchem ein Bestechungs-Versuch in einer Berliner Zeitung geschildert ist, in Zukunft zu vermeiden — (was leider bisher bei der fortdauernden Intimität nicht erreicht ist) — und der Verstorbene begründet seine Pflicht gegen Gott und den Staat, unser Staatsleben von der über dasselbe hereingebrochenen Pest der Korruption zu befreien. Es sei nur eine Frage der Zeit, wann ähnliche Prozesse, wie der Offenheimsche in Oesterreich, auch in Deutschland ausbrechen würden, und nur ein schwächlicher Patriotismus könne dies ignorieren."

Herr v. Diest-Daber wandte sich unter dem 26. Juli 1875 an den Kaiser, der sich damals in Gastein befand. In der dem Schreiben beigefügten Denkschrift wurde der Kampf angekündigt, zu dem sich Herr von Diest mit gleichgesinnten Männern verbunden hätte, ein Kampf gegen die das Kapital einseitig, zum Nachteil der Landwirtschaft, begünstigende und die allgemeine Korruption fördernde Gesetzgebung, ein Kampf gegen die Partei, die nun bereits fast ein Decennium am Ruder sei und die Zerrüttung der sittlichen und materiellen Verhältnisse verschulde.

Das Schreiben ging dem Fürsten Bismarck in Varzin zu.

Dem Kaiser wurde die Äußerung zugeschrieben, daß, wenn die Staatsanwaltschaft nur den zehnten Teil der Energie gegen die hohen und niedrigen Gründer, wie in dem

Prozesse Arnim rechtzeitig entwickelt hätte, die Situation eine andere wäre.

Fürst Bismarck benutzte im Februar des nächsten Jahres die Debatte des Reichstages über die Strafgesetznovelle, um das Kapitel der Verleumdungen zu berühren. „Die Entstellung der Thatsachen", sagte er, „hat ein Gebiet ergriffen, das ja schon mehrfach in diesen Tagen hier berührt worden ist; es ist dies das Verlegen unserer inneren Diskussionen von dem sachlichen Gebiet auf das persönliche. Man bemüht sich nicht, sachlich zu widerlegen und zu diskutieren, sondern man bemüht sich, nachzuweisen, daß der Gegner eigentlich ein schlechter Kerl sei; man spürt in seinem Privatleben nach, sucht irgend eine wunde Stelle zu finden, übertreibt diese, — kurz und gut, betreibt wesentlich Verleumdung. Auch dagegen könnten wir mit einem entschlossenen sittlichen Gefühl viel thun — nicht gegen alle kleinen, wohl aber doch gegen große Blätter. Wenn ein Blatt, wie die Kreuzzeitung, die für das Organ einer weit verbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer solchen Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der sie gelesen hat, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben, — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten.

Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird; Jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an den Lügen und Verleumdungen, die darin enthalten sind, an Verleumdungen, wie die „Kreuzzeitung“ sie im vorigen Sommer gegen die höchsten Beamten des Reiches gebracht hat, ohne die leiseste Andeutung eines Beweises und mit einer komischen Unwissenheit in den Personalgeschichten, die sie dabei zur Schau trägt.“

Die „Kreuzzeitung“ brachte in den nächsten Wochen eine lange Reihe von Erklärungen, in denen die von Fürst Bismarck geächteten Partei-Männer ihre freudige Zustimmung zu den Aera-Artikeln ausdrückten. Der Namensaushang, den der Reichsanzeiger sodann von den etwa 400 Deklaranten im Monat März veranstaltete, war niemandem ärgerlicher, als der „Kreuzzeitung“ selbst, obwohl gerade diese anscheinend das größte Interesse an einer möglichst ausgedehnten Publicität der ihr dargebrachten Huldigungsbeweise haben mußte. Den Kommentar, den die „Germania“ zu diesen Namensunterschriften gegeben und den der „Reichsanzeiger“ seiner Liste vorangestellt hatte, wollte die „Kreuzzeitung“ als solchen nicht gelten lassen. Das klerikale Blatt rieb sich die Hände ob der Auflehnungen gegen den Reichskanzler und suchte dieselben, wenn auch nur als geheime, sogar in die Reihen der Armee zu übertragen. Der „Kreuzzeitung“ war die Bundesgenossenschaft mit dem Ultramontanismus noch immer unbequem.

In Bezug auf das Sachliche in den „Erklärungen“ der „Kreuzzeitung“ erinnerte die „Post“ daran, daß Fürst Bismarck, als er am 9. Februar seine Rede hielt, sich in

dem Stande der Verteidigung befand. Er war angegriffen, verdächtigt worden. Er hatte dagegen keine Remedur erlangen können. Er beschwerte sich über das, was ihm und seinen Kollegen angethan worden war, und er appellierte an die Ehre derjenigen, welche er früher seine Freunde genannt hatte. Die „Kreuzzeitung" hatte nicht widerrufen, und diejenigen Herren, welche ihr jetzt Zustimmungserklärungen zugehen ließen, unterstützten sie in dieser Haltung. Sie konnten es nicht in Abrede stellen, daß, selbst wenn sie statt ihrer Unterschriften ihre Stammbäume und ihre Degen in der Redaktion der „Kreuzzeitung" niederlegten, die Thatsache, daß die „Kreuzzeitung" den Fürsten Bismarck verdächtigt hatte, dadurch nicht geändert wurde.

Die „Kreuzzeitung" gab sich den Anschein, als ob sie nur eine schlechte Fassung verschuldete, als ob sie sich „nicht glücklich" ausgedrückt hätte. Der Reichskanzler war anderer Meinung und der Justizminister und die Staatsanwälte, welche wegen der beabsichtigten Verleumdungsklage zu Rate gezogen wurden, auch; sie waren im Gegensatz zu der „Kreuzzeitung" der Meinung, daß die Fassung jener Worte so „glücklich" sei, daß diese juristisch unfaßbar waren. Und die vielfach bestrafte demokratische „Frankfurter Zeitung" sprach seufzend den Wunsch aus, es möchte ihr immer gelingen, die Dinge so deutlich und doch für den Staatsanwalt so unerreichbar zu bezeichnen, wie es der auf der entgegengesetzten Seite an demselben Zwecke mitwirkenden Kollegin gelang.

Ein anderes Blatt, das im Sinne der Aera-Artikel schrieb, aber mit deren Tendenz noch andere Bestrebungen vereinigte, die es zum Tummelplatz aller dem Fürsten Bismarck

feindlichen Elemente machten, ging an dem Strafgesetzbuch zu Grunde. Soviel der Name des Herausgebers und Redakteurs dieses Blattes genannt worden ist, und so sehr er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, so war derselbe doch nur eine vorgeschobene Person, der jede geistige Bedeutung abging. Er besaß nur die Dreistigkeit, den hohen Persönlichkeiten aus den obersten Schichten der Gesellschaft, welche in dem Blatte ihrer Feindschaft wider Bismarck anonym die Zügel schießen ließen, die Verantwortung, die Prozesse und die Strafe abzunehmen. Keiner der geheimen Mitarbeiter blieb gleichwohl dem Fürsten Bismarck verborgen, da nach dem Aufhören des Blattes und der Flucht des Herausgebers sämtliche Manuskripte von dem Expedienten, dem späteren Herausgeber des „Unabhängigen", gegen eine Belohnung von eintausend Mark an das Auswärtige Amt ausgeliefert wurden. Weitere Details über die hinter den Koulissen des Blattes wirkenden Persönlichkeiten brachte sodann eine Broschüre: „Mehr Licht."

In der Preßspelunke in der Dorotheenstraße gab es ein buntes und bewegtes Leben. Das Äußerliche war keineswegs fashionable. Aber es gab vornehme Gäste und auch fürstliche Lakaien. „Excellenz geht auf vier Wochen nach Pommern und erbittet sich so lange die Zeitung per Post", bestellt ein herrschaftlicher Diener. „Sehr wohl, wie im vorigen Jahre", erwidert der Expedient. Der Diener, der jetzt eintritt, um ein Abonnement zu erneuern, trägt die Livree von einem prinzlichen Hofstaat. Abermals öffnet sich die Thür, der Expedient springt auf. „Herr Graf, Sie wollen Herrn Gehlsen sprechen? Bitte, treten

Sie dort ein." Die nächste Erscheinung ist ein Herr, der auch dem Expedienten noch fremd ist, und sich als Baron H. aus Weliki-Nowgorod vorstellt. „Sapperment, das ist ja ein Mordsblatt, Ihre Reichsglocke", spricht der Russe in gebrochenem Deutsch; „habe in Meinhardts Hotel darin gelesen, muß darauf abonnieren, gegen Bismarck lesen wir in Rußland alles gern. Aber läßt man auch das Blatt bei uns per Post ein?" — „Gewiß, Herr Baron, wir haben gegen hundert Abonnenten allein in Petersburg."

In demselben Augenblicke drängt sich ein junger Geschäftsmann an den Expedienten heran. „Kann ich Herrn Gehlsen sprechen?" — „Bitte einen Augenblick zu warten, Graf X. ist eben bei ihm." — Der Graf geht, der junge Geschäftsmann wird vom Chef vorgelassen. „Herr Doktor, ich bin bei der und der Gründung mit 10000 Mark reingelegt — bringen Sie die Schwindler in die „Reichsglocke", es soll Ihr Schaden nicht sein." — „Ach was", erwidert der Chef, „mit solchen kleinen Spitzbuben gebe ich mich nicht ab — wenn 'mal Bleichröder oder Hansemann oder Bennigsen Sie reinlegt, dann kommen Sie zu mir." — Endlich hat der Chef Ruhe, er setzt sich an seinen Tisch um zu schreiben. Auf diesem liegen Zeitungen, Civil- und Kriminalbekenntnisse, dazwischen ein Revolver, eine Hetzpeitsche, eine kleine Tabakpfeife, deren Kopf Laskers Gesichtszüge trägt, eine entkorkte Cognacflasche und ein leeres Portemonnaie. . . .

Das gekennzeichnete Blatt trug zuerst den Namen „Eisenbahn-Zeitung" und war ursprünglich gegründet, um nach den parlamentarischen Vorgängen, welche zur Einsetzung einer Untersuchungskommission in betreff der Eisenbahn-

konzessionen führten, an den Urhebern dieser Maßregel Vergeltung zu üben und besonders den Nachweis zu führen, daß gerade in den Kreisen der sittlich Entrüsteten die gröbsten Ausschreitungen und Mißbräuche vorgekommen seien. Mehr und mehr ging das Blatt dazu über, seine Angriffe und Schmähungen in dieser Beziehung nicht mehr blos gegen die finanziellen Unternehmer, sondern mit immer wachsender Schärfe gegen Mitglieder der Regierung zu richten, welche angeblich jene Ausschreitungen begünstigt hätten und dabei den verwerflichsten Beweggründen persönlichen Eigennutzes gefolgt wären. Im weiteren Verlaufe wurde vor Allem die Politik und die Person des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zum Gegenstande der gehässigsten Angriffe gemacht. Im offenbaren Zusammenhange mit den Agitationen des Grafen Harry v. Arnim wechselten fortan mit den blos wirtschaftlichen Erörterungen die Verdächtigungen der gesamten inneren und äußeren Politik des Reichskanzlers und zugleich die schwersten persönlichen Beschuldigungen desselben in Bezug auf die Beweggründe seines gesamten politischen Wirkens. Diese Angriffe gegen den Charakter nnd die Ehre des Fürsten bewegten sich teilweise nur in Andeutungen und Anspielungen, welche allerdings leicht erraten ließen, auf wen sie zielten, doch aber vorsichtig genug gehalten waren, um einer strafrechtlichen Verfolgung lange Zeit jede Handhabe zu entziehen.

Da bot im Dezember 1876 ein beispiellos frecher und zugleich ungewohnt unvorsichtiger Angriff gegen den Direktor des Berliner Stadtgerichts eine durch keine Ausflucht mehr hinwegzuräumende Handhabe zum gerichtlichen Einschreiten gegen das raffinierte Treiben des Blattes, das den

Namen „Deutsche Reichsglocke“ angenommen hatte. Der eigentliche Herausgeber desselben, Joachim Gehlsen, ergriff unverweilt die Flucht und ging nach der Schweiz; der angeblich verantwortliche Redakteur erwies sich als eine nur vorgeschobene und als eine noch unbedeutendere Person. Die in dem Artikel erhobene Anschuldigung stellte sich in allen Teilen als eine der dreistesten Verläumdungen heraus.

Das wichtigste Ergebnis der damaligen Gerichtsverhandlungen aber war, daß es an den Tag kam, daß ein großer Teil der Aufsätze des Blattes, namentlich viele der gehässigen Angriffe gegen den Fürsten Bismarck, von einem der ultramontanen Partei angehörigen früheren Legationsrat v. Loë herrührten, und daß der Herausgeber Gehlsen in lebhaftem schriftlichen und persönlichen Verkehr teils mit bekannten Mitgliedern der ultramontanen Partei, u. A. mit Herrn Windthorst, teils mit den Genossen des Grafen Harry v. Arnim, teils mit Mitgliedern der hochkonservativen Partei stand. Der Leser- und Abonnenten-Kreis reichte bis an den Königlichen Hof (Schleinitz und Genossen.)

Der wirkliche Herausgeber der „Reichsglocke“ hatte bei seiner Flucht mit gutem Grunde angenommen, daß die Zeit der Straflosigkeit für das Blatt vorüber sei. Bereits am 23. Dezember 1876 kam eine weitere Anklage gegen dasselbe zur Verhandlung, nunmehr wegen Beleidigung und Verläumdung des Reichskanzlers. Wiederum war es ein nur vorgeschobener Redakteur, gegen welchen die Anklage erhoben werden mußte. Derselbe hatte aus dem Gefängnisse eine Abbitte an den Reichskanzler gerichtet, weil er zu spät erkannt habe, daß Gehlsen und Loë bei ihren Angriffen von den verwerflichsten Beweggründen ge-

leitet wurden; er versprach Umkehr und versicherte den Fürsten seiner Dienstwilligkeit. Da der Brief ohne Antwort blieb, verwandelte sich die Reue wieder in Trotz und der Angeklagte beantragte, zum Beweis der Wahrheit der Anschuldigungen gegen den Kanzler zugelassen zu werden. Die Verhandlung über den die Verläumdungen enthaltenden Artikel wurde deshalb ausgesetzt — wegen drei anderer Aufsätze aber wurde alsbald weiter verhandelt.

Der Staatsanwalt teilte dabei mit, daß ihm aus der Hinterlassenschaft Gehlsens ein Pack Briefe übergeben worden sei, welches auf die ultramontanen und sonstigen Beschützer und Genossen desselben ein bedeutsames Licht werfe. Namentlich wurde ein Brief des Legationsrat von Loë verlesen, welcher mit klaren Worten als Zweck der Angriffe gegen den Fürsten Bismarck den bezeichnete, die Gesundheit desselben durch Ärger zu untergraben. „Ich schlage vor, schreibt Loë von Paris, die nächste Nummer zu einer Benefizvorstellung zu Gunsten des Reichskanzlers zu erheben. Vom psychologisch-medizinischen Standpunkte scheint es mir wichtig, bezüglich der Reihenfolge der Artikel zuerst das Pathetische — — und dann das Komische zu bringen. Die Hauptsache ist, daß von vornherein gleich die Verdauung auf einige Tage gestört wird und das geschieht nur durch leidenschaftliche Erregung.“

Der Redakteur wurde unter Berücksichtigung, daß er nur der vorgeschobene Verantwortliche war, zunächst zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der verläumderische Artikel aber, in Bezug auf welchen der Redakteur, die Zulassung zum Beweise der Wahrheit beantragt hatte, kam am 15. Januar 1877 von neuem zur Verhandlung. Es

stellte sich zunächst heraus, daß der Angeklagte während der Untersuchungshaft sich dem Richter hatte vorführen lassen, um zu Protokoll zu erklären, daß er von dem beabsichtigten Beweis der Wahrheit abstehen wolle. Dem gegenüber bestand aber nunmehr der Staatsanwalt darauf, seinerseits den Beweis zu führen, daß die unter Anklage gestellten Artikel auf Verleumdung beruhten.

Es handelte sich vorzugsweise um die Behauptung, Fürst Bismarck habe sich für die Erwirkung der Konzession zur Gründung der Central-Boden-Kredit-Gesellschaft mit einer bedeutenden Summe an dem Gründungsgewinn beteiligen lassen.

Die als Zeugen vorgeladenen Vorstandsmitglieder und Verwaltungsräte der genannten Gesellschaft bekundeten in völliger Übereinstimmung, daß von irgend einer Beteiligung des Fürsten bei der Gründung oder bei dem Verwaltungsrate der Gesellschaft niemals die Rede gewesen sei, die Behauptung vielmehr auf leerer Erfindung beruhe.

Der Staatsanwalt Tessendorf ergriff hierauf das Wort: „Der Beweis ist erhoben worden, sagte er, die Beweisaufnahme hat das ergeben, was ich von vornherein erwartete, erwarten mußte nach meiner Kenntnis von der Haltung und von der Tendenz dieses würdigen Blattes und von der Persönlichkeit der Hintermänner und stillen Gesellschafter desselben. Man hätte etwa sagen können, indem man diese Artikel als die schwersten ins Auge faßte: Die Beschuldigungen, welche hier erhoben sind gegen den höchsten Beamten des Reiches und des preußischen Staates, sind so wenig glaubwürdig, daß man am besten thut, in

der Voraussetzung, niemand glaubt so etwas, die Sache zu ignorieren. Es wäre ein großer Fehler gewesen."

„Man soll die große Bedeutung des Blattes, was seine Leistungen im Geschäft der Verleumdung anbetrifft, nicht unterschätzen. Das Blatt hat allerdings nicht sehr viele Abonnenten, zum Teil aber Abonnenten gerade in den höheren Kreisen; das Blatt hat auch sehr große Verbreitung durch den Abdruck seiner Artikel in der ultramontanen und in der sozialistischen Presse. Nicht blos kleine ultramontane Blätter, auch große betreiben die Kolportage der Artikel der „Reichsglocke", besonders auch die „Germania." — Es war also nötig, dieser sich überall hin verzweigenden Verleumdung entgegenzutreten."

Nachdem der Staatsanwalt sodann noch die einzelnen beleidigenden Artikel gegen den Reichskanzler in ihren boshaften Wendungen näher beleuchtet hatte, fuhr er fort: „Ich könnte meinen Vortrag mit der Beleuchtung dieser Artikel schließen, ich will aber mit Rücksicht darauf, daß in dem vorliegenden Falle so überaus freche und unverschämte Beschuldigungen ohne den geringsten Grund gegen den höchsten Staatsbeamten erhoben worden sind, doch noch einiges über die Tendenz des Blattes und die Persönlichkeiten, die es halten und leiten, hinzufügen. Im öffentlichen Interesse thue ich das. — Die Tendenz des Blattes ist neulich durch die verlesenen Briefe des Herrn v. Loë festgestellt worden, sie geht einfach dahin, den Reichskanzler durch Beschimpfungen, insbesondere aber, da dies Mittel vielleicht nicht stark genug sein sollte, durch Verleumdungen an seiner Gesundheit zu schädigen. In einer Beziehung haben sich die Herren allerdings verrechnet, nämlich der

Reichskanzler liest das Blatt gar nicht, der Reichskanzler liest nur diejenigen Nummern, die ihm zugeschickt werden, weil die Behörden behaupten und finden, daß in diesen Nummern strafbare Angriffe, insbesondere verleumderische Angriffe auf seine Person enthalten sind. Natürlich müssen die Behörden derartige verleumderische Angriffe zur Kenntnis des Reichskanzlers bringen; kommen sie nicht zu seiner Kenntnis, stellt er keinen Strafantrag, so heißt es in den Zeitungen von dieser Sorte „er klagt nicht", indem vorausgesetzt wird, er habe den Artikel gelesen; freilich liest er die schlimmsten Artikel, die ihm geschickt werden. Durch diese Artikel soll, denn dies bleibt übrig, auf die Gesundheit des Reichskanzlers eingewirkt werden; es ist jedenfalls bisher eine derartige Tendenz in der Presse unerhört, und dieser Tendenz huldigte doch nicht bloß derjenige, der das Blatt redigiert, Herr Gehlsen, sondern dieser Tendenz huldigen auch die Mitarbeiter. Ich mache für diese verbrecherische Tendenz alle Mitarbeiter des Blattes, auch alle diejenigen, die das Blatt durch Rat und durch That unterstützen, moralisch verantwortlich, zunächst insbesondere den Herrn v. Loë, sodann aber auch den Grafen Harry v. Arnim. Es ist garnicht zu bezweifeln, daß alle die Artikel „Arnim contra Bismarck", die es sich zur Aufgabe gemacht haben, seit Jahr und Tag die Person des Fürsten Bismarck anzugreifen, herabzusetzen, im Interesse des Grafen Arnim geschrieben wurden. Man hat sich, als ich vor einiger Zeit darauf hingewiesen habe, daß auch von ultramontaner Seite das Blatt unterstützt werde, mit großer Entrüstung gegen die Bekanntschaft mit Herrn Gehlsen verwahrt. Ich habe in der vorigen Sitzung gesagt, ich sei in der Lage zu

konstatieren, daß auch in der That von jener Seite, die so energisch gegen jede Beziehung zu Gehlsen protestierte, Verbindungen mit den Sozialdemokraten behufs einer Wahl Gehlsens, anzuknüpfen versucht seien. Die „Germania“ schreibt, indem sie das abdruckt, ich möchte doch nicht derartige Behauptungen aufstellen, wenn ich sie nicht beweisen kann; ich stelle keine Behauptungen auf, die ich nicht beweisen kann. Ich kann diese Behauptung beweisen und führe in dieser Beziehung folgendes an — es ist hier ja der Ort, wo mir dazu Gelegenheit gegeben wird, denn mit den Zeitungen kann ich mich nicht in Krieg und Korrespondenz einlassen. Also, ich kann zunächst amtlich konstatieren, daß ein namhafter Redakteur in der sozialistischen Partei, Herr Lossow, der auch zum Reichstage in Vorschlag gebracht worden ist, in öffentlicher Versammlung erklärt hat, es sei damals ein ultramontaner Reichstags-Abgeordneter zu Herrn Bebel gekommen und habe ein Kompromiß zwischen Ultramontanen und Sozialdemokraten vorgeschlagen behufs der Wahl des Herrn Gehlsen in Hagen mit der Verpflichtung, daß demnächst die Ultramontanen mit den Sozialisten in Solingen für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen sollten (was inzwischen geschehen ist), Herr Bebel habe dieses Ansinnen abgelehnt, denn — sie brauchten eine derartige Unterstützung „nicht mehr“, sie rechneten auf mehr als eine Mandel Sitze.

Nun, daß diese Partei sich in der That sehr erheblich für das Blatt interessiert hat, ist gar nicht zu bezweifeln. Es finden sich auch noch andere Parteien in dieser Korrespondenz vertreten, so ein Brief von (dem sozial-demokratischen) Hasselmann an Herrn Gehlsen, ein Brief von (dem

welfischen) Grafen Borries in Celle, der auch Verbindungen mit dem Blatte unterhalten hat.

Man sagt, wir leben jetzt in dem Zeitalter der Verleumdung. Nun, es ist gewiß etwas Richtiges daran und es ist zu hoffen, daß sie mit den Verhandlungen gegen dieses Blatt, die sich leider noch längere Zeit hinziehen werden — denn es werden noch mehrere Anklagen erhoben werden — zum Abschlusse gelangen. Das Gröbste und Großartigste in dieser Art, auf diesem Gebiete hat in der That wohl das fragliche Blatt geleistet in den Angriffen auf den Reichskanzler, an denen auch nicht ein wahres Wort ist.

Man kann, wenn man das Zeitalter der Verleumdungen überblickt, die Verleumder in drei Klassen rangieren: Die ersten sind die Frechen, die wenigstens den Mut haben. unter eigener Firma zu arbeiten; die zweiten sind die Vorsichtigen, die nämlich so schreiben, daß man das, was sie wollen und was darauf berechnet ist, andere an ihrer Ehre zu schädigen, zwischen den Zeilen lesen muß; die so schreiben, daß man sie gerichtlich nicht belangen kann. Die dritte Klasse, das sind die schlimmsten, es sind die Feigen, die namenlosen, anonymen Verleumder. Die sind eigentlich schlimmer wie Einbrecher und wie Straßenräuber, denn die letzteren riskieren wenigstens, daß man sie niederschlägt, indem sie einem gegenübertreten müssen. Aber die namenlosen Ehrabschneider sind in keiner Weise zur Rechenschaft zu ziehen. Die frechen, die vorsichtigen und die feigen Verleumder — die letzteren haben am meisten Ähnlichkeit mit Meuchelmördern; und Herr Gehlsen selbst sagt: es ist ein

meuchlerischer Angriff, und das ist der Angriff in dem Blatte in der That.

Ich kenne Stimmen aus dem Auslande, welche es gar nicht erklärbar finden, daß ein Blatt, eine Zeitung unbeanstandet erscheinen kann, welches gegen den höchsten Staatsbeamten die Beschuldigung der Verübung eines gemeinen Verbrechens erhob. Unser Preßgesetz giebt uns keine Befugnis, Blätter solchen Inhalts mit Beschlag zu belegen, weder die Polizei noch der Staatsanwalt ist dazu in der Lage; das Gericht kann freilich später die Beschlagnahme beschließen, dann ist das Zeitungsexemplar aber längst in den Händen der Abonnenten." —

Der angeklagte Redakteur wurde nach dem Antrage des Staatsanwaltes verurteilt, mit ihm moralisch auch die ganze Gesellschaft, die sich an dem Blatte direkt oder indirekt beteiligt hatte.

# Eine Sylvesternacht in Varzin.

Ein Jahr früher, als die Verurteilung der „Reichsglocke“ die verbündeten Gegner Bismarcks traf, hatte sich innerhalb des konservativen Lagers eine Verschiebung der Bestandteile bemerkbar gemacht. Bereits im Sommer 1876 bezeugte die Bildung und das Programm der deutschkonservativen Partei, daß die gemäßigteren Elemente ein Übergewicht über die Urheber der Aera-Artikel erhalten hatten. Die sogenannten Wirtschafts- und Steuer-Reformer, obgleich fast nur der konservativen Partei angehörig, wollten jeden politischen Charakter von sich fern halten und nur einen wirtschaftlichen tragen, um auch liberale Elemente, die Landwirte, Bauern und Gutsbesitzer jeder politischen Denkungsweise, an sich zu ziehen. Das Organ dieser (agrarischen) Vereinigung, die „deutsche Landeszeitung“ warnte vor dem Eintritt in die deutsch-konservative Partei, obwohl der Präsident jener Vereinigung, Graf Udo Stolberg-

Wernigerode den Aufruf zur Bildung der neuen Partei unterzeichnet hatte. Die sogenannten Agrarier folgten ihrem Präsidenten ins Lager der Deutsch-Konservativen. Im Jahre 1872 hatte sich eine Partei gebildet, die sich monarchisch-national nannte, und ihren Zweck, sich über den Süden Deutschlands zu verbreiten, wo es bis dahin kaum eine andere politische Losung gab, als ultramontan, oder demokratisch, oder liberal, dadurch zu erreichen suchte, daß sie das strenge, oder, wenn man so sagen soll, das streng-preußische Programm der Kreuzzeitungspartei zu mildern suchte und sich gegen diese Partei, wenn auch ohne jede Feindschaft, doch mehr abwehrend verhielt. Das heute noch existierende bekannte „Preußische Volksblatt“ wurde damals das Organ der Monarchisch-Nationalen. Im Sommer 1876 waren es eben diese, welche über die sogenannte Kreuzzeitungspartei obsiegten.

Zu derselben Zeit ging ein Flüstern durch Berlin, dann ein lautes Gerede, dann ein Lärmen durch die Presse: Herr v. Kleist-Retzow hat bei Bismarck diniert! In demselben Jahre ließ sich Herr v. Kleist im Kreise Herford-Halle in den Reichstag wählen. Hier nahm er am 11. April 1877 an jener großen Huldigung teil, die dem Fürsten Bismarck als Demonstration gegen alle Feindseligkeiten der letzten Jahre von allen Fraktionen gebracht wurde.

Die konservative Partei erklärte während des Urlaubs des Fürsten Bismarck, daß sie sich „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ noch nicht genügend „gekräftigt und gestärkt fühle, um dem dringenden Verlangen nach einem festen und kräftigen konservativen Regiment“ zu genügen. Sie tröstete sich bei dem Gedanken, daß die er-

lösenden Männer in herbis sich für eine Zeit aufbewahrten, „wo die Gemüter sich entschieden von dem Banne gelöst hätten, der sie noch umfangen hielt.“ „Die rechte Zeit ist noch nicht gekommen,“ sagte sie. „Wir wünschen keineswegs, daß in der Übergangsperiode einer zeitweiligen Vertretung des Fürsten Bismarck konservative Kräfte verbraucht werden. Es erscheint uns zu einer solchen Vertretung der Finanzminister Camphausen viel verwendbarer. In einer so zweifelhaften Übergangsperiode, welche den Keim der Vergänglichkeit in sich schließt, vermögen wir auf eine Regierung voll Kraft, Talent und Initiative nicht zu hoffen. Gewiß kann darüber kein Zweifel obwalten, daß sie in den Reihen der Nationalliberalen nicht zu finden ist. Wir haben nichts dagegen, wenn dieselben in dieser Periode den Versuch machen sollten, ihre staatsmännische Befähigung zu erproben. Es wird dabei immer deutlicher und aller Welt erkennbar zu Tage treten, wie sehr der Liberalismus abgewirtschaftet hat ...... Wenn Fürst Bismarck nicht selbst eine kräftige Initiative im Kampfe gegen den Liberalismus nehmen will oder kann, — so halten wir seine Beurlaubung für nachteiliger als seinen Rücktritt. Es ist gewiß eine riesengroße und schwere Aufgabe, die politische Erbschaft des Fürsten Bismarck zu übernehmen. Tritt aber diese Notwendigkeit ein, so vertrauen wir, daß Gottes Gnade, die zumal in schweren Zeiten so oft sichtbar über unserem Vaterlande gewaltet hat, dasselbe auch dann nicht verlassen werde. Und wenn die rechte Zeit gekommen ist, so vertrauen wir weiter, daß auch in den Reihen der Konservativen sich Männer finden, die mutig die große Aufgabe erfassen.“ —

Während in Berlin die Parteien um die Zukunft stritten, ging es lebhaft in Varzin zu. Dort häuften sich die Besuche. Herr v. Bennigsen verweilte in Varzin vom 26. bis zum 29. Dezember. Fast gleichzeitig befand sich dort der Flügeladjutant des Kaisers, Graf Lehndorf. Es handelte sich um wichtige Besprechungen.

Am Sylvesterabend war es wieder still. Um Mitternacht waren im Speisesalon vom Souper noch zwei Personen sitzen geblieben, nachdem die Damen sich zurückgezogen: der Fürst und sein Legationsrat. Den Thee aber hatten sie durch eine dampfende Bowle ersetzt, die zwischen Schüsseln von frischen Pfannkuchen ihren kostbaren Duft verbreitete.

„Bleiben Sie bei mir, Bucher", hatte der Fürst seinem Legationsrat gesagt, als dieser, wie gewöhnlich nach dem Thee, sich auf sein Arbeitszimmer zurückziehen wollte, um in die Nacht hinein, dieses Mal also in das neue Jahr hinein, weiter zu arbeiten; „ich thue heute Abend auch nichts mehr, lassen Sie uns die letzte Stunde zusammen bei der Sylvester-Bowle verplaudern; ich hange an alter deutscher Sitte; so hab ich's gehalten von Jugend an, und was ich als Ritter gepflegt und gethan, nicht will ichs als Kanzler entbehren. Oder trinken Sie lieber ein Glas vom Münchener Hofbräuhaus? Die bairischen Nationalliberalen haben mir ja ein neues Faß zum Weihnachtsfeste geschickt."

„Durchlaucht, ich denke: erst die Bowle und dann vielleicht ein Glas Münchener Hofbräu."

„Einverstanden."

Der Fürst ging, die kurze Tabakspfeife im Munde, eine ganze Weile im Zimmer auf und ab, ehe er sich in den Lehnstuhl am Kaminfeuer warf, und ehe es zu einer fließenden Unterhaltung kam.

„Es war ein schlechtes Jahr — bemerkte er im Gehen, — der Mut kann einem ausgehen, wenn man zurückblickt. . . . Wie Philoktet komme ich mir vor, der auf der Fahrt nach Troja schwer leidend von den Griechen zurückgelassen worden ist; man ruft und schickt nach mir, wie die Griechen nach Philoktet; den Bogen und die Pfeile des Herkules aber, womit ich Troja erobern könnte, will man mich nicht gebrauchen lassen. . . . Warum? . . . Man sagt, das seien Waffen für mich, aber nicht für jedermann, und man müsse doch an einen Nachfolger denken, . . . in den Panzer passte ich wohl mit meinem Leibe hinein, aber man müsse einen solchen haben, wohinein jeder ohne Ausnahme schlüpfen könne; . . . . ich habe doch Lust, den Dienst ganz zu quittieren; . . . was ist das für ein Urlaub, der mir nicht einmal Verantwortlichkeit und Kontrasignatur abnimmt; . . . es ist ein Unterschied, ob ich hier durch meinen Park reite, oder im Berliner Tiergarten, wo ich zum Wiedergruß die Hand fortwährend an der Mütze haben muß, . . . . es giebt noch andere Unterschiede, . . . . . aber ich will entweder vollen Dienst oder vollen Urlaub. . . . Mögen doch die Herren in Berlin sich ihre Verfassung zurecht machen, wie sie wollen, ohne Rücksicht auf Zuschneidung für meinen Leib, wie sie sich ausdrücken, wenn ich nur bei der Gelegenheit loskomme; . . . . ich will, wie Cincinnatus meinen Kohl bestellen und sollte das Vaterland einmal in Gefahr kommen, dann möge man mich vom Pfluge holen, . . .

nur nicht diese Zwitterstellung, . . . nur nicht Pfluggriff und die Feder in einer Hand.“ . . .

„Durchlaucht, ich begreife Ihre Stimmung nicht; das alte Jahr schließt ja mit guter Verheißung für das neue, Excellenz v. Bennigsen ist erst gestern, frohe Hoffnungen hinterlassend nnd mitnehmend, von uns geschieden. Der neue Vizekanzler wird Kanzlerkrisen für immer abschneiden, die Urlaubsfragen leicht glätten, Verantwortlichkeit und Kontrasignatur bilden keine Klippen mehr . . . .“

„Das sind noch Ideen, lieber Bucher; was mich heute so verstimmt, das sind die schlechten Nachrichten aus Berlin. Sagen Sie mir, was ist seit dem Frühjahr besser geworden? Die Hofschranzen setzen ihr altes Spiel fort, ja sie springen wie die Mäuse nun erst recht über Tisch und Stühle, seitdem die Katze fort ist, und die Hof . . . . — es ist ja zum Erbarmen, was der Kultusminister wieder berichtet; die Affaire Hegel — Herrmann widert mich an; der greise Monarch wird in fortwährender Irritation erhalten. Nun kommt der Hofmann vom Reichskanzleramte und spielt den Empfindlichen, weil ich über seinen Kopf weg an andere Organisationen und Kräfte denke und der Achenbach ruft, als kaum etwas von meinen Plänen in die Öffentlichkeit durchgeschwitzt ist, voller Angst aus: „der Ministerpräsident hat keine Minister ein- und abzusetzen, darüber hat Se. Majestät zu befinden!“ — Ja, gewiß ist dem so! Wenn es nur anders wäre! — Ich bin der Erste, der die Stärkung der Krone will — und namentlich will ich — das wissen Sie aus meinem Programm — die Ausstattung der Kaiserlichen Würde mit einer wenigstens annähernd entsprechenden Machtbefugnis. Die Position, die jetzt der

Kaiser im Reiche einnimmt, entspricht weder der Würde des Deutschen Kaisers noch der Machtstellung des Königs von Preußen. Aber was die Verfügung über Ministerstellen betrifft, so ist das Recht der Krone im Reiche und im Staate genug gewahrt, wenn sie dort den Kanzler, hier den Premier beruft. Diesem Manne ihres Vertrauens muß sie die Wahl seiner Gehilfen überlassen, wenn sie sich selber hundert unerfreuliche Schiedssprüche zwischen mißhelligen Kollegen, und der Staatsmaschine zahllose kraftverbrauchende Reibungen ersparen will. Wahrhaft verantwortlich nach unten wie nach oben hin wird der Reichskanzler oder der Ministerpräsident erst, wenn gegen seinen Willen niemand Minister ist. Teilt der Kanzler im Reiche die Verantwortlichkeit mit einem Vizekanzler, und der Premier in Preußen mit seinem Vize-Präsidenten, so ist die Verantwortlichkeit nach unten und nach oben genug vorhanden; sie muß aber an doppelter Stelle vorhanden sein, um die Schultern des Einzelnen zu entlasten und um Urlaubsfragen ohne Schwierigkeiten und ohne Krisen zu lösen. Was darüber hinausgeht, ist von Übel; die Reichsminister können nur dem Kanzler verantwortlich sein, und so sollte es in Preußen analog sein, nur so in diesem Falle ließen sich auch den preußischen Ministern zugleich die entsprechenden Reichsressorts übertragen. Jetzt arbeitet das wie acht Mühlsteine gegen einander. An dem Ressort-Partikularismus geht alles zu Grunde. Was bin ich als Ministerpräsident? Ein ornamentales Glied. Der Virchow hat mit seinem Ausdruck membra disjecta ganz recht. Wie sagte er doch ein ander Mal?"

„Eine Kollektion von Ministern."

„Ganz richtig, eine Sammlung von Ministern; man kann nicht einmal sagen, eine Sammlung von großen Männern; denn nirgends trifft das Wort Dahlmanns so wie hier zu: Es ist Niemand verpflichtet, ein großer Mann zu sein. Laßt nationalliberale Männer um mich sein! Als ich im April v. J. meinen Urlaub antrat und von Berlin ging, zunächst um im Sachsenwalde mich zu „rekomfortieren"*), da sagte ich mir: Der Kanzler wird nicht wiederkommen, wie er ging, sondern als ein Anderer. Was ich gelobt in jenes Augenblickes Höllenqualen, ist eine heil'ge Schuld, ich will sie zahlen. Ich bin es müde, mich im Kampfe mit der Majorität des Landes und der Landesvertretung aufzureiben, ich will fortan mit ihr regieren. Ich will es noch auf einen Versuch ankommen lassen. Ist es der Parlamentarismus, der in England die großen staatsmännischen Talente von jeher gereift hat, so will ich ihn auch in Deutschland ungehindert entfalten lassen, und ich hoffe, gewahr zu werden, welche Begabung ein freies Volk in sich trägt. Ich werde mich nicht mehr der vollen und uneingeschränkten Entfaltung des Verfassungslebens mit meiner Person entgegenstellen. Kein Riese ersetzt durch sein persönliches Wirken, was dem Volke an der gerechten Forderung nach wirklichem konstitutionellem Rechte entzogen ist. Laßt nationalliberale Männer um mich sein! Die Sauhatz soll beginnen, das Löwenjagen!"

In diesem Augenblicke trat ein Diener in das Zimmer ein und überbrachte ein Telegramm.

---

*) Wohl eine Verdeutschung des Englischen „recomfort", wieder stärken.

Der Fürst fuhr zornig mit den Worten auf: „Ich habe dem Telegraphisten gesagt, ich wolle diesen Abend keine Depesche mehr lesen, das ist nun wohl schon der neunhundert neun und neunzigste Neujahrswunsch heute.“

Der Diener erwiderte: „Der Herr sagte, Durchlaucht hätten befohlen, wenn etwa eine Depesche noch besonders pikant wäre . . .“

Der Fürst lächelte und sagte: „Nun, her damit, ich will 'mal sehen, was der Telegraphist pikant nennt.“

Er las die Depesche und übergab sie dem Legationsrat. Sie lautete: „Herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahr und zur glücklichen Entbindung von einem Ministerium Bennigsen-Forckenbeck. X. Y. Z. in München.“

„Da muß ich doch noch gleich antworten, Bucher, der Glückwunsch kommt von den Nationalliberalen, sogar von denselben, die mir das Faß vom Hofbräuhaus zu Weihnachten geschenkt haben. Sie sind vermutlich noch zu Mitternacht beisammen und würden die sofortige Antwort gewiß bejubeln. Was telegraphieren wir?“

„Depeschieren Sie, Durchlaucht: So weit sind wir noch nicht.“

„Ich werde mich so fassen: Das Kind ist zwar noch nicht zur Welt gekommen, aber ich acceptiere mit Dank den vorzeitigen Glückwunsch.“

Der Fürst entließ den Diener mit den Worten: „Nun aber keine pikante Depesche mehr“, und fuhr gegen den Legationsrat fort: „Wenn es nur kein todtgebornes Kind giebt! Ich hatte mir eigentlich gedacht, die Nationalliberalen wären billiger zu haben. Aber sie sind zähe. Nicht sie wollen meine Geschäftsführer sein, ich soll ganz nach

englischem Brauch ihr geschäftsführender Minister sein. Nun liebt Philipp stolz seine Spanier, so ich meine Nationalliberalen. Wir werden uns schon verständigen. Wenn nur nicht die „Norddeutsche Allgemeine" mit ihrer plumpen Ungeschicklichkeit mir alles verdirbt! Schreibt sie doch, die Nationalliberalen hätten fortan, um sich regierungsfähig zu erweisen, Fühlung mit den Konservativen zu suchen. Ich will die Nationalliberalen, wie sie sind. Sint, ut sunt, aut non sint! Warum lächeln Sie, Bucher?"

„Durchlaucht, wir stehen jetzt in der Stunde, wo in Berlin die Damen die Herren zum Tanz auffordern. Ich will auch 'mal umgekehrte Welt spielen und Durchlaucht kritisieren. Sint, ut sunt, aut non sint! Mir fällt dabei ein, wie Sie manches Mal mit den Nationalliberalen ins Zeug gegangen sind. Es war 1867, im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes, da — doch ich muß mir erst durch den Diener Heinrich IV. von Shakespeare holen lassen, ich kann die Stelle nicht auswendig."

Der Diener brachte den geforderten Band, der Legationsrat las aus einer Rede Percys:

„Doch ich gedenke, als ich nach der Schlacht,
Erschöpft von Mut und äußerster Erregung,
Matt, atemlos mich lehnte auf mein Schwert,
Kam ein gewisser Herr, nett, fein geputzt,
Frisch, wie ein Bräut'gam, sein genährtes Kinn
Sah aus wie Stoppelfeld am Erntefest:
Wie eine Modehändlerin bebalsamt;
Stets lächelt er und schwatzte,
Und als das Kriegsvolk Tote ihm vorbeitrug,
Schalt er sie grobe, sittenlose Buben.
Ich, den die kaltgeword'nen Wunden schmerzten,
Und nun, gereizt von einem Papagei,

In meinem Zorn und meiner Ungeduld,
Antwortete so hin, ich weiß nicht was.

— — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — —

„Diese Worte haben Sie, Durchlaucht, einmal im Reichstage citiert, der Percy waren Sie, und der Papagei . . . .“

„Seien Sie still, Bucher! Was meinen Sie wohl, wenn ich Sie daran erinnerte, daß ich einmal — es war im Oktober 1848 — eine Rede von Ihnen in der Nationalversammlung gehört habe, eine große Lobrede auf die Demokratie, die in Wien „ihr gewaltiges Haupt geschüttelt und das Gewebe der diplomatischen Ränke zerrissen.“ — Diplomatische Ränke, he? Jetzt sind Sie selber Diplomat, und was für einer! Wäre der Posten des auswärtigen Ministers vakant, ich würde ihn Ihnen geben.“

„Durchlaucht, ich bin geschlagen. Jetzt verstehe ich das sint, ut sunt, aut non sint. Gestatten Sie mir nur die Frage: wo bleiben im Bunde mit den nationalliberalen Freihändlern die schönen Anläufe, in denen wir eben zum Schutze der nationalen Industrie begriffen waren? Die „Deutsche Union“ — Durchlaucht lesen Sie ja selber täglich — hat bereits so kühne Hoffnungen auf uns gesetzt.“

„Wenn ich Verbindung mit dem Blatte hätte, würde ich es in diesen Hoffnungen bestärken: Aber wie Moses, muß ich die lebende Generation erst aussterben lassen; ich meine: ich muß den jetzigen Reichstag erst los sein, denn mit dem ist nichts anzufangen, möge nur die Nation einen bessern wählen. Ich freue mich nur, daß die „Union“

meine Pläne im übrigen herzlich bewillkommnet, trotz der augenblicklichen Zurückstellung der größten und dringendsten Aufgabe unseres Wirtschaftslebens, nämlich der Abwehr der alles erdrückenden ausländischen Konkurrenz." —

„Noch Eines, Durchlaucht, warum wird in den verschiedenen Sternbildern von neuen Ministernamen der Name Lasker niemals erwähnt?"

„Den kann ich außerhalb des Kabinets besser gebrauchen. Zum Minister fehlt ihm das Maß .... ich meine, das körperliche Maß. Sehen Sie, wenn wir bei Majestät Ministerkonseil haben, da giebt es so tiefe Stühle, daß Lasker darin versinken würde .... es fehlt ihm auch noch ein anderes Maß. Ich meine das politische. Laskers Verdienste um die nationale Sache würdigt niemand wie ich; seinen Mut in der Stunde der Gefahr habe ich wirklich erprobt, das ist nicht der Mut der Mamelucken, wie die Herren v. Saucken-Tarputschen, Hänel, Träger und Genossen ihn haben, das ist der Mut der Selbstverleugnung. Aber er dient mir, um mit Göthe zu sprechen, doch nur verworren. Sein unruhiger Geist und sein formaler Rechtsboden führen ihn oft irre. Die schlimmsten Krisen hat er gerade herbeigeführt, und wenn dann der Wagen in dem Dreck stak, dann wurde Bennigsen vorgespannt. Der mußte zur Krise den versöhnenden Epilog sprechen und die Sache war wieder gut. So ist es gegangen seit dem konstituierenden Reichstage, als an der Diätenfrage die Neugestaltung des Deutschen Reiches zu scheitern drohte. Ich gestehe, ich habe noch nie einen Demissionsgedanken gehabt, zu dem nicht Lasker den ersten

Anlaß gegeben hätte. Aber ich komme auf Göthes Worte zurück:

Wenn er mir jetzt auch nur verworren dient,
So werd' ich ihn bald in die Klarheit führen.
Weiß doch der Gärtner, wenn das Bäumchen grünt,
Daß Blüth' und Frucht die künft'gen Jahre zieren.

Lasker soll, wenn erst seine politischen Freunde mich im Kabinet stützen, den korrespondierenden sichern und festen Stützpunkt im Reichstage bilden, was er bisher noch nicht war, und wo er mir mehr nützt, als im Ministerium. Er muß nur erst zu der nötigen Klarheit kommen. Er muß den Mut der Selbstverleugnung und der politischen Meinung nicht erst für die dritten Lesungen versparen, er soll ihn schon in der ersten Debatte zeigen. . . . Ich fordere den mephistophelischen Fortschritt mit den Worten heraus:

Zieh diesen Geist von seinem Urquell ab,
Und führ' ihn, kannst Du ihn erfassen,
Auf Deinem Wege mit hinab,
Und steh' beschämt, wenn Du bekennen mußt:
Ein guter Mensch in seinem dunkeln Drange
Ist sich des rechten Weges wohl bewußt.

In diesem Augenblicke schlug die Stutzuhr auf dem Kamin-Gesims zwölf Uhr. Beide Männer ergriffen das Glas zum „Profit Neujahr." Sie stießen heftig an, indem der Fürst ausrief: „Auf gute Sauhatz im neuen Jahr."

* * *

Das war der Sylvesterabend von Varzin, wie er den Berlinern und andern Deutschen in der Nacht vom Jahre 1877 auf 1878 nach schwerem Punschgenuß im Traume erschien. Ein wüster Traum! Man sollte bald daraus sehr nüchtern erwachen. Zwar wurde der Finanzminister

Camphausen von den Liberalen, um sich Platz zu machen, abgeschlachtet — ein Ausdruck, den zuerst mit Bezug auf denselben Minister der Verfasser der Aera-Artikel gebraucht hatte — aber der vakante Platz ging den Liberalen verloren; bald sollte auch Falk weichen und die Ministersessel wurden, während die Niederlage der Konservativen die Hoffnung auf die Berufung der Liberalen an das Staatsruder erweckt hatte, nichtsdestoweniger von Mitgliedern der sogenannten Reaktion besetzt, in deren Bannkreise wir uns noch heute befinden. So zerrann die Hoffnung, die Bismarck selber hegte, und die die Sylvesternacht von Varzin uns offenbart hat, die Hoffnung nämlich, daß eine neue liberale Aera sich mit dem Jahre 1878 eröffnen würde.

# Hoffeste und Parlamentsabende.

Die vornehme Gesellschaft Berlins hat wenig Häuser, in denen sich ein reges geselliges Leben in großem Style entfalten könnte. Viele Familien von Rang und gerade die reichsten der Monarchie halten sich aus Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen, von Berlin fern. Für Fremde mit großen Mitteln ist die deutsche Reichshauptstadt auch noch kein Anziehungspunkt geworden, und so beschränkt sich das gesellschaftliche Leben Berlins auf den Hof, die Botschaften und kleinere Kreise.

Zur Zeit hat Berlin Coterien aber keine Gesellschaft. Diese kann sich nur auf der Grundlage eines lebendigen, öffentlichen Organismus, aus der Fülle politischen Lebens aufbauen, und darin sind wir noch zu neu, noch zu sehr verwachsen mit dem veralteten Begriffe, daß das Parquet die Gesellschaft macht, während doch umgekehrt das Ver-

hältnis ein richtiges sein würde. Und doch besitzt kaum eine andere Hauptstadt der Welt mehr Elemente zu einer Gesellschaft d. h. zu einem durch das Band edler Sitte vereinigten geselligen Zusammenstehen aller zum öffentlichen Leben der Nation gehörigen Spitzen, als gerade die Metropole Deutschlands. Es haften uns jedoch noch so viele Eierschalen unserer früheren kastenartig gegliederten gesellschaftlichen Zustände an, daß wir jetzt von dem angedeuteten Endziele noch etwas entfernt sind.

So weit wir Deutsche es auch in der Politik gebracht haben, so machtgebietend wir dem Auslande gegenüber dastehen, so klein sind wir in gesellschaftlicher Anschauung geblieben, besonders im deutschen Norden. Das Philistertum sitzt uns noch zu tief in den Knochen, und vor Frack und weißer Binde empfinden wir noch ein Grauen, wie der Gottseibeiuns vor dem Pentagramm.

Das Haus der regierenden Familie, der königliche Hof, hat auch darin das Wesen der Zeit verstanden, daß er den Begriff der Gesellschaft, der in früheren Zeiten so eng begrenzt war, erweitert hat. Schon lange vor unseren großen, deutschen Erfolgen ward am preußischen Hofe die Notwendigkeit erkannt, den Hof über die gesellschaftlichen Kreise hinaus, welche dazu durch Überlieferung und Bestimmungen berechtigt waren, zum Vereinigungspunkt aller derer zu machen, die im nationalen öffentlichen Leben Stimme, Geltung und Ansehen haben. Kein anderer Hof des europäischen Festlandes von der Größe und der Bedeutung des Berliner Hofes hat in dieser Beziehung so liberalen Grundsätzen gehuldigt, wie gerade der preußische. Mit den erweiterten Machtverhältnissen Preußens haben diese immer

gleichen Schritt gehalten, ohne daß derselbe an Glanz und Würde dabei eingebüßt hätte. —

Nach althergebrachter Weise wird die Reihe der Hoffestlichkeiten mit der Cour der Königin officiell eröffnet. Im Rittersaale des Königlichen Schlosses am Lustgarten wird die eigentliche große Cour abgehalten, im Weißen Saale das der Cour folgende Hofkonzert. Während der ersten zwanzig Jahre der Regierung König Wilhelms hielten Ihre Majestäten eine Sprechcour ab; sie durchschritten vom Rittersaal ab alle Räume, in denen die courfähigen Personen sich je nach ihrem Range aufgestellt hatten, nahmen Vorstellungen an und führten Konversation mit der anwesenden Gesellschaft. In den darauf folgenden Jahren aber hielten Ihre Majestäten nur im Rittersaale beim diplomatischen Corps eine Sprechcour ab und nahmen dann in der Rothen Adler- und Drapd'or Kammer die Vorstellung der noch nicht präsentierten Personen entgegen, worauf die andere Gesellschaft vor dem Throne im Rittersaal vorbeidefilierte. 1884 und 1885 war Se. Majestät der Kaiser durch Unwohlsein verhindert, an der Seite seiner erlauchten Gemahlin zu der Feierlichkeit zu erscheinen. 1886 trat das Kaiserpaar zur allgemeinen Freude seinen Gästen wieder vereint in liebenswürdigster und herablassendster Weise entgegen. Der Kaiser trug den großen militärischen Parade-Anzug; die Kaiserin erschien in großer Courschleppe von Goldstoff mit Zobel besetzt über einem Unterkleid von weißem Atlas, das mit echten Brüsseler Spitzen garniert war; dazwischen glänzten Goldstreifen mit Brillanten; die ebenfalls aus Goldstoff gefertigte Taille war auch mit Zobel eingefaßt und mit Brillanten besetzt. Die Schleppe

war dieselbe, welche die hohe Frau am Tage der goldenen Hochzeit getragen. Dazu hatte Allerhöchstdieselbe einen reichen Brillantschmuck angelegt, der für diesen festlichen Empfang zum großen Teil aus dem Kronschmuck bestand, und zwar aus jenem Diadem, welches einst die Stirn der Königin Luise geziert hatte, und hinter dem sich weiße Federn über das Haar legten. In der nächsten Umgebung des Thrones, rechts und links von demselben, standen die Angehörigen der königlichen Familie, an welche sich der gesamte Hofstaat anreihte, an dessen Spitze der Oberstkämmerer Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode. Dem Throne gegenüber stand der Ober-Ceremonienmeister Graf Eulenburg mit dem Stabe, um die Cour zu leiten. Zuerst trat das diplomatische Corps, Damen und Herren, in den Rittersaal ein. Die Chefs der Botschaften und die anwesenden Botschafterinnen, sowie die Chefs der anderen Legationen und deren Gemahlinnen stellten die betreffenden Herren und Damen ihres Botschaftspersonals vor.

Nach diesen Vorstellungen begann für das diplomatische Corps die Defilier-Cour in der üblichen Reihenfolge und nach den verschiedenen Rangklassen; zuerst die Damen, dann die Herren. Hierauf wurden durch die Oberhofmeisterin Gräfin Perponcher eine Reihe inländischer Damen, durch den Oberstkämmerer Grafen Stolberg eine große Anzahl Herren vorgestellt. Das Defilieren dauerte ungefähr eine Stunde. Die Damen erschienen mit entfalteter Courschleppe und brachten durch tiefe Verneigungen ihren Throngruß dar. Bis hinüber nach der Seite des Schloßplatzes waren die Gemächer von der Gesellschaft eingenommen.

Nach Beendigung der Defilier-Cour hatte sich die Kaiserin zurückgezogen und übergab der Frau Kronprinzessin die Aufgabe, sie für den übrigen Teil des Abends zu vertreten. Um neuneinviertel Uhr erfolgte unter Vortritt des großen Hofstaates der Majestäten der Eintritt in den Weißen Saal. In der zu passierenden Bildergalerie standen die Offizierkorps der Garde-Regimenter nach ihrer Anciennität. Einen vollen Überblick über die ganze Courgesellschaft gewinnt man erst hier im Weißen Saal, wo sie in allen Kategorien versammelt ist. Die Kronprinzessin führend, machte der Kaiser nach seinem Eintritt zunächst Halt, um die Gesellschaft zu begrüßen, und nahm dann auf dem Hautpas Platz. Die Frau Kronprinzessin, ihrem Schwiegervater zur Seite, erschien in einer Robe von weißem Damast, die kostbare Schleppe mit weißem Schwan besetzt, weiße Federn und Brillantdiadem als Kopfschmuck und Brillanten als Collier. Das einzige Farbige an der Toilette waren die Ordensbänder an der linken Schulter. Zur Rechten der Kronprinzessin saß Prinz Wilhelm in der Parade-Uniform der Gardehusaren, neben ihm seine Schwester, die Erbprinzessin von Meiningen, welche über einem weißen Atlaskleide jene prächtige Schleppe aus drap d'argent angelegt hatte, deren Rand eine breite goldgestickte Guirlande und Bouquets aus Goldblumen umsäumen. Diese Schleppe ist ein Erbstück der herzoglich Sachsen-Meiningenschen Familie ebenso wie das Diadem, welches das Haupt der jungen Fürstin, und eine Rivière von Brillanten mit herabhängenden Medaillons und Herzen, welche ihren Hals schmückte. Neben ihr hatten Prinz Heinrich in Marine-Uniform und Prinz Alexander ihre Plätze. Neben dem

Kaiser zur Linken, zwischen diesem und dem Kronprinzen, saß die Prinzessin Wilhelm, welche nach ihrer jüngsten Krankheit zum ersten Male wieder am Hofe erschien. Die hier beglaubigten Botschafter und deren Gemahlinnen saßen dem Hofe gegenüber. In der nächsten Reihe hinter den Botschaftern saßen die landsässigen Fürstinnen, weiterhin die Excellenzen Damen, die Minister vollzählig und das diplomatische Corps, das sich bis an das Podium für das Orchester zog, unter welchem, den Botschaftern zur Seite, Unterstaatssekretär Graf Herbert Bismarck saß. Am Eingange zur Bildergalerie sah man die Herzöge von Ratibor und Sagan, die Prinzen F. Radziwill und Biron v. Curland und die Generalität. Nachdem die hohen Herrschaften sich auf ihren Plätzen niedergelassen hatten, begann das von Taubert geleitete Concert. —

Während die besten Gesangskräfte der königlichen Oper, begleitet von der ausgezeichneten Kapelle den ersten Teil des Programms mit gewohnter Bravour ausführen, wollen wir uns den alten Herrn am Kapellmeisterpult etwas näher betrachten.

Wilhelm Taubert, Königlicher Ober-Hof-Kapellmeister, Mitglied des Senats der Königlichen Akademie der Künste, seit Dezennien der Leiter der Hofkonzerte, ist eine Persönlichkeit, die bei der Beschreibung des Berliner Hofes nicht unerwähnt bleiben darf. Seine liebenswürdigen Kompositionen haben ihn weit berühmt gemacht; durch die von ihm begründeten Sinfoniesoireen im Königlichen Opernhause hat er sich dauernde Verdienste um die klassische Musik erworben. Einer der ständigen Besucher dieser Konzerte, in denen sich die geistige Aristokratie Berlins vereinigt, ist

Adolph Menzel. — Kurz nachdem Taubert von der Leitung der Sinfonie-Soireen geschieden war, warf den alten Herrn eine lebensgefährliche Krankheit schwer darnieder, von der er sich jedoch soweit wieder erholt hat, daß er, wie wir sehen, im Januar 1886 wieder, die Brust mit seinen Orden bedeckt, das Hofkonzert, welches der Cour der Königin folgte, dirigieren konnte. Der am Vormittag abgehaltenen Generalprobe unter Tauberts Leitung wohnte Ihre Majestät die Kaiserin bei. In ihrer mütterlich besorgten Weise bat sie den wiedergenesenen Kapellmeister, doch sitzend zu dirigieren, sobald ihn das Stehen angreife. Als Taubert der Majestät von der Fürsorge sprach, mit der ihn seine Töchter vor jedem Luftzug bewahrten und stets Halstücher und Shawls zur Hand hätten ihn zu schützen, zeigte die Kaiserin lächelnd auf die Gräfin Hacke und sagte in dem ihr eigenen Flüsterton: da geht es Ihnen ja gerade wie mir, lieber Kapellmeister, die gute Gräfin läßt mich auch keinen Augenblick aus den Augen und wehrt jedem rauhen Lüftchen den Zutritt.

Taubert ist es, dem der Ausspruch in den Mund gelegt wird, der Wagnersche Lohengrin sei eine hübsche Dichtung, der man nur einen tüchtigen Komponisten wünschen könne. Diese Äußerung charakterisiert jedenfalls treffend die klassische, dem Wagnerkultus abholde Richtung Tauberts.

Doch die Musik verstummt und wir müssen unsere Aufmerksamkeit wieder der erlauchten Gesellschaft zuwenden.

Der Kaiser hält in der nun beginnenden Pause Cercle, denselben bei den Botschafterinnen beginnend. Allgemeine lebhafte Freude erregte das frische Aussehen des Monarchen, der, ungemein rüstig, in ununterbrochener Unterhaltung

fast eine Viertelstunde lang die Runde machte, schließlich auch den Sängern sein Lob spendete, und Herrn Taubert lange und innig die Hand schüttelte. Dem Beispiele des Kaisers folgten die Kronprinzessin und der Kronprinz; letzterer unterhielt sich mit dem russischen Botschafter, während seine Gemahlin ein Gespräch mit dem Grafen Herbert Bismarck führte.

Der zweite Teil der Musikaufführungen reihte sich nun an; gegen halb elf Uhr zog sich der Kaiser mit dem Hofe zurück und schloß damit das glänzende Fest, das die Ouvertüre der Hoffeste genannt werden kann, sowohl, weil es den Reigen derselben beginnt, als seines musikalischen Charakters wegen. —

Wenn vielerfahrene Leute erzählen, daß an keinem Hofe Europas Feste von ähnlicher Pracht gefeiert werden, wie an dem Berliner, wollen wir es gerne glauben. Unser Hohenzollernschloß an der Spree birgt eine Fülle architektonischer und dekorativer Schönheit, von der wir auf den flüchtigen Führungen durch einen kleinen Teil der Prachtgemächer nicht die entsprechende Vorstellung gewinnen und welche erst in dem Strahlenmeer vieler tausend Kerzen zur vollen Geltung kommt. Vieles trägt dazu bei, diesen Eindruck königlicher Pracht für denjenigen, der zum ersten Male eine der großen Hoffestlichkeiten mitmacht, zur höchsten Ueberraschung zu steigern. Mächtig und ernst liegt der weit ausgedehnte Würfel des Schlosses da, die hellerleuchteten Fensterreihen vermögen nicht, ihm den Charakter düsterer Größe zu nehmen. Langsam schiebt sich die Wagenreihe der mehr als tausend Gäste, welche nicht zu den eigentlichen Hofkreisen gehören, die Linden und

die Schloßfreiheit entlang. Die großen Portale des Triumphbogens sind geöffnet, Schutzleute und Wachen regeln mit schneidigem Anruf den Verkehr, der sich mühsam durch die hohen Bogen schiebt. Alles ist kalt und trübe, die wenigen Gasflammen werfen kaum einen flackernden Schein bis zu den Kapitälen der Säulen.

In dem großen Hofe dasselbe Bild, die Wagenreihen rollen langsam ab, Diener in schweren Pelzen laufen hin und her, einzelne Offiziere huschen in langen Mänteln zwischen den Wagen hindurch, alles landet an einer kleinen, nur matt beleuchteten Thür. Die Mäntel bleiben unten, und man beginnt auf den mit roten Teppichen belegten Stufen die Reise nach oben.

Umgekehrt wie bei anderen Bergbelustigungen wird es oben allmählich wärmer, die Vegetation wird üppiger, die Teppiche reicher. Noch ein Weg durch Vorzimmer aller Art, wieder öffnet sich eine Thür und nun tritt man mittenhinein in das farbenglühendste Bild, das sich menschliche Phantasie ausmalen kann.

Die Obersten-Hof-, die Ober-Hof- und die Hofchargen, die General-Adjutanten, Generäle à la suite und die Flügeladjutanten haben sich bereits im Königs-Zimmer versammelt, während die Damen in die boisierte Gallerie eingetreten sind. Schon vorher haben sich die Fürstlichkeiten, das diplomatische Corps, die Excellenzen und die tanzenden Herren im Weißen Saale eingefunden; die noch vorzustellenden Damen und Herren im Königinnen-Gemach; die Generalmajors und Räte erster Klasse im Ausbau der Bildergallerie; die Bevollmächtigten zum Bundesrate, die Mitglieder des Reichstages und der beiden Häuser des

Landtages in der neben dem Ausbau belegenen ersten Hälfte der Bildergallerie und schließlich alle anderen geladenen Herren in dem nach dem Kapitelsaale zu belegenen Teile der Bildergallerie. Der Kronprinz und die Kronprinzessin, sowie die Königlichen Prinzen und Prinzessinnen haben sich im Kurfürstenzimmer versammelt.

Wenn man in diesen Sälen von Pracht und Glanz spricht, so denke man nicht an den Glanz, den die Kunst des Augenblicks bei den schönsten Festen unserer Bühne oder unserer Künstler hervorzaubert. Hier ist die Pracht der Jahrhunderte, dieses Metall hat den Edelrost angesetzt, der alles Schreiende und Störende hinwegnimmt und nur das wahrhaft Wertvolle und Dauernde in köstlicher Einheit zusammenschmilzt.

Bunt durcheinander gewürfelt und doch von hoher historischer Bedeutung, wie die Gesellschaft selbst, die sich in der Bildergallerie zu versammeln pflegt, ist die Sammlung der Gemälde, welche diese Wände zieren. Sind doch viele der hier durch die Kunst Verewigten einst leibhaftig in diesen Sälen umhergewandelt! Die sprechend ähnlichen Portraits der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, des Dichters Tieck, des Bildhauers Rauch, der Schriftstellerin Henriette von Paalzow sind eben so viele Zeugen des lebhaften geistigen Verkehrs, der hier unter dem geistreichen Romantiker geherrscht. Die Krönung Wilhelms I. in Königsberg von Adolf Menzels markiger Hand leitet uns entsprechend und würdig in die große Zeit hinüber, der wir anzugehören das Glück haben. Aber auch die ältere Geschichte belebt sich für uns durch die Kunstwerke der Gallerie, die zu betrachten wir auf dem Balle vor Erschei-

nen des Hofes genügende Muße finden. Von dem herrlichen, sympathischen Bilde von David, das den großen Napoleon auf bäumendem Rosse beim Übergang über die Alpen darstellt, müssen wir uns endlich trennen, denn die „lebendige Volksgeschichte“, die sich in dem Saale immer bunter tummelt, heischt unsere ganze Aufmerksamkeit.

Und welch' eine Versammlung füllt diese Räume!

Zunächst sieht man nur Uniformen. Ganze Gruppen von jungen Offizieren bezeichnen den Charakter des Ballfestes; die Auszeichnung, welcher sie sich erfreuen, ist vielleicht die beneidenswerteste: Jugend und männliche Schönheit, gehoben durch den Glanz der Galauniformen. Kein Land der Welt hat ein solches Aufgebot kraftstrotzender männlicher Jugend, wie das unsere, und ihre Erscheinung giebt zumeist den Hofbällen diesen Charakter unverwüstlicher Jugendfrische. Uniformen wohin man sieht. Hier ist endlich einmal eine Gruppe von Herren in schwarzem Frack, die goldenen Amtsketten bezeichnen sie als Magistrat und Stadtverordnete. Die Universität trägt Talare von verschiedener Farbe, je nach den Fakultäten. Im Frack erscheinen meist nur Künstler, Männer der Wissenschaft und die Mitglieder des Landtages; aber auch von diesen haben viele ein Recht an eine Uniform, die hier zur Pflicht wird.

Jetzt kommt Bewegung in die Massen, die Marschälle halten eine Gasse frei; von der Hofgesellschaft, welche mit ihren Damen kommt, beginnen die Ersten den Saal zu passieren, an dessen unterem Ende sie eintreten. In strahlender Beleuchtung schreiten die Damen in feierlichem Gange die unabsehbare Gallerie entlang, bewundert von den vielen hundert Männeraugen, die sich nicht genug an der „Schön-

heit in Bewegung" — wie Winckelmann die Grazie definiert — weiden können.

Immer lebendiger und reicher wird dieser Zug, in welchem zum hoffähigen Adel sich in größter Vollzähligkeit das Personal aller Gesandtschaften gesellt und nimmt dann Aufstellung im Weißen Saale. Jetzt vernimmt man in der Gallerie leichte Schläge. Die Hofmarschälle stoßen ihre mit goldenen Kronen besetzten langen Stäbe auf: der Hof erscheint. Vorweg die Pagen, junge Edelleute aus der Kadettenanstalt, in der Tracht der alten brandenburgischen Zeit aus dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts: rote Röcke, reichbesetzte Kniehosen, weiße Spitzenkravatten, ein schwarzer Sammethut mit weißen Federn, die Haare, welche für diese Tracht leider nur zu militärisch kurz sind, nach Möglichkeit gekräuselt. Dann eine Schaar von Großwürdenträgern des Hofes. Eine Bewegung, die durch den ganzen Saal geht, verkündet das Nahen der Königlichen Familie, welche jetzt, huldvoll grüßend, die Gallerie entlang schreitet. Die Hofstaaten, Adjutanten und andere Würdenträger folgen; hinter dem Zuge schließen sich die Wogen der Gäste, uud Alles strömt heran, um womöglich noch Zugang zum Weißen Saale zu gewinnen, in dem der eigentliche Ball stattfindet.

Die Hofbälle, wie sie heute gefeiert werden, haben erst unter Friedrich Wilhelm IV. begonnen. Sein Vater bevorzugte, seiner Sinnesart gemäß, die kleineren Festlichkeiten, welche er in seinem Palais abzuhalten liebte. Der Weiße Saal, welcher den Abschluß der Festräume des Hofes bildet, war beim Tode Friedrichs I. unvollendet geblieben, und hat weit über ein Jahrhundert in seinem unfertigen

Zustande verharrt. Erst Friedrich Wilhelm IV. ließ ihn ausbauen.

Unter Friedrich Wilhelm IV. wurde an der Hoffähigkeit und der Uniform streng festgehalten. Die wenigen Personen, welche hoffähig waren, ohne eine Uniform zu besitzen, legten das Surrogat einer solchen an, einen Frack und Stehkragen, Eskarpins und Degen. Auch die Mitglieder der Landesvertretung erschienen nur, soweit sie über eine Uniform verfügten, und nur die Frage, ob es zulässig sei, die alte landschaftliche Uniform, das nach Verschiedenheit der Provinzen in verschiedenen Farben prangende Kleid der Rittergutsbesitzer anzulegen, hat zu jener Zeit in altliberalen Gemütern ernsthaft konstitutionelle Bedenken erregt.

Unter der neuen Aera vollzog sich in der Pragmatik des Hofmarschallamtes geräuschlos eine tiefeingreifende Umgestaltung, welche den Herren des alten Stils schwer genug angekommen sein mag. Die Hofansage, welche bis dahin vorgeschrieben hatte, daß die Herren, welche eine Uniform zu tragen berechtigt sind, in Uniform zu erscheinen haben, wurde stillschweigend dahin abgeändert, daß diejenigen Herren, welche sich eine Uniform angeschafft haben, dieselbe tragen. Seitdem hat der schwarze Frack und die ordensleere Brust aufgehört eine auffällige Erscheinung bei diesen Festen zu sein. Nicht allein die Mitglieder des Reichstages und des Landtages, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, des Ältestenkollegiums der Kaufmannschaft, sondern auch solche Männer werden eingeladen, denen zwar der Adelsbrief des Geistes, aber keine offizielle Stellung zur Seite steht. An jedem Abend findet man eine Anzahl der berühmtesten Künstler, wie Adolf

Menzel, Bleibtreu, Siemering u. A. m. Der erstgenannte unter diesen hat dafür gesorgt, daß auch spätere Jahrhunderte ihr Auge daran erfreuen können, wie es an dem Hofe des Wiederherstellers des deutschen Reiches hergegangen. Die Scenen, die er geschildert hat, sind Muster nicht allein herzgewinnenden Humors, sondern auch realistischer Treue. So wie er es gezeichnet hat, geht es an den Buffets zu.

So verschieden ein Ball an diesem Königshofe, an dem nach guten alten Sitten der Stab des Ceremonienmeisters widerspruchslos herrscht und alle Akte und Scenen regelt, von jener entarteten Gattung ist, die Paris, Rom und andere Hauptstädte der alten, neuen und neuesten Geschichte gesehen haben, wo alle diese Bande frommer Scheu sich längst gelöst haben, so abenteuerlich ist auch der Kontrast bei uns zwischen der ersten Hälfte der Nacht und der zweiten, sobald das Signal zum Ballsouper gegeben ist.

Die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften allein nehmen das ihnen servierte Souper in besonderen Räumen an gedeckten Tafeln ein. Die übrige, nach Tausenden zählende Gesellschaft eilt zu den Buffets — und mit einem Schlage ist die heilige Ordnung gesprengt, sind die Säle, welche so lange den Schauplatz der sich nach dem strengsten Gesetz der Etiquette und des Hofceremoniells vollziehenden Scenen bildeten, dem Chaos überliefert. Die Sitte des Buffets hat sich ja längst auch bei unsern Privat-Soireen eingebürgert und hat das Souper an gedeckter Tafel mit aufgetragenen, regelrechten Gängen mehr und mehr aus unsern Sitten verdrängt. Aber das Alles, was sich bei einem solchen Anlaß in einem Privat-Salon beobachten läßt, ist doch nur wie ein schwacher, zahmer Abglanz und

Schatten dessen, was das Buffetsouper bei einem großen Hofball mit mehreren Tausend eingeladenen Gästen zeigt. Dort fehlt es doch nur selten an gedeckten Tischen, an denen man sich in kleineren Gruppen niederläßt, wo die Kavaliere aus dem Gewühl des Kampfes die für ihre Damen glücklich eroberte, erwünschte Beute niedersetzen, die sie in einiger Ruhe verzehren können.

Nichts von alledem bei einem solchen Hofballe; die einzigen Tische für die Assietten, über die Jeder und Jede hier zu verfügen hat, sind die eigenen Hände, der Schooß, im günstigsten Falle einmal ein Kamin- oder Fenstersims, eine Spiegelkonsole, ein Eckchen der Marmorplatte einer prächtigen Rokoko-Kommode. Wo bleiben da alle die schönen ob auch längst in Fleisch und Blut übergegangenen Regeln des gentlemanliken Verhaltens beim Essen! Wie ist da rechter Hand, linker Hand alles vertauscht, Messer, Gabel, Löffel ihrer eigentlichen Bestimmung entfremdet und zu unerhörten Zwecken benutzt! Dahin ist die feierliche Amtswürde, der steifgefrorene Anstand, die submisse Devotion, die dienstliche Strammheit, die militärische Disciplin der Herren; oft genug selbst die Eleganz, die bezaubernde Grazie, die stolze Hoheit der Damen auch des blauesten Blutes. Und nun die langen Buffets selbst — wie wogt und tobt dort das Gedränge der Männer, von denen keiner mehr die Rücksicht weder auf die Füße noch auf die Schultern und Rücken seiner Vor- und Nebenmenschen kennt, jene mitleidslos mit den eignen Hacken zertritt, über diese, von der Menschenflut hin- und hergeworfen, volle Sektgläser entleert.

Seit den ersten Zeiten des preußischen Königtums hat sich die Sitte in der preußischen Hauptstadt eingebürgert, die großen Hoffeste und größeren offiziellen Feierlichkeiten bei den fremden Botschaftern und Würdenträgern des Staates in die ersten Monate des Jahres bis zum Eintritt der Fastenzeit zu verlegen. Das von den höheren Gesellschaftskreisen gegebene Beispiel hat sich allmählich in immer weitere Kreise verpflanzt, und so hat Berlin seinen Karneval erhalten, in welchem fast jeder Tag größere Festlichkeiten bringt.

In engeren Kreisen beginnt aber eine größere Lebhaftigkeit schon mit der Rückkehr der Kaiserin aus ihren Herbstaufenthalten in Baden-Baden und in Koblenz. Für Ihre Majestät ist die Rückkehr in das Palais zum Beginn der Winterszeit zugleich die Rückkehr in den Kreis der von ihr als Pflichten ihrer hohen Stellung erkannten Gepflogenheiten. Mit der Anwesenheit der Kaiserlichen Hausfrau wird die Bewegung in dem Palais und um dasselbe eine regere. Das einsame Leben, welches der Kaiserliche Gemahl in der Zeit von seiner Rückkehr von den Sommer- und Herbst-Ausflügen bis zur Ankunft der Kaiserin geführt hat, hört auf, sobald die Räume der ersten Etage wieder im Kerzenglanz strahlen. Die Kaiserin ist wieder inmitten der Mitglieder der Kaiserlichen Familie und der Anforderungen, die sie als weibliches Haupt derselben erfüllt, wieder in Mitte ihrer Berufsthätigkeit, der Werke der Barmherzigkeit; der Turnus der Empfänge, der Audienzen, und jene Gastlichkeit des Hofes beginnt wieder, welche durch so langjährige Übung die Festigkeit eines allerdings durch ganz Europa gerühmten Hofbrauches gewonnen hat. Denn kein

anderer europäischer Hof übt eine Hospitalität wie der Berliner Hof, nnd diesen zum Mittelpunkt einer Gesellschaft für Alles zu machen, was im Staate sich durch Verdienst, Rang und Geburt auszeichnet — das war von jeher ein Prinzip der Kaiserin. Zunächst geht das Denken der erlauchten Frau auf die Sorge für Alles, was den Kaiserlichen Gemahl umgiebt, was seinem körperlichen Wohle, seiner Bequemlichkeit oder Annehmlichkeit nur immer dienen kann. So ist der Tag der Kaiserin von dem Momente an, wo sie den Morgengruß des Kaisers empfängt, bis zur Trennung nach dem Thee, zu welchem sich Ihre Majestät in die Parterreräume des Palais begiebt, mit der Ausübung aller jener Obliegenheiten erfüllt, welche die Kaiserin von jeher nach den verschiedensten Richtungen hin als Dienst der Krone betrachtet hat.

Wer bei der Cour der Majestäten, wie auf den Hofbällen, aber auch bei allen anderen Hoffestlichkeiten, bei Galadiners, selbst solchen, die den höchsten Souveränen befreundeter Nachbarstaaten zu Ehren gegeben werden, schon lange durch seine Abwesenheit glänzt — ist der Reichskanzler. Die Funktionen, die ihm als Minister bei solchen Gelegenheiten obliegen, hat er dem Unterstaatssekretär übertragen. Dieser führt bei der Cour das diplomatische Korps in den Weißen Saal, er befindet sich auf den Hofbällen bei der Tournee der Majestäten, die beim diplomatischen Korps beginnt, an der Spitze desselben.

Nach 1871 wohnte Fürst Bismarck der Antrittsaudienz des französischen Botschafters Graf Gontaut-Biron bei. Auch bei solcher Gelegenheit vertritt jetzt der Unterstaatssekretär den Minister. Zur Antrittsaudienz bei

dem Kaiser meldet sich ein neuer Botschafter beim Reichskanzler, als dem Minister des Auswärtigen, der seinerseits den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte mit Wahrnehmung der Modalitäten beauftragt: mit dem Vortrag beim Kaiser, mit der Mitteilung an den Botschafter in betreff des Tages und der Stunde, wo das Oberhaupt des Staates ihn empfangen will. Zugleich giebt das Auswärtige Amt dem Ober-Ceremonienmeister davon Kenntnis, welcher seinerseits den Introdukteur des Ambassadeurs benachrichtigt, und dieser wieder teilt dem Vertreter der fremden Macht mit, daß eine halbe Stunde vor der zur Audienz angesetzten Zeit königliche Galawagen bereit seien, ihn und sein Gefolge nach dem Palais zu führen. Gewöhnlich sind es drei zweispännige Galawagen, in deren mittelstem der Botschafter selbst fährt; ihm gegenüber sitzt ein Ceremonienmeister. Alle Wachen, welche der Botschafter passiert, treten vor ihm ins Gewehr. Beim Eintritt in das Vestibul des Palais gehen dem Botschafter zwei Hofcouriere entgegen; am Fuß der Treppenstufen, die zur Halle vor den Wohnräumen des Kaisers führen, erwartet ihn ein Ceremonienmeister; am Eingange zu den Gemächern empfangen ihn der Chef des Palais und der Ober-Ceremonienmeister und geleiten ihn nach den Gemächern, wo der Vertreter des auswärtigen Amtes, ein General-Adjutant und zwei Flügel-Adjutanten zum Empfange des Botschafters anwesend sind. Der Flügel-Adjutant vom Dienst macht die Meldung an den Kaiser. Alsbald öffnen sich 'die Flügelthüren des Vorzimmers und darauf diejenigen des Empfangsaales, in welchen der Botschafter vom Ober-Ceremonienmeister und dem Vertreter des auswärtigen Amtes vor den Kaiser

geleitet wird. Der Monarch empfängt persönliche Vertreter des fremden Souveräns unbedeckten Hauptes; der Ober-Ceremonienmeister kehrt in das Vorgemach zurück, in welches unterdeß das Gefolge des Botschafters eingetreten ist; die Thüren des Audienzzimmers werden geschlossen; bei dem Kaiser sind nur der Botschafter und der Vertreter des Auswärtigen Amtes anwesend. Letzterer hört die Ansprache des Diplomaten sowie die Antwort des Monarchen und nimmt dann aus den Händen des Kaisers das vom Ambassadeur überreichte Beglaubigungsschreiben entgegen. Hierauf bittet der fremde Vertreter um die Gnade, sein Gefolge vorstellen zu dürfen, tritt dann bis an die Thür, welche von außen geöffnet wird, und führt die Mitglieder der Botschaft beim Kaiser ein.

Zur Audienz bei der Kaiserin-Königin wendet sich der Botschafter durch das Auswärtige Amt an den Oberhofmeister der Kaiserin. An der Treppe wird derselbe von einem Kammerherrn der Kaiserin in den Balkonsaal geführt und dann auf erfolgte Meldung vor die Kaiserin geleitet, welche ihn umgeben von ihrem Hofstaat stehend empfängt und später auch die Vorstellung des Gefolges annimmt.

Bevor der Turnus der Hof-Festlichkeiten mit der Cour beginnt, bei welcher Ihre Majestäten das diplomatische Corps empfangen, hat es sich als ein feststehender Brauch etabliert, daß kurz vor den Weihnachtstagen Ihre Majestäten die Botschafter und deren Gemahlinnen zur Tafel bei sich sehen. Das ist auch im Jahre 1885 der Fall gewesen. Das Diner fand in dem blauen Speisesaal des Palais statt. In dem Kreise der sechs Botschafter waren Sir Edward Malet, Graf Schuwalow und Tewfik Bey bei

dieser Gelegenheit neue Erscheinungen an der Tafel der Majestäten. So war auch Gräfin Schuwalow neu in den Kreis der Gemahlinnen der Botschafter getreten. Baronin de Courcel befand sich, ihre Niederkunft erwartend, in Paris. Beim Gang zur Tafel aus den Gemächern Ihrer Majestät giebt die Kaiserin dem nach seinem Kreditiv ältesten Botschafter den Arm; in diesem Falle war es Graf Launay; der Kaiser hatte die Gräfin Szechenyi geführt und nahm den Platz zwischen ihr und der Gräfin Schuwalow ein. Außer dem engeren Hofe Ihrer Majestäten nahmen au der Tafel noch teil der Feldmarschall Graf Moltke, der Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe, welcher sich von den Beisetzungsfeierlichkeiten in Madrid zurückgemeldet hatte, Ober-Ceremonienmeister Graf Eulenburg als Introducteur des Ambassadeurs und Graf Herbert Bismarck als Unterstaatssekretair des Auswärtigen.

Also abermals der Unterstaatssekretär statt des Ministers! Herr von Bismarck war einst auf den Hofbällen ein häufiger Gast, der dort eifrig mit Abgeordneten und Vertretern fremder Mächte Politik trieb. Dort war es, wo er in der Konfliktszeit eine Unterhaltung mit einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses anknüpfte und auf die polnische Frage zu sprechen kam. Es gäbe, sagte er, zwei Wege, sie zu behandeln, entweder den Aufstand sofort in gemeinsamer Kooperation mit Rußland zu unterdrücken, und somit rasch ein fait accompli zu schaffen, gegen welches die Westmächte dann vergebens protestieren würden; oder aber man ließe die Sache sich weiter entwickeln, die Russen und Polen sich weiter verbeißen, dann, falls die Russen Hülfe erbäten, oder gar hinausgeschlagen würden, könne

man in Polen einmarschieren und es — für Preußen in Besitz nehmen. Als Herr von Bismarck soweit gekommen, äußerte der mit solcher Mitteilung beglückte Abgeordnete seine Freude über den guten Humor des Ministers, der ihn mit solchem exquisiten Ballscherze regaliere. Im Gegenteil, replicierte Herr v. Bismarck, er spreche ernsthaft von ernsthaften Dingen, spreche als preußischer Ministerpräsident; Rußland sei längst Polens müde; Kaiser Alexander habe ihm selbst in Petersburg gesagt, die uncivilisiertere Nation der Russen könne die civilisiertere der Polen nicht beherrschen, die Deutschen würden es können. „Wir würden Polen in drei Jahren germanisieren", sagte Herr von Bismarck, und gleichzeitig fügte er hinzu, es dürfe nur Personal-Union eintreten und die polnischen Abgeordneten würden nicht länger in Berlin, sondern in Warschau tagen. —

Herr v. Bismarck gab auch selbst einst Bälle. Ein solcher fand am 27. März 1867 statt, also in der Zeit, in der die Luxemburger Frage spielte. Er war ungemein gut aufgelegt und jovial. Herr Benedetti brachte die Rede auf die Verhältnisse im Haag und die Unterhaltung nahm somit eine delikate Wendung. In solchem Falle pflegte Herr v. Bismarck das Gespräch auf die Reise des Königs nach Paris zur Ausstellung zu leiten. Er zeigte sich sehr besorgt, daß der König zugleich mit dem Kaiser von Rußland dort erscheine. „In Petersburg bildet man sich ein, sagte Herr v. Bismarck, daß die Cession von Luxemburg ein Hindernis für die Reise unseres Königs werden könnte. Man verfolgt dort die Affaire mit solchem Interesse, fügte er hinzu, daß wir durch den Fürsten Gortschakow den ersten Wink von Ihrem Handel mit Holland erhielten. Er be-

hauptet sogar, der Vertrag wäre unterzeichnet.“ Herr Benedetti wußte nicht, was er denken sollte, der König hatte von seiner Reise nach Paris gesprochen trotz der Petersburger Mitteilungen! Das schien Herrn Benedetti wieder entscheidend und er gab das Zeichen zum Aufziehen des Vorhanges nach Paris.

Die Aera der politischen Hofbälle ist durch die der parlamentarischen Soireen abgelöst. Der Humor ist aus einer Aera in die andere übergegangen. Er war aber doch in der Konfliktszeit und dann gleich nach den ersten großen Erfolgen von 1866 ein anderer, damals, als Herr v. Bismarck sich zusammen mit der Lucca photographieren ließ. Das war der getreuste Ausdruck der Stimmung Berlins, das Bismarckgespräch stand in der vollsten Blüte, wie die ewige Lampe, ging es nie aus. Wenn zwei begonnen hatten, das große Rätsel zu besprechen, das in dem seltenen Staatsmann der deutschen Nation und der Welt gestellt war, dann gesellte sich alsbald ein dritter dazu, der da einsetzte, wo der zweite aufgehört hatte, das Gespräch spann sich weiter fort, wie von selbst. In jeder beliebigen Gesellschaft konnte man sicher sein, den einen großen Mittelpunkt des Interesses erwähnt zu hören. Nur ein Magnet war da, welcher die Gemüter in andere Bahnen zu lenken vermochte, das war die Lucca, sie war oft die siegreiche Konkurrentin des großen Staatsmannes; zu ihren Arien drängte man sich regelmäßig nicht minder, wie zu den Reden des Reichskanzlers.

Seit der Zeit hat sich Manches geändert. Getanzt hat Herr v. Bismarck als Minister wohl schwerlich, außer einmal mit seinen Kollegen den Fackeltanz, und zwar in

der Zeit des Verfassungskonflikts, was den Witzblättern viel Stoff einbrachte. In einer Ministerkonferenz im Dezember 1865 zog Graf Eulenburg den Kladderadatsch aus der Tasche und ließ ihn umherwandern. Die Minister machten ein ernstes Gesicht, Herr v. Roon, Herr v. Mühler, Graf zur Lippe, Graf Itzenplitz, Herr v. Bodelschwingh. Nur Herr v. Bismarck lachte und Graf Eulenburg accompagnierte. Der Kladderadatsch enthielt auf der letzten Seite ein Bild, das eine lustige Quadrille vorstellte, in der die Minister, Fackeln in der Hand schwingend, die Paare bildeten und der „Chef" kommandierte: En avant deux — tournez — balancez!

Es war das kurz vor der Hochzeit des Prinzen Wilhelm von Mecklenburg, der später noch bekannter geworden ist, mit der Prinzessin Alexandrine. Die offiziöse Presse hatte damals viel zu thun, um den Kladderadatsch zu rektifizieren. Der Fackeltanz sei keine Quadrille, sondern ein würdiger Marsch, das wurde in den politischen Korrespondenzen, die vom literarischen Büreau des Staatsministeriums ausgingen, mit einem Ernste demonstriert, als wenn es sich darum gehandelt hätte, die Budgetlosigkeit zu verteidigen. Ich glaube zu wissen, daß Herr v. Bismarck zu diesem Übereifer der Offiziösen, der nach seiner Meinung mehr schadete, als nützte, indem er erst der Sache unverdiente Bedeutung beilegte, die Nase gerümpft hat.

Durch die halbamtliche Presse wurden wir damals belehrt, was es mit dem Fackeltanz der Minister bei Hochzeitsfesten am Hofe auf sich hatte. Dieser Tanz, über dessen Ursprung G. V. v. Raumer im Jahre 1854 eine interessante, als Manuskript gedruckte Abhandlung geschrie-

ben hat, stammt am hiesigen Hofe, wenn nicht aus weit früherer Zeit, doch zweifellos aus dem Ende des sechzehnten oder dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts, aus der Zeit der Vermählung des Kurfürsten Joachim Friedrich oder Johann Sigismund und ist durch Clevesche Prinzessinnen von dem Herzoglich Cleveschen Hofe auf unseren Hof übertragen worden. Das äußerst seltene, mit instruktiven Kupfern illustrierte Buch, die Jülichsche Hochzeit der vielbekannten Jakobana, geb. Markgräfin von Baden mit dem Herzog Wilhelm V. von Jülich-Cleve-Berg, gedruckt zu Köln im Jahre 1587, erzählt uns den Hergang eines Fackeltanzes, wobei dem hohen Bräutigam vier der vornehmsten Hof- und Staatsdiener, geführt von dem Wild- und Rheingrafen Otto mit Fackeln in den Händen vorschritten und sechs Andere in gleicher Weise nachfolgten. Ein solcher Tanz, der nichts weniger als nach unsern heutigen Begriffen eine Polonaise genannt werden kann, sondern vielmehr den Charakter eines Marsches an sich trägt, hatte schon damals etwas äußerst Imposantes, und auch in neuester Zeit haben wir darin eine allegorische Idee, nämlich den Austritt der Braut aus dem Familienkreise, welchem sie durch ihre Geburt angehört, und die Aufnahme in das Haus, in welches sie durch den Ehebund eingetreten ist, zu erkennen. Die hohe Braut fordert beim zweiten Umgange, je nach Maßgabe des Ranges der Häuser, den Vater oder Schwiegervater, beim dritten den Schwiegervater oder Vater zum Tanze auf. Die Staatsminister und andere hohe Beamte des Hofes und des Staates tragen die Fackeln.

Fürst Bismarck nahm aber nach 1865 nicht mehr Teil daran. Im Jahre 1873, wo es wieder eine Hochzeit gab, tanzten oder marschierten außer dem Grafen Eulenburg die Herren Leonhardt, Falk, Camphausen, Friedenthal u. s. w., lauter bürgerliche Cavaliere. Seitdem scheint der Fackeltanz der Minister in Wegfall gekommen zu sein.

Wie man auch hieraus ersieht, ist unser Hof-Ceremoniell keineswegs ein stabiles, der Entwickelung unfähiges. Auch hier trifft das Wort zu: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit."

Als Prinzessin Elisabeth von Preußen mit dem Prinzen Karl von Hessen und bei Rhein sich vermählte, war es das letzte Mal, daß die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften sich an Spieltischen zur Whistpartie niederließen, und die zur Cour erschienene Versammlung, sich verneigend, die Tische umkreiste. Jetzt stehen die Majestäten unter dem Throne, umgeben von den Hoheiten, um die Defilier-Cour abzunehmen. Friedrich Wilhelm IV. wollte nicht mehr Whist spielen, zumal gleich nach dem Trau-Gottesdienst. Sein Nachfolger will die Staatsminister nicht mehr zum Tanze befehlen.

Fürst Bismarck hat für seine Person das Band mit dem Hofstaat, wo das Scepter des Grafen Schleinitz waltete, gelöst, seitdem er seinen eigentlichen Wohnsitz nach Varzin verlegt hat. Von da und von Friedrichsruh macht er zuweilen Abstecher nach Berlin, wie etwa ein Reichstagsmitglied. Es ist den Berlinern längst ein seltener Anblick geworden, ihn im Tiergarten spazieren reiten zu sehen. Er wird auf seinem edeln Braunen von den zahllosen Spaziergängern, welche bei schönem Herbstwetter die Straße

bevölkern, erst nur langsam erkannt. Man hat sich in Berlin derart daran gewöhnt, dem Kanzler nicht in der Öffentlichkeit zu begegnen, daß man bei dem Anblick des in fester Haltung reitenden Kürassiergenerals mit dem weißen Schnurrbarte anfänglich garnicht an den Lenker unseres Staatsschiffes denkt. Erst nur von Einzelnen erkannt, pflanzt sich die Wahrnehmung, daß Bismarck vorüber reitet, schnell und zum Teil in lauten Bemerkungen fort, und nun wird der Fürst der Gegenstand allseitiger Aufmerksamkeit und Begrüßungen, die er in freundlichster Weise erwidert.

Die Entfernung von der Hauptstadt entbindet ihn zugleich von allerlei Rücksichtnahmen, die er an Ort und Stelle nicht ganz bei Seite setzen könnte. Die Nähe des Hofes kann Verpflichtungen herbeiführen, die in der Ferne fortfallen. Der Hofstaat macht Ansprüche an die Staatsminister von einer Zeit her, wo sie eigentlich nicht viel Anderes als Privatbeamte waren. Heutzutage schlägt Deutschland die Gesundheit und die Arbeitskraft des Fürsten Bismarck zu hoch an, um etwa zu verlangen, daß er fürstlichen Gelegenheitsbesuchen als Dekoration diene. Als König Victor Emanuel im Jahre 1873 in Berlin war, kam der Kanzler auch erst am letzten Tage und auf ausdrückliche Berufung infolge eines Wunsches des Königs von Italien, in Berlin an. Jedes Erscheinen des Kanzlers in der Hauptstadt bei Gelegenheit eines hohen Besuches nimmt daher diesem sofort den Charakter eines bloßen Familienbesuches, giebt ihm eine besondere Bedeutung und macht leicht berechtigtes Aufsehen. Eine politische Kundgebung war es, als Fürst Bismarck im Juni 1884 — ein seltener Gast bei solchen Gelegenheiten — der

Investitur des Prinzen Heinrich mit dem Orden des Goldenen Vließes und dem Empfang der Transvaal-Deputation beiwohnte.

Beide Feierlichkeiten vollzogen sich in den oberen Räumen des Königlichen Palais — Feierlichkeiten, die, so verschieden sie auch waren, in einem sich glichen, indem sie beide Zeugnis gaben von dem machtvollen Ansehen unseres Königshauses und Staates bei fremden Nationen. Die erste, die Investitur des Prinzen Heinrich mit dem Orden des Goldenen Vließes, welchen der König von Spanien dem Prinzen zu verleihen geruht hatte, war eine Ceremonie; der darauf folgende Empfang der Transvaal-Deputation, ein internationaler Akt. War es der hohe Rang des neuen Ritters vom Goldenen Vließ, war es der hohe Rang des Ordens selber, waren es auch die durch persönliche Freundschaft verstärkten guten Beziehungen zu Spanien, — jedenfalls war zu der Feierlichkeit der volle Glanz des Hofes um das Oberhaupt der Königlichen Familie des Preußischen Staates und des Deutschen Reiches versammelt. Alle Hofchargen von den Obersten an, soweit sie in Berlin anwesend, waren zugegen, der Oberst-Kämmerer Graf Stolberg an der Spitze, der Minister des Königlichen Hauses Staatsminister von Schleinitz, die Generaladjutanten und das ganze Militär-Cabinet des Kaisers, der Vertreter des Civil-Kabinets Geheimer Ober-Regierungsrat Anders, die Prinzen des Königlichen Hauses. Von den Ordensrittern des Goldenen Vließes waren in dieser illustren Versammlung anwesend: der Kaiser, der Kronprinz, Prinz Wilhelm und der Reichskanzler Fürst Bismarck. Der Kaiser sowohl als der Kronprinz trugen zu den Uniformen des ersten Garde-

Regiments zu Fuß die Insignien des Großkreuzes des spanischen Militär-St.-Ferdinands-Ordens, welcher dem Kaiser nach dem Feldzuge von 1866, dem Kronprinzen bei seiner jüngsten Anwesenheit in Spanien verliehen worden war, dazu die goldene Vließkette mit den Feuersteinen, und das eigentliche Ordenszeichen, das Widderfell mit dem Feuerstein darüber. Dieses sollte bekanntlich den Rittern ein Vorbild mannhafter Tugenden sein, wie solche die Argonauten bethätigt, als sie das Goldene Vließ von Kolchis holten. Die Feierlichkeit bestand in der Überreichung der Ordensinsignien und der Verleihungsurkunde von seiten des spanischen Gesandten, Grafen Benomar, und in der Ablegung des Gelöbnisses auf die Statuten des Ordens von seiten des neuen Ordensritters. Der Kronprinz war der padrino (Pathe), der den Novizen in die Ritterversammlung einführte und vor den Kaiser führte, um ihn das Gelöbnis ablegen zu lassen.

Ein Strahl des Glanzes der Ceremonie fiel auf den folgenden Empfang der Transvaal-Deputation durch den Kaiser. Diese bestand aus dem Präsidenten der Transvaal-Republik, Krüger, dem General Jakobus Smit und Herrn du Toit. Die Herren wurden in das neben dem Balkonsaal gelegene Audienzzimmer zu dem Kaiser eingeführt im Beisein des Staatssekretärs des Auswärtigen, Staatsministers Grafen Hatzfeld. Im Kontraste zu dem Glanz der kaiserlichen Umgebung stand die einfache Kleidung der genannten Herren. Sie waren in schwarzem Gehrock erschienen, nur der Präsident trug als Auszeichnung eine breite, grünseidene Schärpe wie ein großes Ordensband von der rechten Schulter zur linken Hüfte, vorn an der Brust

mit dem eingestickten Wappen der Republik. Bei der Tafel, welche sich an die Investitur und den Empfang der Deputation im runden Saale anschloß, saß der Präsident zur Rechten des Fürsten Reichskanzlers, Herr du Toit neben dem Präsidenten, links vom Reichskanzler der spanische Gesandte Graf Benomar. Der Reichskanzler, in großer Generalsuniform, sah sehr wohl aus, und diesem Aussehen entsprach seine Stimmung. Er teilte während der Tafel seine Liebenswürdigkeit zwischen den Nachbarn zur Rechten und zur Linken. Fürst Bismarck hatte den Platz dem Kaiser und Könige gegenüber.

Es scheint, daß der Kanzler den Söhnen des Kronprinzen ein besonderes Interesse und auch äußerlich große Aufmerksamkeit zuwendet. Er wohnte auch, obwohl krank, den Feierlichkeiten der Verlobung des Prinzen Wilhelm in Babelsberg, und dem Empfang der Braut im Schlosse zu Berlin bei. Er, der dem Vater der Prinzessin Wilhelm ein überlegener Gegner gewesen und seinen Herzogshut für Preußen gewonnen, hat ihr selbst die Krone der künftigen Kaiserin aufgesetzt und sühnt durch seine Huldigungen für ihre Person alles, was die Weltgeschichte an ihrem Hause gefrevelt haben könnte.

Dem Reichskanzler wurde im Jahre 1875 das Goldene Vließ verliehen, doch fand die feierliche Bekleidung mit Ausschließung der Öffentlichkeit statt, d. h. es durfte nichts davon der Presse mitgeteilt werden. Vermutlich ist es dabei ohne das übliche Ceremoniell zugegangen, das dem Reichskanzler wohl widerstreben mochte. Einige Monate darauf, im Dezember desselben Jahres, fand die Investitur des Prinzen Wilhelm mit dem spanischen Orden

vom Goldenen Vließe statt. Der Kaiser war von dem Könige Alfons mit der Überreichung des Ordens betraut worden. Sämtliche in Berlin weilende Ritter des Ordens, auch der Reichskanzler, waren bei der Feier zugegen. —

Erinnert der Kanzler in mancher Beziehung und ganz besonders in seiner Gepflogenheit, den Hoffestlichkeiten nur selten beizuwohnen an den Schenk von Limburg,

„Zu Hofe kommt er nie.
Man muß im Walde streifen,
Wenn man ihn fahen will.“

so ist er deshalb keineswegs ein Verächter des geselligen Verkehrs.

Die parlamentarischen Abendgesellschaften beim Fürsten Bismarck haben weit über die Kreise der Abgeordneten hinaus, den häuslichen Herd des Kanzlers der geistigen Aristokratie des Volkes zugänglich gemacht. Im April 1869 fand die erste Gesellschaft dieser Art statt, um sodann so oft, als das Befinden des Kanzlers und andere Umstände es erlaubten, in jeder Reichstagssession verschiedene Male wiederholt zu werden.

Es war am 1. Februar 1881. Der Reichstag tagte nicht. Einladungen waren zu heute Abend zu einer parlamentarischen Soiree beim Fürsten ergangen an die Mitglieder des Bundesrats, des Landtags, des Volkswirtschaftsrats; es mochten wohl 500 Gäste sein, denn in dem Kongreßsaal schwirrte es, wie in einem Bienenstock, ohne daß die Nebenräume verlassen gestanden hätten. Die Damenwelt war reichlicher als sonst vertreten. Die Minister und Staatssekretäre waren fast vollzählig anwesend, auch verschiedene frühere Minister. Graf Moltke bewegte sich eben-

falls einige Zeit unter den Gästen. Unter den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses war das Zentrum auffällig schwach vertreten, die Fortschrittspartei nur durch einen Herrn; die übrigen Fraktionen alle nach Maßgabe ihrer Stärke. So vollzählig als möglich, hatten sich die Mitglieder des Volkswirtschaftsrats eingefunden, es fehlte wohl nur, wer Berlin schon verlassen hatte. Vier oder fünf Männer sah man, die an Stelle dessen, was man nach den Begriffen des 19. Jahrhunderts den „Gesellschaftsanzug" nennt, sich im schwarzen Überrocke, in Kravatte und Handschuhen von gleicher Farbe präsentierten. Es waren die Arbeiter des Volkswirtschaftsrats, durchweg Männer von intelligentem Gesichtsausdruck, die sich bescheiden, aber ohne jede Spur von Befangenheit auf dem ihnen ungewohnten Boden bewegten.

Gegen zehn Uhr wurde zum Büffett eingeladen, und daß dasselbe außer den üblichen Herrlichkeiten auch einige prachtvolle Sterlets aufwies, ist eine Thatsache, deren Verschweigung ein übles Licht auf die Gewissenhaftigkeit des Chronisten werfen würde.

Nun begab sich das Unerwartete, daß schon hier und schon zu dieser Zeit Fürst Bismarck Gelegenheit nahm, eine jener Plaudereien zu beginnen, deren historischer Schauplatz sonst das rote Zimmer zu sein pflegt, und die der Regel nach beginnen, wenn ein großer Teil der Gäste sich schon entfernt hat. An einem Tische an der einen Längenwand des Büffettsaales hatten vier Abgeordnete verschiedenster Richtung Platz genommen; zu ihnen gesellte sich der Fürst und erörterte zunächst die Fundamentalfrage, was man heute trinken wolle. In bemerkenswerter Einmütigkeit entschied

man sich dahin, heute ein Glas Wein zu trinken, und um jedem Geschmack gerecht zu werden, ließ der Fürst drei Sorten weißen Weines kommen, einen ganz jungen, dessen Geburtsstätte die Pfalz gewesen war, einen „im Mittelalter“ und endlich einen Rüdesheimer Berg aus dem Jahre 1822, mit welchem sich, außer dem Fürsten Bismarck selbst, noch einige hervorragend verständige Männer beschäftigen.

Nach Erledigung dieser materiellen Sorge näherte sich das Gespräch allmählich den politischen Thematen, und es muß gleich hier bemerkt werden, daß Fürst Bismarck, als er sich niedersetzte, gewiß nicht vorausgesehen hatte, wie spät er wieder aufstehen würde, ein so weitschauender Mann er auch sonst ist. Denn es ereignete sich etwas gänzlich Ungewöhnliches. Als die Unterhaltung etwa eine Stunde gewährt hatte und, dem Herkommen bei diesen Festen gemäß, die Damen, geleitet von den Freunden des Hauses, nahten, um nunmehr sich an der Büffettafel niederzulassen, sandte die Frau Fürstin, von dem liebevollen Wunsche geleitet, auch ihren Gatten an den Freuden dieser Tafel teilnehmen zu lassen, einige gewandte Unterhändler ab, um den Fürsten aus dem Netze politischer Gespräche loszulösen; als diese Herren aber mit ihrer Mission völlig gescheitert waren, nahte sich die Fürstin selbst zum Entsatze des belagerten Gatten, ohne sich eines größeren Erfolges rühmen zu dürfen. Kurzum, das Resultat ist, am 1. Februar 1881 hat Fürst Bismarck nicht zu Nacht gegessen, weil er sich tief in volkswirtschaftliche Gespräche verwickelt hatte, und wenn er wirklich, was bei dem Mangel quellenmäßigen Materials dahingestellt bleiben muß, nach Entfernung der Gäste noch einige Kaviarschnitte verzehrt haben sollte, so wäre dies erst nach

Mitternacht geschehen, könnte also schlechthin nicht mehr als eine Abendmahlzeit betrachtet werden.

Der Schauplatz war ein Tisch mit fünf Stühlen darum, davor ein enger Gang, der durch eine lange Tafel begrenzt wurde. Hinter den vier Glücklichen, denen es beschieden war, sitzend die nachfolgenden Gespräche mit anzuhören, konnte sich noch eine kleine Zahl stehend placieren, und hinter diesen nahmen dann noch einige an der Zuhörerschaft teil, welche ihre Fußzehen, ihre Halswirbel zu ungewöhnlichen Anstrengungen heranziehen konnten.

Alle historischen Anfänge bergen sich im Dunkel, und so haben wir denn auch nicht ermitteln können, wie das Gespräch in die politische Bahn hinübergelenkt wurde. Zu den ersten Fragen, welche anklangen, gehörten die Kolonisationsprojekte des Herrn Fabri; der Reichskanzler lehnte dieselben entschieden ab und betonte, daß in betreff derselben keine Fühlung mit ihm gesucht worden sei.

Nachdem noch mehrere Mitglieder des Volkswirtschaftsrats in die Arena getreten waren, ging der Fürst auf eine Erörterung der Absichten über, die ihn bei der Bildung dieser Behörde geleitet. „Wir gehen jetzt mit der Sonde tiefer als früher, aber es genügt noch nicht, wir müssen ganz bis auf den Grund gehen.“ Er betonte, daß er von der neuen Einrichtung eine sachliche Prüfung erwarte, während in den parlamentarischen Körperschaften die politischen Leidenschaften den Blick trüben. Dabei erwähnte er als eines höchst auffälligen Umstandes der Thatsache, daß unter allen, für den Volkswirtschaftsrat vorgenommenen Wahlen, nur zwei auf Katholiken gefallen seien. Man mache der Regierung daraus einen Vorwurf; sie

habe doch den Ausgang der Wahlen nicht verschuldet. Ihm sei die Thatsache eine ganz besonders auffällige gewesen, und er habe sich bemüht, die Zahl der Katholiken dadurch zu vermehren, daß er bei den durch persönliche Ernennung zu berufenden Mitgliedern darauf Rücksicht genommen.

Nach einiger Zeit befand sich das Gespräch auf einem andern Gebiete. Die Gemeinden seien überbürdet; es sei ein sehr tadelnswerter Mißbrauch, den Gemeinden die Armenlast, die Schullast, die Polizeilast aufzubürden. Die Gemeinden seien Organe des Staates, er könne ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen, aber müsse die Kosten tragen. Der Staat habe ein Interesse daran, daß die Leute etwas lernen, der Gemeinde sei es gleichgiltig. Wie kommen sie dazu, zumal wenn es eine arme Gemeinde ist, dafür bezahlen zu müssen? Die Abwälzung der Armenlast auf die Gemeinden sei eine willkürliche Vorschrift. Die Stadt Berlin trage mit vollem Unrecht die Kosten der staatlichen Polizeiverwaltung für eine Million Menschen.

Er spreche über solche Fragen sehr gern seine Ansichten im engeren Kreise aus, aber er sei zu schüchtern, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Er habe ja im Parlament nicht immer nur mit sachlichen Erwägungen zu kämpfen, sondern auch mit Flegeleien; er sei zu alt und diene dem Könige zu lange, um sich mit Klopffechtern herumzuschlagen.

Zurück zum Hauptthema. Man stehe an dem Anfange einer Gesetzgebung, die vielleicht einen zehnjährigen Zeitraum ausfüllen könne. Er habe sich beschieden, sehr langsam und vorsichtig vorzugehen, und habe sich in manche Einschränkungen gefügt, die seine ursprünglichen Anregun

gen erfahren hätten. Aber man stehe doch erst im Anfang. Mit der Erfüllung des Versprechens, durch positive Maßregeln die Sozialdemokratie zu bekämpfen, müsse Ernst gemacht werden. Das Versicherungswesen müsse weiter ausgedehnt werden, als nur auf Unfälle. Er hege die Überzeugung, daß der Staat die Aufgabe habe, kräftig für diejenigen einzutreten, die ohne Mitwirkung des Staates enterbt sein würden. Warum solle der Gedanke einer Altersversicherung nicht durchzuführen sein? Wenn jeder arbeitsuntüchtig gewordene mit einem Rentenbrief über hundert oder zweihundert Mark sich zurückziehen könne, so würden Tochter und Schwiegertochter ihm keine Schwierigkeiten machen, ihn aufzunehmen, die Söhne freilich thun es nie. Er sei jetzt Handelsminister; allein er sei in das Handelsministerium getreten, wie Odysseus unter die Freier. Seine Aufgabe sei hier lediglich, für das Reich zu erobern. Dazu sei er als Reichskanzler verpflichtet; ihm liege auch die Pflicht ob, den Eintritt der Hansestädte in den Zollverein zu betreiben. Wenn er diese Pflicht vernachlässige, würde er ein höchst tadelnswerter Reichskanzler sein (der Ausdruck, den er hier brauchte, war sehr viel stärker, aber es ziemt uns nicht, ihn zu wiederholen), der Brief, den man durch eine Indiskretion veröffentlicht, (der von Wolffson und Virchow mitgeteilte Brief) habe ihn gar nicht in Verlegenheit gesetzt; denn aus demselben gehe nur hervor, daß er seine Schuldigkeit gethan. Der Fürst erzählte hier eine Anekdote von einem Staatsmann, der, als er hörte, es sei ein Brief von ihm um den Preis von dreißig Thalern verraten, erwiderte, er würde für einen Thaler dreißig solcher Briefe geschrieben haben.

Zum Schlusse nahm ein Arbeiter das Wort und pries mit warmen Worten den heutigen Tag, wo der Arbeiter über die Interessen, die ihn bewegen, mit dem Fürsten Bismarck direkt verhandeln dürfe. Fürst Bismarck stieß auf das Gedeihen des Volkswirtschaftsrats an und mahnte Arbeitgeber und Arbeiter, daran zu denken, daß sie Bürger eines und desselben Staates seien und den Fremden gegenüber gleiche Interessen hätten. Gegen Mitternacht verabschiedete der Wirt sich von den letzten Gästen an der Thür stehend mit kräftigem Händeschütteln.

Mag hier noch die Skizze einer andern parlamentarischen Abendgesellschaft einen Platz finden. Sie ist bemerkenswert durch die Figur, die hier neben der des Kanzlers im Vordergrunde steht, nämlich die seines alten politischen Gegenfüßlers, des unversöhnlichen Anklägers wegen des „Rechtsbruchs" von 1866, des Welfen Windthorst. Die Friedensversuche, die der deutsche Reichskanzler seit 1878, dem Tode Pio Nonos, Rom gegenüber gemacht hat, haben den ultramontanen Hannoveraner seinem großen Gegner nicht näher gebracht. „Nach Kanossa gehen wir nicht", hat Fürst Bismarck am 14. Mai 1872 im Reichstag gesprochen. Je versöhnlicher er sich heute zeigt, desto mehr sucht sein Antipode durch das Drängen nach Kanossa den Frieden unmöglich zu machen. Nur die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat eine gewisse Annäherung zu stande gebracht. Zehn Jahre fast hatte Windthorst den häuslichen Herd des Kanzlers gemieden. Erst seit dem 3. Mai 1877, in der Reichstagssession, der die Zollreform entsprang, läßt er sich daselbst wieder sehen. An einem Mai-Abend der Session von 1884 stand er, wie gesagt, im Vordergrunde

mit dem Kanzler. Der kleine, geriebene, grundgescheite, redegewandte Politiker mit dem gewaltigen kahlen Schädel, den das enorme Gehirn beinahe zu sprengen scheint, auf der einen Seite, der herkulische Kanzler, mit ebenso kahlem Kopfe, mit den hervortretenden Augenbrauen und dem funkelnden Auge, auf der andern. Der eine, lebhaft gestikulierend, beim Sprechen ungewöhnlich warm werdend, hier und da fast bewegt dem Kanzler mehrfach die Hand drückend, letzterer mehr hörend als redend, reservierter, mit schwächerem Organe als sein Nachbar, daher nur für die Nächststehenden genauer vernehmlich, aber auch seinerseits angeregt und entgegenkommend; die beiden Männer im wesentlichen allein zusammensprechend, die herumsitzenden und stehenden Zuhörer, wie gebannt und in dem gemeinsamen Gefühl einer gewissen Scheu vor diesen hervorragendsten zwei Politikern Deutschlands, ganz Ohr, nur hier und da einmal einer oder der andere ein Wort einschaltend, eng gedrängt Konservative, Ultramontane, Liberale, Deutsch-Freisinnige.

Windthorst hatte zuvor ein Gespräch mit Professor Wagner über das soeben im Reichstage vom Kanzler proklamierte „Recht auf Arbeit" gehabt und demselben, der sich auf das preußische Landrecht bezog, erwidert: Das Landrecht gelte nur im „alten Preußen", und sei aus der schlimmen Zeit des alten Fritz, des „großen Revolutionärs." Er knüpfte dem Kanzler gegenüber sofort an dasselbe Gespräch an. Dieses Recht so hinzustellen, sei doch bedenklich, wiederholte er, und er wünsche, daß der Kanzler seine Äußerungen darüber bei Gelegenheit, die ja bei den jetzigen Vorlagen sich bald geben werde, gegen leicht mögliche Mißverständnisse selbst berichtige. Andererseits wolle er, Windt-

horst, ja freilich nicht leugnen, daß die Kaiserliche Regierung durch ihre Politik der Sozialreform den richtigen Weg in großartiger Weise betreten. „Ich möchte fast sagen", bemerkte Herr Windthorst, „der alte Kaiser hat dadurch, durch die Proklamierung der großen Grundsätze in der Botschaft, nach allen seinen unerhörten Erfolgen diese letzteren selbst noch übertroffen." Fürst v. Bismarck einschaltend: „Ja, das meint der Kaiser selbst; er sagte mir damals, das, was wir hier zu thun haben, ist noch mehr, als das, was 1866 und 1870 bis 1871 zu geschehen hatte." „Durchlaucht," so fuhr Windthorst fort, „wenn Sie mir ein offenes Wort gestatten — und wir sind ja hier zu einer „„vertraulichen Besprechung"" vereint", fügte er schmunzelnd bei, (herzliches, beistimmendes Gelächter der ganzen Versammlung und des Kanzlers mit) „Sie haben mir viel Böses im Leben erzeigt, aber dafür, gestehe ich, muß ich Ihnen als deutscher Patriot Dank wissen, daß Sie nach all' den großen politischen Thaten unseren Kaiserlichen Herrn bewogen haben, auf diese Bahn der Sozialreform einzulenken. Es sind ja ungeheure Aufgaben hier zu lösen, ich sehe mit Furcht auf die entsetzliche Gährung in den Arbeiterklassen in den großen Städten, aber der einzige Weg, der noch zum Frieden führen kann, ist der eingeschlagene. Im einzelnen werden die Meinungen ja auseinandergehen, und Sie müssen es uns nicht übel nehmen, wenn wir Ihnen da nicht überall gleich folgen. Aber Ihre Ziele billige auch ich und Ihre ersten Hauptpläne, mit der Krankenversicherung, der Unfallversicherung ebenso, immer Abweichungen in einzelnen Punkten vorbehalten. Und ich denke, in dieser Auffassung werden in Deutschland

keine verschiedenen politischen Parteien sein. Wenn Sie aber nun, Durchlaucht, gleich wieder, wie jetzt, so allgemein das „Recht auf Arbeit" proklamieren, so geht mir das allerdings zu weit und, glaube ich, liegt auch hier Ihrer Auffassung ein Irrtum zu Grunde."

„Das Recht auf Arbeit halte ich doch fest, Excellenz, wie ich es im Reichstage näher begründete", erwiderte der Kanzler. „Das preußische Landrecht hat hier, wie vielfach sonst, gute Bestimmungen. Ich muß sagen, daß ich die Konsequenzen dieses Rechts nicht für so bedenklich und so weitgehend halte. Schon jetzt liegt die Sache doch so, daß niemand bei uns dem Hunger einfach überlassen wird. Auch wenn die Armenpflege zunächst nur dem Arbeitsunfähigen gewährt wird — wenn Jemand sagt, er kann und will arbeiten, findet aber trotzdem keine Arbeit, so können wir einen solchen nicht einfach sich selbst überlassen und thun es auch nicht. Das müßte ja zur Verzweiflung treiben. Wenn wir nun da auf öffentliche Kosten zweckmäßige Arbeiten ausführen lassen, so ist das doch wohl zu rechtfertigen. Es wird dabei dem Arbeiter auch nur, statt des öffentlichen Almosens, eine etwas reichlichere und würdigere Hilfe gewährt.

„Wenn man mir vorwirft, ich ginge zu stürmisch vor, so möchte ich eben die Aufgabe des leitenden Ministers darin sehen, daß er, wie der Lokomotivheizer, immer für richtige Heizung sorgt, damit die Maschine ordentlich weiter geht. Sonst bleiben wir in Allem stecken." Worauf Windthorst einwarf, er vertraue dem Fürsten dabei wohl und wolle selbst mit ihm die Lokomotive besteigen, aber

wenn's zu scharf vorwärts ginge, nur mitunter ein bischen bremsen.

„Man hält die Arbeiter-Ausschüsse beim neuen Unfall-gesetz, wie bei den Krankenkassen, für ein Mittel der Organisation der Sozialdemokratie", fuhr der Kanzler fort. „Ich meine, wie einmal ein Fortschrittsmann in einem andern Falle sagte, die Einrichtung der Versicherung müsse mit einem Tropfen demokratischen Öls geschmiert werden, um ordentlich zu gehen. Oder, hier wie sonst darf der Wurst der Pfeffer nicht ganz fehlen."

Vier Wochen später gab der Fürst-Reichskanzler einen parlamentarischen Frühschoppen. Im Abgeordnetenhause hatte kurz vorher Windthorst beim Justiz-Etat gegen den Frühschoppen der Studenten geeifert. Bismarck war anderer Meinung. Er veranstaltete einen parlamentarischen Frühschoppen und erklärte hier, ein solcher Schoppen sei gar kein so böses Ding, wie Herr Windthorst es sich denke. Auch die alten Deutschen hätten den Frühschoppen schon gekannt, und es sei eine alte Erfahrung, daß die Anschauungen immer milder würden, je mehr man im Leibe habe. Die Abstimmungen müßten natürlich immer am andern Tage stattfinden.

Zweierlei Bier wurde dabei auf dem Tisch des Herrn Reichskanzlers aufgesetzt, außerdem Mosel, milder Rotwein und Champagner. Von letzterem bediente sich namentlich Dr. Windthorst und der Leibarzt des Fürsten, Dr. Schweninger, war ihm dabei behilflich. Als einer der Gäste sich dabei nach der Herkunft des hellen Bieres erkundigte, gab der Fürst den Bescheid: „Das ist Münchener Franziskaner, vom Grafen Holnstein mir dediziert, das dunkle ist Bock-

bier, Augustinerbräu. Der Graf Holnstein hat uns überhaupt große Dienste geleistet, z. B. als er im Kriege unter erschwerenden Umständen von Versailles nach Hohenschwangau reiste, und von da den Brief des Königs von Bayern mitbrachte, welcher die Zustimmung zur Begründung des deutschen Reiches enthielt." In der Fortsetzung dieser gemütlichen Plauderei führte der Herr Reichskanzler an, daß er zu jener Zeit den Bayern sehr leicht ein paar Millionen hätte zuwenden können. Fürst Bismarck spielte dabei auf seine Verhandlungen mit Herrn Thiers über die Kapitulation von Paris an. „Ich forderte natürlich so viel, daß ich von vornherein voraussetzte, sie würden es mir nicht bewilligen. Ich sagte Herrn Thiers: Eine so große und reiche Stadt wie Paris würde sich beleidigt fühlen, wenn ich unter einer Milliarde von ihr verlangte. Darauf machte Herr Thiers ein betroffenes Gesicht und schickte sich zum Weggehen an. Als höflicher Mann begleitete ich ihn, und auf der Treppe wurde die Unterhaltung fortgesetzt. Auf der vorletzten Stufe waren wir über 200 Millionen einig." (Der Unterhändler in dieser Sache war Jules Favre.)

Als Windthorst vom Frühschoppen in den Reichstag kam, ging ihm eine telegraphische Depesche aus Rostock zu, des Inhalts: „Ei, ei, Excellenz, beim Frühschoppen? Wir kommen Ihnen einen." Windthorst telegraphierte zurück: „Probieren geht über Studieren, komme nach."

Vielleicht muß ein treuer Berichterstatter auch von dem Folgenden Notiz nehmen. — Die Frage: „Trinkt Fürst Bismarck mehr Wein oder Bier?" war Gegenstand einer Wette zwischen zwei in Warschau ansässigen Preußen. Es galt hundert Rubel, und es gab keinen andern Ausweg, als sich

an den deutschen Reichskanzler selbst zu wenden. Darauf erhielten die Wettenden vom Sekretär des Fürsten folgende Antwort: „Se. Durchlaucht beauftragt mich, Ihnen mitzuteilen, daß Sie Beide Recht haben, da er in gleichem Maße ein Freund von gutem Wein, wie von gutem Biere ist, und mit Ausnahme jener Tage, wo er leidend ist, sowohl das Eine wie das Andere trinkt."

Hiernach zu schließen, befand sich Fürst Bismarck bei jenem Windthorst-Frühschoppen bei bestem Wohlsein, denn er sprach dem „Echten" männiglich und mit sichtlichem Behagen zu.

# Graf Harry Arnim und Fürst Bismarck.

Am 4. Oktober 1874 wurde Berlin mit der Nachricht überrascht, daß der frühere Botschafter in Paris auf seinem Gute Nassenheide bei Stettin verhaftet und in die Berliner Stadtvogtei eingeliefert worden sei. Auf dem genannten Gute waren des Morgens Beamte der Berliner Polizei, des Stadtgerichts und des Auswärtigen Amts erschienen und hatten vom Grafen Arnim die Herausgabe einer Anzahl von Briefen verlangt, welche aus dem Auswärtigen Amte mit der Unterschrift des Fürsten Bismarck an ihn gerichtet waren. Graf Arnim hatte den Beamten erklärt, daß er diese Papiere nicht bei sich habe, sie auch nicht herauszugeben gedenke. Infolgedessen hatte eine längere aber ergebnislose Haussuchung stattgefunden, worauf der Graf verhaftet und nach Berlin gebracht worden war. Noch am Abend wurde daselbst auch in seiner Stadtwoh-

nung eine Haussuchung vorgenommen, die ebenfalls kein Resultat hatte.

Als die Paragraphen des Strafgesetzbuches, auf Grund derer die Verhaftung erfolgt sein sollte, wurden genannt: § 133 und § 148. Der erstere lautet: „Wer eine Urkunde, ein Register, Akten oder einen sonstigen Gegenstand, welche sich zur amtlichen Aufbewahrung an einem dazu bestimmten Orte befinden, oder welche einem Beamten oder einem Dritten amtlich übergeben worden sind, vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft oder beschädigt, wird mit Gefängnis bestraft. Ist die Handlung in gewinnsüchtiger Absicht begangen, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“ — § 148 besagt: „Dieselbe Strafe (Gefängnis nicht unter einem Monat) trifft einen Beamten, welcher eine ihm anvertraute oder zugängliche Urkunde vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft, beschädigt oder verfälscht.“

Man hatte im Sommer 1874 sich wiederholentlich in Deutschland mit dem Grafen Arnim zu beschäftigen gehabt. Zwei Briefe von ihm aus dem Jahre 1870 aus Rom erschienen in der „Wiener Presse“ und riefen die Veröffentlichung mehrerer Instruktionsdepeschen des Fürsten Bismarck an Arnim aus den Jahren 1869 und 1870 in der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervor, aus denen hervorging, daß der von Arnim gemachte Vorschlag, wonach Preußen und die übrigen Deutschen Regierungen, nach dem Vorgange bei früheren Concilien, sich durch besondere Bevollmächtigte (oder Oratores) auf dem Concil vertreten lassen sollten, um die bischöfliche Opposition zu unterstützen, vom Reichskanzler als unpraktisch verworfen war. Ein ebenfalls von der

„Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichter Bericht des Grafen Arnim an den Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1869 enthielt einen Vorwurf gegen Professor Döllinger in München, wegen dessen Arnim nun, nachdem der Bericht in die Öffentlichkeit gelangt war, Döllinger in einem Schreiben vom 21. April 1874 um Entschuldigung bat. Dieses Schreiben erschien in der „Augsb. Allg. Ztg.“ und enthielt die Worte: „Wenn es gelungen wäre, die Wucherpflanzen, welche auf dem Konzil groß gezogen worden sind, im Keime zu ersticken, würden wir uns heute nicht in den unbegreiflichen Wirren befinden, die so ziemlich alles in Frage stellen, was seit langer Zeit Gemeingut der Christenheit geworden zu sein scheint.“ Eine solche Bloßlegung der persönlichen Differenzen mit der deutschen Regierung war gegen alle Disciplin. Es erfolgte die Quiescierung des Botschafters, der eben von Paris nach Konstantinopel gehen sollte. Fürst Hohenlohe, sein Nachfolger in Paris, sah sich in dem Archiv der Gesandtschaft nach den Depeschen über die vatikanische Frage um, fand aber in der Nummerreihe derselben bedeutende Lücken. Hohenlohe meldete dies der Reichsregierung, welche die Herausgabe der fehlenden Aktenstücke von Arnim verlangte. Dieser gab einen Teil heraus, konnte über einen andern Teil keine Auskunft geben, und weigerte sich, siebenzehn Nummern herauszugeben, da er sie als Privateigentum ansähe und zur Verteidigung gegen etwaige Angriffe und zur Unterstützung von vermögensrechtlichen Ansprüchen brauche. Nun waren aber die von ihm zurückgehaltenen siebenzehn Aktenstücke keine Privatschreiben, sondern erwiesen sich als öffentliche auch durch die Form und durch die fortlaufenden Geschäfts-

nummern. Fürst Bismarck aber hatte erst kurz zuvor bei dem La Marmoraschen Fall im deutschen Reichstage erklärt, er werde einen preußischen Beamten, welcher öffentliche Aktenstücke als Privatschreiben ansehe und veröffentliche, ohne weiteres wegen Unterschlagung verhaften lassen. Bismarck übergab sofort die ganze Arnimsche Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. Darauf erfolgte die Verhaftung des Grafen. Aus der Berliner Stadtvogtei wurde er wegen seines leidenden Zustandes in die Charité übergeführt, und, nachdem die Voruntersuchung beendigt war, gegen eine Kaution von 100,000 Thaler aus der Haft entlassen. Doch wurde er wenige Tage darauf in seiner Wohnung zu Berlin polizeilich bewacht und auf Hausarrest gesetzt.

In ganz Europa erregte dieser Vorgang großes Aufsehen und rief fast allenthalben lebhafte Parteinahme für den Grafen Arnim und gegen den Reichskanzler hervor. Im deutschen Sprachgebiet thaten sich besonders die Wiener Blätter hervor, denen sogar eine Fühlung mit gewissen Kreisen in Berlin zugeschrieben wurde. Der Fall Arnim wurde eine stehende Rubrik in den Blättern. Aus dem Feuilleton sprang der Sensationsroman in den politischen Teil der Zeitungen. Der Verhaftsbefehl des Berliner Stadtgerichts war eine lettre de cachet aus der Zeit Ludwig XIV., Fürst Bismarck, halb Richelieu, halb Louvois, Graf Arnim aber eine zweite Auflage der „eisernen Maske.“ Man ließ sich den Fall Arnim „von Juristen“ vom Standpunkt der Gesetzlichkeit beleuchten, um das Opfer der modernen Kabinetspolitik zu beklagen. Davon wollte man keine Kenntnis nehmen, daß bisher im Verlaufe der ganzen Untersuchung der strenge Weg des Rechtes auch nicht um Haares-

breite überschritten war, daß ein Gericht die Verhaftung des Grafen angeordnet und ein zweites sie bestätigt hatte. Die Zeitungen sahen in dem Grafen Arnim nur den Gegner des Fürsten Bismarck, nicht den einer Pflichtverletzung angeklagten Beamten. Sie bemühten sich, ihn als einen Politiker ersten Ranges, als den einzig möglichen Nachfolger des Fürsten darzustellen. „Es mag vielleicht ein Irrtum sein, sagte die „Wiener Presse", wenn die öffentliche Meinung in Deutschland gerade den Grafen als den befähigten Kandidaten für diese Nachfolge bezeichnet hat, weil dieser Staatsmann am meisten in die Öffentlichkeit getreten ist." — Etwa durch die Veröffentlichung seiner Briefe und seiner Denkschrift aus den Tagen des Konzils? Abgesehen, daß diese „öffentliche Meinung" nur in einigen altkonservativen Kreisen bei uns spukte, was hatte des Grafen Arnim Befähigung oder Nichtbefähigung mit seinem Prozeß zu thun? Der Fürst Bismarck, erwiderte man, fürchtete das Genie dieses Mannes. Aber in Preußen vermag die Furcht und der Haß keines Mannes einen Andern zu verderben; wenn Graf Arnim keine Aktenstücke aus dem ihm anvertrauten Archive entfernt hätte, so würde er gelassen Bismarcks Zorn verachten und bessere Zeiten haben erwarten können. Ein gewiegter Politiker versteht die große Kunst des Wartens und des Schweigens; schon ein kleiner weiß es, daß man einem mächtigen Gegner keine Blöße geben darf: Graf Arnim hatte weder die eine noch die andere Lehre beherzigt. Aber nicht des Grafen Witz und Bismarcks Eifersucht stand hier zur Debatte.

Stimmten seine Ansichten nicht mit denen des leitenden und verantwortlichen Kanzlers zusammen, so hätte er

als Staatsmann seine Entlassung fordern sollen, fühlte er sich durch die herben und harten Verweise des Fürsten verletzt, — seine eignen Freunde und Sachwalter in den verschiedenen Zeitungen hatten dies Wort gebraucht — so zwang ihn niemand, länger in einer unerträglichen Stellung auszuharren. Das Talent entbindet in Preußen nicht von der Subordination. Als nach der Schlacht bei Gravelotte der Führer der ersten Armee, General Steinmetz, trotz seiner noch frischen Lorbeeren aus dem böhmischen Feldzug, von dem Kommando enthoben wurde, bewunderte man allgemein diese „Rücksichtslosigkeit" der höchsten Leitung. Zweifellos spielte zwischen Bismarck und Arnim etwas Ähnliches wie zwischen Moltke und Steinmetz.

Diesen entscheidenden Punkt in dem Streit beider Männer übersahen die Zeitungen, entweder, weil sie das Gefühl der Subordination nicht hatten — sie spotteten, daß Bismarck wie der Jesuitengeneral seine Untergebenen sicut cadaver behandele — oder, weil sie die Sensation für ihre Leser brauchten. Diesem Bedürfnis entsprach nun freilich die altpreußische Auffassung der Angelegenheit wenig oder gar nicht. Ein Beamter wagt einen Schritt, der ihn notwendig in eine schiefe Lage bringen muß: das Gericht schreitet gegen ihn ein. Dies Schauspiel hatte keinen großartigen Zug, es war kein aufregendes Spektakelstück für die Wiener. Sie waren seit 1848 an tragische Peripetien in der Politik gewöhnt, sie konnten die Schwankung von Belcredi zu Giskra und von Giskra über Potocki zu Hohenwart, sie konnten sich den gleichzeitigen Sturz Hohenwarts und Beusts, der beiden Antagonisten, nur durch ein Spiel

hinter den Coulissen erklären; diese Anschauung übertrugen sie auf den Fall Arnim; sie brauchten eine Tragödie, nicht wir.

Der vornehme Name flößte ihnen, gerade wie unseren Demokraten, eine ganz besondere Teilnahme ein. Hätte ein armer Subalternbeamter aus dem Archiv Aktenstücke an sich genommen, in der Meinung, daß es Privatbriefe seien, und würde darüber zur Rechenschaft gezogen: wer früge danach? Mit einem Grafen mußte man nach der Ansicht der Stadt, in der noch immer neben dem Banquier der Kavalier den Ton angiebt, mehr Umstände machen, man „vertuscht“ dort solche heikle Angelegenheiten. Und da die groben preußischen Gerichte und der „eiserne“ Kanzler diese zarten Rücksichten nicht beobachtet hatten, bekränzte man das „Opfer“ und stempelte es zum „Märtyrer“ seines Genies und seines stolzen Selbstbewußtseins. Aber seien wir doch ehrlich: es handelte sich in erster Linie bei den Wienern gar nicht um die „Sensation.“ Eifrig bemächtigte man sich einer Gelegenheit, um dem Fürsten Bismarck einen Stoß zu versetzen. Es war die alte Gegnerschaft gegen den Mann, der in Nikolsburg die Friedenspräliminarien diktierte, die immer wieder durchbrach. Wie tief man auch in Wien von der Notwendigkeit durchdrungen war, in Frieden und Eintracht mit dem neuen deutschen Reich zu leben; wie lebendig auch die Ueberzeugung war, daß Österreich und Deutschland sich gegenseitig zu stützen hätten, nur allzugern flickte man dem Manne, der die Lage der Welt zu Preußens Gunsten geändert, etwas am Zeuge. Bald übertrieb man die innern Schwierigkeiten Deutschlands, als ob Österreich nicht seine Ultramontanen, Sozialdemokraten und „interessanten Nationalitäten“ hätte. Bald re-

dete man von der unerschwinglichen Militärlast; jetzt bot der Neid, die Eifersucht, die „Willkür" des Kanzlers ein unerschöpfliches Thema zu Anklagen, Warnungen und den düstersten Prophezeihungen. Von diesem Standpunkt aus sah man in dem Grafen Arnim einen genialen Staatsmann, den einzig möglichen Nachfolger Bismarcks. Man hätte in manchen Wiener Redaktionen nichts dagegen gehabt, wenn er den Fürsten schon bei Lebzeiten ersetzt haben würde. Dabei verschlug es denn nichts, daß die Einen ihn für den eigentlichen Anstifter und Erfinder der Bismarckschen Kirchenpolitik erklärten, in welcher Hinsicht ihm auch Pius IX. ein günstiges Zeugnis ausgestellt hatte, während die andern behaupteten: er würde das Schiff des Reichs viel sicherer und klüger durch Sturm und Wellen in den Hafen gesteuert haben, als der nervös gereizte Mann von Varzin. Die preußischen Zeitungen, die sich nicht zu dieser Anschauung erheben konnten, und die Meinung vertraten, daß die Verhaftung des Grafen Arnim mit der Politik in keiner Verbindung stehe, waren „offiziös", oder „hochoffiziös" beeinflußt. Es fehlte nur noch, daß man diejenigen, welche die absolute Unabhängigkeit der preußischen Gerichte betonten, für bestochene Söldlinge Bismarcks erklärte. Keiner läugnete den politischen Gegensatz und die Abneigung, die beide Männer trennte, aber es war eine Erfindung, die Untersuchung gegen den Grafen als die lang geplante Rache Bismarcks darzustellen. Ohne die „Unregelmäßigkeit", die er sich hatte zu Schulden kommen lassen, konnte der Graf noch immer, zur Freude der Wiener, den Frondeur, den Nebenbuhler oder den mit den Altkonservativen verbundenen Hof-Verschwörer gegen den Kanzler

spielen. Übrigens war er ja nicht in die Gewalt seines unversöhnlichen Feindes, sondern in die Hand des Richters gefallen.

In Berlin vertrat die „Vossische Zeitung“ die Sache des Grafen Arnim. Dieser bediente sich derselben als seines Moniteurs. Bei anderen Blättern hatte er vergeblich angeklopft. Nach der Darstellung der „Vossischen Zeitung“ bestand schon seit dem Herbst 1872 ein Antagonismus zwischen den beiden Staatsmännern, während sie noch im Mai desselben Jahres die intimsten Freunde waren. Es war damals beschlossene Sache, daß Graf Arnim nach Berlin kommen und eine Art Adlatus des Reichskanzlers werden sollte. Graf Arnim hatte im April und Mai eine außerordentliche Mission nach Rom gehabt und von dort entschieden den Bruch mit Rom angeraten. Seinen Ratschlägen wurde Folge gegeben. Nun fährt der Apologet des Grafen Arnim in genanntem Blatte fort: „Man kann sagen, daß die jetzige Kirchenpolitik des Reichskanzlers bis in das letzte Detail den Vorschlägen Arnims entsprach. Auch das Projekt, den Kardinal Hohenlohe zum Botschafter des deutschen Reiches in Rom zu ernennen, ging von ihm aus. Er war es, der es an entscheidender Stelle annehmbar zu machen gewußt, nachdem Bismarck damit gescheitert war. Das Resultat war die Ablehnung des Kardinalbotschafters in Rom, auf die Arnim vorbereitet war, denn durch sie setzte Rom sich in das Unrecht und lieferte eine Handhabe für die neu zu inaugurierende antirömische, nicht antikirchliche Politik. Im September 1872 zeigten sich Symptome einer veränderten Gesinnung auf Seiten des Reichskanzlers, ohne daß es damals möglich war, einen

triftigen Grund hierfür anzugeben. Es trug sich damals das sehr merkwürdige Faktum zu, daß Fürst Bismarck sich weigerte, den schwer erkrankten, aber trotzdem nur zu dem Zwecke einer Zusammenkunft mit seinem Minister nach Berlin gekommenen Grafen zu empfangen. Nachdem der Graf vier Tage in Berlin gewartet, erfuhr er am fünften Tage, der Reichskanzler sei nach Varzin abgereist, ohne einen Auftrag an ihn zu hinterlassen. Er kehrte einige Zeit darauf nach Paris zurück, obgleich er schon damals, tief verletzt, die Absicht hatte, seine Abberufung zu verlangen. Die Abneigung Bismarcks gegen ihn trat demnächst immer schroffer und schroffer hervor. Es ist behauptet worden, daß Graf Arnim eine legitimistische oder orleanistische Restauration begünstigt und in seinen Berichten empfohlen habe. Daran ist kein wahres Wort. Wahr ist nur, daß im Oktober 1872 Graf Arnim in einem Privatbriefe an Bismarck die Ansicht aussprach, daß Herr Thiers anfange, sich in höherem Grade mächtig zu fühlen, als es dem preußisch-deutschen Interesse entsprechen könne, daß Herr Thiers mit Gambetta in Verbindung zu stehen scheine, und daß eine republikanische Propaganda sich allerorts bemerkbar mache. Arnim hob namentlich hervor, daß die Propaganda in Spanien sehr thätig sei und daß man sich darauf gefaßt machen müsse, die Republik dort entstehen zu sehen. Wenige Wochen darauf war Amadeus nicht mehr König. Die Vorhersagung Arnims war eingetroffen, und dies hatte um so mehr frappiert, als man sich der Wichtigkeit der von Arnim aufgeworfenen Frage nicht verschließen konnte, ob es nicht bedenklich sei, einen so großen Teil Europas der republikanischen Regierungsform verfallen zu

sehen. Arnim hatte dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß es nicht die Aufgabe Deutschlands sein könne, irgend eine monarchische Regierungsform in Frankreich zu begünstigen, sondern daß es allenfalls nur dem Interesse Deutschlands entsprechen würde, wenn in Frankreich ein öfterer Wechsel in Form und Person der regierenden Autorität stattfinde, so lange die deutsche Besatzung noch im Lande und daher in der Lage sei, jeder neuen Regierung Gesetze vorzuschreiben. Arnim dachte sich überhaupt die Lösung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland anders, als es gekommen ist. Er wollte, daß die Zahlungen, welche Frankreich zu leisten hatte, nicht beschleunigt, sondern verlangsamt würden. Seiner Auffassung nach sollten die deutschen Truppen Frankreich zwar bis auf einige Grenzfestungen räumen, aber Deutschland sollte sich das Recht reservieren, ohne Kriegserklärung Frankreich bis zum Meere wieder zu besetzen, wenn die Regierung sich mit den Zahlungen säumig zeigen sollte. Die Berichte, welche Arnim über die Stellung des Herrn Thiers und sein wachsendes, bedenklich werdendes Selbstgefühl, namentlich über seinen gefährlichen Hang zum Soldatenspiel, an Fürst Bismarck schrieb, waren ebenfalls Privatbriefe, welche Fürst Bismarck als solche behandeln und in Privatbriefform beantworten konnte. Bismarck war in Varzin. Die Mitteilungen Arnims aber wurden an maßgebender Stelle zur Kenntnis gebracht, und die Idee, daß halb Europa republikanisch werden könne, erregte ernste Bedenken, denen wahrscheinlich auch Ausdruck gegeben wurde. Das verstimmte den Reichskanzler. Arnim hatte von jetzt an alle Fühlung mit seinem Chef verloren. Er war für seine Information auf

den Vertreter Bismarcks, den nun verstorbenen v. Balan, angewiesen, und von diesem wurden die Anschauungen Arnims vollständig geteilt. Eine Konversation von fünf Minuten zwischen Bismarck und Arnim im September würde das im Oktober eingetretene Mißverständnis unmöglich gemacht haben, denn Arnim lag nichts ferner, als Bismarcks Stellung erschüttern zu wollen, eines Staatsmannes, mit dem er wohl in Detailfragen verschiedener Meinung sein konnte, mit dem er aber in den großen Zielen der Politik vollständig übereinstimmte. Genug — von diesem Zeitpunkte an datierte die Antipathie Bismarcks gegen Arnim.

Bald nachher trat die Novemberkrisis des Jahres 1872 in Paris ein. Thiers war infolge der von ihm gemachten Fehler nahe daran, zu fallen und Arnim signalisierte die Fehler, welche Thiers beging. Bismarck nahm dies übel, indem er die Berichterstattung über die Fehler, welche Thiers machte, als den Ausdruck des Wunsches ansah, daß Thiers zu Falle kommen möge. Diese Mißstimmung Bismarcks wurde durch geheime Berichterstatter genährt. Das Ende vom Liede war ein langes Schreiben von Bismarck an Arnim, in welchem er ihm sein Bedauern aussprach, daß eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen beiden in Rücksicht auf Kardinalfragen der Politik bestände. Graf Arnim antwortete hierauf in einem eigenhändigen Privatbriefe, in welchem er den Fürsten dringend bat, jeden Gedanken an Meinungsverschiedenheiten fallen zu lassen. Namentlich machte er ihn darauf aufmerksam, daß ein großer Unterschied zwischen den Äußerungen bestehe, welche ein Botschafter seinem eigenen Minister gegenüber auf Grund

seiner eigenen Wahrnehmungen machen zu müssen glaube, und dem Verhalten, welches er nach außen hin gegen Dritte seinen Instruktionen gemäß befolge. Jedoch — dieser Brief blieb ohne Erfolg. Eine Reihe von höchst verletzenden Briefen wurde von dem Fürsten an den Botschafter gerichtet. Eine Menge von Zwischenfällen trat ein, bis endlich der Ton der Correspondenz seitens des Fürsten so offensiv wurde, daß die Möglichkeit ferneren Zusammenwirkens ausgeschlossen blieb. Im Januar dieses Jahres hatte Graf Arnim das von ihm unsäglich schwer empfundene Unglück, seine Tochter zu verlieren. Er begab sich nach Berlin, um sein Kind zu begraben. Bei dieser Gelegenheit hatte er eine Begegnung mit dem Staatssekretär von Bülow. Derselbe machte ihm den Vorschlag, den unerträglichen Konfliktszustand durch Annahme des in Konstantinopel neu zu kreierenden Botschafterpostens abzuschließen. Graf Arnim ging hierauf nach einigem Zögern ein und glaubte damit den Frieden erkauft zu haben. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Nach Paris zurückgekehrt, wo er seinen Hausstand aufzulösen hatte, fand er daselbst ein neues Schreiben vor, welches in noch rücksichtsloserer Form abgefaßt war, als alle bisherigen, und welches gerade in den Tagen von Berlin abgegangen war, in denen die Nachricht von dem schweren Unglück, welches Arnim betroffen hatte, nach Berlin gelangte. Diese neue Kränkung unter solchen Umständen machte Arnim begreiflich, daß der Versuch, ihm durch das Anerbieten des Konstantinopeler Postens eine Satisfaktion zu geben, niemals ernst gemeint sein konnte. Denn, wenn es das gewesen wäre, so mußten die beleidigenden Schreiben

Bismarcks, die in Paris schon lagen, als Arnim noch in Berlin war, telegraphisch zurückbeordert und als nicht geschrieben betrachtet werden. Wir übergehen den Rest mit Stillschweigen. Aber da das Publikum fortwährend mit Berichten von Aktenstücken unterhalten wird, die Graf Arnim aus dem Archiv der Botschaft entnommen haben soll, so wollen wir nicht verhehlen, daß diese Aktenstücke eben nichts anderes sind, als die erwähnten Schreiben Bismarcks, welche den Zweck hatten, dem Grafen Arnim auszusprechen, daß er in keinem Stücke seiner Aufgabe genüge. Diese Schreiben, welche Arnim teilweise mit eigenhändigen Privatbriefen beantwortet hat, hat er als Privatkorrespondenz angesehen und allerdings ihre Herausgabe an den Fürsten Bismarck verweigert, da er derselben als pièces justificatives bedarf. Er hat sich nicht geweigert, sie dem Gericht zu übergeben, vielmehr erklärt, daß er sie binnen kurzem im Interesse seiner eigenen Verteidigung vorlegen wird, wenn er auch sein Anrecht an denselben festhält und dies Recht im Wege des Civilprozesses verfechten will. Alles, was von der Absicht des Grafen gesagt wird, die Schreiben zu veröffentlichen, ist durch nichts begründet. Dieselben werden nun allerdings bekannt werden, aber ohne Schuld und gegen den Wunsch des Grafen Arnim."

Fürst Bismarck sprach sich über diese Darstellung der Sache sehr erregt aus. Aus seiner Nähe wurde die folgende Notiz in die Zeitungen lanciert: „Die Darstellung der „Vossischen Zeitung" über die Differenzen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Arnim beschäftigt sich im Wesentlichen mit Thatsachen, die, wenigstens zur Zeit, nicht Gegenstand gerichtlicher Ermittelungen sind. Ange-

sichts der Möglichkeit, daß sie doch in nähere Beziehung zu den letzteren treten können, werden authentische Auslassungen darüber wohl nur erfolgen, wenn das Gericht sie fordert. Soviel wir wissen, ist das bisher nicht geschehen, und so lange es nicht geschehen ist, wird man wohl auf Mutmaßungen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen angewiesen sein. Wahrscheinlich ist es uns nun nicht, daß der Reichskanzler, wenn er bis zum September 1872 in der größten Intimität und in völliger Übereinstimmung mit dem Grafen Arnim gelebt und gehandelt hat, was wir nicht bestreiten, plötzlich im Oktober 1872 zu bitterem Haß und aktiver Feindschaft gegen denselben übergegangen sein sollte, wenn nicht etwa eine Thatsache inmitten liegt, welche der Bericht der „Vossischen Zeitung" nicht andeutet. Wenigstens bietet die bisherige politische Thätigkeit des Fürsten Bismarck bis jetzt kein Beispiel eines so willkürlichen und launenhaften Verhaltens auf geschäftlichem Felde. Wir dürfen daher annehmen, daß er, wenn rein persönliche Motive zur Verstimmung vorliegen, die letzteren in der Regel dem sachlichen Bedürfnis unterordnet. Nach unsern Nachrichten waren die Angriffe des Grafen Goltz auf den ihm vorgesetzten Minister und dessen Stellung energischer, als die des Grafen Arnim. Nichtsdestoweniger haben beide Staatsmänner sachlich zusammengewirkt, bis die tödliche Krankheit des Grafen Goltz, keineswegs aber der Einfluß des Fürsten Bismarck, ihn zum freiwilligen Rücktritt von seinem Posten veranlaßte. Wir glauben daher, daß, wenn die Zeitangabe der „Vossischen Zeitung" überhaupt eine Begründung hat, doch noch relevante Thatsachen vorhanden sein müssen, die jener Artikel verschweigt."

Das Organ der Altkonservativen, die „Kreuzzeitung", vertrat den Grafen Arnim mehr juridisch als politisch. Fürst Bismarck erkannte aber, welche Bewegung dahinter steckte. Es war das die Zeit kurz vor dem Erscheinen der Aera-Artikel, die ihren Schatten schon voraus warfen. Dem Reichskanzler schien daran zu liegen, das Ausland über den Zusammenhang zwischen den Bestrebungen einer gewissen Partei und der Sache Arnim aufzuklären. Einem Berliner Korrespondenten gelang es sogar, einen Artikel darüber in ein legitimistisches Pariser Blatt zu bringen. Der Abdruck desselben verriet einen bei französischen Blättern ganz ungewöhnlichen Grad von Unparteilichkeit. Der Verfasser sprach von einer „großen Verschwörung der Altkonservativen", woraus später, wie an einer anderen Stelle dieses Buches gezeigt worden ist, englische Korrespondenten in Berlin, eine Adelsverschwörung machten. In dem Artikel der „Gazette de France" hieß es: „Erstaunen Sie nicht, daß ich ein so grobes Wort anwende, aber es entspricht der Wirklichkeit, den Thatsachen. Der Graf v. Arnim war der Kandidat, der die Nachlassenschaft des Kanzlers übernehmen sollte, und hinter ihm stand eine geschlossene Phalanx, in welcher sich die vornehmsten und reichsten Familien des Landes befanden. Sie begreifen die Beweggründe, welche mir verbieten, Namen zu nennen. Die Verschworenen, alle Leute von Ehre, hatten die Absicht, den Kanzler in dem Vertrauen seines Herrn zu Grunde zu richten, und sie arbeiteten mit Beharrlichkeit. Man fügt hinzu, daß sie große Anstrengungen machten, um den Kronprinzen ihrer Sache zu gewinnen. Diese Anstrengungen scheinen aber erfolglos geblieben zu sein; denn im vorigen Winter, gerade im

Augenblicke, wo man an eine gewisse Abneigung des Kronprinzen gegen den Kanzler glaubte, widerlegte der Sohn des Kaisers diese Gerüchte dadurch, daß er beim Fürsten Bismarck speiste und den Abend bei ihm verbrachte. Man fügt sogar hinzu, daß die von Arnim bei dem Kronprinzen gethanenen Schritte sofort zur Kenntnis des Kanzlers und später zu der des Kaisers Wilhelm gekommen seien. Graf Arnim hatte sich also auf eine falsche Bahn begeben und ging blindlings auf derselben vor. Außer den zahlreichen und thätigen Schritten, welche er und seine mächtigen Freunde in den Hofkreisen thaten, vernachlässigte er auch nichts, was ihm die „liberale" Partei in Preußen und Deutschland gewinnen konnte. Er glaubte, daß er sich bei dieser Partei in Ansehen bringen werde, indem er in der Wiener „Presse" das Konzil betreffende Schriftstücke veröffentlichte, in welchen er viel antiklerikaler und antipäpstlicher erschien, als sein Vorgesetzter. Wie er glauben machen wollte, hätte er alles gethan, um die Proklamation der Unfehlbarkeit zu verhindern, und wären seine Bemühungen nur durch die Kraftlosigkeit des Herrn v. Bismarck gelähmt worden. Der Reichskanzler sah sich genötigt, auf diese Angriffe durch die Veröffentlichung offizieller Dokumente zu antworten, und es war ihm nicht schwer, die von ihm in Rom befolgte Politik der Enthaltung und der Neutralität zu rechtfertigen. Diese Politik war die allein korrekte, nnd man kann hinzufügen, daß zu dieser Zeit Herr v. Bismarck den klügsten und glücklichsten Ratschlägen Gehör schenkte. Es geht aus dem Gesagten hervor, daß Herr v. Arnim sich abmühte, durch alle möglichen Mittel die Stellung des Kanzlers zu untergraben. Dieser ist nicht

umsonst mit einem Paar großer, blitzender und durchdringender Augen bewaffnet. Er beobachtete das Spiel seines Gegners, ohne den Anschein zu haben, und wartete seine Stunde ab. Herrn v. Arnim aber trieb ohne Zweifel der ihn beselende Ehrgeiz und Zorn zu weiteren kompromittierenden Schritten."

Aus Paris wurde diese Mitteilung auch in betreff der Beziehungen des Grafen Arnim zu den französischen politischen Kreisen ergänzt. „Als Graf Arnim hier ankam, erzählte der Korrespondent, hatte er gehofft, daß er von der hohen Aristokratie gut aufgenommen werden würde. Da dieses nicht geschah, und er als Deutscher überall zurückgewiesen wurde, fühlte er sich auf das Tiefste verletzt. Anstatt sich aber mit der hohen Stellung eines deutschen Botschafters zu begnügen, bot er alles auf, um in die Kreise zu gelangen, die aus Haß gegen Deutschland nichts von ihm wissen wollten. Seine Bemühungen, um sich dieselben doch zu erschließen, müssen als der Ausgangspunkt seines nachmaligen Auftretens betrachtet werden. Über das weitere Verhalten des Grafen bis zum September 1872 scheint man nicht viel berichten zu können. Von da an stand er aber mit den Royalisten auf vertrautem Fuß, und wenn er es auch nicht hatte erreichen können, in ihren Kreisen offen empfangen zu werden, so bewies man ihm doch eine gewisse Freundlichkeit, da er den Royalistenführern versprochen hatte, in Berlin dahin zu wirken, daß man den Sturz von Thiers mit Zufriedenheit aufnehmen und nichts gegen die Herstellung der Monarchie thun werde.

Daß Graf v. Arnim sein Versprechen hielt, geht zur Genüge aus dem bekannten Artikel der „Vossischen Zeitung"

hervor, welche mitteilt, daß der deutsche Botschafter im September oder Oktober 1872 in Berlin zu beweisen gesucht habe, es wäre gut, wenn Thiers gestürzt werde und nicht ein und dieselbe Regierung in Frankreich längere Zeit am Ruder bleibe.

Selbstredend stand Graf von Arnim schon damals in den genauesten Beziehungen zu denen, welche die „Gazette de France" als Verschworene bezeichnete. Man sagt nicht, ob diese Verschworenen dem Grafen Arnim die ersten Anträge stellten, oder ob er es war, welcher, die geheimen Berliner Intriguen kennend, seine Dienste anbot. Ersteres dürfte jedoch der Fall sein, da die Verschworenen in ihm den einzigen Mann sahen, der den Fürsten Bismarck ersetzen könnte. Dies hält man für um so wahrscheinlicher, als die Verhaftung des Grafen unter den Verschworenen so ungewöhnlichen Zorn erregte. Wie dem nun auch sein mag, vom Oktober 1872 an bemühte sich Graf v. Arnim, obgleich er ganz andere Instruktionen hatte, mit dem größten Eifer für die Royalisten. Als diese endlich Ernst machen wollten, d. h. sich mit den Anhängern des Chiselhurster Hofes vereinten, um Thiers zu stürzen, verschwieg Graf Arnim nicht allein in Berlin die wahre Sachlage, sondern machte sich sogar sozusagen zum Oberhaupt der Verschwörung gegen Thiers. Nur seinem Ehrgeiz Gehör schenkend, glaubte er, daß, falls eine reaktionäre Politik in Frankreich ans Ruder komme, Fürst Bismarck sich den Berliner Intriguen gegenüber nicht halten könne, und er bot daher alles auf, um die Royalisten, die große Besorgnisse hegten, zu bestimmen, mit aller Entschlossenheit gegen Thiers vorzugehen, indem er ihnen die Versicherung gab, daß die deutsche Regierung

nicht den geringsten Einwand gegen eine Regierung machen werde, an deren Spitze Mac Mahon stehen werde. Ohne weiter darauf eingehen zu wollen, welche Mittel und Personen Graf v. Arnim anwandte, um die furchtsamen Royalisten in den Kampf zu treiben, sei nur noch bemerkt, daß Graf Arnim den Abschluß des letzten Räumungsvertrages verzögerte, da, wenn Thiers mit diesem, wie er gehofft hatte, vor die Nationalversammlung hätte treten können, seine und der Royalisten Intriguen ohne Wirkung geblieben und die Erfolge des 24. Mai 1873 nicht eingetreten sein würden. Daß Graf v. Arnim sich mit aller Entschlossenheit an den Arbeiten für die Wiederherstellung der Monarchie beteiligte, wurde schon gesagt. Er gab damals den zahlreichen, ihm zur Verfügung stehenden Journalisten die Instruktion, überall zu verkünden, daß die Restauration des „Roy“ als eine vollendete Thatsache zu betrachten sei, während er zu gleicher Zeit in Berlin auf alle mögliche Weise zu gunsten der Royalisten intrigieren ließ. Was ihm schließlich den Hals brach, war, daß Bismarck krank wurde. Arnim hielt den Augenblick für geeignet, sich ans Ruder zu bringen; es erschienen die bekannten Schriftstücke in der Wiener „Presse“ und gleichzeitig wurde in Berlin mit doppeltem Eifer gearbeitet. Aber dort hatte man an maßgebender Stelle schon erkannt, daß der heiße Wunsch des deutschen Botschafters in Paris, den Fürsten Bismarck zu ersetzen, Deutschland unzählige Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten würde; daran zerschellte Arnims Plan.

In der „Reichsglocke“ fanden sich die liberale Hofpartei, die sogenannte Adelspartei und die Ultramontanen, welche am unverhülltesten sich des Grafen Arnim annahmen, mit

diesem zusammen. Dieses Blatt hatte die ausgesprochene Tendenz, den Reichskanzler zu stürzen und den Grafen Arnim an seine Stelle zu bringen. Persönliche Interessen wurden dabei über die sachlichen, d. h. über diejenigen des Landes gestellt. Graf Arnim gehörte selbst zu den Mitarbeitern der „Reichsglocke", aber er lieferte nichts von seiner Hand. Als im Jahre 1877 der Herausgeber derselben sich ins Ausland geflüchtet hatte und der bestochene Expedient, der spätere Herausgeber des „Unabhängigen", sämtliche Manuskripte der Polizei und dem Auswärtigen Amte auslieferte, hielt man den Fund für lohnend genug, als man die Handschrift des Sohnes des Grafen Arnim, des Legationsrates v. Arnim-Schlagenthin, entdeckte. Der Prozeß, oder die Prozesse Arnim erhielten dadurch noch ein Nachspiel.

Ein eigentümliches Licht auf die Affaire Arnim warf damals ein Passus der „Corresp. franco-italienne." Diese vom Vatikan aus inspirierte Correspondenz besprach unter dem 4. Oktober, d. h. dem Tage, an welchem die Inhaftierung des Grafen Arnim erfolgte, die Eventualität eines Besuches des Kaisers Wilhelm in Rom, sagte, daß dieser Besuch dort sehr willkommen sein würde, daß eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem Papste vielleicht im stande wäre, die von Preußen gegen die katholische Kirche befolgte Politik zu ändern, und daß Se. Heiligkeit niemals an den persönlichen Sympathieen des Kaisers für den Papst, wie sie sich in den Briefen des Kaisers an Se. Heiligkeit dokumentierten, gezweifelt habe. Die „Corresp. franco-italienne" erwähnte dann noch besonders die mit dem Geschicke des Papstes sympathisierenden Gefühle der Kaiserin Augusta,

und sagte dann wörtlich: „Man hat im Vatikan noch nicht die Hoffnung aufgegeben, Herrn v. Bismarck mit Hilfe des Herrn v. Arnim zu beseitigen, der ihn dann ersetzen würde. Die pontifikale Diplomatie hat Papiere in den Händen, die viel kompromittierender sind, als die von Lamarmora veröffentlichten."

Jedenfalls war dieses Zusammentreffen ein merkwürdiger Zufall! Man war allerdings der Ansicht, daß die Hoffnungen des Vatikans auf ein neues Kanossa illusorisch seien, aber irgend einen, wenn auch noch so geringen Anhaltspunkt schienen sie doch zu haben, darauf deutete diese Drohung mit einer zweiten Lamarmora-Publikation hin. Sollten diese in den Händen der pontifikalen Diplomatie befindlichen Papiere die in Nassenheide gesuchten Aktenstücke sein? So wurde damals gefragt.

Erst gegen Ende des Monats Oktober gelangte das erste authentische Material über die Affaire Arnim in die Öffentlichkeit. Ein New-Yorker Blatt veröffentlichte den Briefwechsel, welcher zwischen dem Staatssekretär v. Bülow und dem Grafen Arnim über die im Pariser Botschaftsarchiv vermißten Aktenstücke geführt worden war. Es ergab sich aus demselben, daß es sich in der That durchweg um numerierte und registrierte Dokumente handelte, daß, ganz im Einklang mit den bekannten Angaben nach Zurücklieferung von vierzehn Schriftstücken durch den Grafen, noch fünf und fünfzig Nummern vermißt wurden, von denen Arnim siebenzehn als zu seinen Personalakten gehörig betrachtete, während er betreffs der übrigen teils keine Auskunft geben zu können versicherte, teils die Ansicht aussprach, daß sie nur verlegt seien. Ebenso war die Angabe

bestätigt, daß Arnim die Zurückbehaltung der siebenzehn Stücke damit zu rechtfertigen suchte, daß er sie zur Begründung eventueller vermögensrechtlicher Ansprüche, oder zu seiner Verteidigung nötig habe. Ferner bestätigte sich, daß der Staatssekretär v. Bülow die in Rede stehenden Verhandlungen mit dem zur Disposition gestellten Botschafter auf Grund des Reichsbeamtengesetzes durchaus als amtliche gepflogen hatte, während Graf Arnim ihm entschieden das Recht dazu bestritt, und sich dem Auswärtigen Amt gegenüber als Privatperson betrachtete. Was den Charakter der Schriftstücke betraf, so faßte Bülow die Ansicht des Auswärtigen Amts dahin zusammen: „Schriftstücke, welche in amtlicher Veranlassung und Form den Inhalt einer, amtliche Verhältnisse und Pflichten berührenden Correspondenz bilden, sind nicht Personal-, sondern amtliche Akten, somit Bestandteile des Archivs. Im vorliegenden Falle ist die Eigenschaft um so weniger zu bestreiten, als die eben aufgeführten Stücke nummeriert sind, d. h. für Absender und Empfänger in gegebener Reihenfolge als amtlich bezeichnet." Dagegen meinte Arnim: „Wenn diese Erlasse auch an politische Fragen anknüpfen, so geschieht es doch nur, um gewisse Anklagen zu begründen, welche der Herr Reichskanzler gegen mich persönlich erhebt und bei anderen aktenmäßig feststehenden Vorgängen erhoben hat. Es darf wohl behauptet werden, daß mehrere jener Erlasse nicht geschrieben worden wären, wenn der Herr Reichskanzler nicht von der Ansicht ausgegangen wäre, daß ich bemüht gewesen sei, seiner Politik Schwierigkeiten zu machen und (mit einer, der Person des Kaisers verwandtschaftlich so nahe als möglich stehenden Person) gegen ihn

„konspiriert“ habe. Es sind dies alles schwere Anschuldigungen, bei denen mein Ruf auf dem Spiele steht. Ich bedarf zu meiner Verteidigung der Piecen, welche ich als Privateigentum ansehe. Sie konnten nie zur Kenntnis des Botschaftspersonals gebracht werden, da sie durch Form und Inhalt geeignet waren, meine Autorität zu untergraben.“

Nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär und dem Grafen Arnim, wie derselbe von dem „New-York Herald“, den „Daily News“, der „Frankf. Ztg.“, der „Voss. Ztg.“ und der Wiener „N. Fr. Presse“ veröffentlicht war, als ungenau bezeichnet hatte, präzisierte die „Post“ diesen Vorwurf wenigstens in einem nicht unerheblichen Punkte. In dem ersten veröffentlichten Briefe hieß es, wie oben erwähnt, der Reichskanzler würde mehrere seiner (die Haltung Arnims tadelnden) Erlasse wohl nicht geschrieben haben, wenn er nicht von der Ansicht ausgegangen wäre, daß Arnim bemüht gewesen sei, seiner Politik Schwierigkeiten zu machen „und (mit einer der Person des Kaisers verwandtschaftlich so nahe als möglich stehenden Person) gegen ihn „konspiriert habe“. Jeder Leser mußte unter der so bezeichneten „Person“ den Kronprinzen verstehen. Diese Deutung sollte indessen nach der Bemerkung der „Post“ nur auf einer Abweichung von dem Wortlaute des Arnimschen Briefes beruhen. Auch war in der französischen Version, welche die „Ind. belge“ mitteilte, nur von einer mit der Person des Kaisers eng verbundenen (intimement liée) „Person“ die Rede. —

Der Molkenmarkt bot am 19. Dezember in den Abendstunden einen seltenen Anblick. Die Dunkelheit hatte ihren Fittig früh ausgebreitet, wenig erhellt durch den „frischen Schnee auf eines Raben Rücken.“ Es war eine eng gepreßte, schwarze Volksmenge, die von 4 Uhr an dem Schneegestöber Trotz bot und den Blick an die fünf erleuchteten Fenster im zweiten Stock des altertümlichen, in allen seinen anderen Räumen finsteren Gerichtsgebäudes heftete, von Minute zu Minute der Verkündigung des Spruches harrend, der in dem berühmten Prozesse Arnim gefällt werden sollte. Verhielt die Menge selber in ihrer Erwartung sich fast schweigend, so ertönten desto lauter die Zurufe der sehr verstärkten Schutzmannschaft zu Fuß und zu Roß, die durch den dichten Knäuel für das von den drei Seiten des Triangels, den man Molkenmarkt nennt, zuströmende Fuhrwerk eine Gasse frei zu halten suchte, aber, so oft sie auch die Wogen zu teilen vermochte, doch dieselben immer wieder hinter sich zusammenschlagen sah. Der Haufen, den die Spannung dahin getrieben hatte, vermehrte sich in jedem Augenblicke noch durch die zahlreichen Weihnachtseinkäufer, die der Weg zufällig dort passieren ließ. Mechanisch blieben sie haften und bald wurden die Chancen für und gegen Arnim unter hochgehaltenen Tannenbäumen und Wiegenpferden erwogen. So war es in der That. Noch bis zum letzten Moment des Bekanntwerdens des Richterspruches gingen die Wetten, kämpften die beiden entgegengesetzten Meinungen, Freisprechung und Verurteilung, mit einander, befehdeten sich leidenschaftlich die Parteien. Wir müssen allerdings gleich bemerken, daß sich die Partei Arnim — um uns kurz auszudrücken — unter der profanen Menge, die

den Molkenmarkt bedeckte, wohl nur in verschwindender Minorität befand. Diese Partei, die Freisprechungspartei, war mehr da oben, in dem fünffenstrigen, erleuchteten Saale vertreten, zumal unter den dort versammelten Juristen Berlins. Denn so hatten sich in Berlin, wie auch wohl außerhalb die beiden Parteien im Allgemeinen unterschieden, daß die Rechtsgelehrten und überhaupt solche, die die ganze Sache lediglich juridisch und den nackten Thatbestand, der den Gegenstand des Prozesses bildet, ohne Vermengung mit Nebenpunkten ansahen, zu einem großen Teile sich dahin neigten, den Angeklagten zu absolvieren, oder ihm höchstens eine Strafe für ein ganz geringes Vergehen, auf keinen Fall für Urkundenunterschlagung oder dergleichen zuzuerkennen, während das größere Publikum den Prozeß ganz anders ansah, in dem Angeklagten den Intriguanten, den Aufsässigen gegen Bismarck, ja den Landesverräter, oder den Mann der Kreuzzeitungspartei, der man Umsturzideen, Pläne gegen das Werk Bismarcks zuschrieb, bestraft wissen wollte, und zwar exemplarische Bestrafung verlangte. Auf dieser Seite hätte man von den drittehalb Jahren Gefängnisstrafe, die der Staatsanwalt beantragte, höchstens einige Monate erlassen. Auf eben dieser Seite gab es zum Teil Pessimisten, welche altes Mißtrauen in sich hegend, den Prozeß für eine Probe betrachteten, die das Gericht mit seiner Unparteilichkeit zu bestehen habe. Eine Freisprechung, oder ein zu geringes Strafmaß, wurde im Voraus für ein „Ansehen der Person", d. h. als Rücksichtnahme auf den Rang des Angeklagten erklärt. Aber auch mancher, der nicht an solchem, bei

Leuten geringerer Bildung leicht aufkeimenden Argwohn teil nahm, sprach doch mit Porzia:

> Es darf nicht sein; kein Anseh'n in Venedig
> Vermag ein gültiges Gesetz zu ändern.
> Es würde als ein Vorgang angeführt,
> Und mancher Fehltritt nach demselben Beispiel
> Griff um sich in dem Staat; es kann nicht sein.

So trennten sich also die Parteien, jede noch in verschiedene Nüancen gespalten, im letzten Moment vor der Publikation des Urteils in der Weise, daß diejenige in überwiegender Majorität war, welcher es nicht um das objektive, etwa streitige Recht, sondern um das subjektive Rechtsbewußtsein zu thun war, oder, anders ausgedrückt, für welche es sich weniger um eine Frage des Rechts, als um eine Frage der Moral handelte. —

Doch, wie sah es inzwischen im Gerichtssaale aus, in dem die Entscheidung nun bald fallen sollte?

Von drei Uhr an, eine Stunde vor dem, für die Verkündigung des Urteils festgesetzten Zeitpunkte, füllten sich die Tribünen. Das halbe Hundert von Berichterstattern — auch die Oesterreicher, Franzosen, Engländer u. s. w. waren fast vollständig bis zum Abschlusse des Dramas, das sie hierher geführt hatte, in Berlin geblieben — ist gerüstet auf seinen Plätzen. In dem Saale, in dem das Halbdunkel des trüben Winternachmittags herrscht, sind die Lichter und Lampen bereits angezündet. Auf dem Tische des Gerichtshofes werfen, wie bei den Verhandlungen, drei Kandelaber ihre Strahlen um sich. Die Gasflammen in ihren trüben Glasumhüllungen verbreiten eine unerträgliche Hitze, die in demselben Verhältnisse steigt, in

welchem das anwesende Publikum an sich die Probe von der Elastizität des menschlichen Körpers macht. Der ganze Zuschauerraum faßt normaliter 150 Personen, und doch drängten sich hier 300 Menschen zusammen. Das Publikum auf den Sitzplätzen besteht zu einem Fünftel aus Damen. Am Gerichtstische placiert sich allmählich eine große Anzahl von Richtern und Rechtsanwälten des Stadtgerichts, der Oberstaatsanwalt des Kammergerichts (v. Luck) und der Direktor der Kriminalpolizei. Am Tische der Verteidiger bemerkt man die Anwälte Munckel und Dockhorn; Professor v. Holtzendorff ist bereits nach München abgereist. Die beiden anwesenden Verteidiger verlassen wiederholt ihren Platz, um bald mit dem bereits erschienenen Sohne des Angeklagten, bald mit Herren und Damen im Publikum, bald auch mit dem Staatsanwalt, der ab und zu im Saale sich sehen läßt, zu konversieren. Die angesetzte Zeit ist lange erreicht, der Platz auf der Anklagebank unterhalb der Uhr noch immer leer. Die Menge auf der Tribüne hat sich inzwischen so verdichtet, daß im buchstäblichen Sinne des Wortes keine Stecknadel mehr Platz findet. Selbst die Treppen und Flure des Gerichtsgebäudes sind von Neugierigen so besetzt, daß die aufgestellten Posten der Schutzmannschaft kaum die Ruhe aufrecht zu erhalten vermögen. Die Verstimmung im Publikum des Saales, die Ungeduld des Wartens, läßt es gleichwohl nach Berliner Art an Scherzen nicht fehlen. Man zischt ein „Pst", sobald die Thür sich öffnet, durch die der Gerichtshof oder der Angeklagte eintreten — könnte, man ruft nach dem unbesetzten Tische des Gerichtshofes ein „lauter" hinüber. Der Verhandlungssaal bietet in manchen Momenten nicht

gerade den würdigen Eindruck einer Stätte, wo eben ein Vorgang von historischer Bedeutung seinen Abschluß, oder wenigstens einen vorläufigen finden soll. Die Uhr zeigte bald 5 Uhr, als der Gerichtshof den Rechtsanwalt Munckel zu sich ins Beratungszimmer eintreten ließ und demselben mitteilte, daß das Urteil in Abwesenheit des Angeklagten nicht zur Publikation gelangen werde. Der Graf, dessen Unwohlsein sich verschlimmert haben sollte, war auf ärztlichen Wunsch nicht erschienen.

Herr Munckel, ferner der Sohn des Angeklagten, dann der Agent desselben, Dr. Vogelsang, fuhren sofort in schnellem Trab nach der Wohnung des Grafen, um demselben den Beschluß des Gerichtshofes mitzuteilen. Mit Spannung sah alles den Dingen entgegen, die sich nun entwickeln sollten. Es vergeht mehr als eine Stunde, bis sich im Saale die Nachricht verbreitet, der Graf sei gekommen. Ein Diener bringt ein Kissen für den Angeklagten in den Saal und legt es auf die Anklagebank. Wenige Minuten später erscheint dann auch der Graf. Er sieht sehr angegriffen, aber vollständig ruhig aus. Eine Sekunde lang blickt er im Saale umher, dann nimmt er seinen Platz ein und blickt vor sich hin, während fast unmittelbar nach seiner Ankunft die Richter eintreten.

Der Präsident begann seinen langen Vortrag. Er hielt ihn sitzend, teilweise zu dem Grafen gewandt. Zeitweise macht der Vortrag des Präsidenten ganz den Eindruck, als sollte er mit einer Freisprechung enden, so, wir möchten fast sagen, wohlwollend ist derselbe gehalten. „Er wird freigesprochen", murmelt es ab und zu im Saale, auf den Tribünen. Bei den ihm günstigen Partien des Vor-

trages hört der Graf gespannt, den Oberkörper vorgebeugt, dem Präsidenten zugewandt, zu. Dann lehnt er wieder zurück, wie abgespannt, müde, ermattet von dem langen Vortrage, der der Sentenz vorausgeht. Endlich ist der Präsident mit der Begründung zu Ende, er kommt zum Urteil selbst. Er erhebt sich, mit ihm alle Anwesenden, der Gerichtshof, der Angeklagte, die Verteidiger, das Publikum. Das niedrigst mögliche Strafmaß, noch gemildert durch die Anrechnung der Untersuchungshaft, wurde im Saale, wo auch fast die ganze Familie Arnims vertreten war, mit einem Gemurmel beifälligen Erstaunens vom Publikum aufgenommen. Der Angeklagte blieb völlig ruhig.

„Von Rechtswegen", schließt wie üblich der Präsident seinen Vortrag, dazu zur Erhöhung des Eindrucks auf den Tisch schlagend.

Staatsanwalt Tessendorf schaute während der Vorlesung des Erkenntnisses nicht auf, er zeichnete auf einem Blatt Papier allerhand Figuren. Mehrere Richter und hervorragende Juristen kommen an den Präsidenten Reich heran und beglückwünschen ihn ob der ausgezeichneten Fassung des Erkenntnisses, auch Rechtsanwalt Munckel drückte ihm die Hand. Draußen aber, auf dem Markte der Molken, da ging mit einem Male ein lautes Brausen durch die Menge von Tausenden, die bis dahin in tiefem Schweigen oder in leisem Flüstern, mit einer wohl anzuerkennenden Ausdauer des Spruches geharrt hatte. „Drei Monate!" Das waren die beiden einzigen Worte, die die ersten Personen, welche aus dem Gerichtssaale die Treppe herabstürzten und von den nächsten draußen stehenden förmlich zerrissen wurden, in die Menge hineinriefen, und eben

diese Worte gingen in demselben Moment von Munde zu Munde und durchflogen wie ein Lauffeuer die weite Stadt. Kaum eine halbe Stunde nach Verkündigung des Urteils kannte man dasselbe bereits in entfernten Teilen der Stadt. Die Omnibuskondukteure riefen es von ihrem Wagentritte. Zu den mündlichen Telegraphen kamen bald die Extrablätter. Niemals ist unseres Wissens eine Urteilsverkündigung in allen Volksschichten dieser Spannung, diesem erwartungsvollen Interesse begegnet.

Und wie wurde der Spruch aufgenommen? Befreite des Beifalls langehemmte Lust jetzt aller Hörer Brust? Nun, jenachdem, ganz entsprechend der doppelten Stellung, die vor dem Ausgange der Sache dieser gegenüber eingenommen war. Eine Minorität sagte: Das war das Maximum, das man als Strafmaß erwarten konnte; die größere Menge blieb bei: Viel zu gelinde, oder: Um ein so kleines Vergehen so viel Untersuchungsapparat! oder: Der Berg hat eine Maus geboren!

Die Presse verhehlte ihr Mißfallen nicht. Sie erklärte, sie hätte nicht geglaubt, der Friede Europas sei so spottwohlfeil, wie ihn das königliche Stadtgericht taxierte. Wenn man aus Schriftstücken, die als noch einigermaßen harmlos veröffentlicht waren, einen Schluß auf diejenigen ziehen dürfe, die selbst dem Fürsten Bismarck zu gefährlich erschienen, so könne man sich etwa vorstellen, um welche Pulvertonne es sich handle. Es seien dies dieselben Aktenstücke, die ein Berliner Rechtsanwalt im Auftrage des Grafen aus seiner Mappe zog und dem Untersuchungsrichter behändigte, als handelte es sich etwa um einen Mietsvertrag oder etwas dergleichen.

Der Prozeß gewann mehr noch als durch die verhandelte Sache ein ungeheures Aufsehen durch die in seinem Verlaufe zur Verlesung gekommene lange Reihe von zwischen Bismarck und Arnim ausgewechselten amtlichen Depeschen. Man war von Bismarck gewohnt, daß er die letzten Ziele seiner Politik vor Freund und Feind offen aussprach; aber das hatte man ihm doch nicht zugetraut, daß er Depeschen, in welchen den Franzosen gesagt war, wie gern er ihnen die Republik gönne, und den vatikanischen Jesuiten gesagt war, wie er über einen Papst ihres Geschmackes denke, im öffentlichen Gerichtssaale verlesen oder in einer Zeitung öffentlich abdrucken lasse. Das Urteil der inländischen und ausländischen Presse, besonders auch der französischen, wandte sich ganz und gar gegen Arnim. Man sprach von ihm als von einer „Inkapacität", als von einem „im Irrgarten der Romantik umhertaumelnden Kavalier", welcher von einer maßlosen Selbstüberhebung zerfressen sei, zu der jede Berechtigung fehle. Die Berliner Hofpartei, die den Grafen Arnim dazu ausersehen hatte, Bismarck zu ersetzen, fand sich überall verläugnet. Das Urteil des Berliner Stadtgerichts gegen Arnim lautete auf drei Monate Gefängnis, welche Strafe auf Appellation des Staatsanwalts in zweiter Instanz auf neun Monate erhöht wurde. Das Stadtgericht hatte ihn nicht der Unterschlagung von Urkunden und nicht des Amtsvergehens, wohl aber des Vergehens wider die öffentliche Ordnung schuldig erklärt, das Kammergericht sprach ihn von der Unterschlagung amtlicher Schriftstücke und des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung frei, erklärte ihn aber der vorsätzlichen Beiseiteschaffung amtlicher

Urkunden schuldig. Die Reichsdisciplinarkammer zu Potsdam erkannte auf Entlassung des Grafen aus dem Dienst. —

Bald darauf erschien in der Schweiz eine annonyme Broschüre unter dem Titel: „Pro Nihilo.“ Die Tendenz dieser Schrift, welche entweder vom Grafen Arnim selbst verfaßt, oder mehr als blos inspiriert, wenn nicht geradezu in die Feder diktiert ist, geht dahin, den Reichskanzler als einen mißtrauischen, tyrannischen Mann, der mit keinem Menschen von Verstand und eigenem Willen auszukommen vermöge, bei aller Welt, bei dem Kaiser, den Ministern, den Botschaftern, den Militärs aufs gründlichste zu diskreditieren, seine hohe Stellung nicht als die Frucht seiner eminenten staatsmännischen Kunst, sondern als das Produkt einiger glücklichen Zufälligkeiten zu bezeichnen und den Grafen Arnim für denjenigen zu erklären, welcher „in der Beurteilung der französischen Verhältnisse weitsehender und von höheren Gesichtspunkten geleitet gewesen ist als der Reichskanzler und denselben auf diesem Felde ebenso überragt, wie auf dem Felde der kirchlichen Politik.“

Daß Bismarck den Abschluß der Konventionsverhandlungen von Versailles nach Berlin verlegte und selbst in die Hand nahm, veranlaßte Arnim zu einer Immediateingabe an den Kaiser, worin die Bitte ausgesprochen ist, der Kaiser möge eine Untersuchung darüber anordnen, ob der Botschafter nicht streng nach seinen Instruktionen gehandelt habe.

Bismarck, dem die Eingabe vom Kaiser zugestellt wurde, verweigerte jede Äußerung hierüber, so lange ihm die Eingabe von Arnim nicht auf dem Dienstwege zugeschickt sei. Dabei verschmähte es Arnim nicht, den Namen des Bankiers Bleichröder in einer Weise hereinzuziehen,

daß der Verdacht einer finanziellen Spekulation Bismarcks sehr deutlich zwischen den Zeilen zu lesen ist. Arnim sagte nämlich: „das Resultat war für den Fürsten Bismarck außerordentlich und in jeder Beziehung günstig", und findet es unbegreiflich, daß der Feldmarschall Manteuffel, dessen sich Bismarck bei jenen Unterhandlungen mit Thiers bediente, sich als Untergebenen des Generallieutenants Fürsten Bismarck angesehen habe. Die Broschüre sagte: „Bis zum Juli 1872 war der Reichskanzler frei von jeder Mißstimmung gegen den Grafen Arnim. Kurz vorher hatte er sogar den Wunsch offiziell geäußert, den Botschafter zu seinem Adlatus zu ernennen, ein Vorschlag, der vom Kaiser bereitwilligst genehmigt werde. Nachdem Graf Arnim am 29. Juni 1872 nach mühsamen Unterhandlungen eine Konvention mit der französischen Regierung abgeschlossen hatte, um die Zahlung der Milliarden und die Evakuation Frankreichs zu beschleunigen — eine Konvention, wie sie den Wünschen der kaiserlichen Regierung entsprach — begab er sich zu einem Kurgebrauche nach Kissingen und berührte auf seiner Reise Ems, wo der Kaiser sich befand. Er wurde vom Kaiser mit Auszeichnung und mit dem Ausdrucke gnädigsten Dankes für die in Paris geleisteten Dienste empfangen. In Ems befanden sich gleichzeitig der Minister Graf Eulenburg und der Kölner Domherr Frenken, welcher zu den liberalen Mitgliedern des Kölner Domkapitels gehörte und welcher seit langer Zeit als ein treu ergebener Patriot bekannt war. Die akademische Unterhaltung, welche Graf Arnim mit diesen beiden Herren hatte, drehte sich hauptsächlich um den vernünftigsten Modus des von allen als notwendig erkannten Kampfes gegen römische Übergriffe,

ein Kampf, der bereits damals von beiden Seiten mit der leidenschaftlichsten Heftigkeit geführt wurde. Graf Eulenburg und Domherr Frenken waren beide der Ansicht, daß Gewaltmaßregeln, wodurch die Bischöfe zu Märtyrern gemacht würden, das Gegenteil von dem bewirken könnten, was die Regierung zu erreichen beabsichtige. Das katholische Volk, meinte Herr Frenken, würde in solchem Falle nicht blos folgsam, sondern treibend hinter den Bischöfen stehen. Graf Eulenburg machte außerdem das Geständnis, daß eine vor kurzem eingegangene Erklärung des Bischofs von Ermeland zwar vollständig geeignet gewesen sei, als Grundlage eines annehmbaren modus vivendi zu dienen, daß aber Fürst Bismarck diesen Vorschlag zurückgewiesen habe, wahrscheinlich, weil er es für zweckdienlicher hielt, den Krieg bis aufs Äußerste zu treiben. Da diese Unterhaltung eine rein akademische und durchaus vertrauliche war, so beging Graf Arnim die Unvorsichtigkeit, den Zweifel dieser beiden Herren an der Sicherheit des zukünftigen Triumphes des Herrn Reichskanzlers eben so zu teilen, als ihren Wunsch, diesen Triumph verwirklicht zu sehen. Zu derselben Zeit wurde Graf Arnim unvorsichtiger Weise in den unterrichteten Kreisen Berlins als Nachfolger des angeblich erkrankten Reichskanzlers genannt. Beide Unvorsichtigkeiten gelangten zur Kenntnis des Fürsten Bismarck."

Um die Botschafter von Rußland und von Österreich mit Bismarck zn verfeinden, führt Arnim ferner an, habe Bismarck bei der Dreikaiserzusammenkunft 1872 die Verleihung hoher Orden an jene Botschafter zu verhindern gesucht, und habe sich deshalb mit dem Staatssekretär v. Thiele

entzweit, welcher letzterer, den Weisungen des Kaisers folgend, die Übersendung dieser Orden vermittelt habe.

Nach dem Sturze Thiers berichtete Arnim — nach den Angaben der Schrift „Pro nihilo“ — in einer Eingabe an den Kaiser vom 8. Juni 1873 über seine Unterredung mit dem neuen Präsidenten Mac Mahon, spricht über das französische Parteiwesen, über die Aussichten der Fusion und der Bonapartisten und erklärt, daß keine der dynastischen Lösungen, mit denen sich die Parteien beschäftigen, dem monarchischen Prinzip in Europa zu gute kommen würde, und daß diejenige französische Regierung für Deutschland die beste sei, welche den größten Teil ihrer Kraft auf die Bekämpfung ihrer inneren Feinde verwenden müsse. Von dieser Eingabe in Kenntnis gesetzt, richtete Fürst Bismarck am 19. Juni 1873 ein Schreiben an Arnim, worin er diesen daran erinnerte, daß derselbe in einer achtmonatlichen Berichterstattung eine entgegengesetzte Auffassung festgehalten und bei dem Kaiser zur Geltung gebracht; daß er dadurch den für Deutschland nicht vorteilhaften Regierungswechsel, wenn nicht geradezu herbeiführt, so doch zum mindesten erleichtert, und daß er durch seine Berichterstattung im Widerspruch mit der Bismarckschen Politik auf den Kaiser eine Einwirkung ausgeübt habe, welche nicht mehr den Charakter einer gesandtschaftlichen, sondern den einer ministeriellen Thätigkeit an sich trage. Dieselbe trete in Rivalität mit der legitimen Wirksamkeit des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten. Nachdem er (Bismarck) durch ernste, verantwortliche und erfolgreiche Arbeit im Dienste des Kaisers seine Kräfte erschöpft habe, könne er die Anstrengung nicht mehr leisten, welche erforderlich sein würde,

um neben seinen regelmäßigen Dienstgeschäften im Kabinett des Kaisers den Kampf gegen den Einfluß eines seiner Politik widerstrebenden Botschafters zu führen. Er halte es daher für notwendig, Anträge an den Kaiser zu richten, um die Einheit und Disciplin im Auswärtigen Dienst zu erhalten und die Interessen des Kaisers und des Reiches vor verfassungsmäßig unberechtigter Schädigung sicher zu stellen.

Um, wie er sagte, die Versöhnung mit dem Fürsten Bismarck anzubahnen, machte Arnim am 1. September 1873 sowohl dem Kaiser als dem Fürsten Bismarck seine Aufwartung. Über die Gespräche, welche bei dieser Gelegenheit geführt wurden oder geführt worden sein sollten, berichtete Arnim in der rücksichtslosesten Weise, den Samen der Zwietracht mit vollen Händen ausstreuend. Zu einer Abberufung von Paris, läßt er den Kaiser sagen, liege kein Grund vor. Es handle sich überhaupt um nichts als um die „Ranküne“ des Fürsten Bismarck. Ranküne sei dessen vorherrschender Charakterzug, und sei es traurig, bei einem Manne dies konstatieren zu müssen, dem man so viel verdanke. Die Vorwürfe, welche Fürst Bismarck bei der Unterredung dem Grafen gemacht haben soll, sind dahin präcisiert, daß der Kanzler gesagt habe, Arnim raube ihm seit einem Jahre die Ruhe, konspiriere mit der Kaiserin, ruhe nicht eher, bis er selbst Reichskanzler werde, sehe in jedem Vorgesetzten seinen natürlichen Feind, habe ihn beim Kaiser verklagt und einen längeren Aufenthalt in Berlin dazu benutzt, um in den Hofkreisen gegen ihn zu intrigieren.

Trotz dieser resultatlosen Unterredung, welche die Kluft zwischen Reichskanzler und Botschafter noch erweiterte, blieb, so heißt es in der Broschüre, Arnim doch auf seinem Posten, offenbar in dem Gedanken, gestützt auf das Vertrauen des Kaisers, für die Nachfolge auf den Posten des Reichskanzlers sich möglich zu erhalten. Der Kern der Darstellung ist, daß Bismarck vom Verfolgungswahnsinn besessen, und daß der Pariser Botschafter das unschuldige Opfer desselben sei. „Jeder, der mit dem Fürsten Bismarck in näheren Beziehungen gestanden hat, sei es als Kollege im Ministerrate, als Untergebener, als Mitglied des Parlaments, selbst als Nationalliberaler, wird die Erfahrung gemacht haben, wie schwer es ist, nicht mit ihm in Differenzen zu geraten — wer mit ihm in Differenzen geraten ist, wird erfahren haben, daß jede Auseinandersetzung mit ihm unmöglich ist. — Ihm mit Gründen entgegentreten, ist soviel wert, als mit Erbsen an eine Steinmauer werfen. . . Man läßt ein Geschäft während einer gewissen Zeit sich entwickeln und hüllt sich in tiefes Schweigen. Plötzlich erscheint man mit Percys Ungestüm auf der Bühne, wirft alles um, was bis dahin geschehen ist, oder tadelt es doch, wenn es nicht mehr zu ändern ist, und verschwindet dann wieder wie ein Komet in unnahbarer Ferne. Mancher hat die Konstitution des Reiches und des Staates bewundert, welche solch sporadisches gewaltsames Eingreifen vertragen kann, ohne daß die Geschäfte darunter leiden. Aber leiden sie nicht? Das ist eine andere Frage, über welche in dieser Monographie nicht gesprochen werden soll. . . . . Selbst unter unseren besten Freunden ist eine Stimmung wach geworden, in welcher sie die Politik des Fürsten Bismarck

nicht mehr mit herzlichem Wohlwollen, sondern mit dem Gefühle betrachten, mit welchem man einen unliebenswürdigen Mann auf einem durchgehenden Pferde sieht."

Besonders charakteristisch ist die Stelle, wo Graf Arnim die glorreiche Geschichte der Einigung Deutschlands in folgender Weise darstellt:

„Ein beispielloses Glück — der Tod des Königs von Dänemark im Jahre 1863 — rettete den Herrn v. Bismarck aus einer verzweifelten, unhaltbaren Stellung, in die er sich auf Grund seiner damaligen, jetzt abgedankten Theorie „mit Minoritäten zu regieren", begeben hatte, und führte, wider den Willen des Herrn v. Bismarck, ein Verhältnis herbei, dessen geschickte und kühne Benutzung ihn zum Besieger Österreichs machte. Um das Maß des Glückes voll zu machen, wurde er, trotz seiner friedfertigsten Gesinnung, von der er in der Luxemburger Frage ein den Süddeutschen unwillkommenes Zeugnis abgelegt hatte, von einer verblendeten Nation wider seinen Willen zu einem Kriege gezwungen, zu dessen Vermeidung er sich bereits in eine diplomatische Niederlage — die Verzichtleistung des Hohenzollernschen Kandidaten auf den spanischen Thron — verstanden hatte. Seitdem die Armee ihn zum Besieger Frankreichs gemacht, erweckt die Nennung seines Namens in allen Weltteilen die Vorstellung des Gewaltigen. In seinem Lande gilt er für unersetzlich, und ist es, so lange er dafür gilt. Der Glaube an seine Unersetzlichkeit verleiht ihm despotische Gewalt. Plötzlich taucht ein Mann auf, der ihm den Zauber der Unersetzlichkeit zu nehmen droht, der von der öffentlichen Meinung als ein Ersatzmann bezeichnet wird. Es beschleicht den Kanzler die Angst vor der Unbeständigkeit

alles menschlichen Glückes. . . . „Wir sehen mit Erstaunen," heißt es an einer andern Stelle, „wie ein Elephant mit demselben Instrument Centner hebt und Nadeln vom Boden auflieſt. Fürst Bismarck verfährt nicht anders. Aber für den nüchternen, phantasielosen Elephanten ist die Nadel eine Nadel. Dem Reichskanzler erscheint sie als ein mit Gift geladenes Mordinstrument. Wer sie verloren hat, ist ein Mörder. Es sind uns viele solche Nadeln gezeigt worden, welche die kranken Nerven des Kanzlers reizten und auf die politische Konstellation mehr Einfluß gehabt haben, als mancher Kanonenschuß. Die Nadel Duchesne, die Nadel Presse, die Nadeln Gerlach, Windthorst, Lasker, Virchow e tutti quanti. Wer sich die Mühe nehmen will, die Gedankenreihe zu Ende zu denken, von der wir die ersten Glieder bloßgelegt haben, wird manches verstehen, was rätselhaft erscheint. Er wird verstehen, warum der Fürst Bismarck mehr und mehr isoliert von Varzin aus — wie Tiberius in Capri — die Welt regiert, und warum er mehr und mehr der Berührung mit Menschen ausweicht. Er wird verstehen, wie es kommt, daß ein unbedeutender Zwischenfall unter den Händen des Fürsten Bismarck die Proportionen eines Weltereignisses annimmt."

Die Flut der Anklagen schließt mit den Worten:

„Wenn Fürst Bismarck mit sich zu Rate geht, wird er gestehen, daß er, um mit St. Bernard zu reden, einen Mann zu verderben unternommen hat: Pro Nihilo! (Um Nichts)."

Als bald darauf eine englische Übersetzung der Broschüre erschien, hielt es Fürst Bismarck, welcher „doch zu hohen Wert auf die öffentliche Meinung von England"

legte, für angezeigt, aus seiner Konfliktsmappe einige Schreiben hervorzuholen und zu veröffentlichen. Es waren zwei Briefe des Fürsten an den Kaiser, datiert vom 5. Dezember 1872 und vom 14. April 1873. Das zweite Schreiben ist eine Antwort auf die Mitteilung der Arnimschen Immediateingabe vom 8. April 1873. Es folgt hier der Wortlaut beider Schreiben Bismarcks:

Varzin, den 5. Dez. 1872.

Indem ich Ew. Majestät die Anlage ehrfurchtsvoll überreiche und um huldreiche Erlaubnis bitte, dieselbe durch mündlichen Vortrag in spätestens vierzehn Tagen vervollständigen zu dürfen, erlaube ich mir nur eine Bemerkung alleruntertthänigst hinzuzufügen, die ich nicht durch fremde Handschrift gehen lasse.

Ew. Majestät wollen Sich Allergnädigst erinnern, daß die Leichtigkeit, mit welcher Graf Arnim seinen persönlichen Eindrücken die Herrschaft über sein politisches Urteil einräumt, ein wesentliches Bedenken gegen seine Ernennung zum Botschafter in Paris bei Ew. Majestät hervorrief. Ich habe allerdings nicht darauf gerechnet, daß auch in Paris sein politisches Urteil in dem Maße der Befangenheit unterliegen würde, wie seine durchweg tendenziösen und sachlich widerspruchsvollen Darstellungen es ergeben. Ich hatte gehofft, daß die Wichtigkeit der Stellung und der Ernst der Lage ihm schwerer ins Gewissen fallen würden. Ich wage einstweilen nur Ew. Majestät auf Grund des bisher meinem Urteil in diesen Angelegenheiten seit so langen Jahren huldreich gewährten Vertrauens ehrfurchtsvoll zu bitten, den Berichten des Grafen Arnim nicht das Gewicht beilegen zu wollen,

welches objektive und gewissenhafte Darstellungen zu beanspruchen haben würden. v. Bismarck.

An
Se. Majestät den Kaiser und König.

Varzin, den 14. April 1873.

Ew. Majestät zeige ich ehrfurchtsvoll an, daß ich das Schreiben des Grafen Arnim vom 8. nach Maßgabe der Akten zu beleuchten mir vorbehalte, sobald mir letztere wieder zugänglich sind. Einstweilen bemerke ich nur ehrfurchtsvoll, daß Graf Arnim unvollständig referiert hat, indem er meine entscheidenden Telegramme bei Beginn der Verhandlung, vor dem 5. verschweigt, und dann seine Mitteilung vom 5. an Thiers für eine diesen Telegrammen entsprechende vollständige Mitteilung unseres Konventionsentwurfes Ew. Majestät gegenüber ausgiebt. In der Alternative, die Graf Arnim stellt, daß Thiers oder er die Unwahrheit gesagt haben müsse, liegt, wie ich fürchte, das größere Maß von Glaubwürdigkeit auf der Seite von Thiers und des Ew. Majestät bekannten amtlichen Telegrammes des Präsidenten an Graf St. Vallier.

Ew. Majestät wollen sich huldreichst erinnern, wie ich bei Ernennung des Grafen Arnim zu seinem jetzigen Posten in einem, von hier aus an Ew. Majestät gerichteten, ehrfurchtsvollen Schreiben mich dahin äußerte, daß nur die volle Zuversicht auf Ew. Majestät Vertrauen zu mir mich ermutigen könne, mit einem Botschafter von so unsicherem und so wenig glaubwürdigem Charakter einen Versuch zu gemeinsamem politischem Wirken zu machen, und vielleicht die Kämpfe zu erneuern, die ich Jahre

lang mit dem Grafen Goltz zu bestehen hatte. Diese Kämpfe begannen schon im Herbst vorigen Jahres, wo Graf Arnim bei Ew. Majestät bezüglich des Herrn Thiers eine, der meinen entgegengesetzte Politik befürwortete, die ich in Immediatberichten und eigenhändigen Schreiben von hier aus bekämpfte; und der Erfolg hat mir, wie ich glaube, Recht gegeben. Es ist aber in der Politik niemals möglich, mathematische Beweise zu geben. Das Vertrauen auf das Urteil des einen oder des anderen unter den Ratgebern und Berichterstattern Ew. Majestät entscheidet schließlich. Es ist leicht, einem Bericht, wie dem des Grafen Arnim vom 8. cr., der drei Wochen voll sich täglich verschiebender Situationen umfaßt, eine Färbung zu geben, welche wahr scheint, ohne es zu sein. Die Akten, deren Vorlage ich dem Auswärtigen Amte heute aufgebe, gewähren ein abweichendes Bild. Bis zur erneuten Zusammenstellung des Inhalts derselben erlaube ich mir, nur über das formale Verfahren des Botschafters eine ehrfurchtsvolle Bemerkung.

Die Disziplin ist im diplomatischen Dienste gewiß ebenso unentbehrlich, aber viel schwerer zu erhalten, als im militärischen, und sie geht verloren, sobald die Formen derselben fallen. Aus diesem Grunde bitte ich Ew. Majestät allerunterthänigst um die Gnade, den Kaiserlichen Botschafter zunächst anweisen zu wollen, daß er seine amtliche Beschwerde über seinen Vorgesetzten durch diesen an Ew. Majestät einreicht, damit ich sie Allerhöchstderselben dienstlich vortrage.

Geschieht dies nicht, so stehe ich mit meinen Untergebenen auf der gleichen Linie zweier streitenden Par-

teien. Es würde für mich nach dem Stande meiner Kräfte nicht möglich sein, neben den Kämpfen im Landtage und Reichstage, im Ministerium und mit fremden Kabinetten, gegen soziale Einflüsse der Presse auch noch die dienstliche Autorität, deren ich zur Führung der Geschäfte bedarf, im Wege der schriftlichen Diskussion mir zu erkämpfen. So gern ich Ew. Majestät Dienst auch den Rest meiner Kräfte noch widme, so kann ich mir doch nicht verhehlen, daß derselbe sehr schnell verbraucht sein wird, wenn ich unter dem schmerzlichen Gefühle leide, mit einem Manne, wie Graf Arnim um Ew. Majestät Vertrauen ringen zu sollen, nachdem ich dasselbe so lange Jahre ungeschmälert besessen und meines Wissens niemals getäuscht habe. Ich habe Ew. Majestät meine unvorgreifliche Meinung über die Persönlichkeit des Grafen Arnim seit Jahren niemals verhehlt. Ich hatte gehofft, daß diese hohe und für das Vaterland so bedeutsame Stellung in Paris ihn über kleinliche Intriguen vielleicht erheben würde, sonst hätte ich Ew. Majestät, in Anknüpfung an die römischen Erfahrungen dringender bitten müssen, ihm trotz aller Befähigung den Posten nicht anzuvertrauen. Ich habe, und nicht ich allein, den Verdacht, daß er seine geschäftliche Thätigkeit gelegentlich seinen persönlichen Interessen unterordnet. Beweisen läßt sich dergleichen nicht, aber es ist schwer, mit einem solchen Verdacht im Herzen, für die Art verantwortlich zu bleiben, wie dieser hohe Beamte seine Instruktionen ausführt. Ich habe mir erlaubt Ew. Majestät meinen Verdacht mitzuteilen, und Allerhöchstdieselben wissen, wie gering mein Vertrauen auf die Objektivität

seiner Berichte ist; um Ew. Majestät nicht Verdruß zu machen, habe ich es vermieden, meinen amtlichen Gewissensbedenken amtlichen Ausdruck zu geben. Der Schritt des Grafen Arnim, zu dem er von Berlin aus ermutigt worden, und der dort schon in der vorigen Woche erwartet wurde, läßt mir keine Wahl mehr. Ew. Majestät wollen Sich huldreichst erinnern, daß ich von dem Versuche sprach, die Gefahren, die Arnims Charakter in Paris bedingt, durch seine Versetzung nach London abzuschwächen, daß aber von dort aus bei der ersten Anfühlung der heftigste Protest wegen der Neigung Arnims zur Intrigue und zur Unwahrheit eingelegt wurde; „man würde kein Wort glauben, was er sagen könnte."

Gegen die Anklagen eines Mannes von diesem Rufe geht meine ehrfurchtsvolle Bitte zunächst nur dahin, daß Ew. Majestät ihn Allergnädigst anweisen wollen, seine dienstliche Beschwerde auf dienstlichem Wege einzureichen." v. Bismarck.

Aufmerksame Leser mußten aus der Art und Weise, wie der „Reichsanz." seine Veröffentlichung einleitete, sofort herauserkennen, daß hier nicht die üblichen Redaktionsbemerkungen vorlagen, sondern Hindeutungen des Fürsten Bismarck selber, welche den Publikationen des „Reichsanzeigers" eine doppelte Wichtigkeit gaben. Sie dienten darnach außer ihrem Hauptzweck: der Welt über den Grafen Arnim vollends die Augen zu öffnen, auch noch der sehr bemerkenswerten Bestimmung, offen und klar darzuthun, welchen Wert man in der Wilhelmstraße zu Berlin auf die Meinung Englands legte. Als die Pro Nihilo-Broschüre in französischer Übersetzung erschien, dachte niemand im

Traume daran, ein so wuchtiges Paroli zu bieten, obgleich man doch sicher — um uns der eigenen Worte des Reichsanzeigers zu bedienen — auch dort und zwar in erhöhtem Grade eine genauere Bekanntschaft mit den bezüglichen deutschen Vorkommnissen nicht voraussetzen durfte.

Der erste Eindruck, welchen man nach geschehener Kenntnisnahme des Inhalts der beiden Berichte des Reichskanzlers an den Kaiser empfing, spiegelte sich in der Frage wieder: Weshalb hat Fürst Bismarck, der sich doch im Besitze dieser gleich Keulenschlägen wirkenden Argumente für die Korrektheit seiner Handlungsweise dem mißvergnügten, unzuverlässigen Botschafter und dem nachmaligen Pamphletisten gegenüber wußte, nicht sofort von denselben entsprechenden Gebrauch gemacht? Denn durch diese Berichte wurde unbestreitbar dargethan, daß der Fürst Bismarck, als Arnim im Januar des Jahres 1872 als Botschafter in Paris akkreditiert wurde, durchaus nicht feindselig gegen den Ambassadeur gesinnt war, und daß er sowohl damals als später von einer sein (des Ministers) Urteil über Arnims Benehmen zum Nachteile des Letzteren beeinflussenden eifersüchtigen Furcht vor den ehrgeizigen Plänen seines Botschafters vollkommen frei war. Damit wurde aber allen Beschuldigungen, die Arnim gegen den Reichskanzler im Laufe der Zeit zu Tage gefördert hat, der reale und logische Boden entzogen, weil dieselben eben alle auf der durch Arnim zur Gewißheit erhobenen Annahme basierten, der Reichskanzler fürchte, es möge dem Grafen Harry v. Arnim gelingen, ihn zu verdrängen und selbst Kanzler des deutschen Reiches zu werden. Vieles, was unter diesem Gesichtspunkt noch vor kurzem manchen Leuten wenigstens

möglich erschien, stellte sich nunmehr als hinterlistige, absurde Finte dar; mit andern Worten: Arnims Glaubwürdigkeit, soweit ein Rest von solcher als noch vorhanden angesehen werden konnte, mußte nach diesen Eröffnungen den Gnadenstoß erlitten haben.

Die Worte, mit denen der derzeitige britische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die in Aussicht genommene Besetzung des deutschen Botschafterpostens in London durch den Grafen Arnim zurückgewiesen hatte, waren von vernichtender Wirkung für Arnim. Und doch hatte es ein Diplomat von solchem Renommee fertig bringen können, dem Kanzler des deutschen Reiches jahrelang hindurch mit allen erdenklichen Chicanen, berechnetem Ungehorsam, versteckter Rancune und jesuitenhaften Schlichen entgegen zu arbeiten und als Hemmschuh in dem großen Räderwerk des durch Bismarck geleiteten diplomatischen Mechanismus zu wirken. Ganz unwillkürlich kam hier jedem Unbefangenen die Idee, daß es doch wohl in gewissen Sphären des politischen Himmels noch manche Dinge und Einflüsse gäbe, oder doch gegeben hatte, von denen sich unsere Philosophen nichts träumen ließen, sonst wäre etwas derartiges wohl unmöglich gewesen. Hierin konnte auch ein Maßstab für die enormen Gesamtschwierigkeiten gefunden werden, mit denen der Reichskanzler tagtäglich, bald auf diesem, bald auf jenem Gebiete zu kämpfen hatte. Und als es dem Lenker unserer auswärtigen Beziehungen endlich gelungen war, die Schäden bloszulegen, welche der ungetreue Vertreter seines Chefs in Paris den deutschen Interessen daselbst bereitete, konnte es vermittelst jener angedeuteten Einflüsse geschehen, daß man denselben Grafen Arnim mit einer Ge=

haltszulage nach Konstantinopel designierte. Wo hier die Hochherzigkeit Bismarcks als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten aufgehört, und wo andere Einflüsse begonnen haben, wollen wir an dieser Stelle nicht untersuchen. Jedenfalls schien Bismarck, trotz seiner trüben römischen Erfahrungen mit dem Grafen Harry v. Arnim bis in die allerletzte Zeit von dessen Botschaftertum hinein, immer noch so viel Vertrauen zu demselben gehabt zu haben, als nötig war, ihn, den Fürsten Bismarck, die Hoffnung aussprechen zu lassen, daß das Bewußtsein seiner wichtigen Mission in Paris bei Arnim vielleicht doch noch den Hang zur Intrigue und zu eigenmächtigen Maßnahmen überwiegen und paralisieren werde. Denn andern Falls würde Fürst Bismarck in seinem Berichte an den Kaiser, welcher ja selbst seinen Zweifeln an Arnims Befähigung für den Pariser Posten mit den Worten Ausdruck verliehen hatte, daß Arnim die Gewohnheit habe, seinen persönlichen Gefühlen die Herrschaft über sein politisches Urteil einzuräumen, sich nicht damit begnügt haben, einfach zu bitten, daß der Monarch den Grafen Arnim veranlassen möge, bei Anbringung seiner Beschwerden den vorgeschriebenen Dienstweg zu beschreiten. Hier ließ sich auf der anderen Seite allerdings auch wieder ein Klugheitsakt des Reichskanzlers erkennen, der es mit der Macht, welche den eigentlich schon gefallenen Arnim noch immer trug, nicht dadurch verderben wollte, daß er die eigentlich notwendig gewordenen strengsten Maßregeln gegen den Botschafter sofort ergriff. Jedenfalls aber war es nicht nur sehr richtig von Bismarck, den Kaiser auf die Verletzung des Dienstweges durch Arnim mit seiner Exemplificierung auf die entsprechende Vorschrift im Militärdienst aufmerk-

sam zu machen, sondern es war auch sehr geschickt von ihm. Denn jedermann kennt die Vorliebe unseres Kaisers für strenge Innehaltung gegebener, formaler Vorschriften. Daß aber Disziplin für den diplomatischen Dienst mindestens ebenso notwendig ist, wie für die Armee, hatten ja die Ereignisse der letzten Zeit zur Genüge dargethan.

Der Veröffentlichung der beiden Berichte des Fürsten Bismarck an den Kaiser über den Grafen Harry v. Arnim im Staatsanzeiger folgte von Arnimscher Seite schnell eine Entgegnung in der „Kreuzzeitung.“ Da Graf Arnim sich in Italien befand und dieselbe nicht selbst verfaßt haben konnte, war anzunehmen, daß die Publikation von einer ihm nahestehenden Person, welche mit den intimsten Verhältnissen des Exbotschafters genau vertraut war, ausgegangen war. Die Entgegnung, welche den Scharfblick des Fürsten Reichskanzlers und dessen prägnante Ausdrucksweise vor der des Grafen Arnim anerkannte, suchte dieses Zugeständnis durch gewisse Bemerkungen wieder abzuschwächen. Fürst Bismarck sollte den Exbotschafter angewiesen haben, über gewisse Dinge mit Rücksicht auf die höchste Stelle anders zu berichten, als er es bisher gethan hatte.

Nach einer Mitteilung der „Pall Mall Gazette“ wandte sich Graf Arnim infolge der Veröffentlichung des „Reichsanzeigers“ an Earl Granville, um eine Erklärung desselben darüber zu extrahieren, ob er mit der in dem Berichte des Reichskanzlers wiedergegebenen Wendung gegen die Versetzung des Grafen Arnim als Botschafter in London protestiert habe. In seiner Antwort versicherte Earl Granville, er habe den englischen Botschafter am Berliner Hofe beauftragt, „dem Fürsten Bismarck gegenüber die dringende

Hoffnung auszusprechen, daß er nur eine solche Persönlichkeit zum Botschafter ernennen möge, welche sein (d. h. des Reichskanzlers) Vertrauen in vollem Maße genieße." Die Ausschmückung dieses Protestes des englischen Ministers gegen die Ernennung des Grafen Arnim durch die Wendung „man werde ihm kein Wort glauben können" kam also nach der Granvilleschen Erklärung auf Rechnung des Lord Russell, was dieser wieder bestritt.

Wegen Veröffentlichung der Broschüre „Pro nihilo" wurde gegen Arnim nach dem Beschluß des preußischen Staatsgerichtshofes die Untersuchung wegen Landesverrates eingeleitet. Die Erwägungen, welche die strafrechtliche Seite des Vorgehens des Grafen Arnim betrafen, beruhten vorzüglich auf dem Erlaß des Fürsten Bismarck in Beziehung auf den Sturz Thiers' und seine dadurch gekreuzte Politik Frankreich gegenüber. War gegenwärtig noch die Geheimhaltung dieses Erlasses Frankreich gegenüber für das Wohl des deutschen Reiches erforderlich oder nicht? Es lag auf der Hand, daß zur Beantwortung dieser Frage die politischen Verhältnisse zur Zeit der Veröffentlichung der Broschüre zu berücksichtigen waren; ob der damalige Stand der deutsch-französischen Politik durch das Bekanntwerden des Erlasses beeinflußt werden konnte, ob insbesondere die in demselben ausgesprochene Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und seinem nächsten, dem Reiche gegenüber allein verantwortlichen Ratgeber, dem Fürsten Bismarck, durch ihre gegenwärtige Veröffentlichung eine schädliche Wirkung auf die deutsche Politik überhaupt und speziell Frankreich gegenüber äußern konnte. Diese Erwägungen fielen jedoch in die

Hauptverhandlung, nachdem schon vorher über die Einleitung einer Untersuchung wegen Landesverrates beschlossen worden. Für die Frage, ob überhaupt eine derartige Untersuchung einzuleiten war, genügte allein die Entscheidung, ob die in der Broschüre mitgeteilten Aktenstücke und speziell der erwähnte Erlaß des Fürsten Bismarck an sich geeignet waren, durch ihre Veröffentlichung dem Reiche zu schaden. Am 11. Mai (1876) trat der Staatsgerichtshof in Berlin zusammen. Der Präsident, Herr v. Mühler, konstatierte zunächst, daß dem Angeklagten die Vorladung vorschriftsmäßig am 20. April in Florenz übergeben, und daß von demselben ein Antrag auf Vertagung des Termins zum Zweck der Herbeischaffung weiterer Entlastungsbeweise, die sich auf Aeußerungen des Kaisers, auf das Zeugnis des Präsidenten Thiers und des Fürsten Bismarck bezogen, eingereicht worden sei. In seinem Schreiben vom 4. Mai verlangte Arnim die Vernehmung der in Luzern wohnhaften Grafen Hompesch und Bassenheim, welche über das Manuskript der Broschüre Pro nihilo eine Aussage ablegen sollten, auch beantragte er eine eidliche Vernehmung des ehemaligen Präsidenten Thiers, welcher ihm bezüglich seiner Stellung als Botschafter zur Occupationsfrage gewisse, der Anklage auf Landesverrat widersprechende Thatsachen bezeugen sollte; weiter forderte er die Vernehmung des Fürsten Bismarck als Sachverständigen darüber ob, das aus den Akten zu beurteilende Verhalten des Botschafters den Thatbestand eines Landesverrates bilde, und zugleich als Zeugen über die behaupteten Thatsachen; endlich verlangte er die Vorlegung gewisser amtlicher Aktenstücke und sprach zum Schlusse den Wunsch aus, der Kaiser möchte bestätigen,

daß er des Grafen von Arnim Verhalten in der ganzen Konventionsangelegenheit gebilligt habe. Der Gerichtshof beschloß im Interesse der nicht genügend vorbereiteten Verteidigung die Vertagung des Termins auf den 5. Oktober, lehnte die Vernehmung des Reichskanzlers ab und beschloß die Vorladung der Herren Thiers, Hompesch und Bassenheim. Doch wurde später von dieser Vorladung Abstand genommen. Ein vom 16. Mai datierter Steckbrief ersuchte „die Behörden des Auslands, den zu 9 Monaten Gefängnis verurteilten Grafen Arnim im Betretungsfall festzunehmen und mit allen bei ihm sich vorfindenden Gegenständen und Geldern mittelst Transports an die Direktion des Strafgefängnisses Plötzensee abzuliefern.“ Arnim bat um Zurücknahme des Steckbriefes und legte ärztliche Zeugnisse vor, welche eine Kur in Karlsbad für unumgänglich, eine Strafvollstreckung für absolut tödlich erklärten. Aber das Gericht nahm das Zeugnis ausländischer Ärzte nicht an. Der Staatsgerichtshof verhandelte sodann am 5. Oktober in Abwesenheit des Angeklagten. Das Urteil lautete dahin, daß derselbe des wiederholten Landesverrats, der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes schuldig, und deshalb mit 5 Jahren Zuchthaus zu bestrafen sei. Graf Arnim veröffentlichte darauf eine zweite Serie von Briefen und Handbillets aus seiner diplomatischen Mappe, die den „Verfolgungswahnsinn“ des Fürsten Bismarck neu beleuchten sollten. Für den Kaiser mochte die Angelegenheit des Grafen Arnim während ihres ganzen Verlaufes eine Quelle schwerer Konflikte sein. Als der Arnimsche Familientag nach der ersten Verurteilung des Grafen Harry

zu 9 Monaten Gefängnis sich mit einem Gnadengesuche an den Monarchen wandte, ließ dieser dennoch der Gerechtigkeit freien Lauf, nachdem ein Bericht des Justizministers und des Fürsten Bismarck dem Gnadengesuche keine Befürwortung hatten zu Teil werden lassen. In dem Berichte des Reichskanzlers wurde unstreitig auf die Gefahr für die Beamtendisciplin ein Hauptnachdruck gelegt. Unter welchem Lichte dem Kaiser im übrigen die Sache dargestellt wurde, ergiebt ein Zeitungsausschnitt, der sich nach der ersten Verurteilung in der vom literarischen Bureau für den Kaiser täglich zusammengestellten Zeitung befand. In Bezug auf eine gewisse Partei war darin bemerkt:

„Man hat die verschiedenartigsten Versuche gemacht, mit Erfolg zu opponieren, und man hat sich, als alle Versuche fehlschlugen, scheinbar schweigend unterworfen, um die Minierarbeit desto erfolgreicher in Angriff zu nehmen. Man darf niemals vergessen, daß nach den in diesen Kreisen herrschenden Ideen alles verboten ist, was den Standesinteressen nachteilig werden kann, alles erlaubt ist, was dieselben zu fördern vermag, und man darf eben so wenig aus den Augen lassen, daß Graf Arnim durchaus nicht allein aus Überschätzung seiner eigenen Person, sondern mehr noch im Hinblick auf seine politische Parteistellung dahin gebracht worden ist, sich selbst für einen geeigneten Ersatz des von anderen Leuten für unersetzlich gehaltenen Reichskanzlers zu halten. Seine Standesgenossen werden nicht ermangelt haben, die Idee anzuregen, zu billigen, zu bestärken, und alle diese Einflüsse und Einwirkungen haben es möglich gemacht, daß ein geschulter preußischer Beamter sich für berechtigt gehalten hat, Dinge zu thun, welche er,

zur Gewalt gelangt, gegen Jeden mit rücksichtsloser Strenge gerügt haben würde. Im Vertrauen auf die sich vorbereitende Umkehr zu sogenannten conservativen Grundsätzen, d. h. in dieser Sprache zur Wahrung der Standesinteressen der Junkerpartei, hat man ziemlich gleichzeitig Schritte gethan, um diese Wiederaufrichtung eines konservativen Regiments auch anderen Kreisen mundrecht zu machen, und nach dem Beispiele oder dem Geschmacke des neuen Parteihauptes in der Presse wirksam zu vertreten, durch die Presse als ein dringendes Bedürfnis darstellen zu lassen. Die Broschürenliteratur des letzten Jahres liefert dazu manche Belege, die Vorgänge im Ausschusse des landwirtschaftlichen Kongresses die erforderliche praktische Illustration. Daß das Gewebe zerrissen worden ist, daran liegt die Schuld wohl hauptsächlich an der Hitze und Überhebung des Parteihauptes. Hätte Graf Arnim die Geduld und Gewissenhaftigkeit besessen, welche ihm gefehlt haben, hätte er die Dokumente, welche er für geeignet hielt, den Reichskanzler zu stürzen und dann in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, ruhig und ordnungsmäßig dort abgeliefert, wohin sie zu gehören schienen, und sich mit Abschriften zu weiterem Gebrauche begnügt, so konnte die Intrigue möglicherweise, und da sie offenbar auch Unterstützung fand, über welche sich weiter nicht gut reden läßt, weil man die Art und den Umfang nicht kennt, noch viel weiter gehen, und es war nicht unmöglich, daß sie zuletzt nur durch die klare Einsicht des Kaisers persönlich zum Scheitern gebracht werden konnte, daß es also nur von der persönlichen Entscheidung abhängig wurde, ob sie gelang oder nicht. Aber dieser Mann, der sich vermaß, das deutsche Reich leiten zu können, und der

von seinen Genossen, die ihn doch besser kennen mußten als er sich selbst, dessen fähig gehalten wurde, vergaß, daß man dem Gegner keine Waffen in die Hände geben darf, er übersah, daß die Originale der Dokumente, die er in Händen hatte, ihm nichts nützen konnten, Abschriften dieselben Dienste leisten konnten, daß sie aber da, wo sie fehlten, vermißt werden mußten, und daß er dann, wenn man sie suchte, geschlagen sein mußte, und sein ganzes Prestige, seine ganze Ehre auf dem Spiele stand. Er ist dem Geschicke verfallen, welches er sich in hochmütiger Selbstverblendung selbst bereitet hat, und die Partei, welche gewähnt hat, unter seiner Führung die Zügel des Reichs in die Hand nehmen zu dürfen, muß sich nach dieser Niederlage erst andere Wege suchen, um zum Ziele zu gelangen. Voraussichtlich wird es lange dauern, bevor sie einem Erfolge gleich nahe gekommen sein wird. Wenn es nun für die Entwickelung des Reiches, für die Lösung der gewaltigen Aufgaben, welche die Gegenwart dem Reichsregimente maßlos drängend stellt, von unberechenbarer Wichtigkeit ist, daß der Eintritt eines sogenannten conservativen Regiments so lange fern gehalten wird, bis die hauptsächlichsten Aufgaben der Gesetzgebung gelöst sind und die Zustände ein gewisses Maß von Konsistenz gewonnen haben, so hat sich Graf Arnim in gewissem, für ihn allerdings negativem Sinne das Verdienst erworben, den Zeitpunkt für diese Kalamität herausgeschoben zu haben. Die Luft ist einigermaßen gereinigt, die Kette, welche er lösen wollte, etwas fester geschmiedet worden. Er hat böses gewollt und gutes gewirkt. Das Opfer seiner Person für diesen Zweck wird man nicht für zu groß erachten dürfen."

Werfen wir nochmals einen Blick zurück auf das Drama, das wir eben so tragisch haben enden sehen.

Als der Konflikt zwischen den beiden Staatsmännern entbrannte, im Jahre 1874, stand Fürst Bismarck auf der Höhe seiner Popularität bei der liberalen Partei. Wie dieser Umstand damals nicht ohne Einfluß auf die Beurteilung der bezüglichen Vorgänge blieb, so wirkte später der Gegensatz, in den der Kanzler durch den Wandel seiner inneren Politik zu einem großen Teile jener Partei kam, offenbar auf die Nekrologe ein, welche man im Mai 1881, als der ehemalige Botschafter starb, Arnim widmete. Wenn sogar die Geschichte sich nicht frei halten kann von der Parteien Gunst und Haß, um wie viel weniger das Urteil des Tages, das in der Presse seinen Ausdruck findet! Es ist sehr schwer auseinander zu halten, was in dem Vorgehen gegen den Grafen Staatsnotwendigkeit gewesen und inwiefern etwa die Grenzen derselben überschritten wurden. Durch die Hartnäckigkeit des Grafen Arnim provoziert, entwickelte sich immer aus einer amtlichen Maßnahme eine andere. Den Punkt festzustellen, wo man hätte einhalten sollen, ist, wie gesagt, schwer; aber, weil es sicher ist, daß Graf Arnim nicht die Absicht hatte, seinem Vaterlande zu schaden, hatte sich schon vor seinem Tode das Urteil gebildet, daß seine Strafe größer war, als seine Schuld.

Der 1868 verstorbene Graf Adolf v. Arnim-Boitzenburg, der in der Zeit des Verfassungs-Konfliktes sich an die Stelle des Ministers v. Bismarck zu setzen trachtete, hatte eine Reihe von Töchtern, von denen die Gräfin Maria seit 1853 mit Karl v. Savigny vermählt war, dem bekannten bevollmächtigten Minister bei der Bundes-

versammlung in Frankfurt a. M. von 1864 bis zur Katastrophe vom 14. Juni 1866, wo er nach Annahme des österreichischen Mobilisierungs-Antrages im Auftrage der preußischen Regierung den Bundesvertrag für gebrochen und erloschen erklärte, die Grundzüge eines neu zu vereinbarenden Bundes vorlegte, seine Thätigkeit für beendet erkärte und die Sitzung verließ. Später leitete er in Berlin die Regierungskonferenzen für den Norddeutschen Bund und war während des konstituierenden Reichstages preußischer Bundeskommissar. In seiner Erwartung, Bundeskanzler zu werden, getäuscht, kam er in Konflikt mit Herrn v. Bismarck und war im Jahre 1870 während des Krieges einer der eifrigsten Begründer der ultramontanen Partei, die zuerst im Abgeordnetenhause, dann im Reichstage den Kampf entzündete, der später den Namen Kulturkampf erhielt.

Eine andere Tochter des Grafen Adolph v. Arnim-Boitzenburg, Komtesse Sophie, vermählte sich 1857 mit Harry v. Arnim a. d. G. Suckow, Erbherrn von Güstrow u. s. w. Dieser wurde als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am päpstlichen Stuhle zu Rom durch Kabinettsordre vom 28. Juli 1870 in den Grafenstand erhoben. Er ging nach dem französischen Kriege als Gesandter nach Rom. Bis sein Streit mit dem Fürsten Bismarck ausbrach, wußte man in weiten Kreisen wenig von dem Diplomaten, der wie viele andere auf der Stufenleiter des Dienstes in der üblichen Art emporgekommen war. Seine Depeschen über das Unfehlbarkeits-Dogma und über die französischen Verhältnisse ließen, als sie durch die Prozeßverhandlungen und durch die Broschüren des

Grafen später bekannt wurden, auf einen reichen und lebhaften Geist schließen, doch, wie es vielen schien, auch auf Selbstgefälligkeit und leichtes Spielen mit den Dingen; zu einem Urteil darüber, was er als Minister des Auswärtigen geleistet hätte, geben sie keinen Anhalt. Dagegen wissen wir, was in dieser Stellung Fürst Bismarck vollbracht hat; über die Versuche, welche um 1874 eine Hofpartei machte, ihn auf dem Wege der Intriguen durch den Grafen Arnim zu ersetzen, kann das Urteil daher heute nur ebenso lauten wie damals: bei diesen Bemühungen wurden die Interessen Deutschlands persönlichen Gelüsten untergeordnet und Graf Arnim war hieran in erster Linie mitschuldig. Ebenso zweifellos ist es, daß er durch Zurückhalten von Schriftstücken, deren amtlichen Charakter er später selbst anerkannte, den nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste entbrannten Kampf vor den Gerichten verschuldete. Man lebte in der Zeit, in welcher der Mißbrauch, den Lamarmora mit amtlichen Schriftstücken getrieben hatte, zur Vorsicht mahnte und hatte außerdem in Preußen schon nach anderer Richtung hin mit amtlichen Dokumenten böse Erfahrungen gemacht.

Wie H. Wagener erzählt, sagte ihm einmal ein sehr unterrichteter, hochgestellter Diplomat: „Unsereiner ist heute in einer sehr prekären Lage. Des Morgens erhalten wir eine Depesche aus dem Auswärtigen Amt, am Nachmittage vom General-Adjutanten und des Abends noch von Sr. Majestät Selbst, und zwar Depeschen, die fast niemals untereinander übereinstimmen und häufig sich sogar widersprechen. Vorsichtige Leute warten deshalb mit ihrer Ak-

tion immer bis zum Abend und man gewöhnt es sich dabei allmählich an, auch auf eigene Hand Politik zu treiben."

Leichtbegreiflicher Weise hatte man deshalb im Auswärtigen Amt schon damals, als obige Äußerung fiel, ebensowohl ein lebhaftes Interesse, als den relativ berechtigten Wunsch, über den Inhalt der, neben den eigenen hergehenden Depeschen näher unterrichtet zu werden, und hatte man leider — wie man damals annahm, durch Vermittelung der Polizei — auch Persönlichkeiten gefunden, welche sich auf eine nicht näher zu bezeichnende Weise in den Besitz einer Abschrift der fraglichen Schriftstücke zu setzen wußten. Wie dies nicht weiter befremden kann, suchten die betreffenden Attentäter ihre nicht ganz ungefährliche Thätigkeit so hoch als möglich zu verwerten, und hatten sich deshalb auch mit dem damaligen französischen Botschafter in Verbindung gesetzt und diesem ebenfalls Abschrift der wichtigeren Depeschen offeriert, ein Anerbieten, auf welches dieser natürlich mit Vergnügen einging. Wie überall, so wuchs auch hier der Appetit mit dem Essen, und man beschränkte sich bald nicht mehr auf die Depeschen, welche von hier abgingen, sondern man dehnte diese Industrie auf alles aus, dessen man habhaft werden konnte. Unter diesen Schriftstücken war seiner Zeit ein Schreiben des Kaisers Nikolaus an Friedrich Wilhelm IV., welches ein Mitglied des Geheimen Civilkabinets in schwer entschuldbarer Sorglosigkeit auf seinem Schreibtische hatte liegen lassen, von besonderem Werte. In diesem Schreiben machte der russische Kaiser dem Könige eingehende Mitteilungen über die Lage in Sebastopol und bemaß den Zeitraum, auf wie lange man sich noch werde halten können,

Mitteilungen, welche den Franzosen um so willkommener waren, als ihre eigene Lage vor Sebastopol ebenfalls nicht beneidenswert war, und man schon mit dem Gedanken umging, die Belagerung aufheben zu müssen. Natürlich ward der Kaiser Napoleon sofort von dem Inhalte dieses Schreibens verständigt, und darf deshalb die Eroberung von Sebastopol mit Fug auf Depeschen-Diebstahl zurückgeführt werden. Der Zorn des Königs über diesen Zwischenfall sowie der tragische Ausgang des betreffenden Beamten sind bekannt.

Solche Erfahrungen müssen wohl ihren Anteil an dem Grunde haben, aus dem der gegenwärtige Leiter unserer auswärtigen Politik Unregelmäßigkeiten bei Aufbewahrung amtlicher Dokumente und jeden Versuch der Botschafter und Gesandten, auf eigene Hand Politik zu treiben, mit rücksichtsloser Strenge ahndet.

# Bismarck und Stosch.

Es waren zwei gleich scharf geschnittene Persönlichkeiten, zwischen denen im März 1877 ein Konflikt ausbrach, der damals nur sehr äußerlich beigelegt worden ist. Herr v. Stosch, der Marineminister, soll mit Hülfe der Liberalen sich an die Stelle des Reichskanzlers haben setzen wollen, eine Bezichtigung, welche letzterer noch im Jahre 1883 dem Marineminister beim Austritt aus dem Amte in der Norddeutschen=Allgemeinen=Zeitung nachrufen ließ. Herr v. Stosch würde demnach das Pendant zum Grafen Harry v. Arnim bilden, der mehr mit Hülfe der Altkonservativen nach demselben Ziele trachtete.

Herr v. Stosch stand dem Kronprinzen sehr nahe. Der Krieg von 1866 führte sie zusammen. Der Generalmajor v. Stosch war als Oberquartiermeister dem Oberkommando der II. Armee beigegeben. Drei Jahre später

begleitete er den Kronprinzen auf seiner großen Orientreise. Diese engen Beziehungen blieben bestehen, als Stosch in dem Jahre nach dem französischen Kriege an die Stelle von Jachmann, des Präses des Marine-Ministeriums, trat. Das Verhältnis zum Reichskanzler trübte sich dagegen in Folge eines Vorgangs, von dem gleich die Rede sein wird. Im März 1877 überraschte Fürst Bismarck alle Welt mit seinem Entlassungsgesuch. Eigentümlich war die Wahl des Zeitpunktes für dieses. Es erfolgte, sozusagen, Zug um Zug mit der Ablehnung des Entlassungsgesuches des Chefs der Admiralität, Herrn v. Stosch, durch den Kaiser. Stoschs Gesuch war durch Äußerungen des Fürsten Bismarck im Reichstage über ihn provociert worden. Aber auch das Gesuch des Reichskanzlers wurde abgelehnt. Beide Männer blieben auf ihrem Posten sogar noch sechs Jahre zusammen thätig. Anscheinend waren die Beziehungen beider Männer von nun an freundlicher, in Wirklichkeit aber dauerten die Reibereien fort; dies zeigte sich sowohl zur Zeit der Reichstagsdebatten über die schweren Verluste unserer Flotte im Kanal (Mai 1878), als auch noch beim Abgange des Ministers.

Herr v. Stosch, an dessen Wiege weder Musen noch Grazien gestanden haben, hatte sich seit seinem frühzeitig erfolgten Eintritt in die Armee stets als ein Mann von klarem Verstande, praktischem Blick und entschlossener Thatkraft bewährt. In den verschiedensten Dienststellungen hatte er gezeigt, daß er sich auf Gebieten, die ihm bis dahin vollständig fremd waren, rasch zu orientieren verstand, daß er das Wesentliche vom Nebensächlichen richtig zu unterscheiden und sich feste, klare Ziele zu stecken wußte. Bei

der Lösung aller ihm gestellten Aufgaben hatte er ein Organisationstalent bekundet, wie es wenigen gegeben ist. Zum Beweise dessen könnten wir weit zurückgreifen in seine Vergangenheit, wir wollen indes nur an solche Momente seines Berufslebens erinnern, an welche sich auch in weiteren Kreisen ein Interesse knüpft.

Im Kriege von 1866 war Herr v. Stosch, wie oben bemerkt, General-Quartiermeister bei der Armee des Kronprinzen, und von allen Seiten lautete das Urteil dahin, daß er sich in dieser wichtigen Stellung um alles, was hinter der Armee vorging, so namentlich um die Organisation des Lazarettwesens, der Verpflegungskolonnen u. s. w., Verdienste erworben hat, die um so höher zu schätzen waren, als es bei diesem ersten großen Kriege, den Preußen nach langem Frieden führte, an Erfahrungen auf den betreffenden Gebieten vollständig fehlte. Demnächst war Herr v. Stosch als Direktor des Militär-Ökonomie-Departements berufen, den gesamten überaus umfangreichen Verwaltungsdienst der Armee zu leiten. Auch in dieser Stellung erwarb er sich, trotz einer oft schwer empfundenen Rücksichtslosigkeit gegen die ihm Untergebenen, durch Geistesklarheit, Arbeits- und Willenskraft ausnahmslose Anerkennung. Was er dann in unserem großen Kriege gegen Frankreich als General-Intendant der Armee gewirkt hat, sichert ihm einen Namen in der Geschichte. Uber seine eminenten Leistungen, denen wir den glücklichen Ausgang des Krieges zu einem nicht geringen Teile mit verdanken, hat sich Graf Moltke gedrungen gefühlt, sogar im Reichstage zu reden. Wer sich vergegenwärtigt, welchen Schwierigkeiten es unterlag, die Verpflegung der Armeen vor Paris und bei Orleans

unter den zeitweise obwaltenden Eisenbahnverhältnissen sicherzustellen, der kann diese Leistungen nicht unterschätzen.

Daß, als nach Aufrichtung des Deutschen Reiches plötzlich ganz außerordentliche Geldmittel für die Marine verfügbar wurden, und es vor allem eines organisatorischen Talentes für deren richtige Verwendung bedurfte, sich die Aufmerksamkeit der Person des Generals v. Stosch zuwandte, konnte nur die den Dingen ferner stehenden überraschen.

In der Marine selbst hatte sich eine für die vorliegende Aufgabe besonders berufene Kraft nicht geltend gemacht. Das technische Element wiegt bei unseren und wohl bei allen Seeoffizieren zu sehr vor, um ein Verwaltungs- und Organisationstalent, selbst wenn es vorhanden, zur vollen Entfaltung gelangen zu lassen. Zeigt sich doch ähnliches auf allen technischen Gebieten als die Regel. In der Großindustrie sehen wir fast durchweg merkantile Kräfte als Leiter des Ganzen, als die Vertreter der höheren Gesichtspunkte, und neben ihnen die Techniker als Ratgeber und Leiter des Details. Organisatorische Talente machen sich die Technik leicht dienstbar, das Umgekehrte aber ist selten oder nie der Fall.

Von Herrn v. Stosch war unbedingt vorauszusetzen, daß er sich auf den Gebieten der Nautik, der maritimen Taktik, der Seeartillerie, des Schiffsbaues, der Hafenanlagen und Hafenbefestigungen rasch genug zurechtfinden werde, um, gestützt auf fachmännischen Beirat, große Dispositionen mit Sicherheit treffen zu können. Sein streng militärischer Geist und die Schulung, die er als Generalstabsoffizier gewonnen hatte, waren ihm außerdem immer noch eine wertvolle Mitgift. Trotz allem, was von vorn-

herein, namentlich aus fachmännischen Kreisen, gegen seine Berufung eingewandt worden ist, und trotz des Untergangs des „Großen Kurfürsten“ wird es heute schwer zu bestreiten sein, daß er den Voraussetzungen, von denen man Allerhöchstenorts ausgegangen war, im großen und ganzen entsprochen hat.

Im Jahre 1875 gab es einen Konflikt zwischen dem Marine-Minister und Minister Delbrück. Nachdem Herr v. Stosch diesem gegenüber Monate lang die Forderung von 32 Millionen für die Marine aufrecht erhalten hatte, war dieselbe schließlich durch eine Entscheidung des Reichskanzlers auf gegen 28 Millionen ermäßigt worden. Von dieser Summe sollten ungefähr 18 Millionen durch vorhandene Restfonds gedeckt werden, während 10 Millionen in den Etat eingestellt wurden. Diese 10 Millionen wurden von Herrn Delbrück, als Vertreter der Reichsfinanzverwaltung mit Nachdruck und als unentbehrlich vertreten. Delbrück konnte daher in keiner Weise darauf gefaßt sein, daß der Marineminister von der Summe, die er so lange für zu gering erklärt hatte, abgehen würde, und es mußte ihn in hohem Grade befremden und verletzen, als Herr v. Stosch auf die Äußerung Eugen Richters, als Mitgliedes der Budgetkommisssion, daß der Marineetat auch mit 4¾ Millionen genügend dotiert sein würde, sofort und ohne weiteres diese Ermäßigung zugestand. Angesichts eines solchen Desaveus seiner amtlichen Erklärungen von seiten des Marineministers verlangte Herr Delbrück durch den Reichskanzler seine Entlassung und wurde von diesem, dem eine Personalkrisis sehr unerwünscht war, nur mit Mühe bewogen, sein Gesuch zurückzuziehen.

Im Jahre 1877 kam Fürst Bismarck im Reichstage auf diesen Zwischenfall zurück und zwar in einer Rede, die er in der Marine-Debatte gegen den Abgeordneten Richter hielt. Er sagte darin: „Er (Herr Eugen Richter) weist uns im Wesentlichen an, auf die Bestände zurückzugreifen, d. h. vom Kapital zu zehren und die Wege zu betreten, die große und befreundete Nachbarreiche — ja, ich glaube, nicht zum dauernden Heil ihrer Finanzwirtschaft — betreten haben. Er hat sich in dieser Beziehung ermutigt gefühlt, durch einen Erfolg, den er im vorigen Jahre auf dem Gebiete der Marineverwaltung mit großer Leichtigkeit, mit einer mich überraschenden Leichtigkeit erfochten hat. Da muß ich aber doch erwähnen, daß ich selbst einen ähnlichen Erfolg der Marineverwaltung gegenüber in den Monaten, die der Vorlage vorhergingen, vergeblich zu erstreiten versucht habe. (Hört!) Ich muß ja den einzelnen Ressorts glauben, — sie verstehen die Sache, ich kann sie nicht kontrolieren, — daß die Forderungen, die sie stellen, berechtigt sind. Mit der Marineverwaltung habe ich im vorigen Jahre einen monatelangen und mit vielem dialektischen Aufwand geführten Kampf gehabt, um eine noch höhere Forderung, als die im Budget damals eingestellt gewesene, der Reichs-Finanzverwaltung, dem Herrn Reichs-Finanzminister gegenüber (Heiterkeit) — als solchen sehe ich den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts an — durchzusetzen. Ich habe zuletzt, vermöge der mir durch die Verfassung verliehenen Berechtigung, die Sache für die mindere Summe und gegen die Marineverwaltung entschieden und konnte deshalb nicht erwarten, daß die Autorität oder die Überredungsgabe des Herrn Richter (Hagen) um so viel

stärker wie die meinige auf die Marineverwaltung wirken würden, daß bereits in der ersten Sitzung diese letztere Verwaltung einsah, daß sie mit einem noch geringeren Satze auskommen konnte, als dem von mir schließlich bewilligten und im Anfang bestrittenen."

Nachdem am 10. März 1877 der Reichskanzler diese damals fast anderthalb Jahre alte Angelegenheit zu einem direkten Vorwurf für den Marineminister gemacht hatte, reichte Herr v. Stosch zwei Tage später sein Entlassungsgesuch ein, erschien auch nicht mehr am Bundesratstisch, sondern überließ dem Vizeadmiral v. Henk die Verteidigung des Marinebudgets im Plenum und in den Kommissionen.

Das Abschiedsgesuch des Herrn v. Stosch lag seit dem 12. März dem Kaiser vor. Hochgestellte Personen bemühten sich, einen Ausgleich herbeizuführen. Das kostete so viel Mühe, daß man bereits den Nachfolger nannte, die einen sprachen vom General der Infanterie von Bose, die andern vom General-Major von Voigts-Rhetz, Direktor des allgemeinen Kriegs-Departements. Auch Feldmarschall Graf Moltke war äußerst thätig, um den Konflikt zu schlichten.

Die Beziehungen zwischen dem Chef der Kaiserlichen Admiralität und dem obersten Reichsbeamten waren, abgesehen von dem jüngsten Vorfall während der letzten Jahre zuweilen so getrübt gewesen, daß sie oft hindernd auf die befriedigende Erledigung wichtiger Angelegenheiten einwirkten. Bei der mit jedem Jahre wachsenden Machtentfaltung des Reiches zum Schutze der deutschen Handelsinteressen in überseeischen Ländern stellte sich die Notwendigkeit eines innigen Zusammengehens der diplomatischen oder Konsularvertreter des Reiches mit den Marinebehörden resp. einer

Unterordnung der letzteren unter die ersteren heraus, welcher man in der Admiralität sich nur ungern fügte. Der kaiserliche Erlaß, welcher die Beziehungen der beiden Reichsbehörden definitiv in dem von dem Fürsten Bismarck geforderten Sinne regelte, beugte weiteren unliebsamen Erörterungen und Weitläufigkeiten vor, wie sie leider in der Vergangenheit wiederholt vorgekommen waren.

Einen anderen Grund zu zuweilen unliebsamen Erörterungen mit dem Reichskanzleramte bot die Aufstellung des Marine-Etats, bei welcher der Chef der Admiralität trotz der während der letzten Jahre stetig zunehmenden Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse keine Kürzung zugestehen wollte. Als Entschuldigung hierfür läßt sich allerdings anführen, daß er der Vertretung der ihm anvertrauten Interessen sich mit großem Eifer widmete. In die, während der Verwaltung des Vice-Admirals Jachmann weniger streng geregelte Admiralität brachte General v. Stosch treffliche Ordnung. Trotz seiner Eigenschaft als Laie zeigte sich der General in Marinesachen den an ihn als Chef der Admiralität herantretenden oft schwierigen Aufgaben in vollster Weise gewachsen. Der Kaiser lohnte die auf diesem Gebiet erworbenen Verdienste des Generals, indem er ihn im Jahre 1875 zum Admiral ernannte, nachdem er ihn bereits früher in das preußische Herrenhaus berufen hatte.

General v. Stosch genoß bei seinen Untergebenen den Ruf eines strengen Beamten, der an alle dieselben hohen Anforderungen wie an sich selbst stellte. In der Marine hatte man den Rücktritt des Generals, gegen den als „Landratte“ anfänglich eine gewisse Voreingenommenheit sich ge-

zeigt hatte, wahrscheinlich mit großem Bedauern vernommen, da er allmählich das Vertrauen und die Anhänglichkeit der Seeleute sich in hohem Maße zu erwerben verstanden hatte.

Diese Krisis war in dem Augenblick eingetreten, als die auch später nach dem Untergang des „Großen Kurfürsten" so lebhaft erörterte Frage der Stellung der Ingenieure zur Marine auf der Tagesordnung stand. Schon damals scheint man die Stellung der Marine-Ingenieure, die auf so großen, mit so complicierten Maschinen versehenen Schiffen gewiß nicht zu unterschätzen ist, kaum genügend gewürdigt zu haben. In der Sitzung der Budgetkommission vom 20. März 1877 wurde über einen Antrag Hänel-Wehrenpfennig debattiert, dahingehend, daß die Marine-Ingenieure, wie bisher, so auch in Zukunft die höheren Wohnungsgeldzuschüsse haben sollten. Am Tage vorher schrieb die „Tribüne": „Die Marineverwaltungs-Beamten verfolgen die Tendenz, die Ingenieure, in deren Händen der gesamte Schiffs- und Marinebau liegt, welche die Reparaturen und die technische Indienststellung der Schiffe zu besorgen haben, größtenteils in die Klasse der Subalternbeamten zurückzudrängen d. h. in die Klasse von Beamten, welchen nur gewisse Formeln und mechanische Geschäfte obliegen. . . . Manche Ingenieure scheinen entschlossen zu sein, wenn im diesjährigen Etat der beabsichtigte Schlag gegen sie wirklich geführt wird, die Carriere völlig zu verlassen. Während man in der Eisenbahn-Carriere die Techniker zu heben sucht, drückt man sie hier herab, obschon von ihrer Qualifikation die zweckmäßige oder unzweckmäßige Verwendung von Millionen jährlich abhängt."

Der Schlag erfolgte wirklich. Die Admiralität teilte die Ansicht über die Bedeutung der Ingenieure nicht, sie bekämpfte am 20. März 1877 den Antrag Hänel, und dieser wurde mit dreizehn gegen zehn Stimmen abgelehnt. Man sprach schon damals viel von der Bevorzugung des rein militärischen Elementes in der Marine und diesem Umstande schien man es denn auch zu verdanken, daß nach vierzehntägiger Dauer des Konfliktes — Herr v. Stosch war bereits von Berlin abgereist — der Kaiser das Entlassungsgesuch des Marineministers ablehnte und ihm dies in einem schmeichelhaften Schreiben mitteilte. Wie der Reichskanzler zu der ganzen Angelegenheit stand, darüber cirkulierten nur Vermutungen, doch trat mit großer Positivität das Gerücht auf, der Reichskanzler habe eine Anklageschrift gegen Stosch verfaßt, dieser aber habe sich so erfolgreich verteidigt, daß der Kaiser ihn seines vollen Vertrauens versichert habe.

Nach Ablehnung des Entlassungsgesuches trat ein Ereignis ein, das plötzlich nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Aufregung versetzte: Fürst Bismarck bat bei dem Kaiser um seine Entlassung und zwar am 28. März, nachdem Herr v. Stosch am 25. März das kaiserliche Schreiben erhalten und am 26. wieder auf seinem Platz am Bundesratstisch erschienen war. Offiziös wurde zwar behauptet, die „Affaire Stosch“ habe mit dem Entlassungsgesuch des Reichskanzlers nichts zu thun, aber diese Behauptung fand wenig Glauben. Indessen ließ sich der Reichskanzler bekanntlich endlich bewegen, sein Gesuch zurückzuziehen, und sich mit einem längeren Urlaub zu begnügen. Er erhielt einen solchen durch eine Kabinettsordre vom 10. April, teilte dies dem Präsidenten des Reichstages am 11. mit,

und die Angelegenheit erhielt ihren vorläufigen Schluß durch die am 13. April im Reichstag auf Antrag Hänels stattgehabte Verfassungsdebatte.

Wiederum waren anderthalb Jahre seit jener Zeit verflossen und wieder überraschte uns auf dem Gebiete der Marineverwaltung ein Entlassungsgesuch, dasjenige des populärsten deutschen Seemannes Contre-Admiral Werner.

Die Genehmigung dieses Gesuches konnte die öffentlichen Sympathien zu Gunsten des Ministers v. Stosch nicht vermehren. Admiral Werner hatte durch Wort und That — auch durch die That, wir erinnern an sein Auftreten in Spanien, an das Urteil einer Sachverständigen-Kommission über die Haltung des von ihm 1870 befehligten Kriegsschiffes, — bewiesen, daß er ein Seemann ist, der Kopf und Herz auf dem rechten Fleck hat. Die Gründe seines Entlassungsgesuches waren nur zu bekannt. Der Untergang eines unserer stolzesten Kriegsfahrzeuge hatte die Kritik über die Marineverhältnisse im allgemeinen in solchem Grade wachgerufen, daß der Vertreter des herrschenden Systems zur Verteidigung gedrängt wurde. Herr v. Stosch sah sich außerdem veranlaßt, gegen eine Anzahl seiner Untergebenen u. A. auch gegen den Admiral Werner vorzugehen.

Herr v. Stosch wurde am 20. März 1883 auf sein wiederholtes Abschiedsgesuch von der Stellung als Chef der Admiralität entbunden. Die Nordd. Allg. Ztg. schrieb bei einer spätern Gelegenheit: „Der Abschied des Herrn v. Stosch ist nicht durch sein Verhältnis zum Reichskanzler veranlaßt worden; wir glauben, daß derselbe in ursächlichstem Zusammenhange stand mit den Prinzipien, nach denen

Herr v. Stosch einerseits die Marine leitete, andererseits die Stellung des Kaisers zum Militärwesen überhaupt auffaßte."

Was aber schon früher hinter den Coulissen sich abgespielt hatte, erfuhr man genauer ein Jahr später. Die Bemerkungen, welche Fürst Bismarck über den früheren Chef der Admiralität, Herrn v. Stosch, und seine Beziehungen zu den Liberalen in die zweite seiner in der Reichstagssitzung vom 26. Juni 1884 gehaltenen Reden einfließen ließ, riefen eine interessante Zeitungspolemik hervor. In einer Correspondenz der „Magdeburger Zeitung" wurde bei dieser Gelegenheit Herr v. Stosch als ein konservativer Mann bezeichnet, wogegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" protestierte. Der Korrespondent, sagte sie, werfe den General v. Stosch allerdings noch nicht ganz über Bord; er gebe zu, daß die Liberalen nicht ungern mit ihm verkehrt hätten, daß er ein sehr sachkundiger Mann gewesen sei u. s. w. Aber weil v. Stosch als General der Infanterie in zu einseitigen konservativen Vorstellungen aufgewachsen sei, so sei er — nach der Ausführung des Korrespondenten der „Magdeburger Zeitung" — kein für die Liberalen annehmbarer Kandidat für das Reichskanzler-Amt gewesen. Diese Beweisführung, so fährt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fort, sei charakteristisch: ein General könne nicht Reichskanzler werden, denn er sei notwendig konservativ. Sollte dieses Argument aber nicht erst später erfunden sein, nachdem Herr v. Stosch vom politischen Leben bereits zurückgetreten sei? Es möge sein, daß die heutigen „Freisinnigen" den Standpunkt politischer Logik teilten, den der Korrespondent der „Magdeburger

Zeitung" vertrete; in den drei letzten Jahren sei die Entwickelung dieser Parlamentarier sehr rapide vor sich gegangen. Aber vor dieser Zeit hätten sie es schwerlich als ein allgemein gültiges Gesetz aufgestellt, daß jeder General notwendig konservativ und daher für das Amt des Reichskanzlers unfähig sei; damals wenigstens hätten sie Ausnahmen zugelassen — und warum nicht Herr von Stosch eine solche Ausnahme hätte sein sollen?

Demgemäß hielt die „Nordd. Allg. Ztg." gegenüber den Versuchen der liberalen Blätter, Herrn v. Stosch von sich abzuschütteln, daran fest, daß derselbe vielmehr sehr innige Beziehungen zu den Liberalen unterhalten habe, und schrieb dann weiter:

„Wenn der Korrespondent der „Magd. Ztg." das Vertrauen Herrn Rickerts besitzt, so möchten wir ihm raten, dem genannten Herrn die Frage vorzulegen: Wie wird man in Danzig Reichstagsabgeordneter? Die Antwort, die er darauf erhält, wird ihn darüber belehren, daß der ehemalige Chef der Admiralität dem Liberalismus wenigstens insoweit gewogen war, daß er denselben in den Parlamenten vertreten zu sehen wünschte. Herr v. Stosch stand mit den sogenannten Hofliberalen, den Herren Rickert, von Bunsen, von Forckenbeck u. A. nicht nur im Verkehr, wie das der Korrespondent übrigens selbst zugesteht, er unterstützte sie auch auf politischem Gebiete; er war bereit, ihnen seine Beziehungen zum Hofe zur Verfügung zu stellen.

„Gesetzt aber auch, Herr v. Stosch wäre kein Liberaler gewesen — das thema probandum, daß der genannte General nicht der Reichskanzler-Kandidat der Herren Rickert

und Genossen gewesen sei, wäre damit noch keineswegs erwiesen.

„Wir haben bereits im Jahre 1880 darauf hingewiesen, daß die Liberalen sich das von ihnen neu zu bildende Ministerium etwa in der Form dachten, wie das Ministerium Gladstone sich seiner Zeit gebildet hatte. Die konservative Regierung in England ist gestürzt worden durch eine Koalition von Whigs, Radikalen und katholischen Irländern, drei Parteien, von denen keine für sich die Mehrheit hatte, und die nur in dem negativen Streben, die Konservativen von der Regierung zu verdrängen, einig und dafür stark genug waren. Im Jahre 1880 haben wir erlebt, daß sich eine ähnliche Koalition zusammensetzte zur Verteidigung der Politik Richter gegen die Regierungspolitik. Die heterogensten Elemente, die Nationalliberalen, die Fortschrittler, Sezessionisten und Ultramontanen schlossen sich damals als Kampfgenossen aneinander. Es sollte nach dem englischen Muster ein Koalitionsministerium geschaffen werden, in welchem die Rolle des Herrn Gladstone dem damaligen Chef der Admiralität zugedacht war. Wenn die „Freisinnigen“ heute sich dagegen verwahren, daß sie jemals an einen Reichskanzler v. Stosch gedacht haben, so ist das wohl verständlich, aber hübsch ist es nicht, daß sie nun, nachdem sie ihren Kandidaten für politisch tot halten, ihn als einen Konservativen und daher für die Stellung eines Reichskanzlers unfähigen General hinstellen. Auch wird ihnen eine solche Verdunkelung der Thatsachen schwerlich gelingen. Daß Herr v. Stosch ihr Kandidat war, ist eine zu gut beglaubigte Thatsache, und die Behauptung, der genannte

General sei die Hoffnung der Konservativen gewesen, ist mit besonderem Ungeschick erfunden."

Einen andern Nachruf als die „Nordd. Allg. Ztg." widmete der Kaiser dem zurückgetretenen Admiral. Dieser wurde auf kaiserlichen Befehl auch fernerhin in den Listen der Marine als à la suite des See-Offizier-Korps mit dem Range eines Admirals und à la suite des See-Bataillons stehend, in ehrender Anerkennung seiner großen Verdienste um die Marine in der bisherigen Weise fortgeführt.

Das den General v. Stosch auf das Höchste ehrende Kaiserliche Handschreiben vom 20. März 1883 lautete:

„Nachdem Ich aus Ihrem Schreiben vom 7. d. M. mit dem lebhaftsten Bedauern ersehen habe, welche große Schwierigkeiten Ihnen Ihr Gesundheitszustand für die Fortsetzung des Dienstes verursacht, habe Ich mich mit schwerem Herzen entschließen müssen, Ihrem Gesuche um Verabschiedung zu entsprechen, indem Ich Sie hierdurch unter Entbindung von Ihrer Stellung als Chef der Admiralität mit der gesetzlichen Pension zur Disposition stelle. Sie haben diese Stellung über elf Jahre inne gehabt und haben sie nicht nur — wie Ich Ihnen dies wiederholt ausgesprochen habe, zu Meiner vollsten Zufriedenheit ausgefüllt, sondern haben in ihr in der That Ungewöhnliches geleistet, indem Sie die Entwickelung der jungen Marine in kaum zu hoffender Weise gefördert und dieselbe in feste Systeme und in sichere Bahnen gebracht haben. Es ist Mir ein tief empfundenes Bedürfnis, Ihnen hierfür heute in dem Augenblick des Scheidens noch einmal den wärmsten Dank

auszusprechen. Einen äußeren Ausdruck Meiner Empfindungen wollen Sie darin erkennen, daß Ich Ihnen eine dauernde Ehrenstelle in der Marine durch die Bestimmung angewiesen habe, Sie auch ferner in den Listen à la suite des See-Offizierkorps mit dem Range als Admiral und à la suite des See-Bataillons zu führen, und wünsche Ich hierdurch auch die Marine fortgesetzt an die Pflicht ihrer dankenden Erinnerung an Sie zu mahnen. Mit dem Wunsche, daß es Ihnen ferner wohl gehen und daß Ihnen die Erinnerung an das Wohlwollen und an die gnädigen Gesinnungen Ihres Kaisers und Königs Meinen Dank und Meine Anerkennung stets vergegenwärtigen mögen, verbleibe Ich Ihr wohlgeneigter

Wilhelm.

An dieser Stelle wollen wir einen uns vorliegenden Brief der Öffentlichkeit übergeben, der auch von einem deutschen König in dankbarer Gesinnung an einen treuergebenen General gerichtet ist. Dieser Brief, erst vor 35 Jahren geschrieben, zeugt, mit dem Handschreiben König Wilhelms verglichen, in sprechendster Weise von dem Riesenumschwung, der sich in der deutschen Geschichte in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts vollzogen hat. Ludwig I, König von Bayern schreibt:

„Freyherr Carl von Gagern, mich freut's' recht, bewirkt' zu haben daß Ihnen Freude geworden ist. Es thut wohl Uns, Männer zu finden wie Sie; derer Täglich weniger und weniger Uns werden, mögten dieselben nur Nicht absterben, gänzlich erlöschen. Sie gehören noch Einer Zeit an, in der Anhänglichkeit an's Fürstenhaus, Dankbarkeit, noch Nichts veraltetes war, noch nicht ver-

höhnt wurden. — Es ist eine andere Welt jezo, besser ist sie Nicht, und glücklicher fühlt sie sich auch Nicht. Die Königskrone trage ich Nicht mehr, aber das leichte Pfalzgrafenblut ist mir geblieben, der heitere Pfälzer Sinn; munter bin ich, bin vielleicht der Einzige der es in München. Leben Sie wohl, Mir so Werther Général-lieutenant, und das noch sehr lange; dieses wünscht der

Ihnen wohlgewogene

München 7. November 1848. Ludwig."

Daß König Wilhelm in seinem thatenreichen Leben trotz der modernen Zeit, in der dieser Brief Ludwigs von Bayern wie aus einem verflossenen Jahrhundert anmutet, so oft Gelegenheit gefunden hat, seinen Dank für die Anhänglichkeit an das Fürstenhaus gerührt auszusprechen, über deren „Absterben" Ludwig von Bayern klagt, erklärt die Geschichte leicht. Das Haus Hohenzollern hat die Ideale, von denen man 1848 träumte, verwirklicht: die deutsche Flotte, für die man zu König Ludwigs Zeit in Deutschland sammelte, durfte ein Stosch unter Kaiser Wilhelm ins Leben rufen helfen. —

# „Um Scepter und Kronen.“

Das Buch von Meding „Memoiren zur Zeitgeschichte“ enthält wertvolle Beiträge zur Geschichte des unendlich Kleinen. Wir rechnen dazu die Mitteilung, daß der Hannoversche Minister Graf Platen-Hallermünde im Frühjahr 1866 tief verstimmt Berlin verließ, wohin er zum Zweck der Annäherung gekommen war — weil er statt des erhofften Schwarzen Adlerordens nur das Großkreuz des Roten Adlerordens bekommen hatte.

Auch mit solchen Fäden arbeitet bekanntlich die Weltgeschichte. Übrigens ist Medings Behauptung, Graf Beust und Herr v. d. Pfordten hätten im Jahre 1866 den Schwarzen Adlerorden besessen, unrichtig; Graf Platen hatte deshalb keine Ursache, eine Zurücksetzung hinter seine beiden ins Große strebenden Kollegen zu rächen. Graf Beust erhielt den Schwarzen Adlerorden erst nach der

Kaiserzusammenkunft in Salzburg 1871 und er würde ihn vielleicht auch dort nicht bekommen haben, hätte man gewußt, daß er mehrere Wochen später nicht mehr K. K. Reichskanzler sein würde. Bis dahin besaß er zu seinem großen Ärger nur den Roten Adlerorden erster Klasse; Herr v. d. Pfordten aber hat seine Brust niemals mit dem Schwarzen Adlerorden schmücken dürfen.

Herr v. Meding erzählt weiter, wie König Georg im Juni 1866 noch mit dem englischen Hof sich überwarf, da er als Familienhaupt die Zustimmung zur Heirat des Herzogs von Teck mit einer Prinzessin des Hauses nicht geben wollte, weil diese Heirat nicht standesgemäß sei. Die Verbindung des Prinzen Albrecht Sohn mit der Prinzessin Friederike, welche Graf Bismarck im Frühjahr 1866 dem Grafen Platen offiziell vorschlug, scheiterte an dem Widerstreben der Königin Marie, welche für die Prinzessin eine Wahl nach deren Neigung offen halten wollte. Bekanntlich hat später thatsächlich die Prinzessin Friederike eine Neigungsheirat mit dem Freiherrn v. Rammingen geschlossen. Wie König Georg sich zu diesem Schritt seiner Lieblingstochter gestellt haben würde, ergiebt sich aus seinem Verhalten gegenüber der Heirat des Herzogs von Teck.

In den kritischen Tagen des Jahres 1866, kurz vor dem Annexionsbeschluß, tauchte noch einmal die Idee einer Verbindung der Prinzessin Marie, die sich bei ihrer Mutter auf Schloß Herrenhausen aufhielt, mit dem Prinzen Albrecht bei dem Herrenhauser Hofe auf. Der Zusammenhang dieser Angelegenheit ist uns nicht genau bekannt, auch Meding thut der Sache keine Erwähnung; nur soviel ist uns gut bezeugt, daß König Georg diese von Herrenhausen aus

ihm vorgetragene Idee mit großem Nachdruck zurückwies. Uebrigens war damals das Schicksal Hannovers schon besiegelt und eine fürstliche Heirat hätte diesen durch die höchste Staatsraison gebotenen Schritt nicht mehr rückgängig machen können.

Der Zusammbruch des Welfenthrones mußte in London den tiefsten Eindruck machen. Kaum dreißig Jahre hatte Hannover aufgehört, einen Appendix Englands zu bilden, und nun sah die Königin Viktoria ihren Vetter entthront. Der Schmerz, der durch die Seele des Königs, der Königin und der königlichen Kinder schnitt, als sie dem Lande den Rücken kehrten, das ihnen in überschwenglichem Machtgefühl so teuer war, mußte in der nächsten Verwandtschaft am innigsten mitgefühlt werden. Eine Hoffnung blieb dieser noch, die Rettung Braunschweigs für den Herzog von Cumberland. Hätte dieser sich entschließen können, sich mit der politischen Notwendigkeit allmählich auszusöhnen, wäre er nicht den Ratschlägen falscher Freunde gefolgt, so würde er in Berlin und Potsdam nicht blos durch die Beseitigung der Legitimitätsskrupel aufrichtige Wünsche erfüllt, sondern auch einer warmen Teilnahme an seinem Geschicke begegnet sein.

Vor Beginn des Berliner Kongresses, ehe Lord Beaconsfield nach Berlin abreiste, verabsäumte die Königin Viktoria nicht, ihrem ersten Minister zu eröffnen, wie sehr es ihr am Herzen liege, einen Ausgleich zwischen Preußen und dem Hause Hannover herbeigeführt zu sehen, und ihn zu bitten, über die Anbahnung eines solchen Ausgleiches mit dem deutschen Reichskanzler zu beraten. Lord Beaconsfield mochte finden, daß das britische Staatsinteresse, für welches er den Kanzler auf dem Kongreß

mehrfach in Anspruch zu nehmen gedachte, möglicherweise Schaden nehmen könnte, falls vom Fürsten Bismarck eine Interpellation wegen Braunschweig-Hannover unliebsam vermerkt werden sollte. Der englische Premier ließ deshalb den Kanzler zuvor durch eine Vertrauensperson beiläufig befragen, ob ihm eine solche Besprechung überhaupt gelegen sei, worauf Fürst Bismarck bereitwillig erkärte, mit Lord Beaconsfield recht gern auch diese Angelegenheit erörtern zu wollen. Der Lord trug demnächst dem Kanzler die Wünsche der Königin Viktoria rückhaltlos vor und erhielt die loyale Antwort, daß der Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zur Zeit durchaus nichts im Wege stehe, sofern derselbe einen in aller Form offenen, bindenden Verzicht auf Hannover aussprechen und die Zusage erteilen wolle, niemals in Braunschweig welfische Restaurationsbestrebungen zu dulden, denselben vielmehr mit der einem deutschen Bundesfürsten pflichtmäßigen unnachsichtlichen Schärfe entgegenzutreten, wo immer sich ein Herd solcher Bestrebungen anzusetzen im Begriff sei. Lord Beaconsfield übermittelte die Antwort des Reichskanzlers der Königin, und diese, sowie alle Mitglieder der englischen Königsfamilie waren der Ansicht, daß der Herzog von Cumberland, wie er dies der Königin selbst in Aussicht gestellt hatte, die von Preußen, beziehungsweise dem Reiche geforderten Garantieen unbedingt geben könne und solle; auch zweifelte damals kein Mitglied des englischen Königshauses, daß der Herzog von Cumberland dieselben in der verlangten Form geben werde.

In dieser Voraussetzung und ihren Wunsch angelegentlich empfehlend, schrieb die Königin Viktoria an den Herzog

von Cumberland. Dieser antwortete durch einen Brief vom 18. September 1878, worin er u. A. sagte:

„Was meine Stellung zum deutschen Reiche betrifft, so bin ich, wie man fälschlich hier und da scheint annehmen zu wollen, demselben in keiner Weise feindlich gesinnt. Als deutscher Fürst liebe ich mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig; empfinde es schmerzlich, daß ich fern von meiner Heimat zu leben gezwungen bin und beklage es tief, daß ich, ohne alles Verschulden von meiner Seite, an der Ausübung der von den Vorfahren mir überkommenen Rechte gehindert, zur Zeit nicht im Stande bin, in Vertretung Hannovers, innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung, in Gemeinschaft mit den übrigen deutschen Fürsten, für die Wohlfahrt und weitere gedeihliche Entwickelung des Reiches zu wirken.

„Aber ich bin der Meinung, daß die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des deutschen Reiches nur gewinnen könnte, wenn Hannover in demselben eine Stelle einnähme, wie sie Bayern, Sachsen und Württemberg eingeräumt ist.

„Du wirst, liebe Tante, diese Gesinnungen als im Gegensatze zum deutschen Reiche befindlich, sicher um so weniger ansehen, als Du selbst darauf hingewiesen hast, daß die Ereignisse des Jahres 1866 von der Schaffung des deutschen Reichs getrennt gedacht werden müssen.

„Von diesen Anschauungen würde ich mich auch leiten lassen, wenn durch Gottes Ratschluß die Succession in das Herzogtum Braunschweig eröffnet werden sollte. Als regierender Fürst von Braunschweig muß ich alle Gesetze und Verträge halten, resp. erfüllen, welche der regierende Herzog erlassen und abgeschlossen hat, somit auch diejenigen

vom Herzoge abgeschlossenen Verträge, durch welche das Herzogtum ein Teil des deutschen Reiches geworden ist, und bin ich überzeugt, daß die Erfüllung der mir als Herzog von Braunschweig obliegenden Pflichten nicht beeinträchtigt werden würde durch den Vorbehalt der Rechte, welche mir von unsern Vorfahren in Beziehung auf Hannover überkommen sind. Ich kann mir nicht denken, daß von irgend einer Seite meiner eventuellen Succession in Braunschweig Hindernisse durch Anforderungen bereitet werden könnten, von welchen die Succession nicht abhängig ist. Ich kann mir das um so weniger denken in einer Zeit, wo es allen Regenten ganz besonders darauf ankommen muß, das Legitimitätsprinzip vollauf zur Geltung zu bringen."

Dieser Brief des Herzogs Cumberland erzeugte im Kreise der englischen Verwandtschaft desselben eine so tiefgreifende Verstimmung, daß seitdem von London aus nicht die geringste Bemühung zu Gunsten des Herzogs von Cumberland mehr stattgefunden hat.

Die amtliche „London Gazette" vom 6. Dezember 1878 meldete: „In dem am 27. November im Schlosse zu Windsor abgehaltenen Conseil hat Ihre Majestät geruht, ihre Einwilligung zur Vermählung Sr. Königlichen Hoheit, des Prinzen Ernst August, Herzogs von Cumberland und Teviotdale, Earls of Armagh, Ritters des Hosenbandordens, mit Ihrer Königlichen Hoheit, der Prinzessin Thyra, Tochter Sr. Majestät des Königs von Dänemark, zu erteilen". Die Königin von Großbritannien und Irland gab als Familienhaupt Ihre Einwilligung zur Vermählung eines Prinzen ihres Hauses. Der Herzog wurde dabei nur mit seinen englischen Titeln genannt, unter denen er

im Oberhause sitzt. Der Titel eines Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, den er nach dem Tode seines Vaters ebenfalls annahm, war dort unerwähnt geblieben.

Der Tod des Königs Georg war am 12. Juni jenes Jahres in Paris erfolgt. Der Kronprinz des deutschen Reiches führte damals die Regierung als Stellvertreter des erkrankten Kaisers. An ihn hatte daher die Familie des Königs Georg sich mit der Anfrage gewandt, ob die Beisetzung in Herrenhausen gestattet sei. Es wurde der Wunsch dabei ausgedrückt, daß alle amtlichen und militärischen Feierlichkeiten unterbleiben möchten. Die telegraphische Antwort des Kronprinzen erteilte umgehend die beantragte Zusage mit der Erklärung, daß die ganze Feierlichkeit nach den Wünschen der Hinterbliebenen gestattet, respektive geordnet werden würde. Es war eine Erfindung, daß irgend eine Verwahrung gegen politische Demonstrationen dieser Zusage beigefügt worden wäre. Dem Kronprinzen lag vielmehr daran, daß bei dieser Gelegenheit selbst ziemlich weitgehenden politischen Kundgebungen kein Hindernis in den Weg gelegt würde. Die Hinterbliebenen zogen aber ihren Antrag zurück und beschlossen die Beisetzung in Windsor. Die extremsten Mitglieder der Welfenpartei bewogen die Königin Wittwe und den Herzog von Cumberland zu dieser Entschließung durch die Vorspiegelung, daß die Beisetzung in Hannover Aufregung und Konflikte herbeiführen würde. Es fehlte auch in Berlin nicht an kompetenten Stimmen, welche ernste Bedenken gegen eine öffentliche Leichenfeier in Hannover äußerten, doch überwog die Autorität des Kronprinzen, der die Befürchtung nicht teilte und auch nicht glaubte, daß diejenigen, welche ihr nach Paris Ausdruck gaben, sie wirklich für begründet hielten.

Prinz Ernst August hatte England nach der Bestättung seines Vaters bald wieder verlassen. Die dortigen Ratschläge sagten ihm nicht zu. Er begab sich nach Gmunden in Österreich, wo er sich der Leitung des Herrn Windthorst überließ und durch ein Schreiben an Kaiser Wilhelm, wie an alle andern deutschen Souveräne und Regierungen offenbarte, daß er vollständig in die politische Stellung des Vaters eingerückt war.

In Berlin blieb auch der Brief des Herzogs an seine erlauchte Tante höchsten Personen kein Geheimnis. Als daher der Herzog Wilhelm von Braunschweig starb und die Regentschaftsfrage aufs Tapet kam, herrschte in jenen Kreisen bereits vollständige Klarheit, man kannte den eklatanten Widerspruch zwischen neueren Kundgebungen des Prätendenten und jenem Brief an die Königin Viktoria. Auf eine Notiz in den Blättern, daß „von hoher Stelle" das Wort gefallen sei: „Um den Felsen der Legitimität des Welfenhauses werde man nicht herumkommen", wurde offiziös erwidert: „Wir begreifen, daß fortschrittliche Blätter thun, was sie können, um ihrem welfischen Bundesgenossen, dem Bevollmächtigten des Herzogs von Cumberland, gefällig zu sein. Wir können auch nicht wissen, was man unter „hoher Stelle" versteht. Vermutlich ist der unklare Ausdruck in der Absicht gewählt, um dabei an den Kaiser oder nach Belieben an ein anderes Mitglied des Kaiserlichen Hauses denken zu lassen, was beides irrtümlich. Mit der „hohen Stelle" kann nur Herr Windthorst gemeint sein."

Das Land oder Ländchen, wo die verwandtschaftlichen Bande mit der Welfen-Dynastie eine entschiedene Stellung-

nahme zu gunsten des Prätendenten aufrecht erhalten, ist Mecklenburg-Strelitz. Wie die vielbesprochene Angelegenheit der sogenannten Welfenadresse, in welcher vierunddreißig mecklenburgische Edelleute, zum Teil Offiziere, in schroffen Ausdrücken ihre Mißbilligung über die Ausschließung des Herzogs Ernst v. Cumberland von der Thronfolge in Braunschweig aussprachen, und diesen als rechtmäßigen Herzog daselbst aufstellten, ans Tageslicht brachte, liefen die Hauptfäden dieser ganzen Kundgebung in Neustrelitz zusammen. In dortigen höheren Kreisen war die erste Anregung dazu gegeben worden.

In der bulgarischen Angelegenheit ist kürzlich als eventueller Fürst von Rumelien der Herzog von Cumberland genannt worden. Es war das ein leeres Gerücht, aber man mußte dabei an eine Karte von Europa denken, welche im Jahre 1859 herauskam und durch ihre gänzliche Umgestaltung Norddeutschlands großes Aufsehen erregte, wenn sie auch nur als eine Ausgeburt krankhafter Phantasie betrachtet wurde.

Dieser Karte zufolge sollte etwa im Jahre 1865 das Königreich Preußen vergrößert werden durch Einverleibung Mecklenburgs, Hannovers, Oldenburgs, Holsteins, und die Fürsten dieser Länder in fernen Gegenden, besonders auf der Balkan-Halbinsel, für den Verlust ihrer Reiche entschädigt werden. Dem Könige von Hannover wurde das Königreich Rumelien zugesprochen. Wie bald sollte dies Phantasiegebilde, durch Verschmelzung des Königreichs Hannover, der Herzogtümer Schleswig-Holstein wie anderer Kleinstaaten mit Preußen, in der Hauptsache in Erfüllung gehen! Eigentümlich ist es doch auch, daß jetzt auf der Balkan-

Halbinsel und in Griechenland ein Prinz von Dänemark, ein Prinz von Hohenzollern, ein Prinz von Hessen als Fürsten herrschen. So hatte denn die Nachricht über eine eventuelle, wenn auch höchst unwahrscheinliche Ernennung des Herzogs von Cumberland zum Fürsten von Rumelien noch ein ganz besonderes Interesse.

Es war im Jahre 1859, bald nach dem Erscheinen jener Karte von Europa, als der damalige Intendant des Hoftheaters zu Hannover eine große Ballfestlichkeit gab, zu der der gesamte Hof sein Erscheinen zusagte. Die Mitglieder des Hoftheaters waren entboten worden und hatten, anknüpfend an die soeben erschienene Karte, einen großartigen Aufzug arrangiert. In malerischen, glänzenden Kostümen erschienen die Teilnehmer des Festzuges, an dessen Spitze eine Deputation Rumeliens sich befand. Großwürdenträger und Minister hielten eine Ansprache an die Königliche Familie und baten schließlich den König feierlich um Annahme der Krone Rumeliens. Nachdem der lange Festzug mit seinen Türken, Mohren, Griechen u. s. w. vor den Herrschaften vorbei defiliert war, erschien die damalige sehr gefeierte Hofschauspielerin, Frau v. Bärendorf, als Hannovera, um in warmer Ansprache dem Könige sein getreues Hannover ans Herz zu legen und ihn zu bitten, es nicht zu verlassen. — Dieser ganze Festzug mit seinen verschiedenen Aufführungen sollte wohl die vielbesprochene Europakarte lächerlich machen, und keiner der Anwesenden mochte im entferntesten ahnen, wie bald diese Karte, selbst bis auf den Zeitpunkt, Verwirklichung finden würde. — Hätte man dies auch nur annähernd vorausgesehen, es

wäre wohl niemandem eingefallen, irgendwie diese Idee ins Lächerliche zu ziehen. —

Die welfische Frage ist seit dem Briefe des Herzogs von Cumberland an die Königin Victoria in den eingeweihten Kreisen als eine erledigte betrachtet und behandelt worden. Zur Beruhigung der Braunschweiger, welche besorgten, daß sie bestimmt seien, das „Schicksal" Hannovers zu teilen, hat gerade der Kronprinz von Preußen wiederholt unumwundene Erklärungen gegen Privatpersonen abgegeben.

Anfang 1885 gab dementsprechend Kaiser Wilhelm den Braunschweigern das schriftliche Versprechen, daß das Land gemäß der Bundesverfassung auch ferner als selbständiger Staat erhalten bleiben solle. Im Mai unterbreitete der Reichskanzler dem Bundesrat einen Antrag Preußens, dahingehend, die verbündeten Regierungen möchten ihre Überzeugungen dahin aussprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei, und beschließen, daß die Braunschweigische Landesregierung hiervon verständigt werde.

In der Sitzung vom 30. Juni erklärte darauf der Minister Graf Görz die Anwartschaft des Herzogs von Cumberland, dessen Doppelgängigkeit erst jetzt vollständig an den Tag kam, für endgiltig beseitigt. Anfang Juli entschied der Bundesrat im Sinne des preußischen Antrags, indem er den Herzog von Cumberland von der Thronfolge mit 54 gegen 2 Stimmen (die von Mecklenburg-Strelitz und Reuß ä. L.!) ausschloß. —

Vorübergehend wurde nun als voraussichtlicher Regent von Braunschweig der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Heinrich VII. Reuß genannt, schließlich aber fiel die Wahl auf den Prinzen Albrecht von Preußen, der mit der Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg, einer Nichte des vormaligen Königs Georg V. von Hannover vermählt, seit Jahren in Hannover residiert. —

Daß die Wahl gerade dieses Prinzen zum Regenten des verwaisten Herzogtums Braunschweig als eine glückliche bezeichnet werden darf, spricht lebhaft aus dem Bericht eines in Berlin lebenden geborenen Braunschweigers, der kürzlich seine Vaterstadt besuchte. Derselbe schreibt:

Prinz Albrecht hat es verstanden, in der kurzen Zeit seiner Regentschaft die Zuneignng der Braunschweiger vollständig zu erobern. Selbst enragierte Welfen geben zu, wenn nun doch einmal der Herzog von Cumberland von der Regierung ausgeschlossen werden solle, als Regent kein besserer als der Prinz Albrecht habe gefunden werden können. Die bekannte liebenswürdige Art, die allen Hohenzollern eigen ist, hat auch hier ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Gegensätze treten aber auch gerade in dieser Beziehung im Vergleich zu dem verstorbenen Herzog, der es bekanntlich geradezu vermied, sich irgendwo öffentlich zu zeigen, gar zu auffallend hervor. Hofbälle, Weihnachtsbescheerungen armer Kinder im Schlosse in Gegenwart des prinzlichen Paares, Fahrten im offenen Wagen und sogar Fußwanderungen durch die Stadt, die Annahme von Einladungen zu Gesangaufführungen, alles dies hatten die Braunschweiger von ihrem Herzog nie erlebt. Man begegnet überall nur dem Ausdruck völliger Zufriedenheit, daß die Dinge sich so gestaltet

haben, und wenn der Vorschlag gemacht würde, den Prinzen Albrecht definitiv als Herzog von Braunschweig anzuerkennen, so würde, wenigstens aus der Bürgerschaft, kaum ein ernstlicher Einwand erhoben werden. Die Bildnisse und Büsten des Prinzen und der Prinzessin sieht man in Braunschweig überall, nicht nur in Schaufenstern, Restaurationen und anderen öffentlichen Lokalen, sondern auch vielfach in den Privatwohnungen." —

Als der nunmehrige Regent von Braunschweig 12 Jahre alt war, trat ein Ereignis in seinem elterlichen Hause ein, das auf das gefühlvolle Naturell des Knaben einen nachhaltigen Eindruck machte und sein ohnedies auf das Ernste gerichtete Gemütsleben noch vertiefte. Nach siebzehnjähriger Ehe trennte sich nämlich 1848 Albrechts Vater von seiner Gattin, einer geborenen Prinzessin der Niederlande. —

Am 70er Krieg nahm Prinz Albrecht rühmlichen Anteil und wurde nach demselben zum kommandierenden General des 10. Armeekorps ernannt. In seinen verschiedenen militärischen Stellungen rühmten ihm seine Untergebenen Pflichttreue und Herzensgüte nach, Eigenschaften, denen er als Regent volle Betäthigung verschaffen kann.

# Die Kronprinzessin und ihre Söhne.

Gewiß des Guten,
Vom Schönen erbaut,
In Lebensgluten
Dem Tod vertraut;

An das Geheime
Ahnend zu rühren,
Der Wahrheit Keime
Im Geist zu spüren,

Die sich erschließen
Dem Licht entgegen,
Still zu genießen
Ihr heilig Regen,

Vom Hauch der Musen
Das Herz geschwellt —
Mit reinem Busen
Ein Kind der Welt. (Heyse.)

Als Prinz Friedrich Wilhelm im Jahre 1858 seine junge Gemahlin von England nach Preußen heimführte, konnte die Prinzessin ihren Eltern melden, daß sie in ihrer neuen Heimat mit der größten Herzlichkeit aufgenommen worden sei: „Dieses wohlthuende und vertrauensvolle Ent-

gegenkommen einer ganzen Nation — schreibt ihr Prinz Albert unterm 11. Februar — gegen eine gänzlich Fremde, muß in Dir das Bestreben erweckt und gestärkt haben, Dich in jeder Weise solcher Gefühle würdig zu erweisen und sie durch den festen Entschluß zu erwidern und zu lohnen, Dein ganzes Leben und Streben diesem Volke Deiner neuen Heimat zu weihen; und Du hast vom Himmel die glückliche Aufgabe empfangen, dies thun zu können, indem Du Deinen Mann recht glücklich machst, und ihm am besten zu dienen, indem Du ihm hilfst, die Liebe seiner Landsleute sich zu erhalten und zu vermehren."

Die Königin und der Prinzgemahl brauchten nicht zu bangen, daß ihre Tochter sich in der preußischen Heimat lange fremd fühlen könnte. Prinzessin Victoria wußte sich vom erstem Augenblicke an die Herzen zu gewinnen und, was noch mehr sagen will, die Geister für sich zu interessieren. Die Prinzessin Hohenlohe, ihre Tante, übertrieb nicht, als sie der Königin unterm 17. Februar 1858 aus Berlin berichtete: „Der Enthusiasmus und das Interesse, welches man ihr zeigt, übersteigen alle Vorstellungen. Noch nie ist eine Prinzessin hier zu Lande empfangen worden, wie sie." Prinz Friedrich Wilhelm, der glückliche Gatte, faßte sich kürzer; er ließ durch den elektrischen Draht in wenigen Worten den bangenden Schwiegereltern die frohe Kunde von dem bezaubernden Eindruck übermitteln, den seine Gemahlin bei Hofe hervorgerufen. Sein Telegramm lautete: „The whole Royal family is enchanted with my wife. F. W. Der erste Eindruck entscheidet, und „die kleine Reaktion" welche der Prinzgemahl dagegen fürchtete, ist ausgeblieben.— „Das Publikum wird — schrieb er seiner Tochter — ge-

rade weil es entzückt und enthusiastisch war, nun zur schärfsten Kritik übergehen und Dich anatomisch zerlegen.“ Aber die Prinzessin Friedrich Wilhelm konnte diese Kritik mit Ruhe über sich ergehen lassen, sie war bei ihrem ganzen bisherigen Auftreten nur der Wahrheit ihrer inneren Natur gefolgt; und nur der Mensch, welcher der Welt ein erkünsteltes Wesen zeigt, hat, nach dem treffenden Ausspruch ihres Vaters, „sich vor Entlarvung zu fürchten.“

Im Laufe des Spätsommers 1858 kamen die Königin Victoria und Prinz Albert, der übrigens schon im Juni einen Ausflug nach Gotha und an den preußischen Hof gemacht hatte, nach Potsdam zum Besuch des kronprinzlichen Paares und wohnten einige Tage auf Babelsberg. Der Hof beeiferte sich, der englischen Königsfamilie die ausgesuchtesten Ehren zu erweisen. Der Geburtstag des Prinzen Albert wurde glänzend gefeiert, am Abend fand eine großartige Illumination der Höhen und Gärten um Potsdam, sowie der Brücke von Glienike statt, welche durch ein Gemälde verewigt wurde, das in Babelsberg seinen Platz fand. Die Minister, die Generalität wurden vorgestellt, wobei Marschall Wrangel sich durch seine Ungezwungenheit der Königin bemerkbar machte. In ihrem Tagebuch bezeichnet ihn Ihre Majestät als einen „großen Charakter.“ Er nannte sie: „Meine liebe Königin“ [und sagte ihr: „Sie sehen aus, als ob Sie zum Tanze gingen.“ Mit großer Auszeichnung gedenken die Königin wie Prinz Albert Alexanders von Humboldt; die Königin ließ nach der Abreise durch die Prinzessin von Preußen Humboldt um einige Stellen der „Ansichten der Natur“ und des „Kosmos“ in seiner Handschrift bitten und richtete einen

sehr schmeichelhaften Brief an ihn, den er Varnhagen zur Durchsicht mitteilte, da, wie er schreibt, „in meinem Uralter alle Scham für Selbstlob längst verschwunden ist." Sehr wenig gefiel dagegen der Ministerpräsident Otto von Manteuffel, von dem es in dem Tagebuch der Königin heißt: „Was most unpleasant, cross and disagreeable." Ihre Majestät war offenbar durch ihren Gemahl gegen den Präsidenten des Ministeriums eingenommen worden; denn Prinz Albert verabscheute die „Reaktion" nnd ihre Vertreter auf das Tiefste wie sich u. a. aus seinen Briefen an den Prinzen von Preußen unzweideutig erkennen läßt.

Die Königin Viktoria hat seitdem wiederholt Deutschland besucht, insbesondere Koburg und Darmstadt; niemals aber Berlin oder Potsdam. Sie soll sich durch die ihrem Gemahl gegenüber bei jenem ersten Besuche ihrer Tochter beobachtete Etiquette verletzt gefühlt haben.

Der dem Prinzen Albert anzuweisende Rang hatte in England schon Schwierigkeiten und Streit verursacht. Die ausgesprochene Neigung der Königin, für die Whigs Partei zu nehmen, hatte nämlich in den Kreisen der Tories und der Lords des Oberhauses viel böses Blut gesetzt, und erschwerte nun auch dem Prinz-Gemahl das Einvernehmen mit letzteren. Als die Bill, durch welche Prinz Albert naturalisiert werden und zugleich den nächsten Rang nach der Königin erhalten sollte, dem Hause der Lords zur Genehmigung vorgelegt wurde, vertagten diese zunächst ihren Beschluß und strichen sodann die Bestimmung über den Rang. Die Königin sah sich deshalb genötigt, von ihrer Prärogative Gebrauch zu machen und die Frage — mit Vorbehalt anderweitiger Parlamentsbeschlüsse — dahin zu re-

geln, daß der Prinz im Range ihr unmittelbar folge. Internationale Giltigkeit hätte aber die Erhöhung des Prinzen Albert nur durch ein Gesetz erlangen können; so kam es, daß der Gemahl der Königin von England nur als ein jüngerer Sohn des Herzogs von Koburg rangierte, in der Stufenleiter der fürstlichen Personen daher eine sehr bescheidene Stellung einnahm.

Der Prinz söhnte sich später mit den Tories aus, oder diese mit ihm. Trotzdem blieben die Anfeindungen, offene und versteckte, nicht aus. „Jeder Tag zwingt mich leider", so heißt es in einem Briefe vom Jahr 1844, „zu sehen, wie schlecht die Menschen sind; alle möglichen Verleumdungen werden auf uns und besonders auf mich gehäuft und wenn eine reine Natur, die sich ihrer hohen Vorsätze bewußt ist, über solche Angriffe auch erhaben sein soll, so ist es doch schmerzlich, sich von Leuten verdächtigt zu sehen, von denen man besseres erwartet hätte." Solche Leute fanden sich gerade in den höchsten Kreisen zahlreich genug; mochte der Prinz bei der Eröffnung des Parlamentes zunächst der Königin im Oberhause erscheinen, oder mochte er in ihrer Vertretung Levers abhalten, gewiß wurden in nächster Nähe Klagen über diese unerträgliche Anmaßung laut. Unter solchen Umständen mochte die epinöse Rangfrage an andern Höfen leicht zu Empfindlichkeiten führen, und am ehesten an einem nahe verwandten, sobald dieser nur der internationalen Etiquette ihr Recht gab. —

Wir kehren in das von der erlauchten Mutter nicht mehr betretene Haus der Tochter zurück.

Einen tieferen Blick in das eheliche Leben des Kronprinzlichen Paares verdanken wir einer zur Feier der silbernen Hochzeit desselben veröffentlichten geistvoll und doch schlicht geschriebenen Schrift des Dr. Hinzpeter, der Jahre lang, als Erzieher der beiden ältesten Söhne, Hausgenosse des kronprinzlichen Paares war. Wie vieles konnte Dr. Hinzpeter in seiner Stellung sehen und erfahren, was dem Auge des großen Publikums verborgen bleiben mußte; ihm erschlossen sich innere Beweggründe des Wirkens und Schaffens, deren Resultate kaum in die Öffentlichkeit traten.

Er charakterisiert die Zeit, in welche die Vermählung fiel, und die eigentümlichen Lebensanschauungen der beiden, die durch ihre verschiedene Erziehung und Stellung bedingt waren. Die zu einem fruchtbaren und glücklichen Zusammenwirken notwendige Ergänzungsfähigkeit von Mann und Frau fand sich hier in einer Ausdehnung, wie sie für bürgerliche Brautpaare schon wünschenswert ist, die für dieses aber von der höchsten Wichtigkeit war.

Scharf und bestimmt weist der Verfasser manche falsche Urteile ab, und führt uns in ein Leben voll idealen Strebens und überaus glücklicher Häuslichkeit ein. Er zeigt, wie fein und richtig beide ihre keineswegs leichte Stellung gewahrt, wie groß und edel ihr vorgestecktes Ziel allezeit gewesen ist. Den hohen Ernst der Kriegszeit und die harte, strenge Schule dieser Epoche für beide Ehegatten hebt der Verfasser besonders hervor. Das alles, ohne höfische Phrasen geschrieben, macht den Eindruck voller Wahrheit und aufrichtiger Ueberzeugung, und ist sehr geeignet, manche Vorgänge ins rechte Licht zu stellen. Die verschiedene Welt- und Lebensanschauung der Kreise, in denen die Braut-

leute, ehe sie sich fanden, aufgewachsen waren, wird betont. Dort die preußische Auffassung von der Erhabenheit des Militärstandes, von der soldatischen Ausbildung als dem wichtigsten aller Interessen, hier die Vorstellung, daß es Lebensaufgabe einer zivilisierten Nation sei, den Kulturerwerb der vergangenen Völker und der früheren Generationen zu pflegen, und daß Selbstentwicklung die vornehmste Pflicht jedes einzelnen gegen sich und das Ganze sei. Die in dieser Verschiedenheit liegende Ergänzungsmöglichkeit wurde noch wesentlich gefördert durch den Vater der Braut, der mit seinem klaren Geiste, als Deutscher und Brite zugleich, der rechte Mann war, zwischen beiden Gatten vermittelnd aufzutreten. Einige kleine bezeichnende Züge aus der ersten Zeit der Ehe mögen hier Platz finden. So beruft einmal die Prinzessin ihren Gemahl telegraphisch vom Manöver zurück, weil sie sich allein langweile; ein andermal macht sie den Versuch, ihre mathematischen Studien wieder aufzunehmen, um so ihrem brennenden Eifer nach Fortbildung zu genügen; dann sehen wir sie eine freie Stunde benutzen, um unbegleitet, aller Etikette zum Trotz, in das nahe Museum zu eilen. Sie ließ sich auch in ihrer Eigenart nicht irre machen durch einzelne mißgünstige Urteile, die gern gefällt und in Umlauf gesetzt werden, sobald eine hochgestellte Persönlichkeit die von ihrem Naturell diktierten Wege geht. —

Mit der Geburt des ersten Sohnes begann für unser Paar die selbständige Anordnung des eignen Lebens. Nur innerhalb des Familienlebens war zunächst und ist bis heute in ruhigen Zeiten Raum für ihren Schaffens- und Thatendrang gewesen; selbst für den Prinzen, dessen Be-

schäftigungen in eigentümlicher Weise stets nur Studien für den eigentlichen Beruf blieben, war die Wirkung nach außen sehr bestimmten unerbittlichen Gesetzen unterworfen, sodaß noch jetzt die Vorstellungen von dem Geist und Charakter der Prinzessin sowohl, wie selbst des Prinzen, trotz aller Popularität derselben, in weiteren Kreisen recht unbestimmt sind, eben aus dem Grunde, weil sie nur dem Innern ihres Hauses den Stempel ihrer Individualitäten aufzuprägen vermochten. Kein Wunder deshalb, daß die verschiedenartigsten Gerüchte von den Ansichten und Absichten des kronprinzlichen Paares, die sonderbarsten Vorstellungen von dem Verhältnis der Willensrichtungen beider unter uns umlaufen. Gerade diese Unsicherheit und Unbestimmtheit unseres Urteils ist ein deutlicher Beweis dafür, wie konsequent das kronprinzliche Paar so lange Jahre hindurch seine Stellung zu wahren, die ihm vom Schicksal zugeteilte Rolle zu spielen gewußt hat, eine Rolle, die unzweifelhaft zu den denkbar schwierigsten zählt. Mit unermüdlich lebhaftem Interesse an allen großen Fragen der Zeit, sich getrieben fühlen, bei deren Lösung ausschlaggebend mitzuwirken, zum verantwortlichen Erben sich bestimmt wissen, — und doch jeder Meinungs- geschweige denn Willensäußerung sich strenger enthalten müssen, als sonst irgend ein Mitglied des Volkes: das ist diese Rolle, und ein ungewöhnliches Maß von geistiger Energie und Selbstbeherrschung gehört dazu, sie namentlich in Zeiten höchster Erregung durchzuführen. Zurückhaltung ist eines Thronerben charakteristische, hier so treu geübte Tugend.

Nie hätten wir daher die neutrale Figur des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in die allbekannte,

imposante und sympathische Gestalt „Unser Fritz" sich verwandeln sehen, hätten nicht äußere Verhältnisse ihm Gelegenheiten aufgedrängt, seine hohe geistige Begabung, seinen festen Willen und sein reiches Herz zu zeigen. Nun, da wir den großen Krieg gesehen, und die schwere Zeit der Attentate erleben mußten, ist uns freilich auch weiteres Hoffen leicht gemacht.

Vorhanden und entwickelt waren solche Eigenschaften, welche ein großes Handeln ermöglichen, bei der Frau Kronprinzessin ebenfalls in reichem Maße. Die ideale Richtung teilte mit ihr die Schwester Alice, die allzu früh gestorbene Großherzogin von Hessen. Dieser hatte David Friedrich Strauß seinen Voltaire zuerst vorgetragen. Eher ein Uebermaß von Gedanken und Plänen hat man den Schwestern nachgesagt, als einen Mangel. In engster Gemeinschaft und regem Wetteifer, sich stets mit Rat und That unterstützend, arbeiteten sie gemeinschaftlich an der Durchführung ihrer Reformideen, bis der Tod dies enge Band zerriß.

Im Vordergrunde der Interessen steht im kronprinzlichen Hause die Kunst in ihren verschiedenen Zweigen, und zu der Künstlerwelt werden die lebhaftesten und herzlichsten persönlichen Beziehungen unterhalten. Wenn schon bei den offiziellen Festen des Hofes die Koryphäen der Kunst jedesmal zahlreich vertreten sind, so sind sie in den kleineren Zirkeln noch gesuchtere Gäste. Ist es doch für die Kronprinzessin die liebste Erholung, in den kleinen Ateliers, die sie sich im Kronprinzlichen Palais zu Berlin wie im Neuen Palais zu Potsdam hat einrichten lassen, als Bildhauerin und Malerin ihren Kunstsinn in regem Schaffen zu bethätigen.

In das Jahr 1885 fiel das fünfundzwanzigjährige Jubiläum ihrer Ehrenmitgliedschaft der Berliner Akademie der Künste. Der Tag ist unbemerkt vorübergegangen. Erst in diesen Tagen hat uns A. v. Werner daran erinnert. Die Akademie hatte, ehe sie die erst neunzehnjährige erlauchte Malerin als Ehrenmitglied aufnahm, bereits zwei Jahre früher der jungen Künstlerin ihre Huldigung dargebracht, damals als das fürstliche Paar auf der Hochzeitsreise zum ersten Male in der Hauptstadt erschien.

In der Anrede, welche der Sekretär der Akademie, Professor Tölke, an das hohe Paar richtete, erwähnte er, daß es der Akademie nicht unbekannt geblieben sei, wie die Prinzessin in eigenen malerischen Schöpfungen ein glückliches und geistreiches Talent voll reinen, zarten Naturgefühls entwickele. Der Prinz habe Italien bereist und durch Erwerbung vorzüglich schöner Denkmäler von zugleich historischem Werte die edelste Kunstliebe bethätigt. Wie sollten die Künste nicht vertrauens- und hoffnungsvoll zu einem so hochbegabten Fürstenpaare hinaufblicken?

Die Charakteristik, die damals Professor Tölke von den malerischen Schöpfungen der Prinzessin-Künstlerin gab, in denen ein „reines, zartes Naturgefühl“ lebe, stimmt mit der überein, die heute noch A. v. Werner in dem Texte ausspricht, den er zu den von der „Gartenlaube“ gebrachten drei Studienblättern der Kronprinzessin geschrieben hat. Es heißt daselbst: „Als ich bald nach der Rückkehr aus dem Feldzuge 1871 die Ehre hatte, der Frau Kronprinzessin vorgestellt zu werden, um meine Skizzen aus Versailles vorlegen zu dürfen, war ich überrascht von den treffenden und sachverständigen Bemerkungen, mit welchen

die hohe Frau die vorgelegten Blätter begleitete. Ich hatte ja schon früher Arbeiten dieser fürstlichen Künstlerin gesehen, unter anderem jene durch die Lithographie vervielfältigten preußischen Soldatenfiguren, welche gelegentlich des 1864er oder 1866er Feldzuges entstanden waren; aber ich gestehe, daß ich selbst damals nicht um die Frage herum gekommen bin: „Hat sie das wirklich selbst gemacht?" — was zwar nicht schön, aber doch begreiflich war. Inzwischen, seit 1871, habe ich fortgesetzt Gelegenheit gehabt, die künstlerischen Bestrebungen und Studien der hohen Frau zu verfolgen. — Das Jahr 1875 brachte mir den Vorzug, unvergleichlich schöne Maitage in der Nähe der kronprinzlichen Herrschaften in Venedig zu verleben. Die Frau Kronprinzessin genoß die Kunstschätze Venedigs, studierte, zeichnete und malte unermüdlich nach den Kunstwerken der vergangenen hehren Kunst-Epoche Venedigs oder nach der Natur auf dem Markusplatze und in den Kanälen, oft ganz allein und unerkannt, oder sie malte Studienköpfe in Passinis Atelier mit uns Anderen zusammen. Eine kleine Aquarelle von mir erinnert an einen jener Tage; die Frau Kronprinzessin, einige Bekannte, auch meine Wenigkeit, wir hatten gemeinschaftlich im Klosterhof von San Gregorio aquarelliert, und die Frau Kronprinzessin hatte sich zuletzt — im schwarzen mit weißen Spitzen besetzten Kleid und Rubenshut mit weißer Feder — als Staffage gestellt, auf einen Korb voll Zwiebeln und Fenchel gelehnt, welchen ein vorübergehender Junge dazu hergeliehen hatte. Ich hatte damals fast täglich Gelegenheit, die Skizzenbücher der hohen Frau zu sehen und war bei jedem Blatt überrascht durch den sicheren Blick, mit welchem überall das Künstlerische, Malenswerte

herausgefunden, und die Sicherheit, Derbheit und Richtigkeit, mit welcher der Gegenstand, gleichviel in welcher Technik, zur Darstellung gebracht war. Und höher noch als ihr technisches Können schätze ich das künstlerische Verständnis und Empfinden der hohen Frau, wie es gegenüber den Werken der Kunst und den Eindrücken der Natur bei jeder Gelegenheit zu Tage trat. . . . . Die Künstlerschaft weiß die Auszeichnung, die erlauchte Fürstin zu den ihrigen zählen zu dürfen, und den Vorzug, daß die bildende Kunst eine freundliche und heimische Stätte im kronprinzlichen Palais gefunden hat, hoch zu schätzen." —

Die Gelegenheit, die Künstler namhaft zu machen, welche sich der besonderen Gnade der Kronprinzessin erfreuen, und zugleich den Teil der Hofgesellschaft kennen zu lernen, der in dem gastlichen Hause verkehrt, bieten namentlich die Kostümfeste, die von Zeit zu Zeit dort veranstaltet werden.

Ein solches Fest fand am 8. Februar 1875 statt. Der Treppenaufgang zu den Räumen des ersten Stockwerkes des Palais' war, mit Gewächsen, Statuen, Waffen und Wappen reich geschmückt, zu der Vorhalle eines italienischen Palastes umgewandelt worden, so daß der ankommende Gast auf den Charakter des Festes vorbereitet wurde. Für sämtliche Gäste war die Maske als Verpflichtung vorgeschrieben; als sie um die zehnte Stunde fiel, wurde es kund, daß der Kaiser in einem blauen Domino sich in der Gesellschaft befunden hatte. Jetzt erschien auch die Kaiserin in Soireetoilette. Die gesamte Gesellschaft vereinte sich nun in der zweiten Hälfte des durch einen offenen Säulengang in zwei Teile getrennten Tanz-

saales, der den Anblick einer Festhalle in einem italienischen Palaste zur Zeit der Medici bot. An den Decken waren Wappen der italienischen Städte und großen Geschlechter angebracht; Waffentrophäen dienten als Fensterfüllungen; mit goldenen Bändern umwundene Guirlanden, alte Gobelins, rote Damastdecken bildeten den künstlerischen Schmuck. Am Ende des Saales war in die Gedenkhalle hinaus, welche durch Gewächse in einen Wintergarten umgewandelt worden war, auf einer Estrade ein offener Baldachin errichtet. Die ganze Ausschmückung versetzte in jenes Zeitalter, in dem in Italien die Kunst der Renaissance ihre vollsten und reichsten Blüten getrieben hat.

Ein italienisches Fest war es denn auch, dessen Glanz von den Anwesenden in voller Treue des Kostüms mit allen Hülfsmitteln moderner Kunst und dichterischer Phantasie entfaltet wurde. Das Zeitalter Lorenzos des Prächtigen und Cosimos des Großen von Medici sah die Macht der aus dem Handel herausgewachsenen Familie auf ihrem höchsten Gipfel. Der Name der Mediceer ging durch die ganze damals bekannte Welt. An ihrem Hofe fühlten sich Dichter, Künstler und Gelehrte zu Hause. Den politischen Einfluß der Mediceer erhöhten und ergänzten ihre weiten Handelsverbindungen im Orient, in Deutschland und den slavischen Ländern. Diese Bedeutung in ihrer geistigen, politischen und materiellen Ausdehnung wollte das Fest zur künstlerischen Darstellung bringen.

Nachdem der Kaiser und die Kaiserin unter dem Baldachin Platz genommen, erbat sich der Primo Cameriere (Graf A. Eulenburg), der den Stab mit dem Wappen der Mediceer trug, und von sechs Ceremonienmeistern gefolgt

war, die Erlaubnis zur Einführung des Zuges in die Festhalle. Fanfaren verkündigten das Nahen des mediceischen Hofes. Drei anmutige Kindergestalten (Prinzessin Charlotte, Victoria, Prinz Waldemar) gingen vor dem fürstlichen Elternpaare einher. Als Mediceer-Fürstin erschien die Kronprinzessin; ihr Gewand war nach dem Kostüm des titianischen Bildes „La Bella“ im Palazzo Pitti in Florenz gearbeitet, an den Ärmeln reich aufgepufft, aus rotbraunen, und blauen schweren Stoffen. Das Haupt war mit einer kleinen Perlenhaube geschmückt; eine Flechte des Haares fiel nach vorn rechts auf den Hals herab. Den Mediceerfürsten stellte Graf Harrach dar, in einem grauen mit den goldenen Lilien von Florenz bestickten Gewande, dessen aufgebauschte Ärmel mit hochrotem Atlas geschlitzt waren. Auf dem Kopf trug er ein dunkelsammtnes, mit Edelsteinen geschmücktes Barett. Im Gefolge des fürstlichen Ehepaares befanden sich der Leibpage, (Doepler der Jüngere), welcher den Helm des Fürsten trug, vier Pagen in blau und gold, die Oberhofmeisterin (Prinzessin Biron von Kurland) nnd die Palastdamen (Frau v. Normann, Gräfin Therese Bernstorff, Frau von Liebenau.) Nun folgte paarweise die Schar der Gäste, welche der Ruf des Mediceerhofes aus fernen Landen nach Italien geführt; repräsentiert wurden dieselben durch die Prinzessin Friedrich Karl, welche der Kronprinz führte, durch die Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen, welche an der Seite des Prinzen von Arenberg ging. Es folgten Frau Aristarchi mit dem Grafen Gebhard Blücher von Wahlstatt, die Fürstin Ferdinand Radziwill mit dem Fürsten Putbus, die Baronin von Schleinitz mit Herrn v. Lissing, die Gräfin A. Eulenburg

mit dem Grafen Moritz Hohenthal. Den Beschluß des Hofes bildeten zwei Camerieri, Graf Götz Seckendorff und Herr v. Mohl, und vier Pagen. Der Kronprinz war in roten Sammet und Atlas gekleidet, nach dem Bilde des Earl Surray in Hamptancourt. Der Einsatz an der Brust und der Kragen um den Hals waren von schwarzem, goldgesticktem Sammet. Als Schmuck trug er eine Originalkette des Schwanenordens. — Als das fürstliche Paar sich auf den Sitzen niedergelassen und der Hof sich gruppiert hatte, verkündeten sechs Herolde den Beginn des Mediceerfestes, das in der Huldigung der Künste bestand. Vier Trabanten (Herr v. Dieskau, Graf Solms-Sonnenwalde, der Prinz Solms-Lich, Graf Klinkowström) kündigten das Nahen der Ritter von der Laute an, der vier Troubadours (Baron Benckendorff, Herr v. Burt, Herr v. Thadden, Herr Gosselin), die im Gefolge acht Sänger hatten, und als Beweis ihrer Kunst vor dem Mediceerpaare ein altes Madrigal vortrugen. Denen, die da lauteten, folgten die, so da formten in Gestalten von Farben oder Marmor. Die Darsteller der Kunstheroen, zu deren Werken wir noch heute bewundernd aufschauen, waren Karl Becker, Encke, Knaus, Gustav Richter, Begas, Ewald, Knille, A. v. Werner, A. Berg, Gentz, Wilberg, Doepler, A. v. Heyden nnd Meyerheim. Als Sprecher trat einer der Künstler vor das Fürstenpaar hin und gab im Namen seiner Kunstgenossen in einer lateinischen Rede der Begeisterung und Hingabe Ausdruck, welche in der Brust der Kunstgenossen lebe als Dank für die Förderung, welche das hohe Fürstenhaus der Kunst angedeihen lasse. Dann überreichte er ein Album mit Zeichnungen, das von der Fürstin dankbar angenommen wurde.

Eine Gesandtschaft aus dem Orient brachte nun unter den Klängen des türkischen Marsches aus Beethovens „Ruinen von Athen" ihre Gaben dar, die in kostbaren Vasen und drei wunderschönen Sklavinnen bestanden. — Aber auch Deutschland hatte seine Vertreter an die Ufer des Arno entsandt. Zwei Offiziere und zwanzig Landsknechte — die eine Hälfte in rot und gelb, den Mediceerfarben, die andere in weiß, schwarz und gelb — führten die deutsche Quadrille, die aus zwölf Paaren bestand, ein.

Wo ferne Länder huldigend sich vor dem Fürstenpaare neigten, durfte das Mutterland nicht zurückbleiben, dem das Fürstenhaus entsprossen, unter dessen Sonne sich seine Macht und Größe entfaltet. In beschwingtem Schritte erschien Italia, eine Tochter des Südens (Gräfin Karolyi), den farbenprächtigen Zug der sonnigen Kinder ihres Heimatlandes anzukündigen, die einen Tanz voll Leidenschaft und doch voll Grazie aufführten. Kaum waren die leichtfüßigen Italiener verschwunden, so meldeten die Bewegungen der Herolde einen neuen Zug an. Eine Marschmelodie, komponiert vom Grafen Redern, introduzierte die slavische Quadrille. An dieser beteiligten sich die Gräfin Fritz Perponcher und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, die Gräfin Pückler-Haugwitz und der Herzog Paul von Mecklenburg-Schwerin, Frau v. Alten und der Prinz Heinrich XIX. Reuß, Gräfin Marie Schlippenbach und Prinz Heinrich XVIII. Reuß, Frau v. Arapoff und Herr v. Dachröden, Komtesse Adele v. Gontaut und Graf K. Kanitz, Komtesse Anna Lehndorff und Graf Karl Eulenburg, Fräulein A. v. Senden und Freiherr v. Scheele. Mit den lebens- und liebesfrohen Weisen der Italie-

ner kontrastierten schroff die schwermütigen Laute der Bewohner des Skythenlandes. Originell, glänzend, fremdartig, phantastisch war die Tracht, in der sie erschienen, und so auch die Bewegungen des Tanzes, in die sie ihre stummen Ovationen kleideten. — Damit war der charakteristisch-historische Teil des Festes zu Ende. Sämtliche an dem Aufzuge Teilnehmenden durchzogen noch einmal den Saal und die davorliegende Galerie und begaben sich dann mit den Allerhöchsten Herrschaften in die vorderen Gemächer des Palais', wo bis zur zweiten Morgenstunde ein fröhliches Treiben herrschte.

Weiß die kronprinzliche Familie solcherart die Kunst in den Dienst ihres Vergnügens zu stellen, so ist sie aber auch rastlos bemüht, diesen Liebesdienst der hohen Kunst wie dem Kunstgewerbe zu erwidern. Hätten wohl die Kunstschätze in altgriechischem Boden, zu Olympia und Pergamon ohne die energische Förderung, welche die kronprinzlichen Herrschaften den Ausgrabungsarbeiten angedeihen ließen, jemals das Licht des 19. Jahrhunderts n. Ch. erblickt?

Als der große Fund gethan, als der Hermes des Praxiteles in Jugendherrlichkeit dem Schoß der alten Mutter Erde entstieg, überreichte Professor Ernst Curtius die erste Photographie des Götterbildes Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit dem Kronprinzen mit den nachstehenden Versen, die er Meister Praxiteles sprechen läßt:

Mein Namen war in aller Munde
Wo man die Kunst in Ehren hält,
Doch ging nur eine dunkle Kunde
Von meinem Schaffen durch die Welt.

Die Formen, die mein Geist erfunden,
Die Schönheit, die mein Blick erfaßt,
Was ich erstrebte, war verschwunden,
Zu einem Schattenbild erblaßt.

Nun aber ist, was lang verloren,
Aus tiefer Grabesnacht befreit;
Mein Hermes stehet, neu geboren
Vor euch in Jugendherrlichkeit.

Nun seht ihr, wie ich warmes Leben
In kalte Marmoradern trug,
Wie ich den Augen Licht gegeben,
Der Brust den leisen Atemzug.

Und habt ihr nun die Kunstgedanken
In meinem Marmor aufgespürt,
So tretet mit mir in die Schranken
Und zeigt, wie ihr den Meißel führt.

So wirkt, was lang im Grab verborgen,
Neu glänzt des Lebens Sonne mir,
Und diesen Auferstehungsmorgen,
Dies neue Leben dank ich dir.

Mit Glück und Geschick hat die Kronprinzessin, trotz manchen Widerstandes, die Bestrebungen ihres Vaters speziell für die Entwickelung des Kunstgewerbes nach Deutschland hinüber zu tragen gewußt. Was hier in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet und geschaffen wurde, lobt sich selbst. Der Pracht und dem Reichtum unseres Gewerbe-Museums entspricht der Aufschwung unserer kunstgewerblichen Thätigkeit, die schon auf dem Weltmarkt mit englischen und französischen Produkten zu wetteifern anfängt. Mit Recht wird man diese neue Periode unserer

Kunst mit aus der Teilnahme, Aufmunterung und Pflege herleiten, welche das kronprinzliche Paar all' diesen Bestrebungen zugewandt hat. —

In dem kronprinzlichen Paar und seinem Hause hat sich aber vor allem von Anfang an das wohlthuende Vorbild eines glücklichen Familienlebens dem Volke dargestellt. Dasselbe erinnert an die Tage, da in der glücklichen Ehe Friedrich Wilhelms III. und der unvergeßlichen Königin Luise dem preußischen Volke ein ähnliches Bild vor Augen trat, das für ganze Generationen und in den weitesten Kreisen einen reinigenden und veredelnden Einfluß auf das Familienleben in unserem Vaterlande ausgeübt hat.

Schon die Stätte war bedeutungsvoll, an welcher das junge Paar damals seinen häuslichen Herd gründete. Knüpften sich doch an das für dasselbe neu eingerichtete kronprinzliche Palais, bis dahin im Munde des Volkes das „Königs-Palais", alle die erhebenden und auch die schmerzlichen Erinnerungen, die für unser Volk mit den Namen Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise zu unvergänglichem Gedächtnis verbunden sind. War die Stätte doch schon als Geburtshaus Friedrich Wilhelms IV. und seines Nachfolgers, unseres jetzigen Kaisers und Königs, damals Prinzen von Preußen, dem Volke heilig und teuer. Seit dem Jahre 1840, wo der schwer geprüfte, aber auch viel geliebte König Friedrich Wilhelm III. dort zur Ruhe gegangen war, hatte das Palais wie ein stummer Zeuge vergangener Tage leer und verlassen dagestanden. Als nun hundert Hände geschäftig waren, dasselbe zur Wohnung des jungen Prinzen Friedrich Wilhelm und seiner zukünftigen Gemahlin, den Anfängen einer anderen Zeit ent-

sprechend, umzugestalten, da wurde wohl aus manchem Herzen der Wunsch laut, daß dem Prinzen im neuen Heim das stille, eheliche Glück seiner Großeltern erblühen und für die neue Zeit, die alte preußische Liebe zu teil werden möge; daß ihm aber auch aus diesem Hause, das Friedrich der Große als jugendlicher Kronprinz bewohnt hatte, das Kriegsglück dieses Ahnen in die Welt hinaus begleiten möge.

Und in wie glänzender Weise sehen wir schon heute diesen dreifachen Wunsch in Erfüllung gegangen!

Auch die dem jungen Paare überwiesene Sommer-Residenz, das Neue Palais bei Potsdam, mit den weiten es umgebenden Gartenanlagen, war von nicht minder bedeutungsvollen Erinnerungen umwoben. In diesem Palaste, in dem jeder Schritt an den Königlichen Erbauer, Friedrich den Großen erinnert, hatte die Wiege des Prinzen Friedrich Wilhelm gestanden, und auch die meisten der dem kronprinzlichen Paare geschenkten Kinder sind in diesen Räumen geboren worden. Der älteste Sohn zwar, Prinz Wilhelm, ist als Berliner Kind am 27. Januar 1859 im kronprinzlichen Palais zu Berlin zur Welt gekommen, und außer ihm noch der früh den Eltern entrissene Prinz Waldemar, der am 10. Februar 1868 dort das Licht der Welt erblickte und ebenda im März 1879, als heranblühender Knabe, von tückischer Krankheit dahin gerafft wurde. Im Neuen Palais aber wurde den kronprinzlichen Eltern am 24. Juli 1860 die erste Tochter geschenkt, die Prinzessin Charlotte, jetzige Erbprinzessin von Meiningen, und zwei Jahre später als zweiter Sohn Prinz Heinrich (geboren 24. August 1862), der künftige Admiral der deutschen Flotte.

Ihm folgte im September 1864 abermals ein Sohn, der bei der Taufe am 18. Oktober 1864 den Namen Sigismund erhielt. In den ersten Frühlingstagen des Jahres 1866, als schon düstere Wetterwolken als Anzeichen des nahenden Krieges den politischen Horizont umdüsterten, am 12. April, vermehrte sich der Kreis der Kronprinzlichen Kinder abermals um eine Tochter, die, am Geburtstage ihrer Großmutter, der Königin von England, getauft, den Namen Viktoria erhielt. Dieser Tag war damals ein besonders glückverheißendes Omen. Denn schon stand das preußische Volk in Waffen, um im Kriege gegen Oesterreich für die Selbständigkeit und die Ehre Preußens in einen heißen Kampf zu ziehen, und der Taufvater war im Begriff, das ihm wenige Tage darauf übertragene Kommando der zweiten Armee zu übernehmen. Unter noch weit bedeutungsvolleren Vorzeichen fand die Taufe der am 14. Juni 1870 im Neuen Palais geborenen Prinzessin Sophie Dorothee am 24. Juli 1870 daselbst statt, denn soeben hatte Frankreich das deutsche Volk zu dem blutigen Kampf herausgefordert, in welchem dem Kronprinzen die Stelle eines hervorragenden Heerführers vorbehalten war, und die Tauffeier gestaltete sich daher gänzlich zu einer ernsten Abschiedsfeier. Um so heller läuteten die Friedensglocken über der Wiege der als jüngstes Kind am 22. April 1872 geborenen Prinzessin Margareta, die ihren Namen von der als Taufpatin anwesenden damaligen Kronprinzessin, jetzigen Königin von Italien, erhielt. In einem Maße, wie es nur in wenigen Familien der Fall zu sein pflegt, bildeten in dem kronprinzlichen Hause diese Kinder den Mittelpunkt des häuslichen Lebens; die Rücksicht auf ihr Wohl und Wehe bestimmte die Ordnung

des Hauses, sie waren der Gegenstand der täglichen Sorgen, ihr Gedeihen die Quelle der reinsten Freuden. Das kronprinzliche Paar ist sich bei der Erziehung derselben in vollem Umfange der Verantwortung bewußt gewesen, welche Eltern in ihrer Stellung für die ihnen geschenkten Kinder zu übernehmen haben, und niemals haben sie diese Verantwortung auf fremde Schultern abzuwälzen versucht. Es hat wohl selten Mutteraugen gegeben, die den Lebensmorgen der Kinder treuer und sorgsamer bewacht haben, als die der Kronprinzessin. Betrachtete sie es doch als einen über alte Vorurteile davongetragenen Sieg, daß sie es durchzusetzen vermochte, ihre Kinder teilweise selbst zu nähren. In der körperlichen Pflege derselben, in der Sorge für gesunde Luft und angemessene Bewegung verwertete sie die nützlichen Erfahrungen und guten Gewohnheiten ihres Heimatlandes. „Die Kronprinzessin in der Kinderstube", schreibt ein mit dem Leben des kronprinzlichen Hauses sehr vertrauter Freund desselben, „wurde bald ein sehr beliebtes Bild und ein so viel besprochenes Thema, daß sich selbst die Legende desselben bemächtigte und märchenhafte Historien von öffentlicher, demütigender Züchtigung ungewaschener Prinzen und dergleichen erfand. Der historische Kern derselben war jedenfalls der, daß die Mutterliebe groß war und den festen Entschluß kundgab, keine Anstrengung zu scheuen, um alle guten Keime in den jungen Wesen zur Entfaltung zu bringen. Die natürliche und gesunde Entwickelung aller den Kindern verliehenen Gaben und Talente wurde als eine Hauptaufgabe der Erziehung angesehen. In den Kindern wurde so früh als möglich das Bewußtsein geweckt und gepflegt, daß die hohe

Stellung, zu der sie durch ihre Geburt berufen waren, ihnen doppelt ernste Verpflichtungen auferlege, und daß sie sich dereinst durch persönliche Tüchtigkeit in ihren Leistungen derselben würdig zeigen müßten. Das die Hohenzollern von jeher auszeichnende Pflichtgefühl ist auch den kronprinzlichen Kindern als das kostbarste Erbe ihres Hauses ins Leben mitgegeben worden. Einen großen Wert legten die Eltern darauf, daß ihre Kinder durch natürlichen und ungezwungenen Verkehr mit anderen Ständen von der Einseitigkeit bewahrt blieben, die mit der hohen und isolierten fürstlichen Stellung so leicht verbunden ist. Einen willkommenen Anlaß dazu gab für die jüngeren Kinder der Verkehr auf dem kronprinzlichen Gute Bornstedt mit dessen Bewohnern. Die Kinderfeste, die der Bornstedter Jugend alljährlich veranstaltet werden, erinnern an das Leben und Treiben in Paretz in den Tagen Friedrich Wilhelms III. und Luisens. Wie dort die Königlichen Kinder vertraut mit den Dorfkindern spielten, so tummelten sich auch die Kronprinzlichen in ungezwungener Jugendlust mit den Genossen von Bornstedt auf den Spielplätzen in der Nähe des Neuen Palais in Wettläufen und Spielen, bei denen der Kronprinz die Preise persönlich verteilte. Aus diesem Bestreben, die herangewachsenen Söhne mit dem Leben des Volkes in nähere Berührung zu bringen, ging auch der Entschluß hervor, sie dem Gymnasium zu Kassel zu übergeben, wo bekanntlich Prinz Wilhelm mit anderen Gymnasiasten ein regelrechtes Abiturienten-Examen bestanden hat. Daß zur Durchführung dieses Entschlusses viele Schwierigkeiten und Vorurteile mit Festigkeit und Energie überwunden werden mußten, und daß

es ein schweres Opfer für die Eltern war, sich Jahre lang von ihren Söhnen trennen zu müssen, braucht wohl nur angedeutet zu werden.

Aus der Kasseler Lebensperiode des Prinzen Wilhelm wollen wir folgendes, den gutherzigen Sinn des Knaben höchst charakterisierendes Geschichtchen einflechten.

Prinz Wilhelm machte mit einem Freund, den er sich unter den Kasseler Gymnasiasten gewählt hatte, eine Landpartie nach der nahen Wilhelmshöhe. Eine hessische Bauersfrau bietet den jungen Herren Maiblumensträußchen an, unter denen Prinz Wilhelm eines wählt, dabei aber im Zweifel ist, was er der Frau dafür zahlen sollte. Er fragt seinen Freund um Rat; dieser antwortete, er möge doch geben, was er gerade zur Hand habe. Prinz Wilhelm greift in die Tasche und giebt der Frau ein Zehnmarkstück. Die Frau geht — enttäuscht von dannen. Prinz Wilhelm wendet sich zu seinem Freund: „Ich fürchte, ich habe der Frau zu wenig gegeben.“ „„Ja, ich begreife auch nicht, was die Frau will, sie scheint nicht zufrieden zu sein,““ antwortet der Gymnasiast, „„ich will sie doch mal fragen, was sie sich eigentlich denkt!““ „Ach, zwei Pfennige“, sagt die nochmals herangerufene Frau, „ist doch etwas wenig.“ — Als ihr nun klar gemacht wurde, wieviel sie erhalten, daß das Stück Gold nicht Kupfer sei, und als sie gar vernahm, wer ihr das Geld gegeben, war die arme Frau natürlich sehr glücklich und wollte nun durchaus, der Prinz müsse dafür aber auch alle ihre Blumen nehmen. Prinz Wilhelm hatte seine liebe Not der guten Frau klar zu machen, daß er den ganzen Vorrat auf seinem Spaziergang durchaus nicht brauchen könne. —

Soweit es sich mit den repräsentativen Pflichten des Hofes irgenwie vereinigen ließ, haben es sich die kronprinzlichen Eltern nicht nehmen lassen, mit ihren Kindern auch die Mahlzeiten gemeinsam einzunehmen. In der Flucht der Zimmer der Kronprinzessin im Neuen Palais befindet sich auch das Familien-Speise-Zimmer, in dem sich die hohen Eltern, wenn keine Gäste zur Tafel geladen sind, mit den Kindern um den gemeinsamen Mittagstisch vereinigen, an dem es dann einfacher hergeht, als in manchem reichen bürgerlichen Hause.

Als einst der Civilgouverneur eines der kronprinzlichen Söhne warmes Frühstück vom Diener aufgetragen erhielt, der Zögling aber nur Äpfel und Brod, veranlaßten die sehnsüchtigen Blicke des Knaben nach den dampfenden Koteletts den Erzieher, dem Prinzen etwas von seinem Gericht abzugeben. — Da tritt der Kronprinz ein, unterhält sich leutselig mit den beiden und geht ohne eine Bemerkung über den wohl bemerkten Frühstückstausch zu machen, wieder fort. — Als er einige Tage später den Civilgouverneur allein sprach, klopfte er ihm freundlich mit den Worten auf die Schulter: „Lieber Doctor, wenn ich meinen Kindern warmes Frühstück geben wollte, so könnte ich es thun lassen — meine Mittel erlauben mir das ja — ich habe aber, wie Sie wissen, den Knaben in jeder Beziehung Steigerungen fürs spätere Leben offen zu halten, und gerade beim Essen kann man den jungen Menschen gar nicht einfach genug halten.“

Ein Blick auf das häusliche Leben des hohen Paares darf aber auch von den Gästen des Hauses nicht schweigen, die den Kreis desselben zu edler und anmutiger Gesellig-

keit erweitern. Wir denken natürlich dabei nicht an die durch Repräsentation des Hofes geforderte Gastlichkeit, wie sehr sich auch bei dieser schon die bezaubernde Liebenswürdigkeit der hohen Wirte jedesmal entfaltet und jeden lästigen und steifen Zwang zu bannen weiß. Aber zur vollen Geltung kommt dieselbe doch erst in den kleinen Kreisen, in denen sie die ihnen nahe stehenden Personen um sich sammeln. Die verschiedensten Rangstufen, wie die verschiedenen Stände sehen wir daselbst gleichmäßig vertreten; und ebenso Männer der verschiedensten politischen Parteien nnd Richtungen. Alle, die zu diesen Kreisen Zutritt haben, finden aufmerksames Gehör für ihre Mitteilungen und das lebhafteste Interesse für ihre Bestrebungen. Von Anfang an ist das kronprinzliche Paar mit vollbewußter Absicht darauf bedacht gewesen, sein Haus zu einem Mittelpunkt für edle und nützliche Bestrebungen auf allen Gebieten des nationalen Lebens zu machen.

Es hat wohl selten ein fürstliches Haus gegeben, in dem die Toleranz, die Fähigkeit des Verständnisses auch für fremde Anschauungen und Meinungen in so natürlicher und ungezwungener Weise bethätigt wird, als in dem kronprinzlichen, in welchem die entgegengesetztesten Anschauungen auf eine unparteiische und gerechte Würdigung rechnen dürfen. Freilich steht dieser weitherzigen Toleranz als Gegengewicht auch eine unerschütterliche, durch schwere Kämpfe und eigenes Nachdenken gewonnene Überzeugung zur Seite.

Wie uns Dr. Hinzpeter in seiner schon erwähnten Denkschrift erzählt, wurde kaum auf einem anderen Gebiete der Austausch und das Ergänzen im Denken und Fühlen zwischen den beiden Gatten so fruchtbar, als auf dem der

sozialen Reform, wo politisches und humanitäres Interesse verbunden den Eifer verdoppeln mußten. Während die Prinzessin Adam Smith, Thornton, Stuart Mill, Spencer studierte, machte sich der Kronprinz die Ideen und Pläne von Rodbertus und Huber, von Schäffle und Ad. Wagner zu eigen; suchte sich das eine Mal Schulze-Delitzsch aus der Menge der Abgeordneten zu einem längeren Gespräch heraus und empfing ein anderes Mal den Pastor v. Bodelschwingh zu einem Vortrag über seine Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf. Mit dem Interesse für das soziale Gebiet hing dasjenige für Volkserziehung eng zusammen. Aus den Schulzimmern der eigenen Kinder eilte die Kronprinzessin in einen Kindergarten oder in den Zeichenunterricht des Kunstgewerbemuseums, um dort neben den Zöglingen die Vorlagen zu kopieren; während der Kronprinz etwa in eine Berliner Fortbildungsschule sich begab und die verwunderten Schüler durch überraschende Querfragen ergötzte.

Besonders widmet die Frau Kronprinzessin den Unternehmungen und Anstalten ihr lebhaftes Interesse, welche die Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts zum Ziele haben. Wesentlich ihrem Einfluß verdankt der Letteverein sein ersprießliches Gedeihen, und in dem Viktoria-Lyceum zu Berlin hat sie eine Bildungsstätte für das weibliche Geschlecht geschaffen, in welcher strebsamen jungen Mädchen die Ausrüstung gegeben wird, deren sie bedürfen, um sich durch eigenen selbständigen Erwerb eine sichere Existenz zu schaffen, und die auch denen zu Gute kommt, welche später als Hausfrauen und Mütter ihren Beruf finden.

Ein weiteres ergiebiges Arbeitsfeld, auf dem die Frau Kronprinzessin ihre seltene Einsicht und Thatkraft bewährt, ist

das der Kinderpflege im Volke. Die Gründung von Kinderheilanstalten in Solbädern und an den deutschen Seeküsten, die Einrichtung von Ferienkolonien für solche Kinder, die in dumpfen, engen Wohnungen in Gefahr sind, zu verkümmern, der Verein für häusliche Gesundheitspflege und andere verwandte Bestrebungen sind hauptsächlich auf ihre Anregung ins Leben gerufen worden. So breitet sich vom kronprinzlichen Hause ein breiter Strom reichen Segens auf das ganze Reich aus, und in der herzlichen Teilnahme, die das deutsche Volk an der kronprinzlichen Familie nimmt, spricht sich zugleich die dankbare Anerkennung aus, die dieses hochherzige Wirken und Schaffen in allen Kreisen unseres Volkes findet.

J. S. Preuß, Berlin W., Kronen-Str. 22.

## Schriften des Deutschen Vereins für internat. Doppelwährung.

1. Laveleye, Emile de. Der Grund der Werthschwankungen zwischen Gold und Silber, übersetzt von O. v. Bar. — 2. Auflage. Preis 75 Pf.
2. Verhandlungen des Deutschen Reichstages über die Währungsfrage am 27 und 28. Januar 1882. Reden der Abgeordneten Leuschner, Dr. Bamberger und von Reden. Preis 75 Pf.
3. Arendt, Wider Soetbeer. Preis 40 Pf.
4. von Kardorff-Wabnitz. Zur Währungsfrage. Preis 60 Pf.
5. Die bimetallistische Bewegung in England; übersetzt von Koch-Herne. Preis 60 Pf.
6. Deutsche Vorschläge zur praktischen Lösung der Währungsfrage. 2. Auflage. 25 Pf.
7. Arendt, Dr. Otto. Offener Brief an Ludwig Bamberger. 1 Mk. 20 Pf.
8. Der internationale bimetallistische Congreß zu Köln am 11. bis 13. Oktober 1882. Stenographischer Bericht der Verhandlungen. Preis 75 Pf.
9. Laveleye, Emile de. Das Wesen des Geldes. Deutsch von O. v. Bar. 2. Auflage. 1 Mk.
10. Gibbs, Henry Hucks, Direktor der Bank von England. Die Doppelwährung. Deutsch von E. Koch. 75 Pf.
11. Die Währungsdebatte im Reichstag. Stenographischer Bericht der Reden der Abgeordneten v. Kardorff, Bamberger, Frege, Oechelhäuser, v. Schalscha und Windthorst. Mit einem Anhang: Die Rede Bamberger's, besprochen von Dr. Otto Arendt. Preis 1 Mk.
12. von Sydow-Dobberphul, H., Die Silberentwerthung und die internationale Krisis der Landwirthschaft, der Industrie und des Welthandels. 1886. Preis 50 Pf.
13. Verhandlungen im Deutschen Reichstag vom 9. bis 11. Februar 1886 über die Währungsfrage. Preis 1 Mk.

# Schriften
über die
# Währungsfrage.

Die Arbeitslöhne und die Silberentwerthung. Von einem Rheinischen Industriellen. 1885, Preis 20 Pf.

Arendt, Dr. Otto. Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Der Währungsstreit in Deutschland. Eine Antwort auf Erwin Nasses gleichnamige Schrift. 1886. Preis 3 Mk.

Dirichlet, Walter Lejeune. Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses. Das verdammte Geld! Nach dem Französischen des Bastiat für die deutsche Gegenwart bearbeitet. 1. und 2. Auflage 1885. Preis 50 Pf.

Haupt, Ottomar. Währungs-Politik und Münz-Statistik. 1884. Preis 4 Mk.

Mirbach-Sorquitten, Freiherr von. Die Währung in ihrer Wirkung auf unser Erwerbsleben. 1886. Preis 25 Pf.

Oldekop, H., Gutsbesitzer auf Grünhorst in Schleswig-Holstein. Für internationale Doppelwährung. Erwiderung auf die Schrift des Geh. Rath Launhardt-Hannover. „Das Wesen des Geldes und die Währungsfrage". 1886. Preis 50 Pf.

Schlechtendahl, G. A. Gemeinfaßliche Darstellung der Währungsfrage mit einem Anhang: Der gegenwärtige Stand der Währungsfrage und ihre Bedeutung für die Landwirthschaft. 3. Auflage 1885. Preis 40 Pf.

## Kolonialpolitik. Handelsgeographie. Finanzwissenschaft.

„Export". Organ des Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande. Herausgegeben von Dr. jur. et phil. Jannasch. Erscheint wöchentlich in zwei Bogen groß 4°. VIII. Jahrg. Preis pr. Quart. im deutschen Postgebiet Mk. 3, im Weltpostverein pr. Jahr Mk. 15.

Der „Export", diese seit acht Jahren die deutsche Kolonisation vorbereitende und fördernde Zeitschrift, hat über 600 kaufmännisch und technisch gebildete Berichterstatter an den bedeutendsten Handelsplätzen der Erde, welche über alle merkantilen, handespolitischen und wirthschaftlichen Zustände und Vorgänge ihrer Bezirke fortlaufend berichten.

In seinen mit großer Sachkenntniß verfaßten Leitartikeln bespricht der „Export" die wichtigsten handelspolitischen Tagesfragen in einer streng sachlichen, von den politischen Parteiansichten völlig unabhängigen Weise.

Außerdem veröffentlicht der „Export" die Berichte, welche dem „Centralverein für Handelsgeographie 2c." von den zahlreichen (bis jetzt 140), im Auftrage desselben nach Süd- und Nordamerika, Mexiko, Afrika und Australien gesandten Forschungsreisenden, Ingenieuren 2c. zugehen.

Haupt, Ottomar. Arbitrages et parités. Traité des opérations de Banque, contenant les usages commerciaux, la théorie des changes et monnaies et la statistique monétaire de tous les pays du globe. 1883. 6. édition augmentée d'un supplément. Prix 8 Mk.

Kolonien, die Deutschen, der Provinz Rio Grand do Sul (Süd-Brasilien). Herausgegeben von dem Centralverein für Handelsgeographie. 1881. Preis Mk. 1.

Nachrichten, Geographische, für Welthandel und Volkswirthschaft. Herausgegeben von dem Centralverein für Handelsgeographie. Preis pro Heft Mk. 1.

Sachs, Isidore. l'Italie, ses finances, et son développement économique depuis l'unification du royaume 1859—1883 d'après des documents officiels. 1885. Prix 16 Mk.

Sellin, A. W. Das Kaiserreich Brasilien. Eine geographisch-statistische Skizze. Preis Mk. 1.

nischen Knaben. Daß das Buch die Jugend nicht ermutige, in gleich bedenklicher Weise auf Abenteuer auszugehen, dafür hat der Autor gesorgt, indem er die beiden Jungen ernste Fährlichkeiten bestehen und schließlich froh sein läßt, wieder zu ihren Angehörigen zu gelangen. In ihren historischen, geographischen und ethnographischen Darstellungen ist die Erzählung durchaus lehrreich; ebenso der zweite Abschnitt, welcher des Kronprinzen Reise nach Palästina und Egypten, 1869, behandelt. Vier Buntbilder, ebenso viele Holzschnitte und zahlreiche Text-Illustrationen dienen zur näheren Veranschaulichung des Inhalts.
(„Voss. Ztg.", Berlin.)

Der Verfasser erzählt unserer reiferen Jugend die Reisen Sr. K. und K. H. des Kronprinzen nach Spanien und nach dem Morgenlande zur Einweihung des Suez-Kanals in anschaulicher Weise. . . . Fein ausgeführte Aquarelle und zahlreiche Illustrationen erläutern den Text des hübsch ausgestatteten Buches.
(„Neue Preußische [Kreuz-] Zeitung.")

Der Verfasser hat sich den Dank vieler zu erwerben gewußt, daß er die politisch so bedeutungsvolle Reise unseres Kronprinzen nach Spanien auch unserer Jugend schilderte. Das Ansehen, dessen sich der Erbe des Deutschen Kaiserthrones in dem wunderbaren Lande der Hidalgo's zu erfreuen hatte, die Knüpfung eines Freundschaftsbandes mit dem jungen Könige, das ist alles ebenso interessant erzählt, wie die Schönheit und Geschichte der Punkte, welche der Kronprinz besuchte. Daß der Verfasser zwei unternehmungslustige Knaben mit in das Programm dieser Reise verflocht, wird die Teilnahme der jungen Leser, denen wir das Buch warm empfehlen wollen, gewiß noch erhöhen. Die Verlagsbuchhandlung sorgte für eine geschmackvolle, bilderreiche Ausstattung. . . . . . (Die „Post".)

. . . . . . Gerhard Stein erzählt in frischer und anregender Weise die Reise des Kronprinzen nach Spanien. . . . . . Die Beschreibung verdient besonders wegen ihrer Anschaulichkeit und ihres warmen Kolorits Anerkennung. Landschaften, Städte und Feste treten dem jugendlichen Leser, namentlich in dem reichen nnd guten Illustrationsschmuck, Aquarelle und Holzschnitte, auf das Lebendigste entgegen.
(„National-Zeitung.")

. . . . Wollen Sie in Ihren Jungen den Sinn für ferne Länder erwecken, so erfreuen Sie dieselben mit dem gut geschriebenen und mit effektvollen Bildern geschmückten patriotischen Buche von Gerhard Stein „Unser Kronprinz in Spanien und im Morgenlande" . . . .
(„Deutsche Kolonial-Zeitung.")

„Unser Kronprinz in Spanien und im Morgenlande" von Gerhard Stein (Berlin, Walther & Apolant) ist ein flott und sprachlich auffallend korrekt geschriebenes Buch für die „reifere" Jugend.
(Briefkasten des „Kladderadatsch.")

# Berliner Märchen

von **Walther Gottheil.**
Mit farbigen Illustrationen nach Federzeichnungen
von **Henry Albrecht.**
Hübsch gebunden, Preis Mk. 3,50.

---

**Oscar v. Redwitz**, der Dichter der „Amaranth", schrieb der Verlags-Handlung über „Gottheil's Berliner Märchen:

Gossensaß, im August.

An die

**Verlagshandlung Walther & Apolant**

**Berlin.**

Euer Wohlgeboren!

Durch einen glücklichen Zufall lernte ich hier die wirklich ausgezeichneten hochpoetischen „Berliner Märchen" von Walther Gottheil kennen, und möchte ich Sie freundlichst ersuchen, sofort dieses für die Kinderwelt höchst bedeutende Buch, an dem sich auch Große herzlich erfreuen können, an umstehende Adresse senden zu lassen.

Ich weiß, daß ich damit meinen vier Enkeln eine große und bleibende Freude bereiten werde.

Vielleicht freut es auch Sie selbst, daß gerade ich ein solch ungewöhnliches Wohlgefallen an diesem Buche gefunden habe.

Hochachtungsvoll

**Dr. Oscar Freiherr v. Redwitz,**

Königl. Bayr. Kammerherr.

## Der „Deutscher Reichs- u. Königlich Preußischer Staatsanzeiger" schreibt über v. Festenberg-Packisch, Der Deutsche Bergbau:

Der Verfasser hat in diesem Gesammtbild des heimischen Bergbaues, dieses hervorragenden Industriezweiges Deutschlands, den gewaltigen Stoff, klar gesichtet, und auf verhältnißmäßig knappem Raum zur Anschauung gebracht. Er behandelt die Vergangenheit, Neuzeit und Gegenwart des Bergbaues, die Minerallagerstätten, die Arbeiterverhältnisse, die Stellung des deutschen Bergbaues in der Weltwirthschaft und dessen Zukunft und hat treffliches statistisches und anderes Material gesammelt. So ist es v. Festenberg gelungen, ein Kompendium des Wissenswerthesten über den deutschen Bergbau zu verfassen, das von Allen, die mit dem deutschen Bergbau in Berührung kommen, vergeblich bislang gesucht worden ist. Der gediegene Inhalt des Buches und dessen saubere Ausstattung (der Einband zeigt das Denkmal des hochverdienten preußischen Bergwerksministers Grafen Reden) machen dasselbe auch zu Geschenken in Kreisen, die sich für Bergbau interessiren, geeignet.

Auch fachmännische Zeitungen brachten sehr günstige Urtheile über v. Festenberg-Packischs „Der Deutsche Bergbau", so u. a. „Der Berggeist", Zeitung für Berg-, Hüttenwesen und Industrie, in der Nummer vom 1. December 1885.



J. S. Preuß, Berlin W., Kronen-Str. 23.